

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 18. Sitzung des Rates findet am

Mittwoch, 19.10.2022, 16:00 Uhr,

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 14.09.2022
2. Fragestunde
- 2.1 Notfallplan bei Blackout
- Anfrage der AfS-Fraktion -
3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung
- 3.1 Planungsfeststellungsbeschluss zur Höchstspannungsleitung "Kruckel-Dauersberg
Enlag 19" im Bereich Meiswinkel
Klage der BI Meiswinkel gegen den Beschluss
- Gemeinsamer Antrag Bündnis 90 / die Grünen, UWG, GfS, die Linke, FDP und Volt -
4. Entwurf der Smart City Strategie "Siegen | Gemeinsam.Smart.Leben"
5. Abschlussbericht des Arbeitskreises "Aufarbeitung der historischen Hintergründe
von Straßennamen"
6. Projekt "Zeit Raum Region. Das neue Siegerlandmuseum"
Eckpunkte für die Verhandlungen zur privatwirtschaftliche Umsetzung durch den
Förderverein des Siegerlandmuseums
7. Betriebsabrechnung Abwasserbeseitigung 2021 und Grundlage der Gebührenkalku-
lation
8. Jahresabschluss 2021
9. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 460 "Neubau Kreispolizeibehörde Siegen-
Wittgenstein" im Stadtteil Geisweid (Bebauungsplan der Innenentwicklung
gemäß § 13a BauGB);
10. Potentialanalyse für eine klimapositive Energieversorgung des Gewerbegebiets
MH II, Bebauungsplan Nr. 406

11. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Umbau des Objektes Hüttenstraße 16 c /Durchführung des Brückenprojektes "Kinderbetreuung in besonderen Fällen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und vergleichbaren Lebenslagen"
12. Neufassung der Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden in der Universitätsstadt Siegen
13. Nachbesetzung in Ausschüssen

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 14.09.2022
- 2-4. Personalangelegenheiten
5. Erwerb von Miteigentumsanteilen betreffend die Grundstücke des Rathauses Geisweid
6. Erwerb eines Gebäudes in der Frankfurter Straße, 57072 Siegen
7. Sachstandsbericht zum Erwerb einer bebauten Immobilie in der Tiergartenstraße, 57072 Siegen
8. Verschiedenes
9. Mitteilungen an die Presse

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 06.10.2022

Steffen Mues
Bürgermeister

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 18. Sitzung des Rates findet am

Mittwoch, 19.10.2022, 16:00 Uhr,

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

2.2 Haushalt 2023

- Anfrage der FDP-Fraktion

2.3 Public Viewing zur Fußball-WM 2022 in Katar

- Anfrage der Volt-Fraktion -

2.4 Bußgeldkatalog / AT 48/2021

- Anfrage der Volt-Fraktion -

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 14.10.2022

Steffen Mues
Bürgermeister

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 18. Sitzung des Rates findet am

Mittwoch, 19.10.2022, 16:00 Uhr,

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

2.2 Haushalt 2023

- Anfrage der FDP-Fraktion

2.3 Public Viewing zur Fußball-WM 2022 in Katar

- Anfrage der Volt-Fraktion -

2.4 Bußgeldkatalog / AT 48/2021

- Anfrage der Volt-Fraktion -

4. Smart City Strategie Änderungsantrag der Volt-Fraktion

6. Projekt "Zeit Raum Region. Das neue Siegerlandmuseum"

Eckpunkte für die Verhandlungen zur privatwirtschaftliche Umsetzung durch den Förderverein des Siegerlandmuseums – Abweichende Stellungnahme -

6. Änderungsantrag der Volt-Fraktion

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 18.10.2022

Steffen Mues
Bürgermeister

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 18. Sitzung des Rates

vom: **19.10.2022**

von: **16:00 Uhr**

bis: **18:45 Uhr**

Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Rat:

Bürgermeister Mues, Steffen	- als Vorsitzender
Stv Becker, Melanie	
Stv Bell, Achim	
Stv Bertelmann, Hans-Günter	
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie	
Stv Bleckmann, Lisa	
Stv Böcking, Verena	
Stv Boller, Joachim	
Stv Christian, Thomas	
Stv Cziba, Ansgar	
Stv Dil, Yilmaz	
Stv Dylong, Barbara	
Stv Eberlein, Birgit	
Stv Eckhardt, Klaus	
Stv Englert, Franz	
Stv Grimm, Benjamin	
Stv Groß, Michael	
Stv Hähner, André	
Stv Harnacke, Maik	
Stv Heilmann, Martin	
Stv Helm, Martin	
Stv Heupel, Rüdiger	
Stv Hof, Felix	

Stv Hokkaömeroglu, Emetullah
1. stellv. BM Jung, Angela
2. stellv. BM Kamieth, Jens
Stv Klein, Henning
Stv Klein, Marc
Stv Köckritz, Anja Alexandra
Stv Könen, Wolfgang Max
Stv König, Svenja
Stv Kraft, Florian
Stv Krumm, Heike
Stv Lechthaler, Tim
Stv Lorenz, Reiner
Stv Mäckeler, Bernd
Stv Molzberger, Adhemar
Stv Patt, Alexander
Stv Pfeifer, Joachim
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth
Stv Reifenrath, Frank
Stv Rompf, Jürgen
Stv Rompf-Selimi, Nazlije
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiltz, Ingmar
Stv Schmidt, Isabelle Cathrin
Stv Schneider, Rainer
Stv Schneider, Silke
Stv Schulz, Jürgen
Stv Schulz, Kenny
Stv Schwarz, Sibylle
Stv Schwarzer, Michael
Stv Shirley, Julia
Stv Six, Annette
Stv Sondermann, Christian Paul
Stv Stahl, Peter H.
Stv Steffe, Roland
Stv Steuber, Hartmut
Stv Stinner, Jürgen
Stv Thimm, Heiko
Stv Tigges, Johannes
Stv Walter, Klaus Volker
Stv Weber, Frank
Stv Dr. Zybill, Christian

Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

s. B. Kamann, Jacob

Von der Verwaltung:

StK Cavellius
StBR Schumann
StR Fries
Dezernent Schmidt
Betriebsleiter Quandel
Städt. VD Werthenbach
VA Helmes
VA Spötter
VA Dr. Schutz
VA Schneider (Personalrat)
StIA Stettner
StAR Münker

Nicht anwesend waren:

Stv Grisse, Robert
Stv Keßler, Silvia
Stv Nüchtern, Markus
Stv Schmidt, Sabrina
Stv Schoew, Torsten
Stv Wagener, Tanja
Stv Wittenburg, Samuel

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenken die Mitglieder des Rates des verstorbenen Stadtverordneten Günther Langer.

Herr Rainer Schneider wird als Nachfolger verpflichtet.

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 14.09.2022

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

18. Rat 19.10.2022

2. Fragestunde

**2.1 Notfallplan bei Blackout
- Anfrage der AfS-Fraktion -**

Vorlage Nr. AF 112/2022

Vorlage Nr. AF 112/2022 A

Die Fragen wurden in der Ergänzungsvorlage abschließend beantwortet.

18. Rat 19.10.2022

**2.2 Haushalt 2023
- Anfrage der FDP-Fraktion**

Vorlage Nr. AF 113/2022

Vorlage Nr. AF 113/2022 A

Die Fragen wurden in der Ergänzungsvorlage abschließend beantwortet.

18. Rat 19.10.2022

**2.3 Public Viewing zur Fußball-WM 2022 in Katar
- Anfrage der Volt-Fraktion -**

Vorlage Nr. AF 114/2022

Vorlage Nr. AF 114/2022 A

Die Fragen wurden in der Ergänzungsvorlage abschließend beantwortet.

18. Rat 19.10.2022

**2.4 Bußgeldkatalog / AT 48/2021
- Anfrage der Volt-Fraktion -**

Vorlage Nr. AF 115/2022

Vorlage Nr. AF 115/2022 A

Die Fragen wurden in der Ergänzungsvorlage beantwortet.

Zur Nachfrage von Herrn K. Schulz zum Bußgeldkatalog wird auf die Vorlage Nr. VL 269/2021 verwiesen.

18. Rat 19.10.2022

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Planungsfeststellungsbeschluss zur Höchstspannungsleitung "Kruckel-Dauersberg Enlag 19" im Bereich Meiswinkel

Klage der BI Meiswinkel gegen den Beschluss

- Gemeinsamer Antrag Bündnis 90 / die Grünen, UWG, GfS, die Linke, FDP und Volt -

Vorlage Nr. AT 221/2022

Herr Bertelmann führt zur Begründung an, dass die Stadt Siegen selbst als Eigentümerin nicht betroffen ist, inhaltlich aber die Bürgerinitiative unterstützt. Die Klage der Bürgerinitiative ist mit einem Kostenrisiko verbunden, das dieser nicht alleine überlassen werden sollte. Angesichts der inhaltlichen Übereinstimmung der Positionen sieht er auch nicht die Gefahr eines Präzedenzfalls.

Herr Steffe kann das Anliegen unterstützen. Das ignorante Verhalten der Firma Amprion gegenüber den Bürgern kann er nicht akzeptieren.

Die SPD-Fraktion wird den Vorschlag ablehnen, so Herr Schiltz, weil damit ein Präzedenzfall geschaffen würde auf den sich andere berufen könnten. Es gibt in diesem Verfahren durchaus, z. B. in Sohlbach-Buchen, andere Meinungen als in Meiswinkel. Er bedauert den Vorstoß der antragstellenden Fraktionen, da inhaltlich kein Dissens besteht.

Herr M. Klein ergänzt, dass gegenüber der Bürgerinitiative deutlich gemacht wurde, dass eine individuelle Unterstützung möglich ist, jedoch keine finanzielle seitens der Stadt Siegen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht angesichts der inhaltlichen Übereinstimmung des gesamten Rates keine Gefahr, einen Präzedenzfall zu schaffen, erklärt Herr Boller.

Beschluss:

Die Stadt Siegen unterstützt die BI Meiswinkel für das neben den durch Spenden und Zuwendungen zur Verfügung stehenden eigenen Finanzmitteln zur Absicherung des Prozessrisikos mit einem Betrag von maximal 10.000 Euro.

Beratungsergebnis: 29 Stimmen dafür, 33 dagegen, 2 Enthaltung(en)

18. Rat 19.10.2022

4. Entwurf der Smart City Strategie "Siegen | Gemeinsam.Smart.Leben"

Vorlage Nr. VL 1059/2022

Bürgermeister Mues hält eingangs fest, dass der Änderungsantrag der Volt-Fraktion sehr umfangreich und erst als Tischvorlage eingegangen ist und insofern keine inhaltliche Befas-

sung möglich war. Er schlägt daher vor, diesen in den jeweiligen Ausschüssen zu diskutieren. Die Strategie ist keine abgeschlossene Einheit und kann jederzeit erweitert werden.

Herr K. Schulz erklärt, dass die Volt-Fraktion eigene Ideen und Vorstellungen hat und diese in den Plan aufnehmen möchte. Über die Umsetzung sollen dann die Ausschüsse diskutieren.

Herr Menn erläutert verwaltungsseitig, dass die Fortschreibung analog zu Stadtentwicklungskonzepten o. ä. erfolgen soll. Für die einzelnen Projektideen ist ein kürzerer Turnus denkbar. Aus dem vorliegenden Entwurf sind schon Ideen mit Bordmitteln umgesetzt worden. Die zusätzlichen Vorschläge sollten zunächst in den Ausschüssen besprochen und auf ihre Umsetzung hin abgewogen werden.

Herr Groß sieht in dem Konzept eine Ideensammlung, die der politischen Bewertung bedarf. In den Fachausschüssen sollte diskutiert werden, in welcher Richtung weiter vorgegangen werden wird.

Herr K. Schulz zieht den Antrag zurück und wird die einzelnen Punkte für die Ausschüsse neu vorlegen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht nach Aussage von Frau Shirley in der Strategie Verbesserungspotenzial. Sie gibt keinen Rahmen für die künftigen Handlungsfelder sondern ist eine Sammlung von laufenden Maßnahmen. Weder ein konkreter Plan noch ein klares Ziel ist erkennbar. Sie vermisst z. B. Ideen zu Umwelt und Mobilität nicht nur hinsichtlich der Digitalisierung sondern auch zu anderen Ansätzen.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Entwurf der Smart City Strategie als grundsätzlichen Orientierungsrahmen, der die räumlichen und gesellschaftlichen Wirkungen der Digitalisierung fachübergreifend betrachtet, auch als Grundlage für weitergehende Förderungen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 2 Enthaltungen (AfS)

18. Rat 19.10.2022

5. Abschlussbericht des Arbeitskreises "Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen"

Vorlage Nr. VL 881/2022

dazu: Antrag der Fraktionen SPD und Volt

Bürgermeister Mues erläutert zunächst die Reihenfolge der Abstimmungen.

Entsprechend der Anlage zur Vorlage wird zunächst über die einzelnen Vorschläge der Kategorie A (Umbenennung ja / nein) abgestimmt, bei „Nein“ dann der Vorschlag aus dem Antrag SPD/Volt: Rückverweis an den Arbeitskreis.

Bei der Stoeckerstraße wird zunächst über die Umwidmung abgestimmt wie von SPD/Volt vorgeschlagen.

Bei der Graf-Luckner-Straße wird direkt über die Zurückgabe in den AK abgestimmt, da hier nach Aussage von SPD und Volt neue Erkenntnisse vorliegen, die untersucht werden müssen. Danach soll über die weiteren Empfehlungen des AK abgestimmt werden.

Herr Heilmann führt aus, dass es nicht darum geht, Personen aus der Geschichte zu streichen sondern um die Frage, ob die Ehrung, die mit der Benennung einer Straße verbunden ist, aus heutiger Sicht einer Person zusteht. Viele der angeführten Personen haben ihre Haltung und ihr Tun in der Zeit des Nationalsozialismus nicht bereut. Dies trifft auch auf Lothar Irle zu. Die Straßennamen wurden in einer Zeit vergeben, in der dieses Thema verdrängt und totgeschwiegen wurde. Es ist nun an der Zeit, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und den aufkommenden Antisemitismus nicht zu ignorieren. Dies ist wichtiger, als die Belange der Anlieger, wie es offenbar von der CDU-Fraktion gesehen wird.

Herr Schiltz schildert, dass die SPD-Fraktion mehrere Gespräche mit den demokratischen Fraktionen des Rates geführt hat um eine Lösung zu finden. So ist es dann zum gemeinsamen Antrag mit der Volt-Fraktion gekommen. Die Maximalforderung, allen Vorschlägen des Arbeitskreises zu folgen, ist nach seinem Eindruck nicht Mehrheitsfähig. Das Schlimmste wäre aber, wenn bezüglich der Straßennamen gar nichts geschehe.

Die Adolf-Wagner-Straße betreffend, führt er an, dass die Erkenntnisse des AK nicht ausreichen um eine Umbenennung zu rechtfertigen. Ferdinand Porsche wurde freigesprochen, Carl Diem hat auch nach dem Krieg hohe Ehrungen für seine Tätigkeiten im Sportbereich erhalten, was eine vertiefte Betrachtung im Arbeitskreis rechtfertigt. Hinzu kommen neue Erkenntnisse zu Graf Luckner zu möglichen pädophilen Neigungen, für ihn ein wichtiger Grund zur weiteren Untersuchung im Arbeitskreis.

Herr Englert teilt mit, dass die UWG-Fraktion die Umbenennungen ablehnt. Die Bürgerinnen und Bürger wollen dies nicht, neue Argumente wurden nicht vorgebracht.

Frau Dylong führt aus, dass über den Umbenennungsstreit ausführlich öffentlich berichtet wurde zu Lasten der Bewohner, die bei einer Umbenennung zudem Zeit und Geld für alle Änderungen aufbringen müssten. Sie stellt sich die Frage, ob die Stadt Siegen keine anderen Sorgen hat.

Herr Sondermann bedankt sich für die Erkenntnisse des Arbeitskreises, sieht die Vorschläge nicht im Sinne der Bürger. Er bekräftigt dies mit einem Hinweis auf bestimmte Leserbriefe. Auf Vorschlag des Ältestenrates wurde eine Veranstaltung für alle Betroffenen und Interessierten durchgeführt. Auch dort sprach sich die Mehrheit gegen die Umbenennung aus. Der Aufwand würde nicht nur das Ändern von offiziellen Dokumenten, sondern auch Mitteilungen an Verein, Versicherungen etc. betreffen. Diesbezüglich befürchtet er große Hürden für Ältere und Alleinstehende. Seines Erachtens passt das Thema nicht in die heutige Zeit und hat für den größten Teil der Bevölkerung keine Bedeutung.

Herr M. Klein trägt vor, dass die CDU-Fraktion gegen jegliche Umbenennung ist.

An den betreffenden Straßen sollen aber Hinweisschilder angebracht werden um eine Aufklärung zu gewährleisten und den Hinweis zu geben, dass die Namensgebung unter heutigen Gesichtspunkten nicht erfolgen würde. Auch er ist der Meinung, dass die Personen sehr wohl kritisch betrachtet werden müssen, sie sollten aber nicht aus der Geschichte gestrichen werden.

Den Vorschlag zur Umwidmung der Stöckerstraße nach Helene Stöcker hält er für eine gute Idee, jedoch sollte auch hier eine Überprüfung im Arbeitskreis vorgenommen werden.

Für die Fraktionen CDU und SPD beantragt er, sukzessive bei allen nach Personen benannten Straßen, Wegen, Brücken, Plätzen usw. ein Hinweisschild mit Informationen zur Person anzubringen.

Herr Heilmann unterstreicht, dass auch nach dem Tod einer Person eine kritische Auseinandersetzung notwendig ist. Bezüglich Ferdinand Porsche führt er nochmals dessen Vergehen auf, um dann zu unterstreichen, dass eine Ehrung nicht nachvollziehbar ist. Eine Umwidmung der Stoeckerstraße sieht er als einen Schnellschuss, der Arbeitskreis müsste sich zunächst mit Frau Stöcker beschäftigen.

Gegenüber Herrn Sondermann gibt er zu bedenken, dass Leserbriefe nicht die Mehrheitsmeinung widerspiegeln. In der Bürgerversammlung waren nur zwei Mitglieder des Arbeitskreises anwesend, die Rede und Antwort stehen mussten, was er kritisiert.

Herr H. Klein stellt klar, dass seine Fraktion jede Umbenennung befürwortet.

Er betont, dass man die Opfer des NS-Staates und deren Hinterbliebene nicht vergessen darf und die Diskussion ausgesprochen beleidigend gegenüber diesen ist.

Herr Groß kritisiert, dass geschichtsrelativierend argumentiert wird.

Dem kleinen Aufwand für die Anwohner wird ein höherer Stellenwert beigemessen, als der Entfernung von Nazis aus dem Stadtbild, unterstreicht er. Es kommt auch die Frage auf, wie diejenigen bewertet werden, die sich gegen Antisemitismus einsetzen. Die Aktion Stolperssteine, unterstützt vom Stadtjugendring, zeigt das Interesse junger Menschen an diesem Thema. Vor diesem Hintergrund sollte der Rat in der Lage sein, den Umbenennungen zuzustimmen.

Bürgermeister Mues teilt seine persönliche Meinung mit indem er erläutert, dass er eine Straßenbenennung als eine der größten Ehrungen durch die Stadt Siegen wahrnimmt. So stellt es auch der Städtetag dar. Größer einzustufen ist nach seiner Meinung nur die Ehrenbürgerschaft.

Der Arbeitskreis ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die in Rede stehenden Personen diese Ehrung nicht verdient haben. Seines Erachtens würde eine Nicht-Umbenennung einer erneuten Ehrung gleichkommen. Zu Adolf Wagener und Jakob Henrich (Bergfrieder) ist die Datenerhebung aktuell zu dünn, bei allen anderen ist eine Umbenennung der richtige Schritt. Die Sicht der Anwohner ist nachvollziehbar. Es fällt aber negativ auf die gesamte Stadt zurück, wenn nichts geschieht.

Frau Schneider betont, dass jeder Tag an dem die Straßen nicht unbenannt werden, schädlich für das Image der Stadt ist. Sie ist überzeugt, dass die Anlieger, die für eine Umbenennung sind, aus Scham schweigen, wie es aus der Nachkriegszeit bekannt ist. Die Aktualität

des Themas zeigen die Aktivitäten des dritten Weges in Siegen und die Proteste dagegen. Informationstafeln haben ihrer Meinung nach nur eine Alibifunktion, da diese in der Regel nicht gelesen werden.

Herr Tigges weist darauf hin, dass in Zeiten der Krisen andere Themen im Vordergrund stehen sollten. Die Straßenbenennungen liegen viele Jahre zurück.

Zur Person Lothar Irle trägt er vor, dass dieser ein bedeutender und wertvoller Heimatforscher war, der für sein Lebenswerk geehrt wurde und in Kaan-Marienborn hohes Ansehen genoss. Ein 1946 in Kriegsgefangenschaft verfasster Brief, in dem Lothar Irle Reue für sein Denkmuster zeigt, wurde durch den Arbeitskreis nicht berücksichtigt. Die Anlieger haben sich mit 95 % gegen eine Umbenennung der Lothar-Irle-Straße ausgesprochen, teilt er mit.

Frau König vertritt die Meinung, dass die Opfer von antisemitischen Angriffen die wirklichen Betroffenen sind. Durch eine Nicht-Umbenennung würden diese sich wieder unsicher fühlen. Die Umbenennung ist eine Chance zu zeigen, dass Siegen eine Nazifreie Stadt ist, betont sie.

Bürgermeister Mues macht darauf aufmerksam, dass nur die Anlieger der Straßen schriftlich zur Bürgerversammlung eingeladen wurden und man somit nicht von einer Mehrheit der Siegener Bürger sprechen kann.

Frau Shirley kann die Position derer nicht nachvollziehen, die die Arbeit des Arbeitskreises loben, die Ergebnisse aber ignorieren.

Herr Walter kann weitestgehend dem Arbeitskreis folgen mit Ausnahme der Hindenburgstraße, da diese Person vor dem betreffenden Zeitraum gelebt hat.

Herr Bertelmann erachtet die Diskussion als schwierig. Überwiegend wird die Zeit des Dritten Reichs als relevant angesehen, Antisemitismus gab es jedoch auch vorher und gibt es immer noch.

Herr Englert weist darauf hin, dass es sich bei den Ergebnissen des Arbeitskreises um Empfehlungen handelt, nicht um beschlossene Entscheidungen.

Eine Umbenennung abzulehnen heißt für Herrn Schwarzer nicht gleichzeitig die Toleranz von Nazis. Er fragt sich, ob der Rat nicht wichtigere Themen hat.

Herr Heilmann weist das Argument, ob man nichts Besseres zu tun hätte, strikt zurück und bezeichnet dies als ein Totschlagargument.

Bürgermeister Mues teilt diese Auffassung und unterstreicht, dass alle wichtigen Themen im Rat behandelt werden. Eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist durchaus wichtig, um für die Zukunft zu lernen.

Über die einzelnen Straßennamen wurde getrennt abgestimmt.

Beschluss:

Die „Adolf-Wagner-Straße“ wird umbenannt.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen, 1 Enthaltung

Beschluss:

Über die „Adolf-Wagner-Straße“ wird erneut im Arbeitskreis beraten.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 28 dagegen, 0 Enthaltungen

Beschluss:

Die „Bergfriederstraße“ wird umbenannt.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür. 1 Enthaltung

Beschluss:

Die „Diemstraße“ wird umbenannt.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen. 1 Enthaltung

Beschluss:

Über die „Diemstraße“ wird erneut im Arbeitskreis beraten.

Beratungsergebnis: 31 Stimmen dafür, 30 dagegen, 1 Enthaltungen

Beschluss:

Die „Hindenburgstraße“ wird umbenannt.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür. 1 Enthaltung

Beschluss:

Die „Lothar-Irle-Straße“ wird umbenannt

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür. 1 Enthaltung

Beschluss:

Die „Porschestraße“ wird umbenannt.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen. 1 Enthaltung

Beschluss:

Über die „Porschestraße“ wird erneut im Arbeitskreis beraten

Beratungsergebnis: 31 Stimmen dafür, 30 dagegen, 1 Enthaltungen

Beschluss:

Die „Stoeckerstraße“ wird umgewidmet

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

Beschluss:

Über die „Graf-Luckner-Straße“ wird erneut im Arbeitskreis beraten

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

Beschluss:

Entsprechend den Empfehlungen des Arbeitskreises beschließt der Rat:

- die Anbringung einer kommentierten Beschilderung mit QR-Code (Verweis auf biographischen Text) an den Straßenschildern bei Kandidaten der Kategorie B.
- die in der Liste empfohlenen Frauen als Straßennamensgeberinnen für Straßen und Plätze im öffentlichen Raum.
- der Verwaltung, einen Leitfaden zur Straßen(um)benennung zu erstellen. Bei Straßenumbenennungen sollte auf die vom Arbeitskreis erarbeiteten Kriterien zurückgegriffen werden.
- die Anstrengungen bei der Erforschung der jüngeren Siegener Stadtgeschichte zu intensivieren.
- Der AK empfiehlt die Ausschreibung eines jährlich zu vergebenden mit einem symbolischen Preisgeld dotierten Studienpreises, der für qualifizierte Studien- und Forschungsarbeiten zu stadthistorischen Fragestellungen ausgeschrieben wird. Diese Studienarbeiten können an Universitäten ebenso entstehen wie auf der Basis privater Forschungen. Kriterium für die Preisvergabe sollte die wissenschaftliche Belastbarkeit sein. Der Arbeitskreis nennt hier beispielhaft die Forschungslücken bei stadthistorisch bedeutsamen Personen insbesondere bei Frauen und Frauengruppen.
- ein städtisches Geschichtsportal zu erstellen. In diesem Geschichtsportal könnte ein regionales Personen-Wiki enthalten sein, das sich besonders mit den Namenspaten-gebern der Kategorien A und B auseinandersetzt und die Entscheidungsprozesse und Beschlüsse zu Straßennamen transparent und öffentlich nachvollziehbar macht.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (2 Stimmen dagegen, viele Enthaltungen)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, sukzessive alle nach Personen benannten Straßen, Wege, Plätze und Brücken mit erläuterten Hinweisschildern zu versehen

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 2 Enthaltungen

18. Rat 19.10.2022

**6. Projekt "Zeit Raum Region. Das neue Siegerlandmuseum"
Eckpunkte für die Verhandlungen zur privatwirtschaftliche Umsetzung durch den Förderverein des Siegerlandmuseums**

Vorlage Nr. VL 1070/2022
dazu: Antrag der Volt-Fraktion

**Projekt "Zeit Raum Region. Das neue Siegerlandmuseum"
Eckpunkte für die Verhandlungen zur privatwirtschaftliche Umsetzung durch den Förderverein des Siegerlandmuseums – Abweichende Stellungnahme -**

Vorlage Nr. VL 1070/2022 A

Frau Bialowons-Sting verweist auf den Grundsatzbeschluss, die privatwirtschaftliche Umsetzung des Projektes zu unterstützen und die Rahmenbedingungen festzulegen. Dazu wird vorgeschlagen, einen einmaligen städtischen Investitionszuschuss auf 3 Mio. Euro zu begrenzen wie auch die jährlichen Folgekosten. Weiter sollen zukünftige Fördermöglichkeiten genutzt werden.

Herr Groß sieht keinen Fortschritt in der Frage der Finanzierung. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat erhebliche Bedenken, die Folgekosten aufzubringen, wie auch vom Kämmerer dargestellt. In dem Kontext möchte er auch die anderen Projekte ansprechen, deren Kosten und Finanzierung noch gänzlich ungeklärt sind wie zum Beispiel Neubau Hallenbad Weidenau, Sanierung Hallenbad Eiserfeld, Umsetzung der Klima-Beschlüsse, Ausbau von Schulen. Vor diesem Hintergrund sieht er das Projekt als nicht verträglich an.

Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich die privatwirtschaftliche Umsetzung, erklärt Herr Dr. Zybille. Es ist gelungen, sowohl das Bauvolumen als auch die Betriebskosten zu reduzieren und den städtischen Anteil zu begrenzen. Es handelt sich auch nicht um eine endgültige Entscheidung sondern darum, für den Förderverein mehr Handlungssicherheit zu schaffen. Die Erweiterung des Museums ist seit Jahren in der Diskussion und dringend erforderlich, um angemessen hochwertige Ausstellungen präsentieren zu können. Überregional wird dem Museum eine große Bedeutung für das kulturelle Erbe beigemessen. Eine Erweiterung wird die Attraktivität steigern und ein professionelles Forum für Künstler und andere schaffen.

Herr Schiltz dankt für die Klärung der offenen Fragen aus der letzten Sitzung, womit das erhebliche private Engagement erhalten werden kann. Die SPD-Fraktion wird der Vorlage zustimmen, wenn auch die finanzwirtschaftlichen Bedenken nachvollziehbar sind. Allerdings ist

der Kostenrahmen eingehalten durch die Reduzierung des Volumens. In der Abwägung überwiegen die Vorteile für das Museum und die Stadt.

Herr Steffe erachtet dem entgegen das Vorhaben angesichts der vielen aktuellen und zu erwartenden Probleme für nicht zeitgemäß.

Die Fraktion Die Linke stimmt auf Grund der Stellungnahme des Kämmerers dem Vorschlag nicht zu erklärt Herr H. Klein und würde die Gelder für den Bau des Hallenbades vorziehen.

Es bestand bisher Einvernehmen, entgegnet Herr Könen, die Projekte nicht gegeneinander aufzurechnen. Beim Museum stehen erhebliche zweckgebundene Spenden im Raum, die sonst verloren gehen.

Herr Bertelmann führt aus, auch die UWG-Fraktion habe sich auf den Kompromiss eingelassen, jedoch in Gesprächen mit dem Förderverein einen Rahmen gesteckt, der etwas von dem der Vorlage abweicht. Während bei den Betriebskosten bis zu 600.00 Euro und die eventuelle Miete mit 120.000 Euro max. angesetzt sind wird in der Vorlage von einer Mindestsumme, zusammen rd. 870.000 Euro, gesprochen, was sicherlich den zwischenzeitlich höheren Finanzierungszinsen geschuldet ist. Über dieses Limit sollte noch einmal gesprochen werden.

Herr Fries hat verwaltungsseitig der Diskussion entnommen, dass das Vorhaben inhaltlich nicht in Frage gestellt wird. Er stellt heraus, dass nicht nur eine bauliche Erweiterung im Raum steht, sondern die inhaltliche Vermittlung der eigenen Heimat- und Industriegeschichte. Der Kulturretat hat einen Anteil von nur 1,47 % am Gesamthaushalt, wogegen die allgemeine Empfehlung bei 5 % liegt.

Herr Cavelius erläutert zu den Fragen von Herrn Bertelmann, dass aufgrund des aktuellen Zinsniveaus ein Zinssatz von 4 v.H. angenommen wurde.

Da der Zuschuss keine Abschreibung auslöst, fließt in die Berechnung der Folgekosten die Tilgung mit ein. Die übliche Tilgungsrate beträgt 2 v.H. des aufgenommenen Kapitals. Danach wäre der Kredit nach ca. 30 Jahren zurück gezahlt.

Der damit zumindest teilweise finanzierte Vermögensgegenstand hat eine durchschnittliche Lebensdauer von 60 bis 80 Jahren. Um zumindest eine annähernde Fristenkongruenz herzustellen, wurde eine Tilgung von 1 v.H. angenommen, was dann eine jährliche Annuität von 5 v.H. = 150 T€ ergibt. Über die so „verlängerte“ Laufzeit erhöht sich selbstredend die Summe der insgesamt zu zahlenden Zinsen.

Aufgrund der ungewissen Zinsentwicklung kann diese Summe durchaus noch höher ausfallen.

Auch Herr Kraft sieht die Abwägung bei diesem hochwertigen Projekt als schwierig. Es sind zwar in finanzieller Hinsicht Fortschritte festzustellen, aber noch einige Punkte offen. Diesbezüglich nennt er die finanzielle Beteiligung des Kreises, die er einfordert. Erhält es für richtig, das Projekt inhaltlich weiter zu verfolgen aber erst zu einem späteren Zeitpunkt umzusetzen.

Herr Boller bemängelt, dass die Investitions- Folgekosten nicht aufgeschlüsselt dargestellt sind und daher nicht nachvollzogen werden können.

Herr Walter erklärt, dass die FDP-Fraktion angesichts der Stellungnahme des Kämmerers aus finanziellen Erwägungen nicht zustimmen kann.

Auch Frau Schneider ist der Meinung, dass angesichts der unsicheren Finanzentwicklung an dieser Stelle eine Zustimmung nicht erfolgen kann.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung in den aufzunehmenden Verhandlungen mit dem Förderverein des Siegerlandmuseums und des Oberen Schlosses e.V. zur Umsetzung des Projektes Erweiterung des Siegerlandmuseums verbindlich einen einmaligen städtischen Investitionszuschuss von 3 Mio. Euro einzuplanen.

Die jährlichen Folgekosten für Betriebskosten von bis zu 600.000 Euro, eine eventuell erforderliche Miete von bis zu 120.000 Euro sowie die für den Investitionszuschuss zu tragenden Finanzierungskosten von mindestens rd. 150.000 € (Summe: mind. rd. 870.000 €) sind in den Haushalten der Folgejahre einzuplanen.

Beratungsergebnis: 40 Stimmen dafür, 22 dagegen, 0 Enthaltungen)

18. Rat 19.10.2022

7. Betriebsabrechnung Abwasserbeseitigung 2021 und Grundlage der Gebührenkalkulation

Vorlage Nr. VL 1040/2022

Beschluss:

1. Der Erläuterungsbericht zur Betriebsabrechnung Abwasserbeseitigung 2021 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsabrechnungsbogen (BAB) 2021 wird festgestellt und den Gebührenkalkulationen 2023 – 2025 zugrunde gelegt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung

18. Rat 19.10.2022

8. Jahresabschluss 2021

Vorlage Nr. VL 1039/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Jahresabschluss zum 31.12.2021 mit Anhang und Lagebericht (Anlage 1, incl. Bestätigungsvermerk), festzustellen, den Jahres-

überschuss in Höhe von 2.552.286,62 € zu 52.286,62 € auf neue Rechnung vorzutragen und 2.500.000 € in die zweckgebundene Rücklage zur realen Kapitalerhaltung einzustellen.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, dem Betriebsausschuss Entlastung zu erteilen (§ 4, S. 1 c EigVO NRW).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

18. Rat 19.10.2022

9. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 460 "Neubau Kreispolizeibehörde Siegen-Wittgenstein" im Stadtteil Geisweid (Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB);

hier:

- **Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**
- **Einleitungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 460 "Neubau Kreispolizeibehörde Siegen-Wittgenstein"**
- **Vorbereitung und Durchführung der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB**

Vorlage Nr. VL 1021/2022

Herr Boller erklärt, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aufgrund der ungeklärten Fragen zur Offenlegung des Sohlbachs enthalten wird.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 460 "Neubau Kreispolizeibehörde Siegen-Wittgenstein" im Stadtteil Geisweid gemäß § 12 Abs. 2 BauGB.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 12 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung die frühzeitige Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB vorzubereiten und durchzuführen.

Das Plangebiet ist ca. 1,16 ha groß, liegt im Stadtteil Geisweid, Flur 16, und umfasst die Flurstücke Nr. 76, 78, 79, 80, 251, 273, 274, 283, 292 (tlw), 340, 391, 393, 394, 395, 397, 398, 399, 400, 411, 412, 415, 416, 417, 476, 477 (siehe Anlage 1 der Vorlage).

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt:

- im Norden und Osten von der „Geisweider Straße“ (Landesstraße L 908) sowie weiter östlich von der Hochtrasse der „Hüttental Straße“ (Bundesstraße 54),

- im Süden durch die Flächen des Sohlbaches sowie durch Grundstücke östlich der Geisweider Straße.
- im Westen durch die Königsstraße sowie im Nordwesten von den östlich der Königsstraße angrenzenden Wohngebäuden.

Vorrangiges Planungsziel ist die Schaffung von Planungsrecht nach § 30 BauGB für den Neubau der Kreispolizeibehörde Siegen-Wittgenstein. Das Bauleitplanverfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB als Bebauungsplan (B-Plan) der Innenentwicklung durchgeführt. Gemäß § 13a Abs. 2 i. V. mit § 13 Abs. 3 Satz 1 BauGB wird bei diesem B-Plan der Innenentwicklung von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 12 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen)

18. Rat 19.10.2022

10. Potentialanalyse für eine klimapositive Energieversorgung des Gewerbegebiets MH II, Bebauungsplan Nr. 406

Vorlage Nr. VL 1045/2022

Herr Dr. Zybill stellt heraus, dass mit der Planung ein autarkes Gewerbegebiet geschaffen werden kann.

Herr Boller erinnert an die Diskussion im Zuge der Erschließung des Gebietes Leimbachtal, dass bei weiteren Planungen die Erdwärme von der Grube Ameise als Wärmequelle berücksichtigt werden soll.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Ergebnisse der Potentialanalyse für eine klimapositive Energieversorgung des Gewerbegebietes „Martinshardt II“ zur Kenntnis.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung, einen Förderantrag beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für eine klimafreundliche Energieversorgung des Gewerbegebietes „Martinshardt II“ zu stellen und stellt die nötigen Mittel in Höhe von (Eigenanteil) 250.000 Euro zur Verfügung (im Rahmen des HH Aufstellungsverfahrens 2023).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 6 Enthaltungen (Die Linke, AfS)

18. Rat 19.10.2022

- 11. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Umbau des Objektes Hüttenstraße 16 c / Durchführung des Brückenprojektes "Kinderbetreuung in besonderen Fällen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und vergleichbaren Lebenslagen"**

Vorlage Nr. VL 1065/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 83 Abs. 2 GO NRW die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 70.000,00 € auf H060201116 – Hüttenstraße, Brückenprojekt Kinderbetreuung – für die investiven Umbaukosten des Gebäudes. Die Deckung erfolgt aus H060201106 – Kita Breitscheidstraße, Umbau ehem. Hüttentalschule -.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

18. Rat 19.10.2022

- 12. Neufassung der Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden in der Universitätsstadt Siegen**

Vorlage Nr. VL 1071/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die „Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden in der Universitätsstadt Siegen“ gemäß Anlage zur Vorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

18. Rat 19.10.2022

- 13. Nachbesetzung in Ausschüssen, Arbeitskreisen und Kommissionen**

Vorlage Nr. VL 1074/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt / benennt

- 1. Frau Barbara Dylong als ordentliches Mitglied in folgende Arbeitskreise:**

- AK Aufarbeitung historischer Namen
- AK Klimaschutz
- AK Schulentwicklung
- AK Abfallwirtschaft
- AK Märkte
- Spielplatzkommission

2. **Herrn Roland Steffe als ordentliches Mitglied** in folgende Arbeitskreise:
 - AK Stadtgestaltung / Stadtentwicklungsplanung
 - AK Verkehrsausschuss
 - AK Wohnbaulandentwicklung
 - AK Bäder und Sportstätten Entwicklung
 - AK Rad- und Fußverkehr
3. **Frau Isabelle Schmidt als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Haupt- und Finanzausschuss
4. **Herrn Benjamin Grimm als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Haupt- und Finanzausschuss
 - ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss
 - Sport- und Bäderausschuss
5. **Herrn Martin Helm als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Haupt- und Finanzausschuss
6. **Herrn Hartmut Steuber als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Haupt- und Finanzausschuss
7. **Herrn Dr. Christian Zybill als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Haupt- und Finanzausschuss
8. **Herrn Hartmut Krämer (s.B) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit, und Ordnung
 - Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegen-
schaften
 - ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss
9. **Herrn Jürgen Rompf als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit, und Ordnung
 - Bauausschuss
 - ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss
 - Kulturausschuss
 - Vergabeausschuss
10. **Herrn Peter Stahl als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit, und Ordnung
 - Kulturausschuss
11. **Herrn Andreas Weißelberg (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit, und Ordnung

12. **Frau Julia Lixfeld (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Schule und Bildung
13. **Herrn Karl-Heinz Dittrich (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Schule und Bildung
 - Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
 - Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
 - Rechnungsprüfungsausschuss
14. **Frau Kathrin Hähner (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Schule und Bildung
15. **Frau Claudia Helm (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
16. **Herrn Ute Weißelberg (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
17. **Herrn David Ernst Weißelberg (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
 - Rechnungsprüfungsausschuss
 - Vergabeausschuss
 - Verkehrsausschuss
18. **Herrn Jens Uhlendorf (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
19. **Frau Eva Hagen (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
 - Kulturausschuss
 - Vergabeausschuss
 - Verkehrsausschuss
20. **Herrn Olaf Jagielski (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
 - Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
 - Bauausschuss
 - Sport- und Bäderausschuss
21. **Herrn Frank Weber als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
 - Sport- und Bäderausschuss
 - Verkehrsausschuss

22. **Frau Reinhilde Katz (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
 - ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss
23. **Herrn Henner Klaas (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Bauausschuss
 - Kulturausschuss
24. **Herrn Christian Doppler (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Bauausschuss
25. **Herrn Achim Bohn (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Bauausschuss
26. **Herrn Daniel Weber (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss
 - Rechnungsprüfungsausschuss
27. **Herrn Philip De Knudyt (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Kulturausschuss
 - Sport- und Bäderausschuss
28. **Herrn Johannes Tigges als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Rechnungsprüfungsausschuss
29. **Herrn Robin Beitzel (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Sport- und Bäderausschuss
30. **Herrn Marc Klein als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Verkehrsausschuss
31. **Herrn Lothar Becker (s. B.) als beratendes Mitglied** (Inklusionsbeirat) in den
 - Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit, und Ordnung
 - Jugendhilfeausschuss
 - Kulturausschuss
 - Verkehrsausschuss
 - Bezirksausschuss III – Siegen-Ost
32. **Frau Heike Katz (s. B.) als beratendes Mitglied** (Inklusionsbeirat) in den
 - Ausschuss für Schule- und Bildung
 - Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
 - Bauausschuss
 - Bezirksausschuss II – Siegen-Weidenau

- 33. Frau Nicole Scherzberg (s. B.) als**
a) **beratendes Mitglied** (Inklusionsbeirat) in den
- Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
- Bezirksausschuss V – Siegen-West
b) **beratende persönliche Stellvertreterin** (Inklusionsbeirat) von Stina Röcher in den
- Bezirksausschuss VI – Siegen-Eiserfeld
- 34. Herrn Ulrich Neus (s. B.) als beratendes Mitglied** (Inklusionsbeirat) in den
- Sport- und Bäderausschuss
- Bezirksausschuss I – Siegen-Geisweid
- 35. Herrn Frank Moschner (s. B.) als beratendes Mitglied** (Inklusionsbeirat) in den
- Bezirksausschuss IV – Siegen-Mitte
- 36. Frau Stina Röcher (s. B.) als**
a) **beratendes Mitglied** (Inklusionsbeirat) in den
- Bezirksausschuss VI – Siegen-Eiserfeld
b) **beratende persönliche Stellvertreterin** (Inklusionsbeirat) von Heike Katz in den
- Ausschuss für Schule und Bildung
- 37. Frau Jutta Urbatzka (s. B.) als beratende persönliche Stellvertreterin** (Inklusionsbeirat)
- von Nicole Scherzberg in den Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
- von Ulrich Neus in den Sport- und Bäderausschuss
- von Nicole Scherzberg in den Bezirksausschuss V – Siegen-West
- 38. Frau Elke Schweißfurth (s. B.) als beratende persönliche Stellvertreterin** (Inklusionsbeirat)
- von Nicole Scherzberg in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
- von Heike Katz in den Bauausschuss
- 39. Frau Barbara Plümer (s. B.) als beratende persönliche Stellvertreterin** (Inklusionsbeirat)
- von Heike Katz in den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
- von Lothar Becker in den Kulturausschuss
- von Frank Moschner in den Bezirksausschuss IV – Siegen-Mitte
- 40. Herrn Harald Pascheke (s. B.) als beratende persönliche Stellvertreterin** (Inklusionsbeirat) von Heike Katz in den
- Bezirksausschuss II – Siegen-Weidenau
- 41. Herrn Michael Schwarzer als**
a) **ordentliches Mitglied** in den
- AK Abfallwirtschaft

b) persönlicher Stellvertreter

- von Annette Six in den AK Stadtentwicklung
- von Sabrina Schmidt in den Bezirksausschuss V - Siegen-West

42. Frau Annette Six als persönliche Stellvertreterin von Michael Schwarzer in den

- Bauausschuss
- ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss
- AK Wohnbaulandentwicklung

43. Frau Eva-Marie Bialowons-Sting als**a) persönliche Stellvertreterin von Julia Sting in den**

- AK Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen

b) stellvertretendes Mitglied in den

- Haupt- und Finanzausschuss
- Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
- Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
- Bauausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Sport- und Bäderausschuss
- Vergabeausschuss
- Verkehrsausschuss

44. Herrn Rüdiger Heupel als**a) persönlicher Stellvertreter von Christian Jüngst in den**

- AK Bäder- und Sportstättenentwicklung

b) stellvertretendes Mitglied in den

- Haupt- und Finanzausschuss
- Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
- Ausschuss für Schule und Bildung
- Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
- Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
- Kulturausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Sport- und Bäderausschuss
- Vergabeausschuss

45. Herrn Christian Sondermann als stellvertretendes Mitglied in den

- Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
- Ausschuss für Schule und Bildung
- Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
- Bauausschuss
- Kulturausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss

- Sport- und Bäderausschuss
- Vergabeausschuss
- Verkehrsausschuss

46. Herrn Thomas Köckritz (s. B.) als

a) persönlicher Stellvertreter von Christian Jüngst in den

- Sport- und Bäderausschuss

b) ordentliches Mitglied in den

- AK des Verkehrsausschusses

c) stellvertretendes Mitglied in den

- Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
- Ausschuss für Schule und Bildung
- Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
- Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
- Bauausschuss
- Kulturausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Vergabeausschuss

47. Frau Julia Sting (s. B.) als

a) ordentliches Mitglied in den

- AK Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen

b) stellvertretendes Mitglied in den

- Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
- Ausschuss für Schule und Bildung
- Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
- Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
- Bauausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Sport- und Bäderausschuss
- Vergabeausschuss
- Verkehrsausschuss

48. Herrn Salih Güner (s. B.) als stellvertretendes Mitglied in den

- Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
- Ausschuss für Schule und Bildung
- Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
- Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
- Bauausschuss
- Kulturausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Sport- und Bäderausschuss
- Vergabeausschuss

- Verkehrsausschuss
- 49. Frau Katja Sondermann (s. B.) als stellvertretendes Mitglied in den**
- Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
 - Ausschuss für Schule und Bildung
 - Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
 - Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegen-schaften
 - Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
 - Bauausschuss
 - Kulturausschuss
 - Sport- und Bäderausschuss
 - Vergabeausschuss
 - Verkehrsausschuss
- 50. Frau Silvia Keßler als stellvertretendes Mitglied in den**
- Ausschuss für Schule und Bildung
 - Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
 - Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegen-schaften
 - Kulturausschuss
 - Rechnungsprüfungsausschuss
 - Sport- und Bäderausschuss
 - Verkehrsausschuss
- 51. Herrn Christian Jüngst (s. B.) als**
- a) ordentliches Mitglied in den**
- AK Bäder- und Sportstättenentwicklung
- b) persönlicher Stellvertreter von Thomas Köckritz in den**
- AK des Verkehrsausschusses
- c) stellvertretendes Mitglied in den**
- Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
 - Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegen-schaften
 - Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
 - Bauausschuss
 - Kulturausschuss
 - Verkehrsausschuss
- 52. Frau Daniela Stoker (s. B.) als ordentliches Mitglied in den**
- Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
- 53. Herr Thomas Reppel (s. B.) als ordentliches Mitglied in den**
- Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
- 54. Herrn Sören Krombach (s. B.) als ordentliches Mitglied in den**
- Vergabeausschuss

55. **Herrn Sören Krombach (s. B.)** als **persönlicher Stellvertreter** von Daniel Neumann in den
- Bezirksausschuss II – Siegen-Weidenau
56. **Herrn Maik Waidmann (s. B.)** als **persönlicher Stellvertreter** von Jürgen Schulz in den
- AK Abfallwirtschaft

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

18. Rat 19.10.2022

gez.
Bürgermeister

gez.
Schriftführerin

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	AfS-Fraktion
Eingang	30.09.2022
Federführend	.

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

19.10.2022

Betreff:

Notfallplan bei Blackout
- Anfrage der AfS-Fraktion -

AfS-Fraktion • Schanzenweg 35 • 57076 Siegen

Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen

GB 3
Abt. 2

EINGANG BÜRGERMEISTER	
04. Okt. 2022	
GB FSPD /	PR
Abt. 212	INSTITUTE

hätte Autokrat koordinieren

4110 / M

Siegen, 30. September 2022

Anfrage gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 19.10.2022

Betreff: Notfallplan bei Blackout

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

die steigenden Energiekosten belasten öffentliche und private Haushalte. Gleichzeitig steht zu befürchten, dass die Energieversorgung insbesondere in den kommenden Wintermonaten knapper wird und nicht in ausreichendem Maße für Heizung und Strom zur Verfügung steht. Die jüngsten Anschläge auf die Gaspipelines Nordstream 1 und Nordstream 2 sorgen zusätzlich für eine Verschärfung und noch mehr angespannte Stimmung. Viele Bürger sind sehr verunsichert, wie es in den nächsten Wochen weitergeht. Und durchaus ernstzunehmende Stimmen sprechen von der Gefahr eines möglichen Blackouts. Neben Friedrich Merz (CDU) sagte beispielsweise der Chef des Deutschen Städte und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, kürzlich in der „Welt am Sonntag“:

„Die Gefahr eines Blackouts ist gegeben. Wir können flächendeckende Stromausfälle nicht ausschließen“. Die Medien berichten häufig über die Blackout-gefahr, über den

04. Okt. 2022

GB	PR
Abt.	INSITU

Ausfall von Mobilfunknetzen, geben Verhaltenstipps, wie man Vorsorge treffen kann und geben Verhaltenstipps, auch manche Kommune informiert die Bürger entsprechend.

Auch wenn die Stadt Siegen bereits Energiesparmaßnahmen angeordnet hat und diese auch bereits seit Wochen umsetzt, so befürchten doch einige Bürger, dass neben der drohenden Gefahr eines Blackouts auch durch Notfallpläne die Energie- und Stromnutzung für private Haushalte und ggf. Unternehmen reglementiert und limitiert wird.

Angesichts dieser Problematiken bitten wir daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat die Stadt Siegen Maßnahmen geplant wie auf einen möglichen, längerfristigen Blackout oder einer Limitierung von Energie zum Schutz und zur Versorgung der Bevölkerung reagiert werden kann.

2. Wie soll die Kommunikation, Information und Alarmierung der Bevölkerung im Falle eines Blackouts stattfinden?

Gibt es zentrale / dezentrale Informations-Punkte?

Gibt es darüber schon jetzt entsprechende Informationen, sowie weitere ratschläge seitens der Verwaltung wie sich die Siegener Bevölkerung auf einen möglichen Blackout selbst vorbereiten sollte (Stichworte: Beschaffung von Vorräten, Eigenvorsorge)

3. Wie wird darüber hinaus die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Trinkwasser sichergestellt? Gibt es zentrale Versorgungslager oder Versorgungsstellen mit Lebensmitteln und Trinkwasser?

4. Gibt es ausreichend Notunterkünfte, oder sog. Wärmeinseln, wie sie die Stadt Wetzlar jetzt beschlossen hat, für die Bevölkerung in Siegen, wenn z.B. heizen nicht möglich ist.

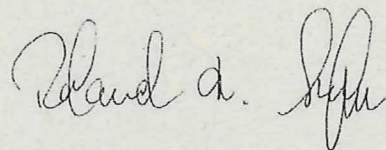
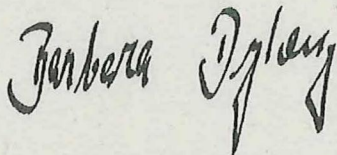
5. Wie ist eine ausreichende medizinische Versorgung in Krankenhäusern und Pflegeheimen mit Medikamenten, aber auch im Hinblick auf Verletzungen und Unfälle sichergestellt?

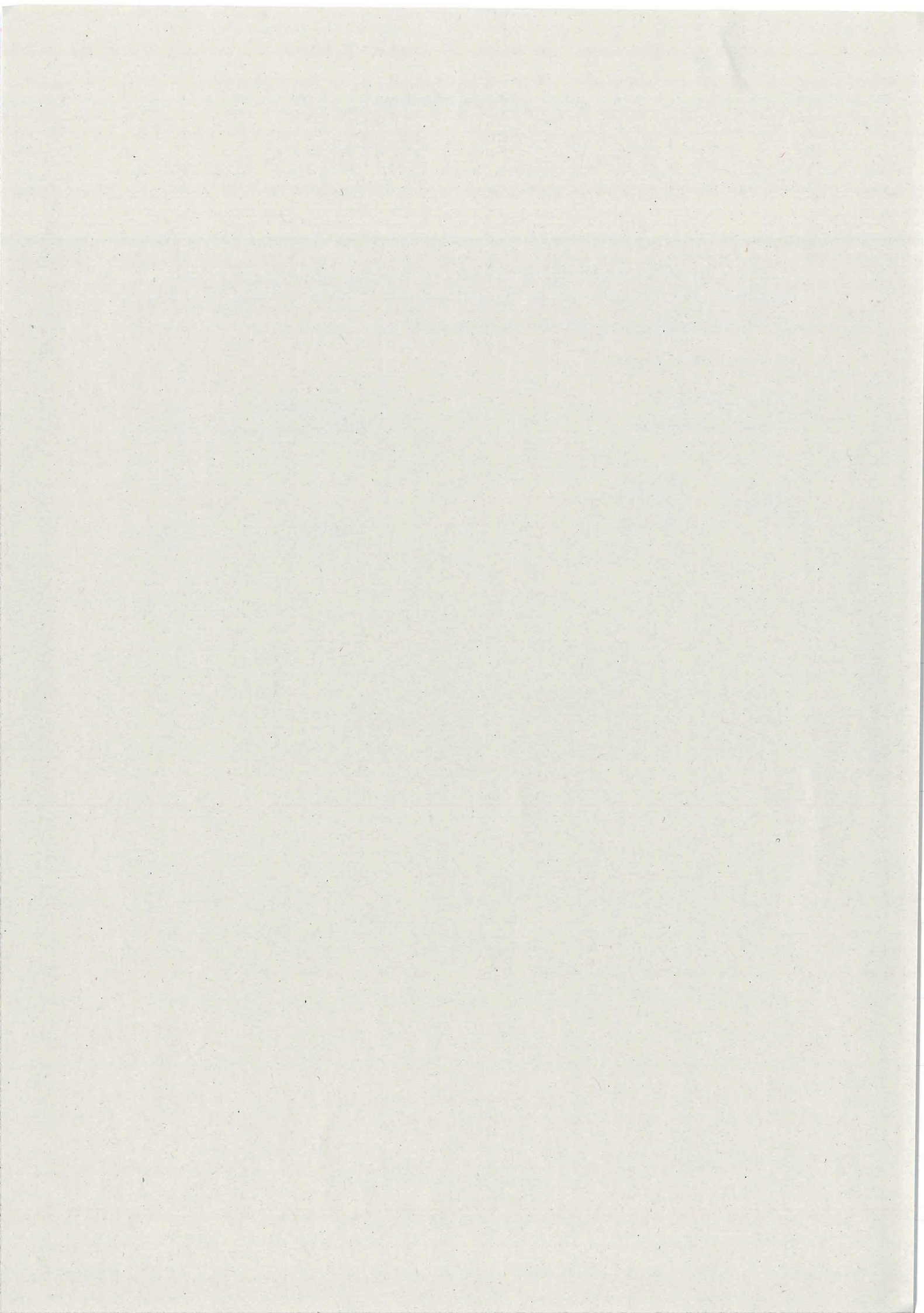
6. Über welchen Zeitraum kann die Versorgung kritischer Infrastruktur (Polizei, Feuerwehr, THW, Krankenhäuser, Pflegeheime usw.) mittels Treibstoffvorräten auch für Notstromaggregate aufrechterhalten werden?

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Dylong
Fraktionsvorsitzende

Roland Steffe
stellv. Fraktionsvorsitzender





A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	AfS-Fraktion
Eingang	30.09.2022
Federführend	.

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

19.10.2022

Betreff:

Notfallplan bei Blackout
- Anfrage der AfS-Fraktion -

Frage 1:

Hat die Stadt Siegen Maßnahmen geplant wie auf einen möglichen, längerfristigen Blackout oder einer Limitierung von Energie zum Schutz und zur Versorgung der Bevölkerung reagiert werden kann?

Antwort:

Die Feuerwehr der Universitätsstadt Siegen, arbeitet seit August an einem entsprechenden Konzept zur Notfallplanung. Der Bürgermeister hat zur Bewertung und Aufrechterhaltung wichtiger Kernstrukturen der Verwaltung ebenfalls eine Projektgruppe eingesetzt.

Frage 2:

Wie soll die Kommunikation, Information und Alarmierung der Bevölkerung im Falle eines Black-outs stattfinden? Gibt es zentrale / dezentrale Informations-Punkte?

Gibt es darüber schon jetzt entsprechende Informationen, sowie weitere Ratschläge seitens der Verwaltung wie sich die Siegener Bevölkerung auf einen möglichen Blackout selbst vorbereiten sollte (Stichworte: Beschaffung von Vorräten, Eigenvorsorge)

Antwort:

Die Art der Kommunikation mit der Bevölkerung ist stark abhängig von der Dauer des Ausfalls. In den ersten Stunden kann eine Kommunikation über das Internet und das Radio stattfinden. Fällt das Internet weg, bleibt nur noch die Information über das Radio. Geplant sind Meldestellen für die Bevölkerung in jedem Stadtteil, in Größeren Stadtteilen auch an verschiedenen Stellen, da ja auch der Notruf über die bekannten Wege nicht mehr funktionieren wird. Die Aufklärung der Bevölkerung soll mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein gemeinsam forciert werden. Die Bevölkerung kann sich aber jetzt schon auf der Seite der Universitätsstadt Siegen/Bevölkerungsschutz informieren. Weiterhin sind alle wichtigen Informationen beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zu erhalten. Grundsätzlich kann eine solche Krise nur mit einer ausgeprägten Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung gemeistert werden. Grundsätzlich sollte jeder Haushalt in der Lage sein, für 10 Tage eine Versorgung sicherzustellen. Genaue Hinweise zur Bevorratung, sind unter www.bbk.bund.de abzurufen.

Frage 3:

Wie wird darüber hinaus die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Trinkwasser sichergestellt? Gibt es zentrale Versorgungslager oder Versorgungsstellen mit Lebensmitteln und Trinkwasser?

Antwort:

Es ist davon auszugehen, dass die Trinkwasserversorgung stabil bleiben wird. Hier wurden schon vor 5 Jahren entsprechende Planungen in Zusammenarbeit mit den SVB durchgeführt. Die Versorgung mit Lebensmitteln kann nur für die Bevölkerungsgruppe sichergestellt werden, die sich nicht selbst versorgen kann. Hierbei wird eine Größenordnung, immer davon ausgehend, es handelt sich um einen landesweiten Ausfall, von einem Prozent der Bevölkerung angenommen.

Frage 4:

Gibt es ausreichend Notunterkünfte, oder sog. Wärmeinseln, wie sie die Stadt Wetzlar jetzt beschlossen hat, für die Bevölkerung in Siegen, wenn z.B. heizen nicht möglich ist.

Antwort:

Es kann keine ausreichende Anzahl an Notunterkünften geben, da die Gefahrenabwehr eine Bevölkerung, wie die in der Stadt Siegen, nicht mit Notunterkünften versorgen kann. Derzeit wird geprüft, ob z.B. die Siegerlandhalle als „Wärmeinsel“ aufgerüstet werden kann. Bedingt durch die sich stark verschlechterte Versorgungslage, ist es allerdings kaum möglich, kurzfristig, entsprechende Geräte wie Notstromaggregate oder Ölbetriebene Zeltheizungen etc. zu beschaffen.

Frage 5:

Wie ist eine ausreichende medizinische Versorgung in Krankenhäusern und Pflegeheimen mit Medikamenten, aber auch im Hinblick auf Verletzungen und Unfälle sichergestellt?

Antwort:

Für die Krankenhäuser gibt es, genauso wie für den Rettungsdienst eine entsprechende Pflicht zur Vorhaltung. Für den Bereich des Rettungsdienstes der Feuerwehr Siegen wurden die Lagermengen verdreifacht. Ob eine entsprechende Vorratshaltung in den Krankenhäusern und Pflegeheimen umgesetzt wird, kann hier nicht beantwortet werden. Die Fragestellung ist aber vom Kreis Siegen-Wittgenstein in die Grundsatzplanungen aufgenommen worden.

Frage 6:

Über welchen Zeitraum kann die Versorgung kritischer Infrastruktur (Polizei, Feuerwehr, THW, Krankenhäuser, Pflegeheime usw.) mittels Treibstoffvorräten auch für Notstromaggregate aufrechterhalten werden?

Antwort:

Planungsgrundlage für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr, ist die Versorgung mit Treibstoff über 72 Stunden. Diese wird auch sichergestellt. Krankenhäuser sollten ebenfalls 72 Stunden versorgen können. Für Alten- und Pflegeheime gibt es keine Verpflichtung. Problem bleibt auch hier die Beschaffungslage auf dem Weltmarkt im Bereich der Geräte zur Notstromversorgung.

Gez.
Matthias Ebertz

AfS-Fraktion • Schanzenweg 35 • 57076 Siegen

Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen

GB 3
Abt. 2

EINGANG BÜRGERMEISTER	
04. Okt. 2022	
GB FSPD /	PR
Abt. 212	INSTITUTE

hätte Autokrat koordinieren

4110 / M

Siegen, 30. September 2022

Anfrage gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 19.10.2022

Betreff: Notfallplan bei Blackout

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

die steigenden Energiekosten belasten öffentliche und private Haushalte. Gleichzeitig steht zu befürchten, dass die Energieversorgung insbesondere in den kommenden Wintermonaten knapper wird und nicht in ausreichendem Maße für Heizung und Strom zur Verfügung steht. Die jüngsten Anschläge auf die Gaspipelines Nordstream 1 und Nordstream 2 sorgen zusätzlich für eine Verschärfung und noch mehr angespannte Stimmung. Viele Bürger sind sehr verunsichert, wie es in den nächsten Wochen weitergeht. Und durchaus ernstzunehmende Stimmen sprechen von der Gefahr eines möglichen Blackouts. Neben Friedrich Merz (CDU) sagte beispielsweise der Chef des Deutschen Städte und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, kürzlich in der „Welt am Sonntag“:

„Die Gefahr eines Blackouts ist gegeben. Wir können flächendeckende Stromausfälle nicht ausschließen“. Die Medien berichten häufig über die Blackout-gefahr, über den

04. Okt. 2022

GB	PR
Abt.	INSITU

Ausfall von Mobilfunknetzen, geben Verhaltenstipps, wie man Vorsorge treffen kann und geben Verhaltenstipps, auch manche Kommune informiert die Bürger entsprechend.

Auch wenn die Stadt Siegen bereits Energiesparmaßnahmen angeordnet hat und diese auch bereits seit Wochen umsetzt, so befürchten doch einige Bürger, dass neben der drohenden Gefahr eines Blackouts auch durch Notfallpläne die Energie- und Stromnutzung für private Haushalte und ggf. Unternehmen reglementiert und limitiert wird.

Angesichts dieser Problematiken bitten wir daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat die Stadt Siegen Maßnahmen geplant wie auf einen möglichen, längerfristigen Blackout oder einer Limitierung von Energie zum Schutz und zur Versorgung der Bevölkerung reagiert werden kann.

2. Wie soll die Kommunikation, Information und Alarmierung der Bevölkerung im Falle eines Blackouts stattfinden?

Gibt es zentrale / dezentrale Informations-Punkte?

Gibt es darüber schon jetzt entsprechende Informationen, sowie weitere ratschläge seitens der Verwaltung wie sich die Siegener Bevölkerung auf einen möglichen Blackout selbst vorbereiten sollte (Stichworte: Beschaffung von Vorräten, Eigenvorsorge)

3. Wie wird darüber hinaus die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Trinkwasser sichergestellt? Gibt es zentrale Versorgungslager oder Versorgungsstellen mit Lebensmitteln und Trinkwasser?

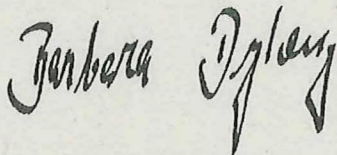
4. Gibt es ausreichend Notunterkünfte, oder sog. Wärmeinseln, wie sie die Stadt Wetzlar jetzt beschlossen hat, für die Bevölkerung in Siegen, wenn z.B. heizen nicht möglich ist.

5. Wie ist eine ausreichende medizinische Versorgung in Krankenhäusern und Pflegeheimen mit Medikamenten, aber auch im Hinblick auf Verletzungen und Unfälle sichergestellt?

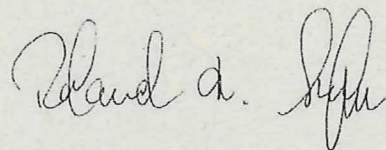
6. Über welchen Zeitraum kann die Versorgung kritischer Infrastruktur (Polizei, Feuerwehr, THW, Krankenhäuser, Pflegeheime usw.) mittels Treibstoffvorräten auch für Notstromaggregate aufrechterhalten werden?

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Dylong
Fraktionsvorsitzende



Roland Steffe
stellv. Fraktionsvorsitzender



A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	FDP- Fraktion
Eingang	12.10.2022
Federführend	GB 3, Abt. 3/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

19.10.2022

Betreff:

Haushalt 2023
- Anfrage der FDP-Fraktion

Geschäftsstelle: Rathaus | Markt 2 | 57072 Siegen
 Zimmer: B 313
 Telefon: 0271 404-1536/-1537
 Telefax: 0271 404-1539
 E-Mail: fdp@siegen.de
 Internet: www.fdp-siegen.de

FDP-Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen | Markt 2 | 57072 Siegen

An den
 Bürgermeister der Stadt Siegen
 Herrn Steffen Mues
 Rathaus Markt 2
 57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
12. Okt. 2022	
GB	PR
Abt. 311	INSTITUTE

Siegen, 11.10.2022

Anfrage gemäß § 9 der GO des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 19.10.2022

Betreff: Haushalt 2023

Aus gegebenem Anlass fragt die FDP-Fraktion im Rat:

Welche zusätzlichen Belastungen für den Haushalt 2023 ergeben sich nach heutigem Stand

- durch die Energiekostensteigerungen in städtischen Immobilien?
- durch die Zusatzbelastungen bei der Kreisumlage?
- durch zusätzliche Transferleistungen an Personen mit niedrigem Einkommen, die durch die Mehrbelastungen bei Energiekosten Stützungsansprüche haben?
- durch Mehrkosten bei der Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen?
- durch absehbare Mehrkosten des FB IV, die heute bereits absehbar, aber nicht etatisiert sind?
- Gibt es aus Sicht der Kämmerei im Haushalt 2023 weiteren Bedarf für Investitionen oder Rückstellungen in größerem Umfang, die in der mittelfristigen Finanzplanung nicht enthalten sind?
- Wie wirken sich die erheblichen Energiekostensteigerungen bei Unternehmen auf die Gewerbesteuerereinnahmen aus?

- Welche Konsequenzen hat ein erheblicher Fehlbetrag im Haushalt 2023 für die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes?

Der Kämmerer hat im Zusammenhang mit der Planung für das Hallenbad Weidenau davon gesprochen, eine solche Investition sei finanzwirtschaftlich „eigentlich“ nicht darstellbar.

Wir fragen weiter:

- Welche Bedeutung verknüpft der Kämmerer in diesem Zusammenhang mit dem Begriff „eigentlich“?
- Ist die Investition finanzwirtschaftlich darstellbar oder nicht?

Klaus Volker Walter

Klaus Volker Walter
Fraktionsvorsitzender

Wolfgang Könen

Wolfgang Könen
stv. Fraktionsvorsitzender

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	FDP- Fraktion
Eingang	12.10.2022
Federführend	GB 3, Abt. 3/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

19.10.2022

Betreff:

Haushalt 2023
- Anfrage der FDP-Fraktion

Vorbemerkung:

Der Haushalt für das Jahr 2023 wird vereinbarungsgemäß am 21.12.2022 im Rat eingebracht. Er befindet sich derzeit im verwaltungsinternen Abstimmungsprozess und es liegen noch keine abschließenden Erkenntnisse zu der Höhe von Mehr-/Minderaufwendungen bzw. Mehr-/Mindererträgen vor.

Insofern kann auch noch keine Aussage zum Ergebnis/Saldo gemacht werden. Gleiches gilt in Bezug auf den investiven Teil des Haushalts 2023.

Die einzelnen Fragen der Anfrage können daher nur teilweise beantwortet werden.

Welche zusätzlichen Belastungen für den Haushalt 2023 ergeben sich nach heutigem Stand

- **durch die Energiekostensteigerungen in städtischen Immobilien?**

Es werden deutliche Steigerungen der Energiekosten erwartet. Inwieweit sich die vorgesehene Gaspreisbremse auf die städtischen Gebäude auswirkt, kann noch nicht beurteilt werden.

Das Land NRW plant, dass man auch die durch den Ukraine-Krieg entstehenden Mehrkosten (wie die Corona-Kosten) haushaltsrechtlich „isolieren“ kann. Damit würden sich die Energiekosten nicht oder nur zum Teil negativ auf das Gesamtergebnis des Haushalts auswirken.

- **durch die Zusatzbelastungen bei der Kreisumlage?**

1 % Hebesatz bedeuten rd. 2,3 Mio. € Zahllast der Stadt. Der Hebesatz wird in der Sitzung des Kreistags am 16.12.2022 beschlossen. Die Forderung des Kreises beträgt rd. 78,8 Mio. €, die Kreisumlage in 2022 betrug rd. 71 Mio. €.

- **durch zusätzliche Transferleistungen an Personen mit niedrigem Einkommen, die durch die Mehrbelastungen bei Energiekosten Stützungsansprüche haben?**

Unmittelbare Transferleistungen von der Stadt erfolgen nicht. So wird z. B. Wohngeld über den Landeshaushalt ausgezahlt.

- **durch Mehrkosten bei der Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen?**

Der Zuschussbedarf des Produkts 05 01 02 - Hilfen nach dem AsylbLG - wird sicherlich deutlich steigen.

Nähere Ausführungen erfolgen bei Vorlage des Haushaltsentwurfs.

- **durch absehbare Mehrkosten des FB IV, die heute bereits absehbar, aber nicht etatisiert sind?**

Sollte mit dem FB IV der Geschäftsbereich 4 gemeint sein, wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

- **Gibt es aus Sicht der Kämmerei im Haushalt 2023 weiteren Bedarf für Investitionen oder Rückstellungen in größerem Umfang, die in der mittelfristigen Finanzplanung nicht enthalten sind?**

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

- **Wirken sich die erheblichen Energiekostensteigerungen bei Unternehmen auf die Gewerbesteureinnahmen aus?**

Energiekostensteigerungen bei Unternehmen führen grundsätzlich – wie alle anderen Mehraufwendungen auch – zu einer Minderung des maßgeblichen Gewinns und damit zu einer niedrigeren Gewerbesteuerzahlung.

- **Welche Konsequenzen hat ein erheblicher Fehlbetrag im Haushalt 2023 für die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes?**

Ein potentieller erheblicher Fehlbetrag würde die Genehmigungsfähigkeit nicht gänzlich ausschließen. Die Modalitäten des weiteren Verfahrens ergeben sich aus den §§ 75,76 GO NRW.

Der Kämmerer hat im Zusammenhang mit der Planung für das Hallenbad Weidenau davon gesprochen, eine solche Investition sei finanzwirtschaftlich „eigentlich“ nicht darstellbar.

Wir fragen weiter:

- **Welche Bedeutung verknüpft der Kämmerer in diesem Zusammenhang mit dem Begriff „eigentlich“?**

„Eigentlich“ sollte in diesem Kontext heißen:

Auch aus Sicht der Kämmerei ist es sicherlich für eine Großstadt wie Siegen erforderlich, dass ein funktionierendes Hallenbad vorgehalten wird.

- **Ist die Investition finanzwirtschaftlich darstellbar oder nicht?**

Eine abschließende Beantwortung dieser Frage ist nicht möglich.

Auch für den Finanzminister des Bundes sind die diversen Entlastungspakete „eigentlich“ finanzwirtschaftlich nicht darstellbar.

Aus Sicht der Kämmerei wird nochmals darauf hingewiesen:

Es müssen auch und gerade im investiven Bereich in jedem Falle Prioritäten gesetzt werden.

Jede Investition führt zu Folgekosten, welche über die jährlichen Einnahmen gedeckt werden müssen.

Für eine zusätzliche Belastung des Haushalts in Höhe von 1 Mio. € müsste die Grundsteuer B rechnerisch um 30 %-Punkte angehoben werden!

Die aktuellen Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung (Rezession) sind zudem äußerst negativ. Von daher sind Zusatzbelastungen des Haushalts möglichst zu vermeiden.

Geschäftsstelle: Rathaus | Markt 2 | 57072 Siegen
 Zimmer: B 313
 Telefon: 0271 404-1536/-1537
 Telefax: 0271 404-1539
 E-Mail: fdp@siegen.de
 Internet: www.fdp-siegen.de

FDP-Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen | Markt 2 | 57072 Siegen

An den
 Bürgermeister der Stadt Siegen
 Herrn Steffen Mues
 Rathaus Markt 2
 57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
12. Okt. 2022	
GB	PR
Abt. 311	INSTITUTE

Siegen, 11.10.2022

Anfrage gemäß § 9 der GO des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 19.10.2022

Betreff: Haushalt 2023

Aus gegebenem Anlass fragt die FDP-Fraktion im Rat:

Welche zusätzlichen Belastungen für den Haushalt 2023 ergeben sich nach heutigem Stand

- durch die Energiekostensteigerungen in städtischen Immobilien?
- durch die Zusatzbelastungen bei der Kreisumlage?
- durch zusätzliche Transferleistungen an Personen mit niedrigem Einkommen, die durch die Mehrbelastungen bei Energiekosten Stützungsansprüche haben?
- durch Mehrkosten bei der Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen?
- durch absehbare Mehrkosten des FB IV, die heute bereits absehbar, aber nicht etatisiert sind?
- Gibt es aus Sicht der Kämmerei im Haushalt 2023 weiteren Bedarf für Investitionen oder Rückstellungen in größerem Umfang, die in der mittelfristigen Finanzplanung nicht enthalten sind?
- Wie wirken sich die erheblichen Energiekostensteigerungen bei Unternehmen auf die Gewerbesteuerereinnahmen aus?

- Welche Konsequenzen hat ein erheblicher Fehlbetrag im Haushalt 2023 für die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes?

Der Kämmerer hat im Zusammenhang mit der Planung für das Hallenbad Weidenau davon gesprochen, eine solche Investition sei finanzwirtschaftlich „eigentlich“ nicht darstellbar.

Wir fragen weiter:

- Welche Bedeutung verknüpft der Kämmerer in diesem Zusammenhang mit dem Begriff „eigentlich“?
- Ist die Investition finanzwirtschaftlich darstellbar oder nicht?

Klaus Volker Walter

Klaus Volker Walter
Fraktionsvorsitzender

Wolfgang Könen

Wolfgang Könen
stv. Fraktionsvorsitzender

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	13.10.2022
Federführend	GB 3

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

19.10.2022

Betreff:

Public Viewing zur Fußball-WM 2022 in Katar
- Anfrage der Volt-Fraktion -

Rathaus Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
13. Okt. 2022	
GB 3	PR
Abt. 24	INSITUTE

Ø 4/2

Siegen, 13. Oktober 2022

Anfrage gemäß §8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 19.10.2022

Betreff: Public Viewing zur Fußball-WM 2022 in Katar

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fußball-WM steht vor der Tür, doch anders als in den vergangenen Jahren ist die Vorfreude vieler Menschen getrübt. Grund dafür sind die eklatanten Verstöße gegen die Menschenrechte im Vorfeld der WM im Gastgeberland Katar, in deren Folge tausende Menschen ums Leben kamen. Viele französische und inzwischen auch einige deutsche Städte haben sich gegen ein Public-Viewing im Zusammenhang mit der Fußball-WM entschieden. Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Frage:

Plant die Verwaltung der Stadt Siegen die Durchführung eines Public Viewings anlässlich der Fußball-WM 2022 in Katar?

Mit freundlichen Grüßen

S. Wittenburg

Samuel Wittenburg
Fraktionsvorsitzender

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	13.10.2022
Federführend	GB 2

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

19.10.2022

Betreff:

Public Viewing zur Fußball-WM 2022 in Katar
- Anfrage der Volt-Fraktion -

Der Koordinierungsstelle für Veranstaltungen der Abteilung 2/2 Ordnung und Stadtreinigung liegt dazu bislang kein Antrag vor. Die städtische Kulturabteilung und das Stadtmarketing haben nichts geplant. Auch bei der Siegerlandhalle wird es kein Public Viewing geben.

Die Fußball-WM findet vom 20.11.2022 bis 18.12.2022 statt. Der für die (größeren) Public Viewing-Veranstaltungen in Siegen bislang genutzte Platz am Unteren Schloss ist in diesem Zeitraum auch durchgehend durch den Siegener Weihnachtsmarkt belegt.

In der Vergangenheit haben die Gaststättenbetreiber in der Alten Poststraße Public Viewings veranstaltet. Die Gastwirte haben zum gegenwärtigen Zeitpunkt ebenfalls nichts geplant. Wahrscheinlich wird die WM dort wie die normalen Bundesligaspiele gehandhabt, d.h. man kann die Spiele über einen Fernseher verfolgen.

gez.
Oliver Schmidt
AL 2/2

Rathaus Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
13. Okt. 2022	
GB 3	PR
Abt. 24	INSITUTE

Ø 4/2

Siegen, 13. Oktober 2022

Anfrage gemäß §8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 19.10.2022

Betreff: Public Viewing zur Fußball-WM 2022 in Katar

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fußball-WM steht vor der Tür, doch anders als in den vergangenen Jahren ist die Vorfreude vieler Menschen getrübt. Grund dafür sind die eklatanten Verstöße gegen die Menschenrechte im Vorfeld der WM im Gastgeberland Katar, in deren Folge tausende Menschen ums Leben kamen. Viele französische und inzwischen auch einige deutsche Städte haben sich gegen ein Public-Viewing im Zusammenhang mit der Fußball-WM entschieden. Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Frage:

Plant die Verwaltung der Stadt Siegen die Durchführung eines Public Viewings anlässlich der Fußball-WM 2022 in Katar?

Mit freundlichen Grüßen

S. Wittenburg

Samuel Wittenburg
Fraktionsvorsitzender

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	13.10.2022
Federführend	GB 2

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

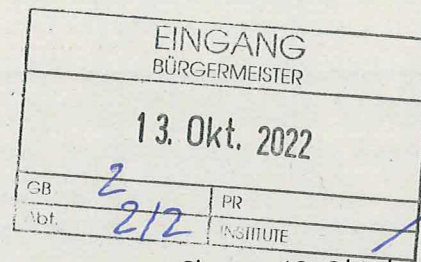
19.10.2022

Betreff:

Bußgeldkatalog / AT 48/2021
- Anfrage der Volt-Fraktion -

Rathaus Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen



Siegen, 13. Oktober 2022

Anfrage gemäß §8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 19.10.2022

Betreff: Bußgeldkatalog / AT 48/2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie vom 09.03.2021 wurde einstimmig folgender Beschluss gefasst:

1. Die Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Siegen bezogen auf unerlaubte Abfallbeseitigungen wird um einen im Sinne von § 69 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 28 KrVVG erstellten Bußgeldkatalog ergänzt. Die Bußgeldhöhen sollen sich am oberen Rahmen des nach dem Buß- und Verwarnungsgeldkatalogs „Abfallrecht“ des Landes Nordrhein-Westfalen rechtlich zulässigen Rahmen orientieren.

2. Das Patensystem für Wertstoffdepots wird ausgeweitet.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wann ist mit einer Fertigstellung und Veröffentlichung des Bußgeldkatalogs zu rechnen?
2. Welche Maßnahmen wurden getroffen, um das Patensystem für Wertstoffdepots auszuweiten?
 - 2.1. Wie erfolgreich sind die Maßnahmen?
 - 2.2. Angabe aktuelle Anzahl Paten?

Mit freundlichen Grüßen

Samuel Wittenburg
Fraktionsvorsitzender

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	13.10.2022
Federführend	GB 2

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

19.10.2022

Betreff:

Bußgeldkatalog / AT 48/2021
- Anfrage der Volt-Fraktion -

Zu Frage Nr. 1: Wann ist mit einer Fertigstellung und Veröffentlichung des Bußgeldkatalogs zu rechnen?

Der neue Bußgeldkatalog zur OBV hat bereits im Kalenderjahr 2021 den AffSO, den HFA und den Rat durchlaufen. Der Erlass wurde in der Ratssitzung v. 26.05.2021 einstimmig bei 2 Enthaltungen beschlossen. Im Rahmen der zum 01.07.2021 eingeführten überarbeiteten OBV wird der Bußgeldrahmen auch seit diesem Datum umgesetzt.

Universitätsstadt
Siegen
Der Bürgermeister

Siegen, 16.07.2021

B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Rates vom 26.05.2021

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

4. Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Stadt Siegen

Vorlage Nr. VL 269/2021

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Erlass der der Vorlage beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Universitätsstadt Siegen zum 01.06.2021 unter Berücksichtigung nachstehender Änderungen:

Der ergänzt formulierte § 11 Absatz 1 lautet wie folgt:

Wildlebende Tiere (z.B. Katzen, Tauben etc.) dürfen auf öffentlich gewidmeten Verkehrsflächen und in öffentlichen Anlagen grundsätzlich nicht gefüttert werden.

Der ergänzt formulierte § 12 Absatz 2 lautet wie folgt:

„(2) Das gleiche gilt für Flugmodelle und Drohnen, soweit sie nicht unter das Luftverkehrsgesetz in der jeweils gültigen Fassung fallen oder es sich dabei nicht um Spielzeug im Sinne der jeweils gültigen europäischen Richtlinie handelt.“

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 2 Enthaltungen

5. Rat 26.05.2021

Zu Frage Nr. 2: Welche Maßnahmen wurden getroffen, um das Patensystem für Wertstoffdepots auszuweiten?

Zur Ausweitung des Patensystems insgesamt, nicht nur an Wertstoffdepots, wird verstärkt auf persönliche Ansprachen gesetzt. Das heißt, wenn sich Bürgerinnen oder Bürger über verunreinigte Wertstoffdepots beschweren, weisen wir auf die konkrete Möglichkeit hin, als Pate/Patin an diesem Standort tätig werden zu können.

Darüber hinaus wird auf der Homepage der Stadt Siegen auf die Kampagne „Sauber Bleiben“, zu der auch die Sauberkeitspaten zählen, hingewiesen.

Am 14.10.2022 wurde mit M&Ö ein Film für einen Videoclip für die Sozialen Medien gedreht, die das Thema Nutzung von Wertstoffdepots zum Inhalt haben. Dort hat der Leiter der Stadtreinigung gezielt Werbung für die Sauberkeitspaten gemacht. Bis der Clip fertig ist, wird es noch rd. 3 Wochen dauern.

2.1. Wie erfolgreich sind die Maßnahmen?

Seit dem Beschluss in der Sitzung des AfUKE vom 09.03.2021 konnten 8 neue Patinnen und Paten gewonnen werden. Ggf. kommt es über den o.g. Videoclip ebenfalls noch zu weiteren Patenschaften.

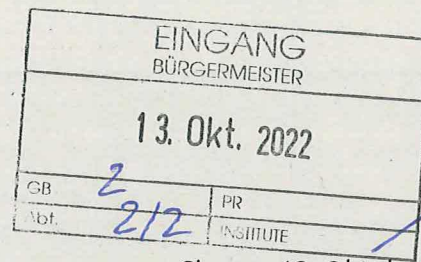
2.2. Angabe aktuelle Anzahl Paten?

Aktuell sind 59 Privatpersonen als Paten tätig. Darüber hinaus engagieren sich 12 Vereine und sonstige Organisationen.

gez.
Oliver Schmidt
AL 2/2

Rathaus Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen



Siegen, 13. Oktober 2022

Anfrage gemäß §8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 19.10.2022

Betreff: Bußgeldkatalog / AT 48/2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie vom 09.03.2021 wurde einstimmig folgender Beschluss gefasst:

1. Die Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Siegen bezogen auf unerlaubte Abfallbeseitigungen wird um einen im Sinne von § 69 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 28 KrVVG erstellten Bußgeldkatalog ergänzt. Die Bußgeldhöhen sollen sich am oberen Rahmen des nach dem Buß- und Verwarnungsgeldkatalogs „Abfallrecht“ des Landes Nordrhein-Westfalen rechtlich zulässigen Rahmen orientieren.

2. Das Patensystem für Wertstoffdepots wird ausgeweitet.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wann ist mit einer Fertigstellung und Veröffentlichung des Bußgeldkatalogs zu rechnen?
2. Welche Maßnahmen wurden getroffen, um das Patensystem für Wertstoffdepots auszuweiten?
 - 2.1. Wie erfolgreich sind die Maßnahmen?
 - 2.2. Angabe aktuelle Anzahl Paten?

Mit freundlichen Grüßen

Samuel Wittenburg
Fraktionsvorsitzender

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	mehrere Fraktionen
Eingang	05.10.2022
Federführend	GB 4 Abt. 4/5

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

19.10.2022

Betreff:

**Planungsfeststellungsbeschluss zur Höchstspannungsleitung "Kruckel-Dauersberg Enlag
19" im Bereich Meiswinkel
Klage der BI Meiswinkel gegen den Beschluss
- Gemeinsamer Antrag Bündnis 90 / die Grünen, UWG, GfS, die Linke, FDP und Volt -**

Herrn Bürgermeister
Steffen Mues
Markt 2
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
05. Okt. 2022	
GB	FR
Abt.	PLAUTE

Siegen, 31.08.2022

Ø 211

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen, UWG, GfS, DIE LINKE, FDP und Volt gemäß § 9 der GeschO des Rates der Stadt Siegen nächsten zur Sitzung des Rates am 19.10.22

-Planfeststellungsbeschluss zur Höchstspannungsleitung „Kruckel-Dauersberg Enlag 19“ im Bereich Meiswinkel

-Klage der BI Meiswinkel gegen den Beschluss

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

der Planfeststellungsbeschluss zur o.g. Höchstspannungsleitung ist ohne jegliche Berücksichtigung der begründeten Änderungsvorschläge der BI Junkernhees für den betroffenen Bereich der dem Gebiet der Stadt Kreuztal sowie der BI Meiswinkel für den Bereich der Stadt Siegen erfolgt.

Die BI Junkernhees sowie die Stadt Kreuztal und die BI Meiswinkel haben fristgerecht Klage gegen diesen Beschluss eingelegt. Beide Städte haben im Vorfeld unabhängig voneinander im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange negative Stellungnahmen gegen die Planungen von Amprion abgegeben; die aufgeführten Bedenken sind inhaltlich nahezu deckungsgleich mit den Argumenten beider Bürgerinitiativen. Der Rat der Stadt Siegen hat sich ebenfalls mit den Stimmen aller Fraktionen der ablehnenden Stellungnahme der Verwaltung angeschlossen.

Während die Stadt Kreuztal selbst Eigentümer von Liegenschaften im Planungsbereich ist, ist dies bei der Stadt Siegen nicht der Fall. Hieraus folgt, dass die Stadt Kreuztal als selbst Betroffene Klage einlegen konnte, während dieser Weg aus formellen Gründen für die Stadt Siegen nicht gegeben ist.

Wie der Presse zu entnehmen, hat die Stadt Kreuztal, zusätzlich zu ihrer Klage erklärt, dass die BI Junkernhees finanziell zur Abdeckung des Prozesskostenrisikos finanziell unterstützen werde.

Der -ohne eigene Überprüfung- im Artikel genannte Betrag wurde geschätzt mit 20.000 Euro beziffert. Eine Nachfrage bei der BI Meiswinkel ergab, dass sie das noch nicht abgedeckte Prozesskostenrisiko neben der Sammlung von Spenden mit maximal zusätzlichen 10.000 Euro eingeschätzt werde. Vor diesem Hintergrund stellen wir folgenden Antrag:

Die Stadt Siegen unterstützt die BI Meiswinkel für das neben den durch Spenden und Zuwendungen zur Verfügung stehenden eigenen Finanzmitteln zur Absicherung des Prozessrisikos mit einem Betrag von maximal 10.000 Euro.

Weitere Begründung erfolgt in der Sitzung des Rates

Mit freundlichen Grüßen



Hans Günter Bertelmann



Christian Paul Sondermann



Henning Klein



Klaus Volker Walter



Samuel Wittenburg



VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1
Bereich: Bürgermeister
Bearbeitet von: Guido Menn

Siegen, 14.9.22

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss 28.09.2022

Rat 19.10.2022

Kurzbezeichnung:

Entwurf der Smart City Strategie "Siegen | Gemeinsam.Smart.Leben"

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Entwurf der Smart City Strategie als grundsätzlichen Orientierungsrahmen, der die räumlichen und gesellschaftlichen Wirkungen der Digitalisierung fachübergreifend betrachtet, auch als Grundlage für weitergehende Förderungen.

Sachverhalt / Begründung:

Der vorliegende Entwurf der Smart City Strategie "Siegen | Gemeinsam.Smart.Leben" stellt den Smart City Strategieprozess der Universitätsstadt Siegen dar.

Bereits in 2018 und 2019 wurden in der Stadtverwaltung in zwei Workshops die ersten Weichen für eine strategische Ausrichtung im Kontext von Smart City gestellt. Darauf folgte die Schaffung einer den Smart City Strategieprozess koordinierenden Stelle (Digitalisierungskoordinator/in), die aus aufbauorganisatorischer Sicht in die Abteilung Büro Bürgermeister eingegliedert ist und den Strategieprozess impulsgebend und beratend begleitet. Mit dem Ende 2020 erfolgten Beschluss, sich für die dritte Staffel des bundesweiten Förderprogramms „Modellprojekte Smart Cities“ in 2021 zu bewerben und eine Smart City Strategie zu entwickeln (VL 113/2020), wurde die strategische Ausrichtung Siegens weiter vertieft und Projektideen konkretisiert. Zu diesem Zweck wurde auch vom 25.01.2021 bis zum 08.02.2021 die Bürgerbeteiligung „SIEGEN.ZUKUNFT? SMART!“ durchgeführt, die wichtige Grundlagen für die Strategieentwicklung lieferte und deren Ergebnisse in dem im zweiten Halbjahr 2021 fertiggestellten Ergebnisbericht festgehalten wurden.

Für einige im Rahmen der Bürgerbeteiligung identifizierte Bedarfe wurden zwischenzeitlich bereits Lösungen umgesetzt (z.B. die Live-Übertragung der Ratssitzungen oder die Einführung einer Beteiligungsplattform). Weitere Ergebnisse der Umfrage tragen darüber hinaus zur Gestaltung der einzelnen Bausteine des vorliegenden Strategieentwurfs bei.

Das Strategiepapier baut auf die Einbindung von Impulsen aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung, wobei auf der darunterliegenden Ebene Einflüsse aus aktuellen Förderprogrammen, Rankings (z.B. Bitkom Smart City Index), Best Practises (Netzwerk-Wissenstransfer) und nicht zuletzt regulatorische Vorgaben Berücksichtigung finden. Es versteht sich als ein wachsendes, änderungsfähiges Konzept. Dem fortwährenden strukturellen, gesellschaftlichen und technologischen Wandel wird so Rechnung getragen und die erforderliche Flexibilität sichergestellt.

Das Dokument setzt sich aus einem theoretischen Teil und einem praktischen Teil zusammen:

Im theoretischen Teil wird u.a. auf den Smart City Begriff näher eingegangen, es werden Ziele herausgearbeitet, Herausforderungen identifiziert und Handlungsfelder gebildet. Aus den Handlungsfeldern ergeben sich nicht automatisch Zuständigkeiten, sondern sie sollen vielmehr eine planvolle und strukturierte Vorgehensweise ermöglichen.

Im praktischen Teil werden Projekte und Projektvorschläge inklusive einer fachlichen Verortung vorgestellt. Damit dient der praktische Teil einerseits der Bestandaufnahme und andererseits als Impulsquelle für Ideen, die sich aus Vorschlägen der Stadtverwaltung, den politischen Gremien und der Öffentlichkeit speisen. Projektvorschläge bis zu einer gewissen Größenordnung können z.T. im Rahmen bereits bestehender Maßnahmen beraten und ggf. umgesetzt werden (z.B. Pilotprojekt intelligente Mülleimer am Siegufer). Andere Maßnahmen übersteigen die verfügbaren „Bordmittel“ der Organisationseinheiten und erfordern zusätzliche Ressourcen mit Hilfe eines gesonderten Beschlusses. Ein entsprechender Hinweis findet sich in den jeweiligen Maßnahmenvorschlägen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

gez.

Steffen Mues
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Smart City Strategie \(Entwurf\)](#)



Siegen

Gemeinsam.Smart.Leben

Smart City Strategie
Universitätsstadt Siegen

Stand: 14. September 2022



Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

war es im 20. Jahrhundert das Industriezeitalter, das maßgeblich unsere Lebens- und Arbeitswelt geprägt hat, so nehmen wir aktuell wahr, wie der digitale Wandel unseren Alltag verändert. Das betrifft nicht nur technologische Entwicklungen, sondern auch damit im Zusammenhang stehende strukturelle und soziale Veränderungen, die wir gemeinsam positiv beeinflussen können. Neue Kommunikationsformen und Innovationen haben in einer beeindruckenden Geschwindigkeit Eingang in unseren



Lebensalltag gefunden und treiben die digitale Vernetzung kontinuierlich voran. Die digitale Transformation wirkt sich in einer Kommune auf nahezu alle Bereiche aus. In diesem Kontext hat sich der Begriff der „Smart City“ entwickelt. Digitale Transformation wird dabei eng verknüpft mit der Stadtentwicklung im analogen Sinn, wie wir sie bisher kannten. Auch in und für Siegen gestalten wir eine smarte Zukunft. Indem wir zukünftig die digitalen und die analogen Entwicklungswerkzeuge gleichermaßen nutzen und wirkungsvoll miteinander verzahnen, geht unsere Stadt konsequent den Weg hin zu einer Smart City Siegen. Das betrifft die Bildungs- und Betreuungsangebote ebenso wie die Kultur, den Dialog in der Gesellschaft, den Umwelt-, Klima- und Landschaftsschutz, städtebauliche Entwicklungen, Mobilität und vieles mehr. Im Rahmen zahlreicher innovativer Projekte und Maßnahmen gestalten wir so in Siegen schon jetzt die Zukunft. Beispielhaft sei hier auf Erfolgsprojekte wie das städtische Online-Serviceportal, den KiTa-Navigator und das Kooperationsprojekt "Natur digital begreifen" hingewiesen.

Veränderungen in unserer Lebens- und Arbeitswelt haben positive und negative Seiten. Denken wir beispielsweise an die vielen Chancen, aber auch Herausforderungen, die das Industriezeitalter mit sich brachte. Auch die digitale Transformation bringt solche Herausforderungen mit sich. Es liegt an uns, wie wir die sich daraus ergebenden Chancen und Möglichkeiten für uns bestmöglich nutzen.

Im Rahmen des Siegener Smart City Strategieprozesses wollen wir die digitale Transformation aktiv lenken und Weichen für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Stadt stellen, in der die Lebensqualität durch effiziente, transparente und benutzerfreundliche Innovationen verbessert wird. Aufgrund immer kürzer werdender Innovationszyklen soll dieses Strategiepapier als dynamisches Papier verstanden werden, um gemeinsam mit Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtgesellschaft und Politik den digitalen Wandel voranzutreiben.

Ich freue mich über Ihr Interesse an dem Thema und wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre.

Ihr



Steffen Mues
Bürgermeister

Siegen, im September 2022

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Abbildungsverzeichnis	4
1 Einführung	5
1.1 Ziel des Strategiepapiers	5
1.2 Digitale Transformation - Digitale Kultur	6
1.3 Smart City & Digitalisierung - verwandt, aber nicht identisch	9
2. Smart City Siegen.....	10
2.1 Visionen, Ziele, Leitplanken.....	12
2.1.1 Unsere Vision.....	12
2.1.2 Unsere Ziele	13
2.1.3 Unsere Leitplanken.....	14
2.2 Herausforderungen	18
2.2.1 Organisation und Wirtschaftliches	18
2.2.2 Umwelt, Klima und Ressourcen.....	19
2.2.3 Soziale Aspekte.....	20
2.3 Organisation und Umsetzung.....	21
2.3.1 Ökosystem Smart City Siegen.....	22
2.3.2 Umsetzung.....	23
2.3.3 Bündnisse und Netzwerke	24
2.4 Beteiligung und Kommunikation	27
2.5 Handlungsfelder	29
2.5.1 Infrastruktur und Gesellschaft.....	33
2.5.2 Bildung, Kultur und Freizeit	33
2.5.3 Umwelt und Mobilität	34
2.5.4 E-Government und bürgerorientierte Verwaltung	34
3 Umsetzung.....	35
3.1 Projekte und Projektsteckvorschläge	35
3.2 Evaluation und Fortschreibung	36
3.3 Übersicht	37

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Siegener (Teil-)Strategien und Konzepte	15
Abbildung 2: Schaubild zum Ökosystem Smart City Siegen	22
Abbildung 3: Eigene Darstellung des Smart City Wheel nach Boyd Cohen.....	29
Abbildung 4: Die Handlungsfelder der Smart City Siegen	31
Abbildung 5: Smart City Wheel der Universitätsstadt Siegen.....	32

1 Einführung

Mit 104.444 Einwohnern¹ zählt Siegen zu den 80 Großstädten Deutschlands und stellt als Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum das Oberzentrum für die Region Südwestfalen dar. Historisch betrachtet war und ist in Siegen die Kombination von Tradition und Innovation ein Erfolgsmodell. Immer wieder brachte der technologische Wandel den Siegerner Bürgerinnen und Bürgern neue Lebensqualität. Nicht zuletzt profitiert der Wirtschaftsstandort Siegen dabei auch von der Tatsache, dass aktuell mehr als 20.000 Studierende ein großes Innovationspotenzial mit sich bringen. Die Universität Siegen genießt internationale Anerkennung, prägt mit ihrem Personal und ihren Studierenden die Stadtgesellschaft und im Rahmen des bereits angestoßenen Großprojekts "Siegen. Wissen verbindet" auch das Stadtbild auf einzigartige neue Weise.

Im Kreisgebiet ist die Kommune vielfach Impulsgeber, wie sich am Beispiel des Pilotprojekts "Online-Serviceportal der Stadtverwaltung Siegen" zeigt. Seit der Freischaltung im Dezember 2019 wird das kommunale Angebot an Online-Dienstleistungen sukzessive ausgebaut und erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Die für eine vernetzte, intelligente Stadt essenzielle Breitbandversorgung ist flächendeckend gegeben und wird im Hinblick auf weiterwachsende Anforderungen (Glasfaser) durch die lokalen Infrastrukturanbieter kontinuierlich ausgebaut.

Bereits heute gibt es unzählige digital unterstützte Prozesse und Projekte in der Kommune (elektronisches Dokumentenmanagementsystem, digitale Rechnungslegung, mobiles Arbeiten etc.). Im Rahmen dieses Smart City Strategiepapiers wird der Schwerpunkt auf Vorhaben und Projekte mit Außenwirkung gelegt. Die digitale Transformation wird als Chance für die Stadtgesellschaft verstanden, die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern.

1.1 Ziel des Strategiepapiers

Mit dem Smart City Transformationsprozess wollen wir die sich durch den technologischen Wandel ergebenden Chancen aktiv nutzen. Innovative Maßnahmen sollen nicht zum Selbstzweck werden, sondern dem Wohl der Stadtgesellschaft dienen. Um die Universitätsstadt Siegen

¹ Universitätsstadt Siegen, Hauptwohnsitzauswertung aus dem Einwohnermelderegister. Stand 31.12.2021

gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern und interessierten Akteurinnen und Akteuren zu einer smarten Stadt umzuwandeln, wurde das vorliegende Strategiepapier entwickelt. Es bildet die zukünftige Ausrichtung unserer Smart City Siegen ab. Dabei handelt es sich nicht um ein abgeschlossenes und fertiges Produkt, sondern um ein offenes Dokument, welches durch Ihre Mitwirkung angereichert und fortgeschrieben werden soll. Es ist in drei Teile gegliedert:

Teil I: Einführung

Eine kurze Herleitung erläutert die Begriffe „Digitale Transformation“ und „Smart City“.

Teil II: Strategie

Wie richtet sich die Universitätsstadt Siegen strategisch aus? Hier werden die Vision, Ziele, aber auch Herausforderungen der Universitätsstadt Siegen vorgestellt. Dieser Abschnitt behandelt den Prozess von der Idee zur Umsetzung sowie die (aktuell) vier Smart City Handlungsfelder.

Teil III: Umsetzung

Über 40 Projektideen und -umsetzungen veranschaulichen den Verlauf und die Zukunft des Smart City Prozesses.

1.2 Digitale Transformation - Digitale Kultur

Das Leben hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Und doch nehmen wir diese Änderungen im Alltag inzwischen kaum noch als etwas Besonderes wahr. Denn ihre Grundlage sind digitale Technologien, Geräte, Systeme, Programme, die mittlerweile so eng mit zentralen Bereichen des Alltags verwoben sind, dass man sich kaum noch vorstellen kann, wie das Leben jemals ohne sie auskam. Was im Arbeitsleben mit den ersten Desktop-Rechnern für die schnellere Text- und Zahlenverarbeitung begann, erstreckt sich durch das Smartphone, aber auch andere mobile Geräte und Funktionen wie Tablets und Smartwatches, Messenger-Apps, E-Payment und Online-Shopping auf einen großen Teil des alltäglichen Lebens.

Die digitale Transformation im privaten Bereich ist dabei nicht zu trennen von der digitalen, beziehungsweise der digitalisierten Wirtschaft. Der individuelle digitale Lifestyle wird erst

möglich durch Unternehmen, die die nötigen Produkte und Dienstleistungen anbieten und so ganze digitale Ökosysteme aufbauen. Nicht außer Acht zu lassen ist hier die Rolle der Wissenschaft, die durch Forschung und Entwicklung neuer Technologien erst die Grundlagen für die digitale Transformation geschaffen hat. Durch Kooperationen mit Unternehmen oder die Ausgründung von Start-ups sowie durch die Ausbildung entsprechender Kompetenzen sind Universitäten und Hochschulen zudem ein wichtiger Treiber der digitalen Wirtschaft. Aber sie tragen auch dazu bei, dass die digitale Transformation den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt. Indem sie die Folgen digitaler Entwicklungen auf die Gesellschaft beobachtet, fängt sie die Bedenken, Interessen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger ein, zum Beispiel in Bezug auf den Schutz ihrer Daten und ihrer Privatsphäre.

Insgesamt ist die digitale Transformation nicht nur ein technologischer, sondern ein gesamtgesellschaftlicher und kultureller Wandlungsprozess, der dementsprechend auch politisch gestaltet werden muss. Auch und gerade dort, wo die Menschen leben, kommunizieren, interagieren: In den Kommunen und ihrem öffentlichen Raum.

Deshalb gibt es inzwischen auf vielen politischen Ebenen Digitalisierungsstrategien. Die Umsetzungsstrategie des Bundes zur Gestaltung des digitalen Wandels² benennt mehrere Handlungsfelder, die im Zuge der Digitalisierung von besonderer Bedeutung sind:

Digitale Kompetenz | Infrastruktur und Ausstattung | Innovation und digitale Transformation | Gesellschaft im digitalen Wandel | Moderner Staat

An diesen Handlungsfeldern zeigt sich, dass ein erfolgreicher digitaler Gesellschaftswandel zu einem guten Teil daran hängt, wie sehr sie Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt und ob sie von ihnen mitgetragen wird. Nur, wenn Menschen entsprechend digital versiert sind, werden sie von einer digitalen Verwaltung profitieren, werden digitale Medien zu einem Mehr an Bildung führen und darüber auch zu digitalen Innovationen.

² „Digitalisierung gestalten - Umsetzungsstrategie der Bundesregierung“ (2021). Von: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.). URL: <https://www.digital-made-in.de/resource/blob/1793046/1794318/339a38c264fd50ff9efca6ad8da64bae/2021-digitalisierung-gestalten-aktualisierung-juni-2021-pdf-data.pdf?download=1>. Abgerufen am 27.02.2022.

Auch das Wirtschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen hat eine Digitalisierungsstrategie entwickelt. Unter dem Titel „Strategie für das digitale Nordrhein-Westfalen 2.0 - Teilhabe ermöglichen - Chancen eröffnen“³ formuliert sie Leitlinien, die dem Prozess der Digitalisierung zugrunde liegen sollen. Unter anderem betont sie das Recht auf einen selbstbestimmten Umgang mit Daten, den digitalen Kompetenzaufbau, auch am Arbeitsplatz, sowie die Rolle von Wissenschaft und Wirtschaft bei der stetigen Weiterentwicklung digitaler Technologien und Infrastruktur.

In Ergänzung zu den zuvor beschriebenen politischen Ebenen (Bund und Land) gibt es im Smart City Kontext natürlich auch regionale Besonderheiten, denen durch entsprechende regionale Netzwerke (siehe Kapitel 2.3.3) Rechnung getragen wird. Zweien dieser Netzwerke liegen darüber hinaus Rahmenstrategien zu Grunde, mit denen sich auch die Universitätsstadt Siegen identifiziert.

In der Rahmenstrategie der Smart Cities Südwestfalen⁴ wird ein gemeinsames, südwestfälisches Verständnis von Smart City als Entwicklungskonzept definiert, welches für eine kluge Stadtplanung und Ortsentwicklung steht, die den Menschen und die Natur in den Mittelpunkt stellt und dabei digitale Technologie als ein Hilfsmittel begreift. Insbesondere behalten südwestfälische Smart Cities stets die ganze Region im Blick und setzen darauf, einerseits in kooperativen Prozessen nach Ansätzen zu suchen und andererseits erprobte Lösungen auch für weitere Kommunen zur Verfügung zu stellen.

In der Rahmenstrategie der Gemeinsamen Initiative Digitalisierung Siegen-Wittgenstein⁵ (GID) wird ebenfalls die Vision eines natürlichen digitalen Lebens mit nachhaltigen und innovativen

³ „Strategie für das digitale Nordrhein-Westfalen 2.0 Teilhabe ermöglichen - Chancen eröffnen“ (2021). Von: Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen. URL: https://www.wirtschaft.nrw/sites/default/files/asset/document/2021-11-16a_digitalstrategie-update-final.pdf. Abgerufen am 27.02.2022.

⁴ "SMART CITIES Rahmenstrategie FÜR SÜDWESTFALEN" (2022). Von: Südwestfalen Agentur GmbH (Hrsg.). URL: <https://smartcities-suedwestfalen.com/wp-content/uploads/2021/12/Smart-Cities-Rahmenstrategie-fuer-Suedwestfalen-2.pdf>. Abgerufen am 19.7.22.

⁵ "GEMEINSAME KREISWEITE DIGITALISIERUNGSSTRATEGIE Siegen Wittgenstein 2025". Von: Forschungskolleg der Universität Siegen (Hrsg.). URL: https://www.siegen.de/fileadmin/cms/pdf/NEWS/GID_strategiepapier_web_2019-10-02.pdf. Abgerufen am 19.7.22.

Angeboten im Smart City Kontext verfolgt. Dabei sollen die Vorteile der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Siegen-Wittgenstein noch einmal stärker in den Fokus gerückt werden.

Die Entwicklung zu einer immer digitaleren Gesellschaft, die spätestens Anfang der 2000er Jahre begann, umfasst somit weit mehr als den privaten Bereich. Auch und gerade in öffentlichen Belangen, in der Verwaltung, der Bildungspolitik, in Mobilität und Energie hat sie erheblichen Einfluss. Und damit auch auf unsere Städte, ihre Räume, die Art und Weise, wie Menschen in ihnen kommunizieren und leben.

1.3 Smart City & Digitalisierung - verwandt, aber nicht identisch

Der Begriff „Smart City“ ruft in vielen Köpfen das Bild von futuristischen High-Tech-Metropolen hervor, in denen nahezu alles automatisiert abläuft. Denn durch Geräte und Systeme wie das Smartphone, Smart-TVs und das Smart Home liegt der Schluss nahe, dass „Smart“ mit „Digital vernetzt“ oder „technologiegetrieben“ gleichzusetzen ist. Doch für den Begriff „Smart City“ gilt das nur zum Teil. Hier liegt die Bedeutung von „Smart“ viel näher an der direkten Übersetzung ins Deutsche: Schlau, pfiffig, aber auch elegant. Das wird auch deutlich, wenn man sich die Smart City Charta⁶ des Bundesumweltministeriums anschaut, die Kommunen auf dem Weg zur Smart City in Deutschland eine Richtschnur an die Hand geben soll.

Die digitale Transformation wird hier als ein laufender Prozess verstanden, den es für Kommunen auf dem Weg zur Smart City im Sinne einer ganzheitlich vernetzten und nachhaltigen Stadtentwicklung zu gestalten gilt. So stehen nach wie vor Menschen und ihre Bedürfnisse im Vordergrund. Digitale Technologien sollen nicht zum Selbstzweck werden. Deshalb definiert die Smart City Charta verschiedene Eigenschaften, die eine Smart City auszeichnen soll. Die Smart City soll sinngemäß

- lebenswert und liebenswert
- vielfältig und offen

⁶ "Smart City Charta". Von: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.). URL: <https://www.smart-city-dialog.de/wp-content/uploads/2019/12/smart-city-charta-langfassung.pdf>. Abgerufen am 19.7.22.

- beteiligungsfördernd und inklusiv
- klimaneutral und ressourceneffizient
- wettbewerbsfähig und wirtschaftsstark
- aufgeschlossen und innovativ
- feedback- und antwortfähig
- sicher und raumgebend

sein. Im Vordergrund stehen also soziale, ökonomische oder ökologische Werte, für die digitale Technologien eher als Mittel zum Zweck denn als Selbstzweck dienen. Natürlich bieten sich digitale Hilfsmittel wegen ihrer Effizienz und ihres Vernetzungspotentials oftmals an.

Im Fokus sollte aber in einer Smart City nicht die Suche nach digitalen Lösungen stehen. Sondern die Suche nach schlaunen Strategien und Lösungen, von der die Menschen einer Stadt am meisten haben. „Smart“ ist es in diesem Sinne also auch, ihre vielfältigen Perspektiven auf und ihre ganz persönlichen Erfahrungen mit den Herausforderungen und Problemen ihrer Stadt einzubeziehen. So lassen sich schnell Querverbindungen zu anderen Handlungsfeldern erkennen, Lösungen optimieren und eine große Bandbreite an neuen, auch überraschenden und spannenden Ideen generieren. Diese fügen sich im besten Falle nahtlos in den Lebensalltag der Menschen ein und machen ihn einfacher, verständlicher und nachhaltiger.

2. Smart City Siegen

Für die Entwicklung einer nachhaltigen Strategie, die Siegen beim Transformationsprozess zu einer smarten City unterstützt, bedarf es eines interdisziplinären Prozesses, der gemeinsam von der Bürgerschaft, Politik und Stadtverwaltung getragen wird.

Bereits in 2018 und 2019 wurden in zwei „Smart City - Netzwerk vor Ort“ Workshops gemeinsam mit der Stadtverwaltung die ersten Weichen für eine strategische Ausrichtung der Universitätsstadt Siegen gestellt. Darauf folgte die Schaffung einer den Smart City Strategieprozess koordinierenden Stelle (Digitalisierungskoordinator/in), die aus aufbauorganisatorischer Sicht in die Abteilung Büro Bürgermeister eingegliedert ist und den

Strategieprozess impulsgebend und beratend begleitet. Die Federführung der vielfältigen und zahlreichen Maßnahmen und Projekte verbleibt im Regelfall bei den existierenden Organisationseinheiten, wobei situationsbezogen Expertinnen und Experten aus weiteren Bereichen hinzugezogen werden können. Mit dem Ende 2020 erfolgten Beschluss, sich für die dritte Staffel des bundesweiten Förderprogramms „Modellprojekte Smart Cities“ in 2021 zu bewerben, wurde die strategische Ausrichtung Siegens weiter vertieft und Projektideen konkretisiert. Zu diesem Zweck wurde auch vom 25.01.2021 bis zum 08.02.2021 die Bürgerbeteiligung „SIEGEN.ZUKUNFT? SMART!“ durchgeführt, die wichtige Grundlagen für die Strategieentwicklung lieferte. Zu folgenden Themenfeldern wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmern befragt:

- Die Bedeutung von Beteiligungsmöglichkeiten bei der Gestaltung Siegens Zukunft
- Gewünschte Formen der Beteiligung
- Lebensbereiche/Themenfelder, bei denen hoher Handlungsbedarf gesehen wird
- Smarte Angebote zur Verbesserung des Lebens in Siegen
- Wichtige Aspekte bei der Nutzung smarter Angebote
- Gewünschte Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Smart City

Für einige im Rahmen der Umfrage identifizierte Bedarfe wurden zwischenzeitlich bereits Lösungen umgesetzt (z.B. die Live-Übertragung der Ratssitzungen oder die Einführung einer Beteiligungsplattform). Weitere Ergebnisse der Umfrage tragen darüber hinaus zur Gestaltung der einzelnen Bausteine des vorliegenden Strategiepapiers bei.

Das Strategiepapier baut auf die Einbindung von Impulsen aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung, wobei auf der darunterliegenden Ebene Einflüsse aus aktuellen Förderprogrammen, Rankings (z.B. Bitkom Smart City Index), Best Practises (Netzwerk-Wissenstransfer) und nicht zuletzt regulatorische Vorgaben Berücksichtigung finden. Es versteht sich als ein wachsendes, änderungsfähiges Konzept. Dem fortwährenden strukturellen, gesellschaftlichen und

⁷ "SIEGEN.ZUKUNFT?SMART! - Ergebnisbericht zur Online-Umfrage". Von: Universitätsstadt Siegen (Hrsg.). URL: <https://www.siegen.de/fileadmin/cms/pdf/SmartCitySiegen/SmartCityUmfrageauswertungSiegen2021-SiegenZukunftSmart.pdf>. Abgerufen am 19.7.22.

technologischen Wandel wird so Rechnung getragen und die erforderliche Flexibilität sichergestellt.

2.1 Visionen, Ziele, Leitplanken

2.1.1 Unsere Vision

Siegen | Gemeinsam.Smart.Leben

Durch eine kooperative und innovative Zusammenarbeit im Rahmen zahlreicher interdisziplinärer Workshops wurde eine gemeinsame Vision für die Smart City Siegen entwickelt. Die Smart City Siegen steht demnach für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Stadtentwicklung, die mithilfe digitaler Möglichkeiten das alltägliche Leben in Siegen für die Bewohnerinnen und Bewohner einfacher und lebenswerter gestaltet.

Die nachhaltige Stadt: Eine nachhaltige Smart City Siegen steht für mehr Mitgestaltung und Einbindungen von interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Mit unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren werden gemeinsam Ideen entwickelt, neue Anregungen aufgenommen und die Beteiligung gefördert.

Durch die interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung werden Synergieeffekte genutzt und die Universitätsstadt Siegen ganzheitlich und integriert weiterentwickelt. Digitale Dienstleistungen der Stadtverwaltung leisten einen wichtigen Beitrag für eine klimagerechte Stadt. Umweltfreundliche und verknüpfte Maßnahmen steigern die Lebensqualität und sorgen für ein gutes Stadtklima.

Um auf neue Herausforderungen und Trends reagieren zu können, steht die Smart City Siegen für einen wachsenden Prozess, der fortentwickelt wird und sich an neue strukturelle, gesellschaftliche und technologische Veränderungen anpasst. Dabei setzt die Smart City auf eine transparente Vorgehensweise.

Zukunftsorientierte Stadtentwicklung: Die Universitätsstadt Siegen baut auf einer vernetzten und intelligenten Stadtlandschaft auf, in der die digitalen Strukturen im Hintergrund nicht mehr bewusst wahrgenommen werden. Technologische Möglichkeiten gestalten das Leben der Bewohnerinnen und Bewohner einfacher. Digitale Angebote errichten dabei keine Hürden, sondern bauen durch ihren ergänzenden Charakter Barrieren ab und stiften einen echten Mehrwert für die Bewohnerinnen und Bewohner.

2.1.2 Unsere Ziele

Für die Realisierung einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Stadtentwicklung haben wir uns fünf Ziele gesetzt, welche die Vision einer Smart City Siegen flankieren und richtungsweisend bei der strategischen Ausrichtung und Auswahl von sinnvollen und geeigneten Maßnahmen sind. Dabei verfolgen wir das Ziel, in allen Lebensbereichen Verbesserungen gleichermaßen herzustellen, sodass smarte Strukturen sukzessive flächendeckend aufgebaut werden können. Diese Vorgehensweise ermöglicht eine integrierte Lösungssuche und fördert die Vernetzung unterschiedlicher Ressorts.

Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur: In der Smart City ist die Schnittstelle zwischen Mensch und Technik entscheidend. Deshalb muss sie so designt sein, dass Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Alter oder Bildung den smarten digitalen Wandel mitgestalten und die Smart City, ihre Geräte und Prozesse im Alltag intuitiv bedienen können.

Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung: Die Smart City dient auch dazu, interne wie externe Verwaltungsprozesse effizienter zu machen. Dieser Prozess hat in Siegen bereits begonnen und soll fortgeführt werden. Dadurch wird der Kontakt mit Ämtern und Behörden für Bürgerinnen und Bürger nicht nur schneller, sondern auch barriereärmer und transparenter.

Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem: Lehren und Lernen im analogen und digitalen Raum wachsen immer mehr zusammen, inhaltlich wie organisatorisch. Hier öffnet die Smart City für Schulen und Bildungsinstitutionen aller Art, Museen, Theater und Vereine eingeschlossen, ganz neue Möglichkeiten.

Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz: Multimodale Mobilität, die Verbesserung des ÖPNV und des Fuß- und Radwegenetzes und eine effiziente innerstädtische Logistik soll die verkehrliche Situation in Siegen entlasten und zu einem besseren Stadtklima beitragen. Neue Technologien werden zukünftig zu einer energieeffizienten und -sparenden Universitätsstadt Siegen beitragen.

Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag: Digitale aber auch analoge Angebote sollen das Leben der Bewohnerinnen und Bewohner der Universitätsstadt Siegen einfacher gestalten und sie im alltäglichen Leben positiv unterstützen. Vielseitige Angebote im Sport- und Freizeitbereich werden zu einem aktiven Stadtleben beitragen.

2.1.3 Unsere Leitplanken

Um das Ziel einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Stadtentwicklung erfolgreich zu forcieren, haben wir uns Leitplanken gesetzt, die Akteurinnen und Akteure bei der Realisierung von Projekten unterstützen sollen. Als Kompass der Smart City Siegen sind die Ziele der Smart City Charta und der Agenda 2030⁸ zu nennen, die mit dem Transformationsprozess erreicht werden sollen und sich darüber hinaus mit den in Abschnitt 1.2 beschriebenen regionalen Rahmenstrategien verzahnen.

Eine Stadt für alle: Die Smart City Siegen möchte das Leben aller Bewohnerinnen und Bewohner einfacher gestalten. Dieses Ziel inkludiert das Abbauen von Barrieren, anstatt neue aufzubauen. Hierfür werden digitale Anwendungen und Angebote ergänzend etabliert und vorhandene und genutzte Strukturen beibehalten. Ältere „Digital Immigrants“, die im Gegensatz zu „Digital Natives“ nicht mit digitalen Technologien aufgewachsen sind, sollen Unterstützung erfahren, um an digitalen Angeboten partizipieren zu können. Die Verbesserung der Lebensqualität aller ist als oberstes Ziel zu verfolgen und bedarf einer konsequenten Sicherstellung.

⁸ "Die Agenda 2030". Von: Global Policy Forum, terres des hommes (Hrsg.). URL: https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Agenda_2030_online.pdf. Abgerufen am 19.7.22.

Integrierter Ansatz: Die Strategie **Siegen | Gemeinsam.Smart.Leben** basiert auf der Überzeugung, dass eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung einer integrierten Betrachtung der strategischen Ausrichtungen der unterschiedlichen städtischen Geschäftsbereiche und der daraus resultierenden Handlungsfelder bedarf. Durch eine umfassende Betrachtung können Querschnittsthemen und gemeinsame Ziele herausgestellt werden und Potenziale zur gemeinsamen Initiierung und Umsetzung von Ideen ausgeschöpft werden.

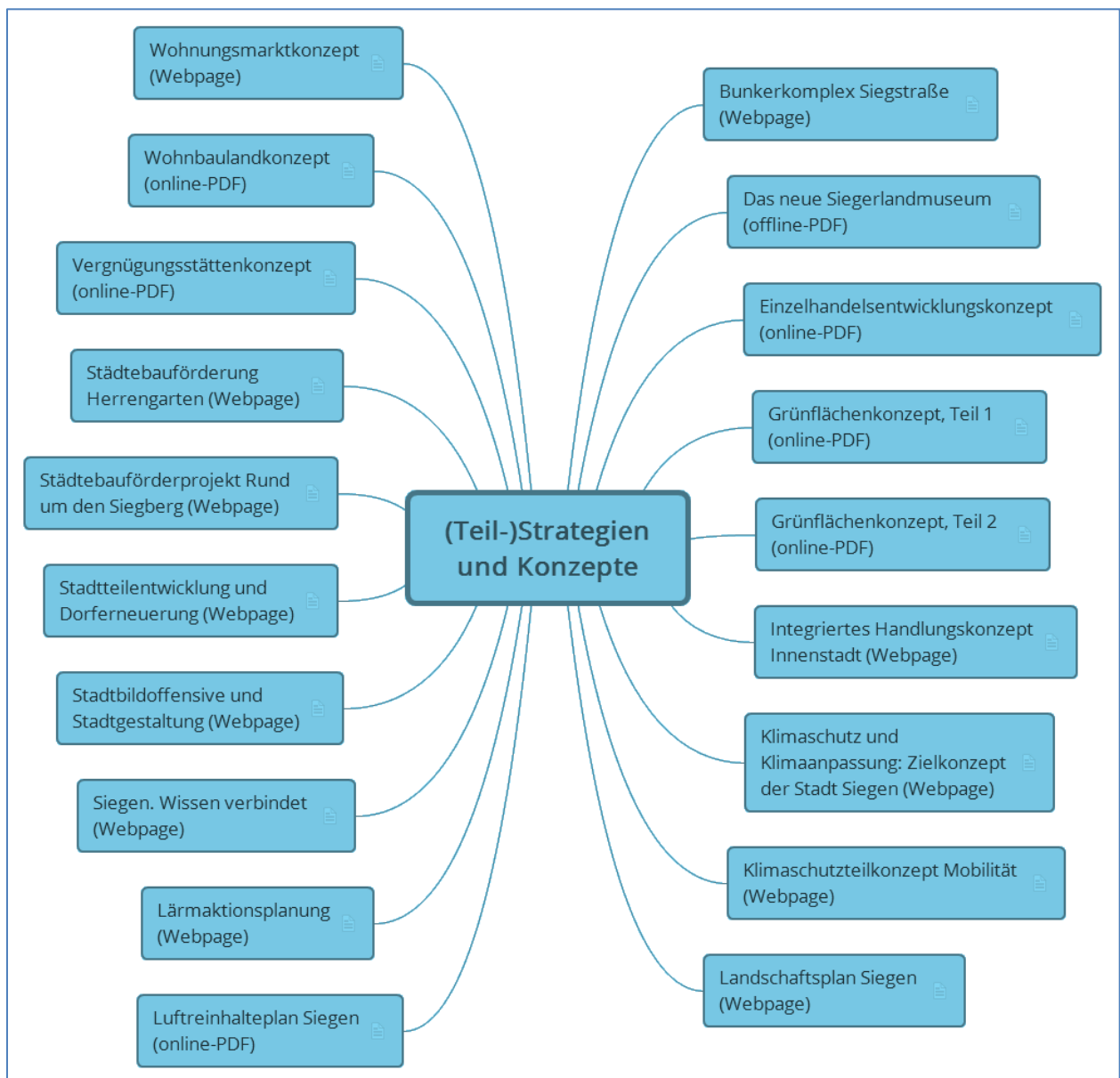


Abbildung 1: Siegener (Teil-)Strategien und Konzepte (Interaktive Übersicht, Stand: 25.7.22)⁹

⁹ Mit fortschreitender Zeit können sich die in der interaktiven Grafik hinterlegten Hyperlinks ändern. Alternativ führt auch die in die Siegener Homepage eingebettete Suchfunktion zu den in der Grafik dargestellten Themen (Stand 25.7.22).

Diese Überzeugung schließt ein, sich bestehende Smart City Konzepte anderer Städte anzuschauen und von ihren Herangehensweisen, Handlungsempfehlungen und Zielsetzungen zu lernen. Dabei konnten einige Querschnittsthemen und -ziele in einer ersten Untersuchung herausgestellt werden und in die strategische Ausrichtung der Smart City Siegen einfließen:

- Steigerung der Aufenthaltsqualität
- Verbesserung des Lebensraums Stadt
- Multifunktionalität der Innenstadt fördern
- Stärkung der Identifikation
- Vernetzung der Quartiere
- Optimierung der Infrastruktur
- Modernisierung der Bildungsangebote
- Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung

Wachsendes Produkt: In einer Zeit, in der mithilfe von modernen Technologien immer schneller auf die Herausforderungen von Kommunen reagiert werden kann, gehört es zu unserem Selbstverständnis eine Smart City Strategie zu entwickeln, die flexibel auf Herausforderungen und Trends reagieren kann. Daher entwickelt sich der Strategieprozess dynamisch und kontinuierlich weiter. Sowohl auf Projekt- als auch auf strategischer Ebene werden regelmäßig die gesteckten Ziele mit den erzielten Ergebnissen abgeglichen und bei Bedarf Anpassungen vorgenommen.

Datenschutz: Der digitale Wandel und die damit im Zusammenhang stehende digitale Vernetzung bieten eine nie dagewesene Vielfalt an Kommunikationswegen. Sie ermöglichen den ortsunabhängigen Zugriff auf Daten unterschiedlichster Art. Bei personenbezogenen Daten greifen natürlich die gesetzlichen Datenschutzvorschriften (z.B. die Grundprinzipien des Bundesdatenschutzgesetzes und das nordrhein-westfälische Datenschutzgesetz). Über die gesetzlich vorgeschriebene Informationspflicht hinaus, fördert eine transparente und verständliche Kommunikation rund um das Thema Datenschutz die Vertrauensbildung in neue Lösungen oder Infrastrukturen.

Datensicherheit: Den generellen Schutz von Daten (mit und ohne Personenbezug) gilt es mit geeigneten Maßnahmen zu gewährleisten und weiterzuentwickeln. Angesichts des Risikos von Cyberangriffen wird bei der Universitätsstadt Siegen ein internes Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) eingeführt, welches als Prozess kontinuierlich angepasst wird. Mit einer zunehmenden Digitalisierung im städtischen Raum gilt es auch bei diesen Projekten regelmäßig zu prüfen, inwiefern die Datensicherheit nach bestem Stand sichergestellt ist. Rechtliche Vorgaben lassen sich vor allem aus dem IT-Sicherheitsgesetz des Bundes sowie der ISO/IEC-27000-Normenreihe ableiten.

Datenhoheit, Datensouveränität: Die Begriffe Datenhoheit und Datensouveränität sind heute nicht nur Schlagworte in entsprechenden Fachzeitschriften, sondern haben inzwischen auch Eingang in die politische Programmatik auf EU-, Bundes- und Landesebene gefunden.

In digital unterstützten Prozessen entstehen Daten. Aber wem gehören diese Daten? Wie sieht es beispielweise aus, wenn die Verarbeitung und Speicherung dieser Daten durch einen Online-Dienstleister erfolgt? Die Frage der Datenhoheit ist sehr bedeutsam und kann bei nachteiligen Verträgen und ungünstigen Entwicklungen schlimmstenfalls zur Handlungsfähigkeit führen. Bereits 2019 wurde eine Abhängigkeit von großen US-amerikanischen IT-Konzernen im Rahmen einer durch das Innenministerium beauftragten und durch PricewaterhouseCoopers erstellten Studie¹⁰ attestiert.

Die digitale Souveränität steht für das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung im Digitalzeitalter. Digitale Souveränität ist die Fähigkeit und die Möglichkeit (nicht nur) von öffentlichen Institutionen, ihre Rolle in der digitalen Welt selbstständig, selbstbestimmt und sicher ausüben zu kommen können (vgl. Eckpunktepapier des IT-Planungsrats¹¹).

¹⁰ Bundesministerium des Inneren, PriceWaterhouseCoopers: „Strategische Marktanalyse zur Reduzierung von Abhängigkeiten von einzelnen Software-Anbietern - Abschlussbericht August 2019“. URL: https://www.cio.bund.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Aktuelles/20190919_strategische_marktanalyse.pdf?__blob=publicationFile. Abgerufen am 17.03.2021.

¹¹ Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik, IT Planungsrat, IT-Rat: „Stärkung der Digitalen Souveränität der Öffentlichen Verwaltung Eckpunkte - Ziel und Handlungsfelder“. URL: https://www.it-planungsrat.de/fileadmin/beschluesse/2020/Beschluss2020-19_Entscheidungsniederschrift_Umlaufverfahren_Eckpunktepapier.pdf. Abgerufen 10.03.2022

Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, dass das Thema Datenhoheit bzw. Datensouveränität zukünftig bei städtischen Verträgen und Anforderungsbeschreibungen Berücksichtigung finden muss.

2.2 Herausforderungen

Um einen erfolgreichen Entwicklungsprozess Siegens hin zur Smart City sicherzustellen, muss sich die Stadt wie bei allen Plänen und Projekten verschiedenen Herausforderungen, Hürden und offenen Fragen stellen. Entscheidend wird sein, dass man sie frühzeitig einordnet und bestimmt, aber auch optimistisch, kreativ und innovativ in die Planung der Smart City Siegen einbezieht.

Folgende Einteilung in organisatorisch-wirtschaftliche, umweltbezogene und soziale Aspekte sollte deshalb nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Zwischen allen Feldern gibt es Querverbindungen, auch solche, die heute noch nicht sichtbar sind und erst im Prozess erscheinen werden.

2.2.1 Organisation und Wirtschaftliches

Innovative Lösungen sollen den Lebens- und den Arbeitsalltag erleichtern, die Nachhaltigkeit fördern und unsere Stadt zukunftssicher machen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass nicht nur auf der strategischen, sondern auch auf der Projektebene von der Konzeptidee über die Umsetzung bis hin zur medialen Projektvorstellung Ressourcen benötigt werden.

Projektvorschläge und Innovationen bis zu einer gewissen Größenordnung können vielfach in die bereits bestehenden Anpassungsprozesse integriert werden. Andere Maßnahmen übersteigen die verfügbaren „Bordmittel“ der Organisationseinheiten und erfordern zusätzliche Ressourcen mit Hilfe eines gesonderten Beschlusses. Ein entsprechender Hinweis findet sich in den jeweiligen Maßnahmenvorschlägen.

Smarte Projektideen fügen sich in eine vernetzte und intelligente Stadtlandschaft ein, in der die digitalen Strukturen im Hintergrund nicht mehr bewusst wahrgenommen werden. Gleichwohl

erfordern viele smarte Lösungen im Hintergrund eine technisch-administrative Begleitung (Konfiguration, Wartung, Reparatur, Support), für die es in den Handlungsfeldern außerhalb des Bereichs E-Government nur zum Teil Zuständigkeitsregelungen gibt, welche aus strategisch-organisatorischer Sicht jedoch angestrebt werden sollten.

Seit Januar 2022 nutzt die Universitätsstadt Siegen eine individualisierte Oberfläche des Beteiligungsportals „Beteiligung NRW“. Wie bei anderen digital unterstützten Prozessen kann festgestellt werden, dass so Abläufe vereinfacht und effizienter gestaltet werden können. Das Portal kommt maßnahmen- und projektspezifisch unter Federführung der projektverantwortlichen Stellen zum Einsatz. Die Einführung eines verwaltungsweiten Prozesses "Beteiligungsportal" mit Besetzung entsprechender Rollen und Aufgaben könnte aus strategisch-organisatorischer Sicht die nächste Ausbaustufe darstellen.

Das Spektrum der Fördermöglichkeiten spezifischer Projekte oder Vorhaben ist breit gefächert. Das betrifft einerseits Förderprogramm-Schwerpunkte und andererseits die durch die Förderprogramme vorgegebenen Teilnahmebedingungen. Manche Förderprogramme haben einen stärkeren Wettbewerbscharakter als andere. Gerade bei Skizzen für innovative Projekte wird fachspezifisches Experten/innen-Wissen bereits in der Bewerbungsphase benötigt. Fördermittelanträge setzen damit in den Fachabteilungen Freiräume voraus, die sowohl bei der Vorbereitung als auch nach einer Fördermittel-Bewilligung für die Projektbegleitung eingeplant werden müssen.

2.2.2 Umwelt, Klima und Ressourcen

Smart City Technologien können einen wertvollen Beitrag zur klimagerechten Stadtentwicklung leisten. Da dies eine der drängendsten Aufgaben unserer Zeit ist, muss die Universitätsstadt Siegen dies als Querschnittsthema betrachten und bei der Entwicklung und Implementierung von Smart City Maßnahmen abwägen, ob und wie Lösungen zur Nachhaltigkeit Siegens beitragen.

Der Ressourcenverbrauch von Smart City Lösungen muss realistisch eingeschätzt werden. Energiesparende Lösungen wie bspw. adaptive Straßenbeleuchtung können hier Vorteile

bringen. Auch der Materialaufwand für Geräte sowie Recycling-Möglichkeiten am Ende des Lebenszyklus sollten Teil der Betrachtung und somit einer ganzheitlichen Bilanzierung sein.

In welchen Bereichen des Umwelt- oder Klimaschutzes kann eine smarte Technologie wirksam sein? Es sollte genau überprüft werden, ob sie in der Praxis die Informationen oder Funktionen liefert, die für das erhoffte Ziel im Umwelt- oder Klimaschutz-Ziel wichtig sind. Digitale Lösungen können nicht nur bei der Treibhausgasbilanzierung, sondern auch bei der Planung von Klimaschutzmaßnahmen Vorteile bringen. Der Einsatz entsprechender Lösungen wird bereits geprüft. Auch Themen wie eine kommunale Wärmeplanung werden mit Hilfe digitaler Tools erarbeitet, dafür benötigte Ausgangsdaten, bspw. aus dem Raumwärmebedarfsmodell NRW, werden in das städtische Geoportal SIGIS integriert und stehen für die Planung zur Verfügung. Die Ergebnisse von Klimawirkungsanalysen sowie Starkregenhinweiskarten, Hochwasserrisiko- und Gefahrenkarten sind schon jetzt digital zugänglich.

Auch im Bereich Mobilität sollte die smarte Stadt den Fokus nicht nur auf eine bessere Vernetzung verschiedener Mobilitätsarten legen, sondern gezielt Lösungen für nachhaltige und ressourcenschonende Mobilitätsarten fördern. Smarte Lösungen können dazu beitragen umweltfreundliche Verkehrsarten wie den ÖPNV sowie den Rad- und Fußverkehr in Siegen attraktiver zu machen, um Menschen echte Alternativen zum motorisierten Individualverkehr zu bieten. Für den ÖPNV sind digitale Fahrgastinformationssysteme mit Echtzeitinformationen ein wichtiger Baustein. Auch Fahrgemeinschaften werden über Pendlerplattformen (Pendlerportal Siegen-Wittgenstein, MiFaZ - Die Mitfahrzentrale für Pendler) unterstützt. Für die nächsten Jahre werden durch die Etablierung des autonomen Fahrens womöglich den ÖPNV ergänzende Shuttle-Verkehre das Angebot ergänzen.

2.2.3 Soziale Aspekte

In der Smart City gibt es viele neue Konzepte und Technologien, die das Leben einfacher, kommunikativer und sozialer machen können. Trotzdem gibt es auch hier einige Aspekte, die vor Einführung einer Smart City Idee bedacht werden sollten:

Smarte Lösungen können für Menschen mit Handicaps, aber auch aufgrund von Sprachbarrieren schwer zu bedienen sein.

Bisweilen können Menschen im höheren Lebensalter, die nicht mit den smarten Technologien aufgewachsen sind, nicht so intuitiv damit umgehen wie „Digital Natives“, die sich schnell in neue Bedienkonzepte einarbeiten können. Sobald im Rahmen eines Projekts Handlungsbedarf entsteht, werden die in der Verwaltung mit der Thematik beauftragten Stellen in das Projekt mit eingebunden.

Smarte Lösungen können durch Automatisierung und Digitalisierung auch dazu führen, dass es in manchen Lebensbereichen - zum Beispiel beim Einkaufen - weniger menschliche Interaktionen gibt. Eine Aufgabe ist es hier, smarte Lösungen zu finden, die Menschen zusammenbringen, zivilgesellschaftliches Engagement steigern und die Beteiligung an öffentlichen Belangen fördern.

Der Ansatz der Smart City kann bei Bürgerinnen und Bürgern berechtigte Datenschutz- und Privatsphäre-Bedenken auslösen. Dass diese ernstgenommen werden, ist mitentscheidend für die Akzeptanz der smarten Stadt in der Bevölkerung.

2.3 Organisation und Umsetzung

Durch die fortschreitenden technologischen Entwicklungen stehen die Kommunen vor großen Herausforderungen. Die strukturellen Veränderungen im Bereich der Kommunikation, Digitalisierung und die Anforderungen an nachhaltige und zukunftssichere Städte wirken sich auf den Lebens- und Arbeitsalltag aus. Um den Anforderungen gerecht zu werden, bedarf es einer stetigen Überprüfung und ggf. Anpassung existierender Strukturen. Mit Blick auf die Strukturen in der Verwaltung wird bereits jetzt der dahingehende Ausbau von Kompetenzen gestärkt und auch zukünftig an sich noch ergebende Anforderungen angepasst.

2.3.1 Ökosystem Smart City Siegen

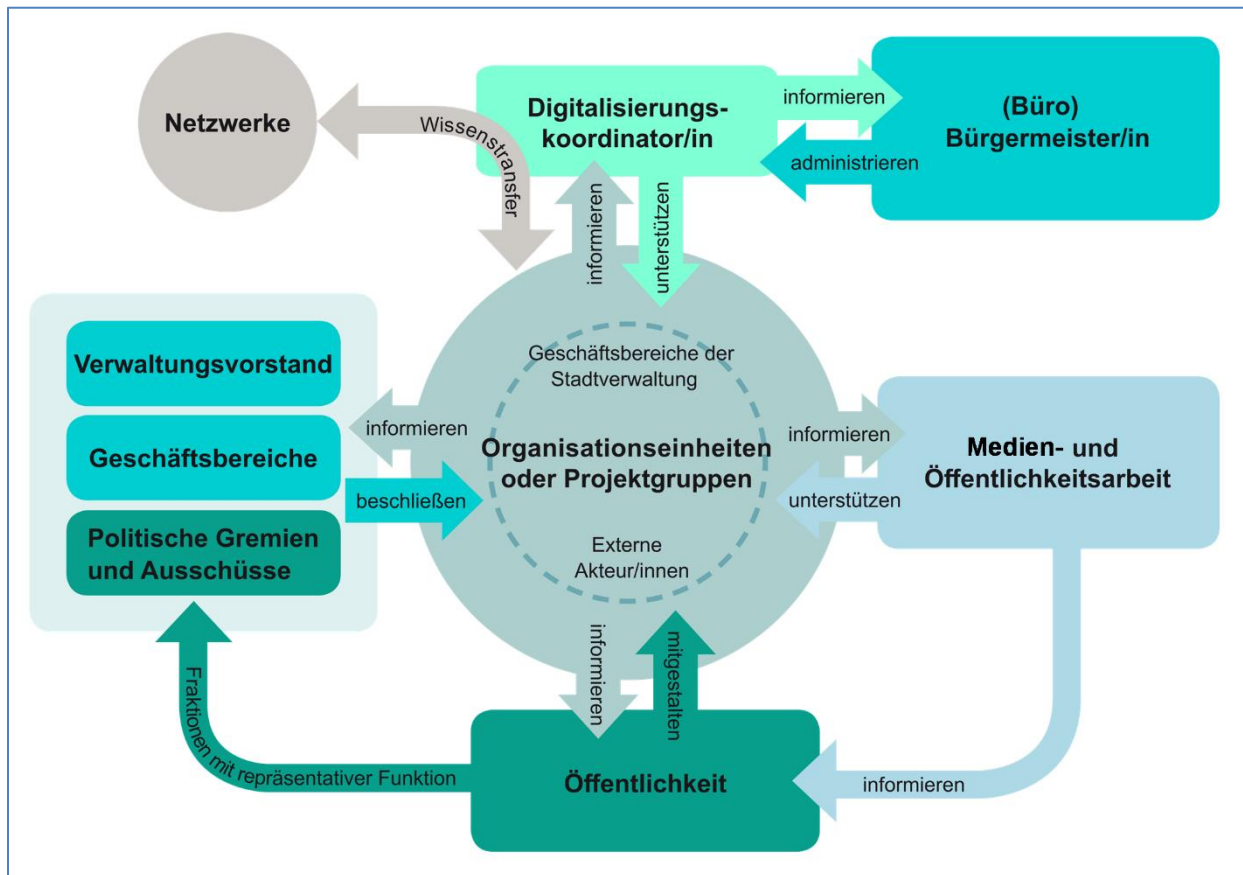


Abbildung 2: Schaubild zum Ökosystem Smart City Siegen (eigene Darstellung)

In einer Smart City arbeitet die Stadtverwaltung interdisziplinär zusammen und bezieht Politik und Öffentlichkeit in den Strategieprozess mit ein. Abbildung 2 veranschaulicht das Ökosystem Smart City Siegen:

Kern des Ökosystems Smart City sind die interdisziplinären Teams innerhalb der Organisationseinheiten zu den anstehenden Projekten. Auch wenn viele Projekte Querschnittsthemen abbilden und die Expertise und Beteiligung mehrerer Bereiche bedürfen, müssen Zuständigkeiten geklärt und für alle Beteiligten sichtbar gemacht werden. Projektideen, die einen elementaren Beitrag zur Entwicklung des öffentlichen Raums leisten, sollen nach Möglichkeit breit, aber zielführend diskutiert werden. Damit sollen externe Akteurinnen und Akteure (Wirtschaft, Wissenschaft, Bürgerschaft, soziale Institutionen) einen Beitrag zu Projekten leisten können und zivilgesellschaftliches Engagement gefördert werden.

Der/die Digitalisierungskoordinator/in ist im Smart City Kontext das Bindeglied zwischen der Verwaltungsspitze sowie den Organisationseinheiten und Teams. Er/Sie gilt als Ansprechpartner/in für Themen rund um die Smart City. Der/die Digitalisierungskoordinator/in berät, setzt Impulse, pflegt die Kommunikation und die Netzwerkarbeit, informiert über Fördermöglichkeiten und unterstützt die Fördermittelbeschaffung.

Das Referat für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit gilt als Schnittstelle zwischen Stadtverwaltung und Öffentlichkeit. Es informiert die Öffentlichkeit über zukünftige und laufende Maßnahmen und trägt somit zur Gestaltung eines transparenten Transformationsprozesses bei.

Die Einbindung der Öffentlichkeit erfolgt über unterschiedliche Kanäle. Zum einen werden die Bedürfnisse der Stadtgesellschaft von den politischen Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen abgebildet. Darüber hinaus sollen digitale und analoge Beteiligungsverfahren die aktive Einbindung der Stadtgesellschaft ermöglichen. Über das elektronische Ratsinformationssystem können sich Interessierte über die aktuellen in der Politik diskutierten Themen und Projekte informieren. Die Live-Übertragung von Ratssitzungen fördert darüber hinaus die Transparenz und Nachvollziehbarkeit des politischen Willensbildungsprozesses.

Der Austausch zwischen den Organisationseinheiten der Verwaltung und der städtischen Politik findet in den verschiedenen Gremien und Ausschüssen statt. Hier werden insbesondere für größere Projekte Beschlüsse, basierend auf den Projektvorschlägen der Smart City Strategie herbeigeführt.

Die Mitgliedschaft und Arbeit in Netzwerken ermöglicht der Universitätsstadt Siegen einen Wissenstransfer auf regionaler und nationaler Ebene. Netzwerkarbeit ermöglicht niedrigschwelligen Austausch zwischen Problem und Lösung (siehe 2.3.3).

2.3.2 Umsetzung

Da viele Themen z.B. Mobilität, Innenstadtentwicklung und Umweltschutz als Querschnittsthemen verstanden werden müssen, erfordert es auch eine Verknüpfung unterschiedlicher Ressorts für eine effiziente und ressourcensparende Arbeit. Einst

klarformulierte Arbeitsbereiche weichen mit integrierten Lösungsansätzen auf und erfordern ein Umdenken und Weiterentwickeln langjährig gewachsener Strukturen innerhalb der Stadtverwaltung. Vor allem im Smart City Bereich wird der Ansatz einer integrierten Stadtentwicklung forciert und bindet mit neuen Angeboten für die Bewohnerinnen und Bewohner einer Stadt mehrere Fachressorts ein. Die Universitätsstadt Siegen strebt an, die interdisziplinäre Arbeit im Smart City Kontext sowohl innerhalb der unterschiedlichen Geschäftsbereiche sowie mit externen Akteursgruppen auszubauen und zu stärken. Insofern erfordert dies auch andere Formen der Organisation.

2.3.3 Bündnisse und Netzwerke

Die digitale Transformation wird auf der technischen Ebene maßgeblich durch den Ausbau der Kommunikationstechnologie geprägt und ermöglicht so völlig neue Lösungsansätze. Doch welche Lösungsansätze sind das konkret für welches Handlungsfeld? Wo kann ein Austausch über Best Practises, regulatorische Vorgaben, Fördermöglichkeiten, den Strategieprozess und adaptierbare Modellprojekte erfolgen? Diesen Fragen widmen sich die nachfolgend dargestellten Smart City Netzwerke auf verschiedenen räumlichen Ebenen:

Kreis Siegen-Wittgenstein | Gemeinsame Initiative Digitalisierung Siegen-Wittgenstein (GID)

Die gemeinsame Initiative Digitalisierung Siegen-Wittgenstein (GID) basiert auf der erfolgreichen Bewerbung zur Regionale 2025 in Südwestfalen, mit der Prämisse, die Digitalisierung kreisweit voranzutreiben. Neben den elf Kommunen des Kreises, dem Kreis Siegen-Wittgenstein und der Südwestfalen-IT war in dem ersten Projektabschnitt auch das Forschungskolleg der Universität Siegen (FoKos) als koordinierende und den Prozess unterstützende Instanz eingebunden.

Seit 2021 setzt der Kreis Siegen-Wittgenstein die Koordinierung fort. Im Strategieprozess wurde der Status Quo des interkommunalen Netzwerks zum Thema Digitalisierung ermittelt und darauf aufbauend Potenziale identifiziert. Eine Priorisierung von Projekten aus regionaler Sicht sowie die Bildung von Kompetenzen gehören zu den Kernthemen des Netzwerks.

Region Südwestfalen | Smart Cities: 5 für Südwestfalen

Das Konsortium Smart Cities: 5 für Südwestfalen besteht aus den fünf Städten Arnsberg, Bad Berleburg, Menden, Olpe und Soest. Des Weiteren ist die Südwestfalen Agentur mit Sitz in Olpe in das Projekt eingebunden und koordiniert die interkommunale Zusammenarbeit. Die Antragsgemeinschaft wurde 2019 bei dem Förderwettbewerb des Bundes „Modellprojekte Smart Cities“ neben 12 weiteren Modellprojekten von der Jury ausgewählt und kann nun über einen Förderzeitraum von insgesamt sieben Jahren Digitalisierungsprojekte mit Modellcharakter für die Region Südwestfalen konzipieren und umsetzen. Die 5 für Südwestfalen behalten stets die gesamte Region im Blick und werden erprobte Lösungen auch für weitere Kommunen zur Verfügung stellen. Sogenannte Mitmacherkommunen, die Interesse an dem Wissenstransfer haben, können sich mit den Pionierkommunen vernetzen. Siegen ist dem Netzwerk 2021 als Mitmacherkommune beigetreten.

Nordrhein-Westfalen | Netzwerk Innenstadt NRW

Das Netzwerk Innenstadt NRW (NWI) ist als freiwillige Arbeitsgemeinschaft von nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden bereits 2008 ins Leben gerufen worden. Ziel ist die Sicherung und Entwicklung zukunftsfähiger und attraktiver Innenstädte und Ortskerne in Nordrhein-Westfalen. Ziel des Netzwerks ist, den Erfahrungsaustausch der nordrhein-westfälischen Kommunen untereinander zu fördern, Akteure zu qualifizieren sowie bei der Entwicklung und Umsetzung lokaler und regionaler Projekte in den Städten und Gemeinden zu unterstützen. Der Austausch erfolgt über verschiedene Veranstaltungsformate wie Arbeitsgruppen, den Innenstadt-Gesprächen mit Politik und Verwaltung oder der jährlich stattfindenden Tagung Innenstadt. Die Arbeitsergebnisse der von NWI gestalteten „Netzwerk vor Ort - Smart City“ Workshops haben maßgeblich zur Entwicklung dieses Strategiepapiers beigetragen.

Nordrhein-Westfalen | Städtetag NRW - Arbeitskreis Digitalisierung

Der Städtetag NRW ist die Stimme der Städte im Land der Städte. In ihm haben sich 40 Städte mit rund 9 Millionen Einwohnern zusammengeschlossen. Er nimmt aktiv die Interessen der Städte gegenüber der Landesregierung und zahlreichen weiteren Organisationen wahr. Mit Blick auf die Erfordernisse, die der digitale Wandel für die Mitgliedskommunen mit sich bringt, wurde der Arbeitskreis Digitalisierung ins Leben gerufen.

Nordrhein-Westfalen | Kompetenznetzwerk SmartCities.NRW

Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich zum Ziel gesetzt, die Digitalisierung in den Kommunen und Regionen zu beschleunigen. Im Rahmen des vorgeschalteten Programms „Digitale Modellregionen NRW“ wurden bzw. werden bereits digitale Pilotprojekte entwickelt und umgesetzt und im Rahmen von Netzwerk- und Transferveranstaltungen nun im Rahmen des Kompetenznetzwerks SmartCities.NRW vorgestellt. Zu den Themen zählen neben dem E-Government auch die digitale Stadt- und Regionalentwicklung. Unabhängig vom kommunalen Umsetzungsstand bieten die Netzwerk- und Transferveranstaltungen Informationen über wegweisende Projekte und Best Practices, um diese bestmöglich auch auf andere Kommunen im Land übertragen zu können.

Bundesrepublik Deutschland | Koordinierungs- und Transferstelle Modellprojekte Smart Cities

Im Rahmen des Förderprogramms „Modellprojekte Smart Cities“ (MPSC) des Bundes wurden über drei Staffeln (zuletzt in 2021) insgesamt 73 geförderte Modellprojekte Smart Cities durch eine Jury ausgewählt. Die Koordinierungs- und Transferstelle Modellprojekte Smart Cities fungiert seit 2022 als zentrale Anlaufstelle für den Wissenstransfer und die Vernetzung zum Thema Smart Cities. Sie initiiert den Erfahrungsaustausch unter den MPSC und allen interessierten Kommunen in Deutschland.

Transfer: Kommt es innerhalb der oben beschriebenen Netzwerke zu Impulsen, die wiederum in konkrete Projektaufträge münden, verändert sich die Netzwerkarbeit schrittweise. Projekt-

abhängig werden dann möglichst frühzeitig Bündnisse mit Akteurinnen und Akteuren aus den städtischen Organisationseinheiten, der lokalen Wirtschaft, Wissenschaft und Stadtgesellschaft aufgebaut.

2.4 Beteiligung und Kommunikation

Im Rahmen der Smart City bekommt der Begriff Beteiligung eine breite Bedeutung im Sinne eines umfassenden Erfahrungs- und Wissensmanagements. Im Kontext des Open Government-Gedankens bieten smarte Technologien einige Möglichkeiten, Planungs- und Entscheidungsprozesse transparenter und verständlicher darzustellen. Gleichzeitig eröffnen sich neue Möglichkeiten, Diskurse im digitalen Raum auf Beteiligungsportalen oder sozialen Medien zu überblicken und Feedback einzusammeln, um die smarte Stadt stetig smarter zu machen. So kann eine Kommune sogar in einen Prozess der Co-Kreation einsteigen, um die Smart City in einem Wechselspiel zwischen Kommune und Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam aufzubauen. Durch eine bessere Vernetzung von und mit Bürgerinnen und Bürgern entstehen auch neue Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements in einer Stadt.

Bereits im Frühjahr 2021 wurde in Siegen unter Zuhilfenahme des städtischen Serviceportals eine Online-Bürgerbeteiligung durchgeführt, die Aufschluss über die Bedürfnisse und Bedarfe in unterschiedlichen Lebensbereichen der Siegener Bürgerinnen und Bürger geben sollte. Aufbauend auf den Ergebnissen, wurden und werden mehrere Bereiche der Beteiligung zukünftig mittels digitaler Angebote ergänzt und Stadtentwicklung somit niedrigschwelliger zugänglich gemacht und transparenter gestaltet.

Information: Die Live-Videoübertragung der Ratssitzungen bietet eine komfortable Teilnahme für Interessierte und das von Zuhause und unterwegs. Über das elektronische Ratsinformationssystem können via Web-Oberfläche und App zusätzlich öffentliche Sitzungsunterlagen online eingesehen werden. Die städtische Website und die bereits existierenden Social-Media-Kanäle sollen auch zukünftig über Themen rund um Smart City informieren.

Digitale Beteiligung: Resultierend aus den Ergebnissen der o. g. Beteiligung möchte die Universitätsstadt Siegen die Bürgerinnen und Bürger über eine digitale Beteiligungsplattform auch zukünftig aktiv einbinden. Hierzu wird die vom Land Nordrhein-Westfalen bereitgestellte Beteiligungsplattform „Beteiligung NRW“ mit einer für Siegen angepassten Web-Oberfläche genutzt. Mit der Online-Beteiligung zur Fortschreibung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes für die Siegener Innenstadt (Laufzeit: 07.02.2022 bis 15.03.2022) wurde der erste von inzwischen mehreren Beiträgen zur digitalen Beteiligung realisiert.

Digitaltag: Der jährlich stattfindende bundesweite Digitaltag beleuchtet die unterschiedlichen Aspekte der Digitalisierung und soll die Teilhabe, die Transparenz und das Miteinander fördern. Die Universitätsstadt Siegen nutzt die Gelegenheit alljährlich ein Thema hervorzuheben, um so die Bedeutung der Digitalisierung stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken.

Smart City Veranstaltung: Für den erfolgreichen digitalen Transformationsprozess im städtischen Raum ist es wichtig die Gesellschaft zielgerichtet einzubinden. Dazu soll perspektivisch als weiteres Instrument einmal jährlich eine Veranstaltung zu einem aktuellen Smart City Thema initiiert werden. Es kann sich dabei um eine digitale Veranstaltung, aber auch um ein analoges Format handeln (Vortragsveranstaltung, Workshop, Begegnungsstätte, ...). Neben der Information, der Diskussion und dem wichtigen Feedback gewinnt auf diese Weise die Vernetzung der verschiedenen Akteure/innen weiter an Gewicht. Zum diesem Zweck wird anlassbezogen ein Vorbereitungskreis gebildet, der sich themen- und aufgabenabhängig aus Personen der unterschiedlichen städtischen Bereiche bzw. Organisationseinheiten zusammensetzt.

2.5 Handlungsfelder

Einen Überblick über die Handlungsfelder, in denen Städte im Rahmen der Smart City Entwicklung mit den Bürgerinnen und Bürgern und anderen Akteuren/innen gemeinsam arbeiten können, bietet das „Smart City Wheel“, zu Deutsch: Smart City Rad. Es wurde 2012 von Boyd Cohen vorgestellt, einem amerikanischen Stadt- und Klimawissenschaftler, und wird von zahlreichen Städten als Praxis-Grundlage und Orientierungshilfe ihrer Smart City Strategien genutzt.

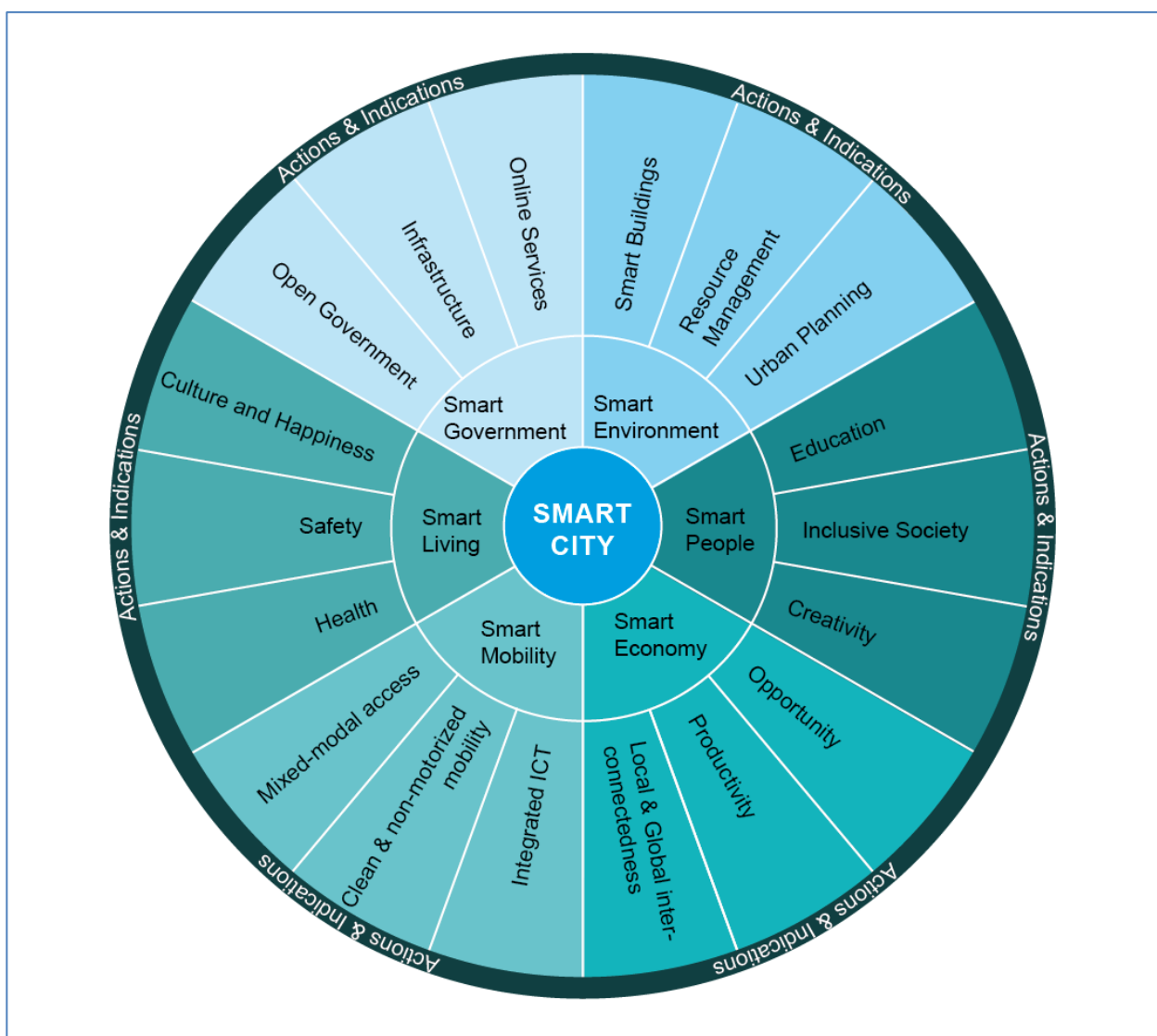


Abbildung 3: Eigene Darstellung des Smart City Wheel nach Boyd Cohen, 2012. Quelle: <https://www.fast-company.com/1680583/what-exactly-is-a-smart-city>. Abgerufen am 15.3.2022.

Das Smart City Wheel besteht aus mehreren Ringen. Im Zentrum steht die „Smart City“ als Gesamtgebilde. Diese setzt sich zusammen aus sechs Segmenten oder Funktionsbereichen, die im ersten Ring abgebildet sind. Diesen sind im äußersten Ring jeweils drei Aktionen oder Indikatoren zugeordnet, anhand derer sich die Funktionsbereiche messen oder verbessern lassen. Diese sind:

Smart Government: Das Wort „Government“ umfasst hier sowohl Verwaltungs- wie auch politische Prozesse. Messgrößen sind ihre Transparenz und Offenheit („Open Government“ und „Open Data“) wie auch die digitale Zugänglichkeit. Auch die smarte Infrastruktur zählt das Smart City Wheel dazu.

Smart Environment: Zu einer smarten urbanen Umwelt gehören Fragen des Ressourcenverbrauchs, des Gebäudestandards wie auch der allgemein umweltfreundlichen, grünen Stadtplanung.

Smart People: Dieser Punkt umfasst vor allem Aspekte der Bildung und des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die Inklusivität und die Kreativität einer Stadt sind zwei der Indikatoren.

Smart Economy: Eine smarte urbane Wirtschaft ist nicht nur produktiver, sondern eröffnet auch Chancen für Menschen. Dabei spielt auch die Vernetzung der Wirtschaft auf lokaler und globaler Ebene eine Rolle.

Smart Mobility: Smarte Mobilität ist diversifiziert und setzt auf verschiedene Mobilitätsarten, die nach Möglichkeit sauber sind oder sogar ohne Motorkraft auskommen. Zudem ist die Mobilität einer Stadt durch Technologie miteinander vernetzt.

Smart Living: Das Leben und Wohnen in einer Stadt sollte sicher sein und zur Gesundheit ihrer Bewohner/innen beitragen. Auch das kulturelle Angebot und das Wohlbefinden der Menschen fließt in die „Smartness“ einer Stadt ein.

Die Smart City umfasst also zahlreiche Lebens- und Handlungsbereiche, in denen von Stadt zu Stadt unterschiedliche Rahmenbedingungen gegeben sind. Dadurch eröffnen sich für Städte viele Chancen, ihren eigenen Weg zur Smart City zu finden. Grob lassen sich zwei Ansätze unterscheiden, wie eine Kommune in den Entwicklungsprozess zur Smart City einsteigen kann:

1) Sie kann sich zunächst auf einige Bereiche fokussieren, um diese konsequent smart zu machen. Dieser Ansatz bietet den Vorteil, in einem Feld ein möglichst komplettes und kohärentes System aufbauen zu können.

2) Alternativ kann sie auch mehr in die Breite gehen und in vielen verschiedenen Bereichen smarte Lösungen implementieren. Dieser Ansatz trägt der Tatsache Rechnung, dass die Smart City nach und nach ohnehin alle Lebensbereiche erfassen wird. So kann eine Kommune wie auch ihre Bürgerinnen und Bürger von Anfang an in jedem Lebensbereich Erfahrungswerte mit smarten Lösungen sammeln.

Wie bereits in Abschnitt 2.1 erwähnt, haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, in mehreren Lebensbereichen gleichzeitig smarte Lösungen zu finden, sodass Potentiale in möglichst vielen Bereichen sukzessive gehoben werden können. Die Universitätsstadt Siegen hat sich also für den breiteren Ansatz 2 entschieden. Um zu einer eigenen, für Siegen passenden Arbeitsdefinition zu kommen, haben wir das Smart City Wheel im Laufe der Strategieentwicklung an unsere lokalen Rahmenbedingungen angepasst. Es haben sich dabei aktuell vier eigene Handlungsfelder herausgebildet, in denen die Universitätsstadt Siegen Projekte zur Förderung einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Stadtentwicklung initiieren möchte:

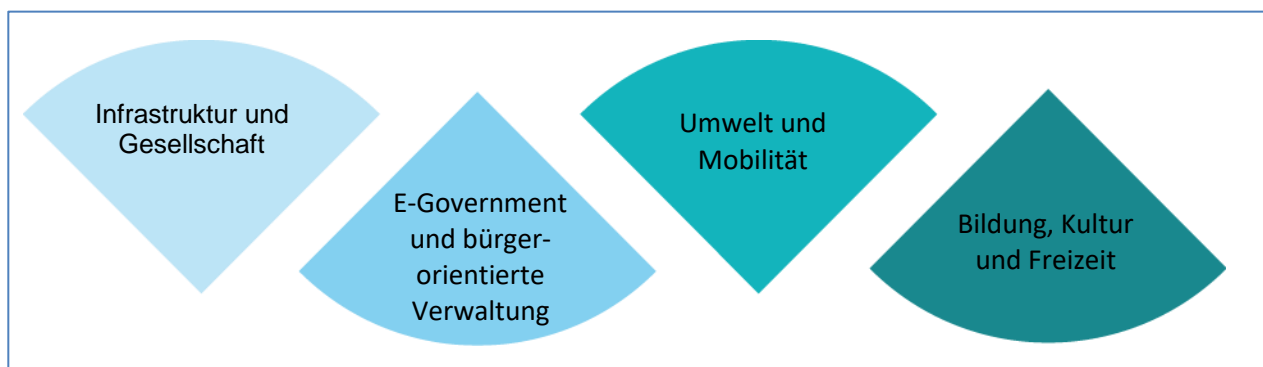


Abbildung 4: Die Handlungsfelder der Smart City Siegen (eigene Darstellung)

Dabei steht das Handlungsfeld Infrastruktur und Gesellschaft, bestehend aus den Themen „Ausbau der Infrastruktur“ und „New Governance“, also neue Organisations und Beteiligungsstrukturen, im Zentrum des Transformationsprozesses zur Smart City Siegen. Denn eine passende technische Infrastruktur ist für die Etablierung smarter Lösungen genauso elementar wie neue Organisations- und Beteiligungsstrukturen.

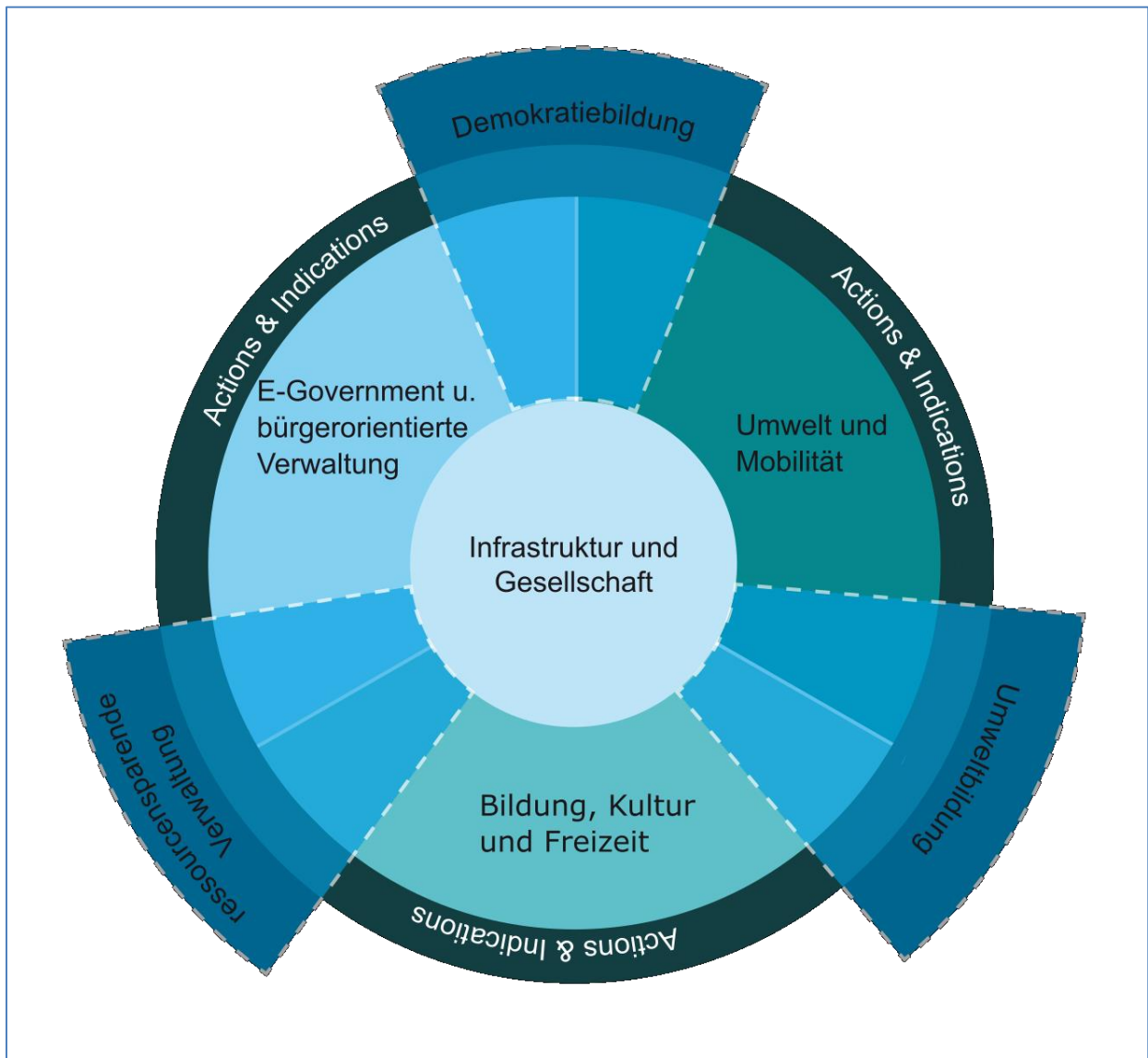


Abbildung 5: Smart City Wheel der Universitätsstadt Siegen (eigene Darstellung)

Der Kern wird von den drei Handlungsfeldern „E-Government und bürgerorientierte Verwaltung“, „Bildung, Kultur und Freizeit“ sowie „Umwelt und Mobilität“ umgeben. Die blauen, halbdurchsichtigen Elemente „ressourcensparende Verwaltung“, „Demokratiebildung“ und

„Umweltbildung“ bilden Themenfelder ab, die Mehrwerte in mehreren Handlungsfeldern gleichzeitig schaffen und die Handlungsfelder miteinander verbinden. Ein Beispiel: Die Digitalisierung von Serviceleistungen der Stadtverwaltung führt zu einer ressourcensparenden Arbeitsweise, da Abstimmungswege kürzer werden und Papier gespart werden kann. Die Digitalisierung der Serviceleistungen wird primär dem Handlungsfeld E-Government und bürgerorientierte Verwaltung zugeschrieben, gilt jedoch gleichzeitig als Meilenstein einer umweltbewussten Stadtentwicklung.

Doch wozu werden dann noch Handlungsfelder formuliert und damit eine Abgrenzung unterschiedlicher Themen erörtert, wenn viele Projekte häufig mehrere Felder beinhalten? Die Einordnung von Projektideen in die einzelnen Handlungsfelder ermöglicht und begünstigt wesentlich eine verständnisfördernde, planvolle und strukturierte Herangehensweise im Rahmen des Strategieprozesses.

2.5.1 Infrastruktur und Gesellschaft

Die digitale Vernetzung der Bürgerinnen und Bürger kann die Lebensqualität, die soziale Teilhabe, aber auch das Miteinander verbessern. Das Handlungsfeld umfasst Projekte, welche technische, ökonomische und gesellschaftliche Standortfaktoren einbeziehen sowie die (digitale) Vernetzung, den Dialog und die Teilhabe von unterschiedlichen Akteuren/innen, Bewohner/innen und der Stadtverwaltung fördern. Grundvoraussetzung hierfür ist eine gut ausgebaute digitale Infrastruktur, welche die Etablierung digitaler Lösungen barrierearm und flexibel ermöglicht.

2.5.2 Bildung, Kultur und Freizeit

Bildung ist der Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg, soziale Gerechtigkeit und eine aufgeschlossene Gesellschaft. Dabei gilt es, neben der schulischen und akademischen Bildung auch weitere Bildungsfelder, wie zum Beispiel die kulturelle Bildung, einzubeziehen. Die Digitalisierung eröffnet völlig neue Möglichkeiten zur Wissensvermittlung. Die Vermittlung von Inhalten kann ortsunabhängig und zeitlich an individuelle Bedürfnisse angepasst erfolgen. Auch können die zu vermittelnden Inhalte viel individueller zugeschnitten werden. Dabei geht es aber

auch darum, digitale Kompetenzen zu vermitteln, die es nicht nur den Digital Natives, sondern auch Digital Immigrants ermöglicht, die vielfältigen Angebote zu nutzen. Zudem umfasst das Handlungsfeld die Etablierung digitaler Lösungen zur Steigerung der Freizeitqualitäten und somit auch der Lebensqualität in der Stadt. Durch digitale Angebote können vielfältige Angebote wartungsarm und bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden.

2.5.3 Umwelt und Mobilität

Gut verzahnte Mobilitätsangebote sind ein entscheidender Standortfaktor für Städte und Regionen und können zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs führen. Die kombinierte Nutzung verschiedener Mobilitätsangebote wird durch die Digitalisierung erleichtert. Neben der Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs beschäftigt sich das Handlungsfeld auch mit der aktuellen Situation auf Siegens Straßen und möchte durch Sensortechniken die verkehrliche Situation beruhigen und intelligent steuern. Dies betrifft auch den urbanen Güterverkehr („Last Mile Delivery“). Neben der Lösung von Verkehrsproblemen soll der effiziente Einsatz von digitalen Werkzeugen den Transformationsprozess zu einer klimafreundlichen und umweltbewussten Stadtentwicklung unterstützen.

2.5.4 E-Government und bürgerorientierte Verwaltung

Das Handlungsfeld umfasst die Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen und die Erschließung neuer, sich durch die Digitalisierung eröffnender Möglichkeiten (z.B. Onlinestreaming von Ratssitzungen). Durch die digitalen Zugangsmöglichkeiten zu behördlichen Angeboten werden bürokratische Prozesse vereinfacht und verkürzt. Online-Dienstleistungen sorgen für flexible orts-, zeit- und personenungebundene Öffnungszeiten und Nutzungen der Angebote und ermöglichen eine schnelle Reaktionszeit. Eine besondere Rolle spielt dabei das Siegener Serviceportal mit den zahlreichen Online-Dienstleistungen, über welches seit Inbetriebnahme im Dezember 2019 bereits mehr als 17.000 Anträge eingegangen sind (Stand April 2022). Des Weiteren zielt das Handlungsfeld und die ausgewählten Maßnahmen auf eine transparente Darstellung des Verwaltungshandelns ab.

Motivation für die Gestaltung von effizienten und komfortablen Dienstleistungsangeboten ist der Servicegedanke und die sich durch digital unterstützte Prozesse ergebenden, eingangs genannten Mehrwerte. Flankiert wird dies durch gesetzliche Rahmenbedingungen, die den Weg dorthin ebnen (z.B. Online-Zugangsgesetz oder Gesetz zur medienbruchfreien Digitalisierung).

Der Begriff E-Government beschreibt die medienbruchfreie, schlanke und nutzerzentrierte Gestaltung von digital unterstützten Verwaltungsprozessen. Das betrifft sowohl die Leistungserstellungsprozesse, die Kommunen der Bürgerschaft und Unternehmen anbieten, als auch die internen Stütz- und Steuerungsprozesse. Das hier beschriebene Handlungsfeld „E-Government und bürgerorientierte Verwaltung“ legt im Rahmen der Smart City Strategie den Fokus auf sich neu eröffnende Möglichkeiten mit Außenwirkung (z.B. Bereitstellung offener Daten im Siegener Geoportal SiGIS und auf der städtischen Homepage).

3 Umsetzung

3.1 Projekte und Projektsteckvorschläge

Auf den folgenden Seiten werden umgesetzte Projekte, sich auf dem Weg befindliche Projekte und Projektideen vorgestellt, die den strategischen Zielen der Smart City Siegen zuzuordnen sind. Die Projekte und Ideen speisen sich aus Impulsen der Stadtverwaltung, den politischen Gremien und der Öffentlichkeit.

Projektvorschläge bis zu einer gewissen Größenordnung können z.T. im Rahmen bereits bestehender Maßnahmen beraten und ggf. umgesetzt werden (z.B. Pilotprojekt Intelligente Mülleimer am Siegufer). Andere Maßnahmen übersteigen die verfügbaren „Bordmittel“ der Organisationseinheiten und erfordern zusätzliche Ressourcen mit Hilfe eines gesonderten Beschlusses. Ein entsprechender Hinweis findet sich bei den jeweiligen Projektvorschlägen. Im Zuge dessen sollten neben dem erwarteten Mehrwert, möglichen Hindernissen und erforderlichen Ressourcen auch in Frage kommende Fördermöglichkeiten betrachtet werden.

3.2 Evaluation und Fortschreibung

Da es sich um einen dynamischen Smart City Prozess handelt, spielt die Evaluation auf Projektebene eine wichtige Rolle, um so sowohl auf Projekt- wie auch auf Strategiebene Anpassungen vornehmen zu können. Eine ergänzende Quelle für wertvolles Feedback sind die in Abschnitt 2.4 beschriebenen Punkte zum Thema Beteiligung und Kommunikation. Für die Fortschreibung des Projektkatalogs sowie der Strategie bietet sich im Hinblick auf zeitliche Intervalle und Planung von Ressourcen die Vorgehensweise bei Stadtentwicklungskonzepten bzw. -Strategien als Orientierungshilfe an.

3.3 Übersicht

Projektname	
Adaptive LED-Straßenlaternen für den Rad- und Gehweg Leimbachtal	
Kurzbeschreibung	
Die Beleuchtung des geplanten Geh- und Radwegs im oberen Leimbachtal soll mit Bewegungsmeldern ausgestattet werden. Die Infrarottechnik sorgt dafür, dass in der nicht-aktiven Phase die LEDs auf zehn Prozent ihrer Leuchtkraft reduziert werden. Sobald sich aber eine Person zu Fuß oder auf dem Fahrrad nähert, fährt das System die Lampen auf 100 Prozent hoch. Wird im Bereich der Laternen keine Bewegung mehr registriert, wird die Leuchtkraft wieder automatisch heruntergeregelt.	
Thematische Verortung	4/1-2 Straßenneubau
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input checked="" type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input checked="" type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input checked="" type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input type="checkbox"/> Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige: AT 37/2021; VL 228/2021
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Energieeinsparung durch automatische Aufhellung; angenehmere Lichtverhältnisse durch mehr Dynamik (in der Natur wechseln die Lichtverhältnisse permanent); Vermeidung von Lichtverschmutzung; Vermeidung von Angsträumen; komfortabel nutzbare, alltagstaugliche Wegeverbindung; Lösung für Wege mit keinem allzu regelmäßigem Verkehrsfluss	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input checked="" type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input checked="" type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Beschluss (erfolgt); Ausschreibung; Beauftragung; Umsetzung; Betrieb	

Projektname	
Anschluss an die geplante Offene Regionale Datenplattform der Smart Cities Südwestfalen	
Kurzbeschreibung	
Im Rahmen des Gemeinschaftsprojekts des vom Bund geförderten Netzwerks "Smart Cities: 5 für Südwestfalen" wird aktuell bei der Südwestfalen-IT eine Smart City Datenplattform aufgebaut, die später auch den anderen an die Südwestfalen-IT angeschlossenen Kommunen zur Verfügung stehen soll. Auf dieser Plattform können Daten unterschiedlichster Art entsprechend zuvor definierter "Use Cases" eingespeist werden. Die Daten können danach z.B. für Auswertungen oder neue Geschäftsmodelle/ Verfahren bereitgestellt werden. Bzgl. der "Use Cases" gibt es zahlreiche denkbare Ansätze. LoRaWan-Sensordaten (Verkehrsströme, Umweltdaten etc.) können dabei ebenso eine Rolle spielen, wie auch nicht sensible, sog. Offene Daten (Open Data) der Verwaltungen.	
Thematische Verortung	Büro Bürgermeister, Digitalisierungskoordinator
Handlungsfeld	<input checked="" type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input checked="" type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input checked="" type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input checked="" type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige:
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Komponente für die Erfassung/ Bereitstellung von Daten für diverse Smart City Anwendungen (z.B. Smart Parking, Verkehrsströme, Umweltdaten, Open Data, Smart City Dashboard etc.) Daten unterschiedlichster Herkunft können so miteinander verknüpft werden und bieten Potential für völlig neue Auswertungen und Verfahren.	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Kontinuierlicher Austausch mit den federführenden, die Plattform entwickelnden Kommunen aus dem Netzwerk Smart Cities Südwestfalen; Sondierung der Rahmenbedingungen nach Freischaltung der Offenen Regionalen Datenplattform; Eingrenzung von in Frage kommenden Anwendungsfällen; Festlegung der weiteren Vorgehensweise (z.B. Pilotprojekt)	

Projektname	
Ausbau der Elektrofahrzeug-Ladesäuleninfrastruktur	
Kurzbeschreibung	
Förderung der Elektromobilität. Auf der Grundlage neuer gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und EU-Ebene (Ladesäulenverordnung, DC-Schnellladegesetz, GEIG, Nationale Wasserstoffstrategie, Roadmap Wasserstoff NRW), soll die Planung, Errichtung und der Betrieb weiterer öffentlicher Lade- und H2-Tankinfrastrukturen erfolgen.	
Thematische Verortung	1/2 Wirtschaftsförderung
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input checked="" type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input checked="" type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input checked="" type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm
Sonstige: VL 331/2021	
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Weiterer Ausbau der die umweltfreundliche Fortbewegung begünstigenden Infrastruktur. Positive Effekte sind die CO2-, die Feinstaub- sowie die Lärmreduzierung. Wichtige Grundlage für die Nutzung von durch umweltschonenden Energieträgern bereitgestellter Energie.	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input checked="" type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für den weiteren Ausbau der Ladesäulen-Infrastruktur ist ein bereits begonnener, fortlaufender Prozess.	

Projektname	
Ausbau Parkleitsystem	
Kurzbeschreibung	
Parkleitsysteme dienen in Städten, auf Parkflächen und in Parkhäusern als schnelle und einfache Informationsquelle. Parkplatzsuchende erhalten durch ein umfassendes und übersichtliches System die Möglichkeit schnellstmöglich einen freien Parkplatz zu finden. Für die Erneuerung des Siegener Parkleitsystems auf einen modernen, innovativen Standard sind vom Bund Fördermittel in Aussicht gestellt worden.	
Thematische Verortung	4/1 Straße und Verkehr
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input checked="" type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input checked="" type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Smart City Index <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Förderprogramm
Sonstige: 39. VerkA 08.09.2020	
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Effiziente Organisation, Information und Lenkung des Verkehrs; Verbesserung des Verkehrsflusses und Vermeidung von Zeitverlusten; Umlenkung auf andere Verkehrsträger bei Engpässen; Kraftstoffverbrauch und Emissionen werden gesenkt	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input checked="" type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Vertiefende Besprechung durch Fachabteilung und Ausschuss; mögliche Synergieeffekte durch die Verzahnung mit der Projektidee „Smart Parking Innenstadt (Pilot)“	

Projektname	
Bewegungsparcours Sieg Arena	
Kurzbeschreibung	
In der Sitzung am 10.11.2021 hat der Sport- und Bäderausschuss beschlossen die Errichtung eines Bewegungsparcours vorzunehmen und dafür einen entsprechenden Förderantrag zu stellen, da parallel zu den Überlegungen der Stadt Siegen, einen Bewegungsparcours zu errichten, das Land NRW den zweiten Aufruf im Förderprogramm „Moderne Sportstätten 2022“ veröffentlicht hat.	
Thematische Verortung	2/5 Sport und Bäder
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input checked="" type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input checked="" type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input checked="" type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input type="checkbox"/> Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Förderprogramm
Sonstige: VL 757/2022; 5. SpBA 24.05.2022	
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Bewegung in den Alltag integrieren; Steigerung der allgemeinen Lebensqualität; unverbindliches Mitmachen ohne zusätzliche Kosten; generationenübergreifendes Kennenlernen und der Austausch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern wird gefördert; Integration von Bewegung in den Alltag; Stressabbau und Stärkung des Immunsystems; Gesundheitsvorsorge	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input checked="" type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Beschluss (erfolgt); Förderantrag (erfolgt); Beschaffung; Umsetzung; Betrieb	

Projektname	
Bürgerbeteiligungsplattform	
Kurzbeschreibung	
<p>Die (informelle) Bürgerbeteiligung findet bereits jetzt bei vielen öffentlichen Projekten Anwendung. Dabei kann es sich um Informationsveranstaltungen vor Ort, Website-Blogs mit optionaler Feedback-Funktion, Online-Umfragen, interaktive Stadtpläne, öffentliche Videokonferenzen usw. handeln. Im Kontext von Smart City unterstreicht u.a. die Smart City Charta des BBSR die Bedeutung der Einbeziehung der Bürgerschaft in den Smart City Prozess. Des Weiteren legen verschiedene Fördergeldprogramme fest, dass die Bürgerschaft im Rahmen einer Beteiligungsmaßnahme einzubeziehen ist. In der Praxis setzen sich vornehmlich die zuständigen Fachabteilungen mit der Durchführung oder der Beauftragung von informellen Bürgerbeteiligungen auseinander. Hier kommen die sogenannten Bürgerbeteiligungsplattformen ins Spiel. Diese Plattformen stellen eine Art "Instrumentenkasten" dar und bieten verschiedene Technologien zur Informationsbereitstellung und zum Einholen von Feedback "aus einer Hand" an. Damit werden die Fachabteilungen entlastet. So wird beispielsweise bei einer geplanten Online-Umfrage der Abschluss eines gesonderten Dienstleistungsvertrags für ein Online-Umfragesystem überflüssig.</p>	
Thematische Verortung	4/5-1 Stadtentwicklung (Fortschreibung IHaKo Innenstadt als erstes Siegener Beteiligungsprojekt, welches über die neue Plattform realisiert wurde)
Handlungsfeld	<input checked="" type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input checked="" type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input checked="" type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input checked="" type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige:
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
<p>Ein Beteiligungsportal stellt einen Instrumentenkasten für die Durchführung von analogen und online-Beteiligungen zur Verfügung. Dies betrifft sowohl informelle als auch formelle Beteiligungsverfahren. Durch einen solchen Instrumentenkasten werden die mit der Durchführung von Beteiligungen betrauten Fachabteilungen entlastet.</p>	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
umgesetzt	

Projektname	
Das Siegener E-Ticket - Hallenbad Weidenau (Pilot)	
Kurzbeschreibung	
<p>Der geplante Neubau des Weidenauer Hallenbads eröffnet die Möglichkeit sich bereits im Planungsprozess mit innovativen Lösungen rund um das Thema Online-Ticket zu beschäftigen. So wäre es im Zusammenhang damit denkbar, zukünftig bequem von zu Hause aus Badezeit zu buchen und direkt online zu bezahlen. Ein sodann per E-Mail zugesendeter QR-Code könnte bequem im Eingangsbereich vorgezeigt werden und somit das „Check-In“ vereinfachen. Auf diese Weise werden Wartezeiten an der Kasse reduziert und es wird mehr Raum für darüberhinausgehenden Service geschaffen.</p> <p>Auch in anderen Bereichen der Stadtverwaltung werden bereits Online-Bezahlungsfunktionen bereitgestellt, so dass hier auf schon existierende Praxiserfahrungen aufgebaut werden kann.</p> <p>Perspektivisch kann ein solches System Zug um Zug auch auf weitere städtische Einrichtungen im Bereich Bildung, Kultur und Freizeit (z.B. VHS Siegen, Siegerlandmuseum, Siegerlandhalle etc.), aber auch darüber hinaus, ausgebaut werden.</p>	
Thematische Verortung	2/5 Sport & Bäder (Pilot); im weiteren Prozess auch weitere Organisationseinheiten im Geschäftsbereich 2 (bspw. 2/4 Kultur, ...)
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input checked="" type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input checked="" type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input checked="" type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige:
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Reduzierung von Wartezeiten an der Kasse; mehr Raum für Serviceangebote abseits der Kasse; intelligente Lösung zwischen analogem Service und digitalem Komfort; bessere Vorbereitungsmöglichkeit auf zu erwartende Besucher/innen-Ströme; Vereinfachung der administrativen Abläufe	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input checked="" type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input checked="" type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Vertiefende Besprechung durch Fachabteilung(en) und Ausschuss	

Projektname	
Digitale Schulanmeldung (ähnlich KiTa-Navigator)	
Kurzbeschreibung	
<p>Der Siegener KiTa-Navigator zur Anmeldung der Kindergarten-Kinder hat sich in Siegen bereits etabliert. Dabei wird nicht nur eine zeitgemäße Webseite für die KiTa-Anmeldung bereitgestellt, sondern auch die Backend-Prozesse werden digital unterstützt.</p> <p>Demgegenüber steht das aktuell noch weitestgehend analog organisierte Anmeldeverfahren der Schülerinnen und Schüler in den Schulen. Erste Ansätze bietet hierbei z.B. die Plattform "Schüler online" des kommunalen Rechenzentrums Minden-Ravensberg/ Lippe, mit dem bereits 75% der Kreise und kreisfreien Städte in NRW den Schulen eine digitale Anmeldeöglichkeit anbieten. Dabei geht es zum jetzigen Zeitpunkt primär um den Übergang von weiterführenden Schulen hin zu berufsbildenden Schulen. Perspektivisch sollen mit der durch das Schulministerium geförderten Weiterentwicklung "Schüler Online 2.0" auch Schulanmeldungen zur Grundschule, den weiterführenden Schulen sowie den Bildungsangeboten der Sekundarstufe II künftig möglich sein.</p> <p>https://www.schulministerium.nrw/auf-dem-weg-zu-schueler-online-20</p>	
Thematische Verortung	5/4 Schulen
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input checked="" type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input checked="" type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input checked="" type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Smart City Index <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input checked="" type="checkbox"/> Gesetz <input type="checkbox"/> Förderprogramm
Sonstige:	
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
<p>Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern können nicht nur bequem von zu Hause und ohne die Notwendigkeit von Terminabsprachen Schulanmeldungen vornehmen, sondern darüber hinaus komfortabel herausfinden, welche Bildungsangebote zur Verfügung stehen; Reduzierung des administrativen Aufwandes aller beteiligten Stellen beim Schulübergang; übersichtliche Beratungsgrundlage; unterstützende Auswertungen</p>	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Vertiefende Besprechung durch Fachabteilung und Ausschuss	

Projektname	
Digitales Stadtmodell für Simulationen	
Kurzbeschreibung	
<p>In einigen großen Städten wird die zukünftige Entwicklung der Städte in einem sogenannten digitalen Zwilling modelliert. Dieser digitale Zwilling der Stadt stellt ein möglichst exaktes Abbild der Stadt dar. Neben den bekannten 3D Stadtmodelldaten werden hierbei auch Aspekte wie etwa Verkehrslogik, Vegetation, Beschilderung, Building Information Modeling (BIM) oder Sensordaten integriert. Nachfolgend kann aus dem "Digitalen Zwilling" der "Digitale Drilling" für Simulationen "was wäre wenn" abgeleitet werden. Wir sind davon überzeugt, dass dieses Thema im Siegen der Zukunft eine feste Basis sein kann um die Menschen in Siegen mit modernen Mitteln, z.B. auch mit Virtual Reality (VR) und Augmented Reality (AR), die Mitwirkung an Stadtthemen zu ermöglichen.</p> <p>Gerade die letzten Krisenmonate haben gezeigt, dass eine Mitwirkung der Bürgerschaft an komplexen stadtgestalterischen Prozessen in der Stadt mit den herkömmlichen Mitteln an Grenzen stößt. An dieser Stelle kann der Digitale Zwilling Siegen in der Zukunft ein Baustein sein, dies trotz räumlicher Entfernung gemeinsam zu erfahren.</p>	
Thematische Verortung	4/2-2 Geodatenmanagement
Handlungsfeld	<input checked="" type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input checked="" type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input checked="" type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input checked="" type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige:
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Durchgängig digitales Verwaltungshandeln mit Hilfe des Stadtmodells simulieren, analysieren und präsentieren (siehe Kurzbeschreibung).	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Vertiefende Besprechung durch Fachabteilung und Ausschuss	

Projektname	
DigitalPakt Schule	
Kurzbeschreibung	
<p>Der Bund stellt für den Digitalpakt Schule 5 Milliarden Euro zur Verfügung. 5% der Bundesmittel sollen für landesweite Investitionsmaßnahmen eingesetzt werden. 5% der Bundesmittel sind für länderübergreifende Investitionsmaßnahmen vorbehalten. NRW erhält 1.054.338.000,00 Euro.</p> <p>Förderfähig sind: Aufbau/Verbesserung Vernetzung Schulgebäude; Serverlösungen; schulisches WLAN; Aufbau/Weiterentwicklung Lehr-Lern-Infrastrukturen; Anzeige- und Interaktionsgeräte (z.B. Interaktive Displays); Digitale Arbeitsgeräte (insbesondere für die technisch- und naturwissenschaftliche Bildung oder die berufsbezogene Ausbildung)</p>	
Thematische Verortung	5/4 Schulen
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input checked="" type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input checked="" type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input checked="" type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige: DigitalPakt Schule, Sofortausstattungsprogramm
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Flächendeckender Aufbau einer digitalen Bildungs- und Infrastruktur; bessere Verfügbarkeit des Wissensumfangs; Ergänzung der traditionellen Wissensvermittlung durch digitale Bildungsangebote; Steigerung der Medienkompetenz; Unterstützung bei der Unterrichtsvorbereitung und -gestaltung	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Teilweise ist die Umsetzung bereits erfolgt bzw. wird bei den über 30 Schulstandorten schrittweise durchgeführt.	

Projektname	
Elektronische Vergabeplattform zur wechselseitigen Kommunikation inklusive Unterschriften-Workflow	
Kurzbeschreibung	
Die elektronische Vergabeplattform dient zur Abwicklung der Vergabeverfahren mit einem vorab geschätzten Auftragswert von mehr als 15.000 € netto. Bereits etabliert wurden in den vergangenen Jahren die elektronische Angebotsabgabe sowie die wechselseitige Kommunikation mit den Firmen. Darüber hinaus verfügen intern alle ausschreibenden Bereiche über Zugänge zur Vergabeplattform, mit denen alle relevanten Informationen eingesehen werden können. Mittel- bis langfristig ist die Implementierung eines Unterschriften-Workflows geplant.	
Thematische Verortung	Zentrale Vergabestelle
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input checked="" type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input checked="" type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input checked="" type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Smart City Index <input checked="" type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige:
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Durch die Einbindung der am Prozess beteiligten Personen und Firmen werden (derzeit noch) doppelt ausgeführte Prozesse vermieden, sowie die Durchlaufzeiten und damit die gesamte Verfahrensdauer erheblich reduziert. Darüber hinaus wird durch die medienbruchfreie Bearbeitung die Fehleranfälligkeit intern wie extern reduziert. Nicht zuletzt wird die Rechtssicherheit erhöht.	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Zunächst kann der derzeit geführte Papiervorgang in mehreren Schritten auf den Vergabevermerk bzw. einen mehrseitigen Laufzettel reduziert werden. Im Anschluss kann dieser Laufzettel schrittweise digital als Workflow abgebildet werden.	

Projektname	
Elektronisches Ratsinformationssystem mit Unterschriften-Workflow	
Kurzbeschreibung	
Das elektronische Ratsinformationssystem stellt alle öffentlichen Informationen über die Arbeit des Rates der Stadt Siegen und seiner Ausschüsse über die Website und Apps für iOS und Android zur Verfügung. Des Weiteren sind natürlich auch die politischen Gremien sowie die Verwaltung mit dem System verbunden, so dass sämtliche Dokumente jederzeit digital verfügbar sind und digital abgezeichnet werden können.	
Thematische Verortung	Büro Bürgermeister
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input checked="" type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input checked="" type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input checked="" type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Smart City Index <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Gesetz <input type="checkbox"/> Förderprogramm
Sonstige:	
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Effiziente, transparente Organisation von Sitzungen und Gremien; Einsparung von papierbasierten Dokumenten und deren Transport; effizienter (digitaler) Unterschriften-Workflow	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
umgesetzt	

Projektname	
Homepage Relaunch	
Kurzbeschreibung	
Die aktuelle Homepage wurde im Jahr 2016 freigeschaltet. Obwohl der Internetauftritt unter www.siegen.de mit seinen umfangreichen Inhalten das zentrale Informationsangebot der Stadtverwaltung im Internet darstellt, haben sich seitdem nicht nur die zu Grunde liegenden Webtechnologien, sondern auch die Anforderungen an die Internetpräsenz maßgeblich weiterentwickelt und machen einen Relaunch notwendig. Dabei soll im Besonderen auf eine größtmögliche Barrierefreiheit, Verschlankung, Bedienungsfreundlichkeit und Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten geachtet werden.	
Thematische Verortung	Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input checked="" type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input checked="" type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input checked="" type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input checked="" type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige: Niederschrift 8. Rat 27.10.2021
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Wahrnehmung der Verwaltung nach außen hin steigern; Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme für Bürgerinnen und Bürger; Visitenkarte der Stadt für potenzielle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; jederzeit erreichbar; Plattform für umfassende Informationen; komfortable Basis für die Kommunikation von Neuigkeiten; Anlaufstelle für das Serviceportal; noch barrierefreier; Reduzierung des Suchaufwands; optimierte Delegationsmöglichkeiten hinsichtlich der redaktionellen Arbeit; Berücksichtigung neuester Sicherheitsstandards; optisch klarer und besser strukturiert	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Der Auftrag für den Website Relaunch wurde erteilt. Die Umsetzung ist im Gange.	

Projektname	
Innovationslab in der Innenstadt	
Kurzbeschreibung	
<p>Kunden sind heute 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche online unterwegs. Beim Shoppen wechseln sie diverse Kanäle und erwarten dabei ein einheitliches Käuferlebnis. Um mitzuhalten, müssen Unternehmen ihre Kunden auf allen Kanälen erreichen. Ziel muss es sein, das Einkaufserlebnis für die Kunden sukzessive zu verbessern und kanalübergreifend zu platzieren. Obwohl sich mittlerweile viele Unternehmen auf den Weg gemacht haben, online präsent zu sein und ein kundenorientiertes Angebot vorzuhalten, ist die Entwicklung so rasant, das regelmäßig regional und praxistauglich über neue Innovationen informiert werden muss. Daher ist aus Sicht der Wirtschaftsförderung ein „Innovations-Lab“ in der Fußgängerzone sinnvoll, in dem neue technologische Entwicklungen getestet, präsentiert und in den Echtbetrieb überführt werden können. Auch Start-ups können dort die Chance ergreifen, ihre Entwicklungen einem Fachpublikum zu präsentieren und Kooperationspartner aus der Handelsbranche zu erreichen. Dazu gehört eine enge Zusammenarbeit mit dem Gründerwerk und dem Haus der Innovation. Insbesondere im Bereich der Künstlichen Intelligenz gibt es in Siegen interessante Ansätze von Start-up Unternehmen, die enormes Wachstumspotenzial haben. Die Aufklärung und Sensibilisierung der Handelsbranche über innovative Neuerungen sowie die Erprobung und mögliche Überführung in den Echtbetrieb sind dabei die Zielsetzung (Beispiele: Virtual Reality- Brillen, digitaler Spiegel, 3 D-Anprobe, kontaktloses Bezahlen, Zugangskontrolle per App, Künstliche Intelligenz im Handel, Schaufenster-Shopping o. ä.). Ergänzend kann ein Teilbereich des Labors als innovatives Liefer- und Abholcenter dienen, in dem kontaktlos, individuell und ohne zeitliche Beschränkung, bestellte Ware abgeholt werden kann. In Form eines Pilotprojekts kann die Umsetzbarkeit z. B. zunächst im Quartier Innenstadt getestet werden. Parallel kann das Labor als weitere Funktion einen Werkstattcharakter übernehmen, „Experimentierwerkstatt“ mit digitalen Umsetzungshilfen, für generationsübergreifende Interaktion, z.B. in Form eines Repaircafés, IT Schulungen „Jung für A It“, Seniorencafé, Schulungen des FabLab für Interessierte etc. Individuelle, nachhaltige Bürgerprojekte und Akteursgemeinschaften werden so unterstützt.</p>	
Thematische Verortung	1/2 Wirtschaftsförderung
Handlungsfeld	<input checked="" type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input checked="" type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input checked="" type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input checked="" type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige:
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Entwicklung innovativer Lösungen nah am Menschen; mögliche Synergie-Effekte im Zusammenhang mit dem Thema "Letzte Meile Logistik" sowie „Ein dritter Ort für Siegen“ (VL 985/2022); Schaffung von begehbaren und greifbaren Lösungen; Schaufenster für Innovationen; Plattform für den Austausch von Gedanken und Visionen; Baustein im Beteiligungsprozess	

Ziele auf der strategischen Ebene

- ☒ Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur
- ☐ Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung
- ☐ Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem
- ☐ Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz
- ☒ Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag

Mögliche Vorgehensweise

Vertiefende Besprechung durch Fachabteilung und Ausschuss

Projektname	
Intelligente Mülleimer mit Füllstandsmeldung am Siegufer (Pilot)	
Kurzbeschreibung	
In Anlehnung an die typische Vorgehensweise bei dem Programm "Modellprojekte Smart Cities" des Bundes sollen auch in Siegen bereits in der ersten Strategiephase Pilot-Vorhaben umgesetzt werden, welche zur Sichtbarmachung smarterer Lösungen beitragen. In den zurückliegenden Austauschformaten wurde u.a. die Projektidee "Intelligente Mülleimer" erfasst, welche automatisch ihren Füllstand melden und somit Leerfahrten vermeiden helfen.	
Thematische Verortung	2/2-3 Stadtreinigung
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input checked="" type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input checked="" type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input checked="" type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm
Sonstige:	
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Zum einen sollen die neuen Abfallbehälter über solarbetriebene Presssysteme verfügen, die das Aufnahmevermögen vervielfachen und so den Leerungsrhythmus verlängern. Zum anderen wird es möglich, durch die digitale Füllstandsanzeige rechtzeitig bevor die Behälter überfüllt werden zu reagieren. Dies führt zur Reduktion der Leerungsfahrten und somit Reduzierung von CO2-Ausstoß.	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input checked="" type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input checked="" type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
umgesetzt	

Projektname	
Interaktiver Haushalt	
Kurzbeschreibung	
<p>Der interaktive Haushalt ermöglicht es interessierten Bürgerinnen und Bürgern, sich ein Bild von der Finanzlage und den geplanten Investitionsschwerpunkten der Stadt zu machen. Neben der gewohnten Möglichkeit, sich den Haushaltsplan über PDF-Dokumente anzeigen zu lassen, ist es so ebenfalls möglich, den kompletten Plan in interaktiver und übersichtlicher Form auf einem beliebigen Endgerät mit Internetzugang (PC, Tablet, Smartphone etc.) aufzurufen.</p> <p>Der interaktive Haushalt dient intern und extern als Arbeitsinstrument und soll darüber hinaus den Bürgerinnen und Bürgern eine ansprechende und verständliche Möglichkeit bieten, sich über die aktuellen Haushaltsdaten und Handlungsschwerpunkte der nächsten Jahre zu informieren.</p> <p>Link zum interaktiven Haushalt des Kreises Siegen-Wittgenstein: https://www.siegen-wittgenstein.de/Kreisverwaltung/Themen-und-Projekte/Interaktiver-Haushalt/</p>	
Thematische Verortung	3/1 Kämmerei
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input checked="" type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input checked="" type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input checked="" type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige:
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Interaktive online-Präsentation des städtischen Haushalts ohne redaktionellen Mehraufwand; Förderung von Transparenz und digitaler Teilhabe in der Bürgerschaft; politische/ finanzielle Entscheidungen werden durch die interaktive grafische Darstellung leichter nachvollziehbar	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Vertiefende Besprechung durch Fachabteilung und Ausschuss	

Projektname	
Smarter Stadtpark Herrengarten	
Kurzbeschreibung	
<p>Neben Strom gehört heute auch das Internet beinahe wie selbstverständlich zur technischen Infrastruktur. Das sollte natürlich auch für die Versorgungsanschlüsse der im Stadtpark geplanten Plattformen/ Bühnen gelten (z.B. für Live-Übertragungen, Videostreaming von Co-Dancing Events etc.). Darüber hinaus besteht die Option, den dann vorhandenen Internetanschluss auch für Public WLAN im Stadtpark zu nutzen.</p> <p>Der geplante Stadtpark Herrengarten eröffnet auch die Möglichkeit zur Erprobung weiterer smarter Angebote wie bspw. der Installation einer anbieterunabhängigen E-Bike-Ladestation, die bereits in der Planung vorgesehen ist. Die im Rahmen der Umsetzung gewonnenen Erfahrungen liefern eine wichtige Grundlage für dahingehend weiterführende Überlegungen.</p>	
Thematische Verortung	Büro Bürgermeister, Digitalisierungskoordinator
Handlungsfeld	<input checked="" type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input checked="" type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input checked="" type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input checked="" type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige:
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Steigerung der Aufenthaltsqualität und Attraktivität des versorgten Bereichs; Erhöhung der Verweildauer; Bereitstellung einer zeitgemäßen Infrastruktur für Events und Veranstaltungen; Förderung von Vernetzung, Teilhabe und Dialog	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input checked="" type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input checked="" type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Thematisierung in den Planungsgesprächen (erfolgt); fortwährender Austausch mit den Projektverantwortlichen der Maßnahme Stadtpark Herrengarten; Beschaffung/ Umsetzung; externer Betrieb (technisch-administrative Betreuung, Wartung und Reparatur)	

Projektname	
Klimaneutrale Versorgung des neu zu entwickelnden Gewerbegebiets Martinshardt II mit Strom, Wärme und Mobilität	
Kurzbeschreibung	
Die Universitätsstadt Siegen plant für eine langfristig sichere und kostenstabile Versorgung eine klimaneutrale Versorgung des neu zu entwickelnden Gewerbegebiets Martinshardt II mit Strom, Wärme und Mobilität. Die erstellte Potentialanalyse dient bezogen auf das Projektgebiet als Entscheidungsgrundlage für eine Weiterverfolgung dieser Planungen und als Grundlage für die Beantragung einer Machbarkeitsstudie gemäß Bundesförderung effiziente Wärmenetze (BEW).	
Thematische Verortung	Stabstelle Klimaschutz
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Planung <input checked="" type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input checked="" type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Smart City Index <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Gesetz <input type="checkbox"/> Förderprogramm
Sonstige: 10. AfUKE 07.12.2021	
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Nachhaltiges und klimafreundliches Vorzeigeprojekt; gegenseitige Ergänzung von Ökologie und Ökonomie; Technologiestandort mit Zukunft; Entwicklung hin zu einer klimafreundlichen Universitätsstadt Siegen; Gewerbegebiet als lebendiger Bestandteil einer grünen Stadt; Raum für innovative Unternehmen;	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input checked="" type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Erstellung einer Potentialanalyse (erfolgt); Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse im Ausschuss (Herbst 2022); Festlegung der weiteren Vorgehensweise	

Projektname	
KODRONA	
Kurzbeschreibung	
<p>Das Siegener Pilotprojekt "Kodrona" zum Einsatz medizinischer Drohnen-Shuttles im innerstädtischen Luftverkehr soll ab 2023 in die nächste Phase gehen: Nach der ersten, für den zukünftigen automatisierten Transport von Labor- und Blutproben per Transport-Drohne soll in absehbarer Zeit ein Demonstrationsbetrieb folgen, um die Alltagstauglichkeit zu testen.</p> <p>Das bisherige Ziel von "Kodrona" - abgekürzt für "Kooperative Drohnentechnologie und Anwendungen zur medizinischen Versorgung" - war es, einen Regelverkehr in der Luft zwischen der DRK-Kinderklinik auf dem Wellersberg und dem Kreisklinikum in Weidenau aufzubauen und so unter anderem Transportwege zu verkürzen.</p> <p>Um das Projekt neben der Anwendung zur medizinischen Versorgung auch für weitere Nutzungsarten zu öffnen, wird derzeit unter den Projektpartnern über eine Umbenennung hin zu REGIDRON – Regionale Digitalisierung für Drohnenanwendungen diskutiert.</p>	
Thematische Verortung	1/2 Wirtschaftsförderung
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input checked="" type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input checked="" type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Förderprogramm
	Sonstige: VL 331/2021
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Innovative Transporttechnologie zur verbesserten medizinischen Nachversorgung; Erhöhung der medizinischen Qualität; Reduzierung von transportbedingten Emissionen; potenzielle Skalierbarkeit des Vorhabens; kürzere und schnellere Transportwege; Alternative zu derzeit notwendigen Taxifahrten; schnellere Testergebnisse	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input checked="" type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Phase eins (Machbarkeitsstudie) wurde abgeschlossen; Phase zwei (Alltagstauglichkeitstest) vorbehaltlich Förderzusage durch den Bund schließt sich an	

Projektname	
Mängelmelder	
Kurzbeschreibung	
Eine schöne und saubere Stadt trägt maßgeblich zur Lebensqualität bei. Ein Mängelmelder ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern Hinweise zu Mängeln schnell und unkompliziert mitzuteilen. So können zum Beispiel Standorte mit achtlos hingeworfenem Abfall, defekten Bänken, zerstörten Spielgeräten oder Schrottfahrrädern mitgeteilt werden. Der online Mängelmelder zeigt auf den ersten Blick, ob der Hinweis registriert wurde, wie der Bearbeitungsstand ist und wann der Hinweis den Status erledigt hat.	
Thematische Verortung	Büro Bürgermeister
Handlungsfeld	<input checked="" type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Planung <input checked="" type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input checked="" type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input checked="" type="checkbox"/> Smart City Index <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Gesetz <input type="checkbox"/> Förderprogramm
Sonstige:	
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Effiziente und transparente Bearbeitung von Bürgeranliegen; komfortable Zusammenführung mehrfach eingehender Meldungen zum gleichen Fall; die Suche nach der/ dem richtigen Ansprechpartner/in entfällt; keine Beachtung von Öffnungszeiten notwendig; Baustein für eine sichere, saubere und lebenswerte Stadt	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Die Umsetzung soll bis spätestens 2023 erfolgen.	

Projektname	
Natur digital begreifen	
Kurzbeschreibung	
<p>Im Erlebniswald Historischer Tiergarten in Siegen sollen "Jung und Alt" schon bald spielerisch und mit digitalen Hilfsmitteln einen Blick hinter die Kulissen der Natur werfen können.</p> <p>Im Rahmen einer Kooperationspartnerschaft von Stadt, Universität Siegen und weiteren Projektpartnern soll mit einem Pilotprojekt das bestehende naturpädagogische Angebot um viele Mitmachmöglichkeiten und digitale Angebote erweitert und so ganz neue Wege in der Umweltbildung eingeschlagen werden.</p> <p>Nach einer dreijährigen Testphase in Siegen könnte das Angebot auch auf andere Orte in Südwestfalen und in anderen Regionen übertragen werden. Das Projekt wurde nun im Rahmen der REGIONALE 2025 mit dem dritten Stern ausgezeichnet.</p>	
Thematische Verortung	4/6-4 Forst
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input checked="" type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input checked="" type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input checked="" type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige: Universität Siegen
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Die biologische Vielfalt im historischen Tiergarten mittels innovativer Anwendungen erkunden können; Naturraum erfahrbar machen; das Nachvollziehen von teilweise unsichtbaren Vorgängen in der Natur ermöglichen; Mitmachmöglichkeiten schaffen; das bestehende Naturpädagogische Angebot um Mitmachmöglichkeiten ergänzen; potentieller Baustein für die Lehrerbildung im Fach Biologie; langfristige Beobachtung einzelner Naturphänomene; Beteiligung der Bürger/innen	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Im Rahmen des Strukturförderprogramms Regionale 2025 wurde das Projekt bereits mit dem dritten Stern ausgezeichnet und kann nun von der Konzept- in die Umsetzungsphase wechseln.	

Projektname	
Ökologischer Stadtpfad	
Kurzbeschreibung	
<p>Umsetzung einer ökologischen Stadtführung mit Hilfe von QR-Codes. An verschiedenen Stationen im Stadtgebiet soll es die Möglichkeit geben, Informationen zu ökologischen Fragestellungen zu erhalten. Es wäre denkbar, am Oberen Schloss einen ökologischen Rundgang/Spaziergang zu starten. Folgende Themen könnten aufbereitet werden:</p> <p>Stadtklima Grünflächen in der Stadt Pflasterritzenvegetation Stadtbildprägende Bäume Gewässerrenaturierung Verkehr Müll usw.</p>	
Thematische Verortung	4/7 Umwelt
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input checked="" type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input checked="" type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige:
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Sichtbarmachung naturnaher Elemente in der Stadt; Förderung der Bewusstseinsbildung über tiefgreifende Zusammenhänge zwischen Mensch, Umwelt und Natur in der Stadt; Schaffung einer neuen Möglichkeit, die Stadt eigenständig zu erkunden;	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input checked="" type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
<p>Der Umweltabteilung liegen bereits Abschlussarbeiten aus den Jahren 1993 und 2014 zu dem Thema ökologischer Stadtpfad vor. D.h. ein didaktisch sinnvolles ausgearbeitetes Konzept ist bereits vorhanden. Inhaltlich können große Aspekte der Abschlussarbeiten übernommen werden - eine Aktualisierung/ Anpassung an die Gegebenheiten von 2022 wird stattfinden. Unterstützung wird benötigt für die "Digitalisierung" und Umsetzung. Es wird davon ausgegangen, dass dieses Projekt mit relativ kleinem finanziellem Aufwand umgesetzt werden könnte.</p> <p>=> Bildung eines agilen Projektteams mit Federführung von A 4/7</p>	

Projektname	
Online-Bestattungskalender für die Organisation und Vergabe von Beerdigungsterminen	
Kurzbeschreibung	
<p>Ausgangssituation:</p> <p>Zurzeit ist es üblich, dass Bestatter/innen von montags bis donnerstags ab 7 Uhr bis etwa 16 Uhr sowie freitags bis 12 Uhr und an jedem Sonntag von 10:00 bis 11:30 Termine für Beisetzungen reservieren/anmelden oder auch ändern können. Die Anfragen werden allesamt telefonisch abgewickelt, die Daten handschriftlich erfasst und abschließend mehrfach in verschiedene EDV-Programme übertragen. Auch die anschließende Weitergabe der Informationen an die zuständigen Kollegen/innen auf den jeweiligen Bezirksfriedhöfen, erfolgt telefonisch oder teils per Fax zu festen Tageszeiten, da die Vorarbeiter/innen nur zu bestimmten Zeiten im Büro sind.</p> <p>Lösungsansatz:</p> <p>Als ergänzendes Modul bietet der Hersteller MPS für das von uns verwendete Friedhofsverwaltungsprogramm WINFried einen WebTerminplaner in Anlehnung an einen Outlook-Kalender an. Dies bietet den Vorteil, dass keine neue Software eingeführt und die Mitarbeiter/innen, mit Ausnahme der Vorarbeiter/innen und deren Vertreter/innen auf den Friedhöfen in neue Programme eingeführt werden müssen. Hierdurch können die Bestatter/innen zeitunabhängig, online Termine reservieren und zugleich sehen welche Termine frei und welche belegt sind, die Freigabe der Termine erfolgt weiterhin durch die Friedhofsverwaltung. Ferner wäre es möglich, dass die Kolonnen zeitunabhängig die für die Beisetzung erforderlichen Informationen über den Bestattungskalender mitgeteilt bekommen und unabhängig von der Friedhofsverwaltung abrufen können.</p>	
Thematische Verortung	4/6-1 Friedhöfe
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input checked="" type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Planung <input checked="" type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input checked="" type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Smart City Index <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Gesetz <input type="checkbox"/> Förderprogramm
Sonstige:	
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
<p>Das derzeitige Vorgehen ist sehr zeitaufwendig und es kommt vielfach vor, dass mehrfach mit Bestattern/innen bzgl. der Terminvergabe telefoniert werden muss um alle Daten zu erhalten bzw. einen endgültigen Termin zu finden. Neben einer Zeiteinsparung bei den betroffenen Mitarbeitern/innen der Stadt Siegen sowie den Bestattern/innen führt die Einführung des Online-Kalenders auch zu einer Serviceverbesserung für die Bürger/innen und Angehörigen, da diese über die Bestatter/innen direkt sehen welche Beerdigungstermine frei und welche belegt sind. Dies erhöht auch die Transparenz bei der Terminvergabe.</p>	

Ziele auf der strategischen Ebene

- ☐ Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur
- ☒ Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung
- ☐ Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem
- ☐ Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz
- ☐ Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag

Mögliche Vorgehensweise

- 1) Infrastruktur herstellen (Laptops beschaffen, Internetverbindungen auf den Friedhöfen einrichten)
- 2) Erforderliches WIN-Fried Zusatzmodul beschaffen
- 3) Einarbeiten / Schulung der Mitarbeiter/innen
- 4) Vorstellung des Prozesses zur Online-Terminvergabe bei den örtlichen Bestattern/innen bzw. dem Bestatterverband Siegen-Wittgenstein-Olpe

Projektname	
Online-Bewohnerparkausweis	
Kurzbeschreibung	
Die Beantragung der Ausnahmegenehmigung zum Parken für Bewohnerinnen und Bewohner soll zukünftig online über das Serviceportal erfolgen können. Durch die elektronische Zahlung und einen Ausdruck zu Hause entfällt die persönliche Vorsprache.	
Thematische Verortung	4/1 Straße und Verkehr
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input checked="" type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input checked="" type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input checked="" type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input checked="" type="checkbox"/> Smart City Index <input checked="" type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige:
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Der Online-Bewohnerparkausweis bietet eine komfortable und zeitgemäße Lösung für Bürgerinnen und Bürger schnell und unkompliziert einen Bewohnerparkausweis zu beantragen und gleichzeitig die Gebühr online zu entrichten. Für Standardfälle entfällt die Notwendigkeit zur Vereinbarung eines Termins sowie die Beachtung von Öffnungszeiten.	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Die Umsetzung des Vorhabens soll bis spätestens 2023 erfolgen.	

Projektname	
Online-Terminvergabe Standesamt	
Kurzbeschreibung	
Die Online-Terminvergabe bietet die Möglichkeit einen Termin unabhängig von Öffnungs- und telefonischen Sprechzeiten zu vereinbaren. Umgesetzt wurde dies bereits im Bürgerbüro, in der Ausländerbehörde und im Gewerbeamt. Auch im Standesamt wird beabsichtigt, die Möglichkeiten von Online-Terminen zu prüfen und für geeignete Leistungen einzuführen.	
Thematische Verortung	2/3-2 Standesamt
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input checked="" type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input checked="" type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input checked="" type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input checked="" type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige:
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Bequeme Terminbuchung von zu Hause; unabhängig von Öffnungs- und telefonischen Sprechzeiten; mehr Zeit für die eigentliche Aufgaben; Verringerung von Ausfallzeiten durch selbständiges Verschieben von Terminen;	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
In einem ersten Schritt soll schnellstmöglich die Online-Reservierung von Trautermenen ab dem 1. Januar 2023 ermöglicht werden. Inwiefern sich dies bewährt und für welche weiteren Leistungen Online-Termine ermöglicht werden können, ist Gegenstand der weiteren Überlegungen.	

Projektname	
Open Data (Geodaten)	
Kurzbeschreibung	
Open Data bezeichnet ein Konzept der Öffnung von nicht sensiblen Daten für die freie Weiterverwendung durch Dritte. Die Art der Weiterverwendung ist dabei nicht beschränkt und kann von bloßer Information und Auswertung bis zu wirtschaftlicher Nutzung reichen. Offenen Daten sollen dabei möglichst maschinenlesbar (also elektronisch, inhaltlich strukturiert und mit Metadaten versehen) und unter einer offenen Lizenz bereitgestellt werden, um eine möglichst breite Weiterverwendung zu ermöglichen.	
Thematische Verortung	4/2-2 Geodatenmanagement
Handlungsfeld	<input checked="" type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input checked="" type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input checked="" type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input checked="" type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige:
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Transparentes Verwaltungshandeln -> dadurch bessere Akzeptanz (Nachvollziehbarkeit) der Entscheidungen der Verwaltung. Ermöglicht der Gesellschaft eigene Projekte und Ideen mit öffentlichen Daten zu entwickeln.	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
kurzfristig -> Geoportal + OpenData Download	
langfristig -> Übergang in OpenData Initiative der Stadt Siegen	

Projektname	
Open Data (soziografische Daten)	
Kurzbeschreibung	
Open Data bezeichnet ein Konzept der Öffnung von nicht sensiblen Daten für die freie Weiterverwendung durch Dritte. Die Art der Weiterverwendung ist dabei nicht beschränkt und kann von bloßer Information und Auswertung bis zu wirtschaftlicher Nutzung reichen. Offenen Daten sollen dabei möglichst maschinenlesbar (also elektronisch, inhaltlich strukturiert und mit Metadaten versehen) und unter einer offenen Lizenz bereitgestellt werden, um eine möglichst breite Weiterverwendung zu ermöglichen.	
Thematische Verortung	Statistik und empirische Forschung (SeFo)
Handlungsfeld	<input checked="" type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input checked="" type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input checked="" type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input checked="" type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige:
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Transparenz; Partizipation; Befähigung der Bürgerinnen und Bürger; potenzielle Basis für verbesserte und neue Produkte und Dienstleistungen; verbesserte Effizienz von Dienstleistungen; ermöglicht Wirkungsmessungen von politischen Entscheidungen; Förderung der Forschung;	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
kurzfristig -> Website-OpenData Download	
langfristig -> Übergang in OpenData Initiative der Stadt Siegen	

Projektname	
ÖPNV-Beschleunigung an den Lichtsignalanlagen (Verkehrsrechner)	
Kurzbeschreibung	
<p>Die Bevorzugung der ÖPNV-Fahrzeuge gegenüber dem Individualverkehr geht von der Annahme aus, dass in der gleichen Zeit einer Ampelgrünphase in ÖPNV-Fahrzeugen mehr Menschen befördert werden können als in den Individualfahrzeugen. Folglich ist es sinnvoll, die ÖPNV-Fahrzeuge zu bevorzugen. Als Nebeneffekt kann davon ausgegangen werden, dass der ÖPNV schnellere Durchlaufzeiten und eine höhere Fahrplatreue erreicht, somit die Attraktivität des Angebots steigt und dessen Zuschussbedarf gemindert werden.</p> <p>In diesem Zusammenhang gab es bereits ein Pilotprojekt in der Innenstadt, welches erfolgreich abgeschlossen wurde und nun in weiteren Bereichen Anwendung finden soll.</p>	
Thematische Verortung	4/1 Straße und Verkehr
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input checked="" type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input checked="" type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige: 39. VerKA 08.09.2020
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Reduzierung von Wartezeiten an Lichtsignalanlagen und Verkehrslenkung bei baustellenbedingten Umleitungen	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input checked="" type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Pilotprojekt wurde erfolgreich umgesetzt; weiterer Ausbau in Zusammenarbeit mit Fördermittelgeber und lokalen Verkehrsbetrieben im Gange	

Projektname	
REALIS - Gute Kommunikation im Krisenfall	
Kurzbeschreibung	
<p>Um in Ausnahmesituationen und bei Krisenfällen schnell reagieren und die Bevölkerung verständlich und aktuell informieren zu können, haben Stadt Siegen und Universität Siegen gemeinsam das Forschungsprojekt REALIS entwickelt.</p> <p>In Krisensituationen kommt es nicht nur auf die gute Koordination der Einsatzkräfte an, ebenso müssen Bürgerinnen und Bürger durch eine schnelle Kommunikation der Behörden und Organisationen erreicht werden.</p> <p>Am Dienstag, 1. Juni 2021, startete offiziell die Konzeptphase, denn das Siegener Projekt wurde im Rahmen des Wettbewerbs "SifoLIFE - Demonstration innovativer, vernetzter Sicherheitslösungen" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) als eines von bundesweit 14 Vorhaben in Städten und Landkreisen ausgewählt. Ziel ist, Sicherheitslösungen für den Katastrophenschutz in der Praxis zu erproben.</p> <p>Das Siegener Projekt "REALIS" hat den Förderzuschlag für die erste Phase erhalten und wird für die kommenden 18 Monate mit insgesamt rund 250.000 Euro gefördert. In dieser Zeit soll das Projekt wissenschaftlich ausgearbeitet und die Umsetzung in die Praxis vorbereitet werden.</p> <p>Ziel in Siegen ist es, den Einsatz neuer Sicherheitslösungen in der Praxis durch einen großflächigen, modellhaften Testbetrieb (Demonstration) vorzubereiten ("Reallabor"), um die Zivilbevölkerung besser auf Krisensituationen und Ausnahmesituationen vorzubereiten.</p> <p>Dazu ist ein innovatives Konzept erarbeitet worden, das durch den Einsatz von großen öffentlichen Monitoren, mobilen Applikationen sowie dem Einsatz sozialer Medien neue Formen der Kooperation zwischen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben sowie der Zivilbevölkerung ermöglichen soll. Dazu fanden in den letzten Monaten einige Workshops, Bürgerdialoge sowie Design-Sitzungen statt, um zu einer bestmöglichen Lösung zu gelangen.</p>	
Thematische Verortung	2/2-1 Ordnung
Handlungsfeld	<input checked="" type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input checked="" type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input checked="" type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Förderprogramm
	Sonstige: Universität Siegen
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
<ul style="list-style-type: none"> - bessere Erreichbarkeit der Bürgerschaft in Bezug auf Informationsvermittlung - bessere Krisenprävention infolge gesteigerter Selbsthilfefähigkeit (z.B. mittels Schulungsinhalten wie Mikro-Schulungen) 	

- Möglichkeit der Umsetzung von zusätzlichen Mehrwerten (WLAN-Hotspots, "Bürger-Terminals", ...)
Ziele auf der strategischen Ebene
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag
Mögliche Vorgehensweise
- Erarbeitung eines tragfähigen Konzeptes und Einreichung eines Folgeantrages - Erreichen einer Projektbewilligung - Ausrollen des Reallabors

Projektname	
Recherche und -Nutzung von Archivbeständen über fachbezogene Online-Portale	
Kurzbeschreibung	
Seit Ende November 2020 ist der Aufbau einer umfassenderen Onlinepräsenz gelungen, so dass Archivgut über das Portal „Archiv in Nordrhein-Westfalen“ sowie das Zeitungsportal „zeit.punkt NRW“ recherchiert und teilweise auch direkt eingesehen/genutzt werden kann. Der Content wird fortlaufend ergänzt.	
Thematische Verortung	2/4-4 Stadtarchiv
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input checked="" type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input checked="" type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input checked="" type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Smart City Index <input checked="" type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige: Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten (allgemeiner Trend im Archivwesen)
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Archivgut kann zeit- und ortsunabhängig recherchiert und genutzt werden.	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Neuaufgabe des Archivportals Oktober 2020 mit Neuaufbau des Mandanten des Stadtarchivs abgeschlossen; erste Anbindung an das Zeitungsportal 2020/21 = abgeschlossen; kontinuierlicher Ausbau des Contents an Beständen mit Erschließungsinformationen zur Recherche wie auch Digitalisaten zur direkten Nutzung von Archivgut	

Projektname	
Schulen: Glasfaseranbindung/ Breitbandanschlüsse	
Kurzbeschreibung	
Die sozioökonomischen Schwerpunkte eines Fördergebietes, hierzu zählen neben Schulen, Krankenhäusern und Gewerbegebieten auch Verkehrsknotenpunkte, Behörden sowie kleine und mittlere Unternehmen, sind unabhängig von der Aufgreifschwelle grundsätzlich förderfähig, solange sie nicht bereits gigabitfähig erschlossen sind. Darüber hinaus sind Einzelanschlüsse von Schulen, Krankenhäusern und Unternehmen in Gewerbegebieten jederzeit und bundesweit förderfähig, sofern ihnen im Download weniger als 500 Mbit/s zuverlässig zur Verfügung stehen.	
Thematische Verortung	5/4 Schulen
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input checked="" type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input checked="" type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input checked="" type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Förderprogramm
Sonstige: Vorlage 2926/2020; Breitbandförderung des Bundes; Förderprogramm der Gigabitstelle NRW	
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Stabile Internetverbindung mit hohen Übertragungsraten auch bei vielen gleichzeitig verbundenen Geräten in der Schule; Schaffung der technischen Grundvoraussetzungen; besonders zukunftssicher (bereits heute 10-20 fache Geschwindigkeit im Vergleich zu einem Kupferkabel); sehr verlässliche Technik (unempfindlich gegen Kälte, Feuchtigkeit, Magnetfelder und andere elektrische Einflüsse)	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Teilweise ist die Umsetzung bereits erfolgt bzw. wird bei den über 30 Schulstandorten schrittweise durchgeführt	

Projektname	
Sensorgestützte Überwachung von Regenwasser-Sinkkästen	
Kurzbeschreibung	
In Sinkkästen sammeln sich Ablagerungen an, die den Wasserpegel dort erhöhen. Da dies zu Verstopfungen führen kann, müssen Sinkkästen regelmäßig gereinigt werden. Eine zuverlässige Füllstandmessung sorgt dafür, dass Verstopfungen schnell erkannt werden. Die Messwerte werden per Funk an die Zentrale übertragen. Dadurch kann die Reinigung der Sinkkästen nach Bedarf erfolgen.	
Thematische Verortung	Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (Esi)
Handlungsfeld	<input checked="" type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input checked="" type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input checked="" type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm
Sonstige:	
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Verstopfungen in Sinkkästen werden frühzeitig erkannt und behoben; Überflutungen werden verhindert; effiziente Reinigung der Sinkkästen	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input checked="" type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Vertiefende Besprechung durch Organisationseinheit und Ausschuss	

Projektname	
Smart City Dashboard (Website-Dashboard, Visualisierung von Open Data)	
Kurzbeschreibung	
Daten sind die Basis für eine nachhaltige, integrierte Stadtentwicklung im digitalen Zeitalter. Eine Auswahl von Echtzeitdaten, die für eine nachhaltige Stadtentwicklung interessant sind, können auf Smart City-Dashboards visualisiert werden: Verkehrsströme, Parkplatzinformationen, Passantenfrequenzen, Umweltdaten u.v.m. Die Offene Regionale Datenplattform ist eine mögliche Grundlage für die Visualisierung solcher Daten auf einem Smart City Dashboard.	
Thematische Verortung	Büro Bürgermeister, Digitalisierungskoordinator
Handlungsfeld	<input checked="" type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input checked="" type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input checked="" type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input checked="" type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige:
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Das Smart City Dashboard kann eine Auswahl von Echtzeitdaten (Luftqualität, Mobilität, Temperatur, Besucherfrequenz, Parkplatzüberwachung, Pegelstände, ...) grafisch aufbereitet in einem Browser darstellen. Auf Basis der bereitgestellten Echtzeitdaten und daraus abgeleiteten interaktiven Zeitreihen können Effekte von Maßnahmen im Stadtraum analysiert werden.	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Kontinuierlicher Austausch mit den federführenden, die Plattform entwickelnden Kommunen aus dem Netzwerk Smart Cities Südwestfalen; Sondierung der Rahmenbedingungen nach Freischaltung der Offenen Regionalen Datenplattform; Eingrenzung von in Frage kommenden Anwendungsfällen; Festlegung der weiteren Vorgehensweise (z.B. Pilotprojekt)	

Projektname	
Smart Parking Innenstadt (Pilot)	
Kurzbeschreibung	
<p>Smart Parking beschreibt verschiedene Lösungen, um die Stellplatzsuche in Städten mit modernen Sensortechnologien (auch) im ebenerdigen Bereich, in Ergänzung zu den Erfassungs- und Anzeigemöglichkeiten von noch freien Parkplätzen in Parkhäusern, zu verbessern.</p> <p>Besonders in Innenstädten verursachen suchende Autofahrer/innen unnötigen Lärm und schädliche Emissionen. Parksuchverkehr kann je nach Stadt einen Anteil von bis zu 30% am Gesamtverkehr haben.</p> <p>Die Technologie kann des Weiteren eingesetzt werden, um Echtzeitinformationen über die Belegung von Parkplätzen für Elektroautos bereitzustellen. Damit würde ein wichtiger Beitrag zur optimalen Auslastung der existierenden Ladestationen geleistet.</p>	
Thematische Verortung	1/2 Wirtschaftsförderung
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input checked="" type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input checked="" type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input checked="" type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input checked="" type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige:
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Vermeidung von Parksuchverkehr und damit Reduzierung von Emissionen und Lärm; effizientere Parkraumbewirtschaftung; Echtzeit-Informationen zur Verfügbarkeit von Parkplätzen; die Prozessdaten können ein Baustein im Kontext von Open Data sein und bieten Potenzial für Auswertungen und womöglich weitere Geschäftsmodelle; Verbesserung des Stadtbilds; Erhöhung der Attraktivität der Innenstadt;	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input checked="" type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Vertiefende Besprechung durch Fachabteilung und Ausschuss; in Olpe entsteht im Rahmen des Förderprogramms „Modellprojekte Smart Cities“ ein Modellprojekt; mögliche Synergieeffekte durch die Verzahnung mit der Projektidee „Ausbau Parkleitsystem“	

Projektname	
Solarparkbänke im Schlosspark	
Kurzbeschreibung	
In Anlehnung an die typische Vorgehensweise bei dem Programm "Modellprojekte Smart Cities" des Bundes sollen auch in Siegen bereits in der Strategieerstellungsphase Pilotvorhaben umgesetzt werden, welche zur Sichtbarmachung smarter Lösungen beitragen. In den zurückliegenden "Netzwerk vor Ort - Smart City" Workshops wurde u.a. die Projektidee "Smart Benches" erfasst, mit denen Smartphones beim Verweilen mit kostenlosem Solarstrom geladen werden können. Perspektivisch könnten die Bänke außerdem zum Public WLAN Hotspots erweitert und in die geplante Public WLAN Infrastruktur des Siegerlandmuseums eingebunden werden.	
Thematische Verortung	4/6 Grünflächen
Handlungsfeld	<input checked="" type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input checked="" type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input checked="" type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige:
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Besucher/innen können beim Verweilen ihre Smartphones mit kostenlosem Solarstrom laden. Damit wird die Standortattraktivität, die Aufenthaltsqualität und die Verweildauer im Park erhöht.	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input checked="" type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
In Umsetzung; Die Inbetriebnahme soll 2022 erfolgen.	

Projektname	
Teamwork-Tool für neue Formen der Projektarbeit (Pilot)	
Kurzbeschreibung	
Teamwork- oder Collaboration-Tools sind digitale Anwendungen, die die Zusammenarbeit zwischen mehreren Personen - auch über verschiedene Standorte hinweg - fördern. Hierbei handelt es sich häufig um Lösungen, die es mehreren Nutzern/innen ermöglichen, auf dieselben Informationen und Dateien via Plattform zuzugreifen und die Kommunikation in Ergänzung zur klassischen Email um einen integrierten Messaging-Dienst und weitere Kommunikationsformen erweitert ist.	
Thematische Verortung	Büro Bürgermeister, Digitalisierungskoordinator; A 1/1, Personalentwicklung
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input checked="" type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input checked="" type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input checked="" type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input checked="" type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige: VL 749/2022 (S. 6)
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Sogenannte Teamwork- oder Collaboration-Tools unterstützen die Team- und Projektarbeit und erleichtern die Zusammenarbeit im Arbeitsalltag. Typischerweise vereinen Sie verschiedene Kommunikationsformen und ermöglichen die gemeinsame Bearbeitung von Dateien. So wie vor Jahrzehnten die E-Mail die Kommunikation grundlegend veränderte, messen Experten diesem Ansatz ein ähnliches Potential bei. Beispiellösungen sind: Microsoft Teams, Slack, Stackfield, u.v.m.	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Meilensteine von der Projektidee hin zur Umsetzung	
Beispielprojekt (in dem das Tool zu Einsatz kommen könnte) auswählen; Markterkundung insbes. im Hinblick auf richtlinienkonforme Lösungen (Datenschutz, Datensicherheit); Beschaffung (Lizenzen für den Pilot/ die Projektgruppe); Einsatz; Evaluation	

Projektname	
Urbane Wirtschaftsverkehre/ Letzte Meile Logistik	
Kurzbeschreibung	
<p>Das stetig wachsende Sendungsvolumen von Paketen erfordert perspektivisch neue Rahmenbedingungen, um insbesondere die CO₂-Belastung in der Innenstadt zu reduzieren. Innovative, ökologische und nachhaltige Lösungsmodelle für Logistik- u. Lieferverkehre der Zukunft, z.B. die Kombination von Elektronutzfahrzeugen, Zwischenlagerung in Microdepots und die anschließende vollumfängliche Zustellung per Lastenfahrrad auf der „letzten Meile“, müssen perspektivisch entwickelt werden.</p> <p>Die Stadt könnte den Prozess anstoßen bzw. beschleunigen, in dem geeignete Rahmenbedingungen, z.B. die temporäre Bereitstellung einer zentralen Gewerbefläche und die Anschaffung von Lastenfahrrädern für ein Pilotprojekt, für ca. 4 Jahre finanziert bzw. gefördert würden. Ziel ist dabei auch die Entwicklung und der Ausbau einer Akteursgemeinschaft in der Logistikbranche.</p>	
Thematische Verortung	1/2 Wirtschaftsförderung
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input checked="" type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input checked="" type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input checked="" type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige: VL 331/2021; Klimaschutzteilkonzept Mobilität (Microdepots mit Einsatz von Elektronutzfahrzeugen);
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
schnelle, sichere und preiswerte Auslieferungslösungen; Reduzierung der Zustellzeit; Reduzierung von Lärm und Schadstoffausstoß; Begegnung der Parkplatzknappheit; Reduzierung von Unfallrisiken	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input checked="" type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input checked="" type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Vertiefende Besprechung durch Fachabteilung und Ausschuss	

Projektname	
Verkehrs-App (intermodal/ multimodal)	
Kurzbeschreibung	
Mittels einer entsprechenden Verkehrs-App können Informationen zu verschiedenen Verkehrsmitteln bereitgestellt werden, um so die Auswahl des bestmöglich passenden Verkehrsmittels zu erleichtern. Dabei können sowohl Anwendungsfälle mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln für unterschiedliche Wege (multimodal), als auch Anwendungsfälle mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln für einen Weg ins Auge gefasst werden.	
Thematische Verortung	Stabstelle Klimaschutz
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input checked="" type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input checked="" type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input checked="" type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm
Sonstige: Klimaschutzteilkonzept Mobilität (Initiierung einer Mobilitäts-App)	
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Bessere Verknüpfung der Verkehrsangebote; kürzere Umsteigewege; Reduzierung von Staus, Lärm und Schadstoffausstoß; Reduzierung von Kosten; flexiblere Verkehrslösungen; mehr Lebensqualität	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input checked="" type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Vertiefende Besprechung durch Fachabteilung und Ausschuss	

Projektname	
Video-Echtzeitübertragung der Sitzungen des Rates in das Internet	
Kurzbeschreibung	
<p>Ein hohes Gut der kommunalpolitischen Debatte ist die Öffentlichkeit. Die Sitzungen des Rates wie auch der Ausschüsse sind Grundlage, um als Einwohner an der politischen Beschlussfassung teilzunehmen und sich aus erster Hand über politische Willensbildungsprozesse zu informieren. Ergänzt wird die Information durch eine Berichterstattung über den Sitzungsinhalt in den Medien.</p> <p>Darüber hinaus wird durch das Referat Medien- und Öffentlichkeitsarbeit regelmäßig zu aktuellen Themen aus den Sitzungen berichtet. Wesentlich ist das Ratsinformationssystem, mithilfe dessen verfolgt werden kann, welche Punkte aktuell in den Gremien beraten werden.</p>	
Thematische Verortung	Büro Bürgermeister
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input checked="" type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input checked="" type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input checked="" type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input checked="" type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige: VL 280/2021
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Erweiterung des Informationsangebots rund um den Willensbildungsprozess in der städtischen Politik; Förderung von Transparenz und Teilnahme in Bezug auf den politischen Willensbildungsprozess in der Kommune;	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
umgesetzt	

Projektname	
Website-Chatbot	
Kurzbeschreibung	
Ein Chatbot ist eine Anwendung, die künstliche Intelligenz verwendet, um sich mit Menschen in natürlicher Sprache zu unterhalten. Benutzer/innen können Fragen stellen, auf welche das System in natürlicher Sprache antwortet. Ein Chatbot kann Texteingabe, Audioeingabe oder beides unterstützen. Chatbots können den Bürgerinnen und Bürgern beim Besuch der städtischen Website dabei helfen schnell eine Lösung für ihr Anliegen zu finden.	
Thematische Verortung	Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, Organisation und IT
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input checked="" type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input checked="" type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input checked="" type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input checked="" type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige:
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Aktivierung eines weiteren Informationskanals für einfache und schnelle Kommunikation; Vermeidung von Wartezeiten; Steigerung der Verfügbarkeit; Alternative zu schwerfälligen Telefonmenüs; Abfangen von einfachen Anfragen zur Entlastung des Personals	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input checked="" type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Die aktuell existierenden Lösungen scheinen nur für kleine Themengebiete die erhofften Mehrwerte zu liefern. Für einen universellen Chatbot muss im Vorfeld viel „unsichtbarer“ redaktioneller Aufwand betrieben werden. Durch den aktuellen Website-Relaunch der Siegener Homepage sind die Prioritäten gesetzt. Möglicherweise sind derartige Lösungen langfristig durch noch weiter ausgebaut künstliche Intelligenz mit adäquatem Aufwand umsetzbar, oder aber auch durch neue, besonders bedienungsfreundliche Website-Technologien weniger relevant.	

Projektname	
WLAN in der Innenstadt	
Kurzbeschreibung	
Die Stadt Siegen hat sich im Rahmen der EU-Initiative „WIFI4EU“ im Jahr 2019 erfolgreich auf einen Zuschuss in Höhe von 15.000 Euro zur Etablierung von WLAN im öffentlichen Raum beworben. Im Rahmen dieser EU-Initiative „WIFI4EU“ gewährt die EU eine nicht rückzahlbare Finanzaufwendung in Höhe von 15.000 Euro zur Installation eines öffentlichen WLAN-Netzes. Der Aufbau des Netzes ist mit zehn Outdoor-Access-Points geplant. Gefördert werden Hardware- und Installationskosten.	
Thematische Verortung	1/2 Wirtschaftsförderung
Handlungsfeld	<input checked="" type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input checked="" type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input checked="" type="checkbox"/> Kurzfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Langfristig <input checked="" type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input checked="" type="checkbox"/> Smart City Index <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Förderprogramm
Sonstige: VL 531/2021	
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Steigerung der Aufenthaltsqualität, der Attraktivität und der Verweildauer in den versorgten Bereichen	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input checked="" type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input checked="" type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
umgesetzt	

Projektname	
Zentrales Parkhaus als Mobility-Hub im Gewerbegebiet Martinshardt II	
Kurzbeschreibung	
Das neue Gewerbegebiet Martinshardt II soll zu einem ressourceneffizienten Gebiet entwickelt werden. Das geplante „Mobility Hub“ sieht eine Kombination für verschiedene Mobilitätsarten im Gewerbegebiet vor (PKW, Fahrrad, Bus, Shuttle, Ladepark).	
Thematische Verortung	1/2 Wirtschaftsförderung u. 4/5 Stadtentwicklung, Stadtplanung u. Liegenschaften
Handlungsfeld	<input type="checkbox"/> Infrastruktur und Gesellschaft <input type="checkbox"/> E-Government u. bürgerorientierte Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/> Umwelt und Mobilität <input type="checkbox"/> Bildung, Kultur und Freizeit
Projektstatus	<input checked="" type="checkbox"/> Projektidee <input type="checkbox"/> In Umsetzung <input type="checkbox"/> In Planung <input type="checkbox"/> Umgesetzt
Zeitraumen	<input type="checkbox"/> Kurzfristig <input checked="" type="checkbox"/> Langfristig <input type="checkbox"/> Mittelfristig <input type="checkbox"/> Abgeschlossen
Impuls	<input checked="" type="checkbox"/> Politik/ Bürgerschaft <input type="checkbox"/> Modellprojektvorschlag <input type="checkbox"/> Smart City Index <input type="checkbox"/> Gesetz <input checked="" type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Förderprogramm Sonstige: VL 228/2021
Angestrebter Vorteil/ Nutzen des Vorhabens	
Ermöglichung eines reibungslosen Umstiegs zwischen den Verkehrsmitteln; Reduzierung von Wartezeiten bei intermodalen Transportlösungen; weniger Staus; weniger Lärm und Schadstoffemissionen; umfassende Informationen zum Verkehrsangebot;	
Ziele auf der strategischen Ebene	
<input type="checkbox"/> Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung <input type="checkbox"/> Ausbau der digitalen Prozesse im Bildungssystem <input checked="" type="checkbox"/> Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz <input checked="" type="checkbox"/> Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag	
Mögliche Vorgehensweise	
Die Parkhausfläche ist in den Bebauungsplan integriert. Die KEG ist als Bauherrin und Betreiberin vorgesehen, sofern ein wirtschaftlicher Betrieb gesichert ist. Die Mobility Hub Eigenschaften sollen in dem Entwicklungsprozess weiter konkretisiert werden.	

Impressum

Universitätsstadt Siegen

Der Bürgermeister

www.smartcity-siegen.de

www.facebook.com/universitaetsstadt.siegen

www.twitter.com/stadt_siegen

www.instagram.com/stadtsiegen

Titelbild: Universitätsstadt Siegen

Redaktion und Gestaltung:

Büro Bürgermeister

Digitalisierungskoordinator (Guido Menn)

Markt 2, 57072 Siegen

Telefon: (0271) 404-1222 | E-Mail: smartcity@siegen.de

In Kooperation mit:

Imorde Projekt- und Kulturberatung,

Geschäftsstelle des Netzwerk Innenstadt NRW

Schorlemerstraße 4 | 48143 Münster

Tel. 0251-4144153-0 | Fax 0251-4144153-33

info@innenstadt-nrw.de | www.innenstadt-nrw.de

Rathaus Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
18. Okt. 2022	
GB Abt.	PR INSTITUTE

Siegen, 17. Oktober 2021

**Antrag gemäß §9 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur
Sitzung des Rates am 22.09.2021**

Betreff: Änderungsantrag zu VL 1059/2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit bitten wir darum, den folgenden Änderungsantrag den Ratskolleg*innen als
Tischvorlage zur Verfügung zu stellen. Wir bitten um einzelne Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf der Smart City Strategie wird um folgende Projekte ergänzt.

- Bargeldloses Bezahlen (s. Anhang)
- Community Carsharing(s. Anhang)
- E-Scooter (s. Anhang)
- Dorfläden (s. Anhang)
- Erreichbarkeit der Verwaltung und Digitale Lotsen (s. Anhang)

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

S. Wittenburg

Samuel Wittenburg
Fraktionsvorsitzender

Anhang:

Projektname	
Bargeldloses Bezahlen	
Kurzbeschreibung	
<p>Alle Dienstleistungen der Stadt (Eintritt, Parkgebühren, Bürgerbüro etc.) müssen mit Apple- und Samsung Pay u.ä. sowie EC- und Kreditkarte bezahlbar sein. Dazu gehören auch Schliessfächer, Garderoben, Cafeteria usw.</p> <p>Darüber hinaus setzt sich die Stadt dafür ein, dass Veranstaltungen in den Liegenschaften der Stadt Siegen sowie Stadtfeste ebenfalls bargeldlos sind.</p>	
Thematische Verortung	
Handlungsfeld	<ul style="list-style-type: none"> • E-Government und bürgerorientierte Verwaltung
Projektstatus	<ul style="list-style-type: none"> • Projektidee
Zeitraumen	<ul style="list-style-type: none"> • Mittelfristig
Impuls	<ul style="list-style-type: none"> • Politik/Bürgerschaft
	Sonstige: In vielen Städten im europäischen Ausland ist der Alltag bereits bargeldlos.
Angestrebter Vorteil / Nutzen des Vorhabens	
<p>Bargeldloses Zahlen verspricht vielen Bürgerinnen und Bürgern mehr Komfort bei der Bezahlung und erhöht darüber hinaus die Sicherheit. Darüber hinaus erhöht das bargeldlose Zahlen die Effizienz bei der Abrechnung.</p>	
Ziel auf der strategischen Ebene	
<ul style="list-style-type: none"> • Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur • Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung • Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag 	
Mögliche Vorgehensweise	
<p>Zuallererst sollte der Status Quo festgestellt werden. Im Anschluss sollte festgelegt werden, in welcher Reihenfolge die entsprechende Bezahlinfrastruktur bereitgestellt wird. In der letzten Phase erfolgt die Umsetzung.</p>	

Projektname	
Community-Carsharing	
Kurzbeschreibung	
<p>Das Community-Carsharing ist eine attraktive Möglichkeit, das eigene Auto und somit auch Kosten zu teilen. Die entsprechenden Geräte müssen von den PKW-Besitzer*innen in das eigene Auto eingebaut werden, im Anschluss kann das Auto dann von der "Community" genutzt werden. Im Gegensatz zum Vorgehen von Carsharing-Anbietern, kommen durch Community-Carsharing keine neuen Autos in die Stadt. Die Stadt sollte das Community-Carsharing zum einen fördern (z.B. durch reduzierte Anwohnerparkausweise) und zum anderen die eigene "Flotte" z.B. am Wochenende zur Verfügung stellen.</p>	
Thematische Verortung	
Handlungsfeld	<ul style="list-style-type: none"> • Umwelt und Mobilität
Projektstatus	<ul style="list-style-type: none"> • Projektidee
Zeitraumen	<ul style="list-style-type: none"> • Mittelfristig
Impuls	<ul style="list-style-type: none"> • Politik/Bürgerschaft
	Sonstiges: Ein Hersteller der technischen Bauteile hat seinen Sitz in Dreis-Tiefenbach.
Angestrebter Vorteil / Nutzen des Vorhabens	
<p>Im Gegensatz zum Vorgehen von Carsharing-Anbietern, kommen durch Community-Carsharing keine neuen Autos in die Stadt. Es ist davon auszugehen, dass sich die Anzahl der Autos in der Stadt reduziert. Darüber hinaus erhöht das Community-Carsharing auch die Mobilität im ländlichen Bereich. Nutzer teilen sich die Kosten.</p>	
Ziel auf der strategischen Ebene	
<ul style="list-style-type: none"> • Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur • Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz • Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag 	
Mögliche Vorgehensweise	
<p>Anbieter für Community-Carsharing sollten im ersten Schritt verglichen werden. Im Anschluss sollte die Stadt auf einen Anbieter zugehen, die eigene "Flotte" integrieren und über Information und Anreize Community-Carsharing in der Bevölkerung implementieren.</p>	

Projektname	
24/7-Dorfläden	
Kurzbeschreibung	
<p>In den ländlich geprägten Stadtteilen mit häufig schlechter ÖPNV-Anbindung und relativ großer Entfernung zur nächsten Einkaufsmöglichkeit (4-5 km) bieten 24/7-Dorfläden mit ausschließlich bargeldloser Bezahlung eine verhältnismäßig günstig zu realisierende Perspektive, die Versorgung mit den Gütern des täglichen Bedarfs (Lebensmittel und Hygieneprodukte) sicherzustellen. Dabei ist der Personaleinsatz auf ein Minimum für Reinigungs- und Auffüllarbeiten reduzierbar.</p>	
Thematische Verortung	
Handlungsfeld	<ul style="list-style-type: none"> • Infrastruktur
Projektstatus	<ul style="list-style-type: none"> • Projektidee
Zeitraumen	<ul style="list-style-type: none"> • Mittelfristig
Impuls	<ul style="list-style-type: none"> • Politik/Bürgerschaft
	<p>Sonstige: Beispielhaft sei auf zwei Projekte verwiesen: <u>Der Dorfladen, der rund um die Uhr geöffnet hat KOMMUNAL¹</u> <u>Stadt Dorfläden: Einkaufsbox rund um die Uhr KOMMUNAL²</u></p>
Angestrebter Vorteil / Nutzen des Vorhabens	
<p>24/7-Dorfläden ermöglichen den Anwohner*innen der ländlich geprägten Stadtteile eine problemlose Versorgung mit den Gütern des täglichen Bedarfs. Durch bargeldlose Zahlung und Einlassregelung mittels EC-/Kreditkarte ist der Einkaufsvorgang unkompliziert und es entstehen geringere Betriebskosten als im herkömmlichen Einzelhandel.</p> <p>Standorte sind potentiell Breitenbach/Volnsberg, Langenholdinghausen/Meiswinkel, Ober-/Niedersetzen, Oberschelden.</p>	
Ziel auf der strategischen Ebene	
<ul style="list-style-type: none"> • Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur • Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag 	
Mögliche Vorgehensweise	
<p>Eine Kooperation der Stadt mit Anbietern hinsichtlich Fördermöglichkeiten und Standortsuche, ggf. auch städtischer Beteiligung ist erforderlich.</p>	

¹ <https://kommunal.de/dorfladen-th%C3%BCrtingen>
² <https://kommunal.de/dorfladen-einkaufsbox-zukunft>

Projektname	
E-Scooter	
Kurzbeschreibung	
Die Stadt Siegen spricht sich für einen E-Scooter-Verleih aus und nimmt Kontakt zu entsprechenden Anbieter*innen auf.	
Thematische Verortung	
Handlungsfeld	<ul style="list-style-type: none"> • Umwelt und Mobilität
Projektstatus	<ul style="list-style-type: none"> • Projektidee
Zeitraumen	<ul style="list-style-type: none"> • Mittelfristig
Impuls	<ul style="list-style-type: none"> • Politik/Bürgerschaft
	Sonstige: In vielen anderen Städten sind E-Scooter bereits etabliert.
Angestrebter Vorteil / Nutzen des Vorhabens	
Durch einen E-Scooter-Verleih erweitern wir das Mobilitätsportfolio der Stadt und bieten eine weitere Alternative zum Auto an. E-Scooter bieten die Möglichkeit, kurze und mittlere Strecken unkompliziert und klimafreundlich zurückzulegen. Die Topographie Siegens ist für die neueren Modelle auch kein Problem mehr. Darüber hinaus sind E-Scooter ein Baustein für die sogenannte letzte Meile.	
Ziel auf der strategischen Ebene	
<ul style="list-style-type: none"> • Verbindung Mensch, Innovation und Infrastruktur • Verbesserung von Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz • Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag 	
Mögliche Vorgehensweise	
Analog zu VeloCity soll sich die Stadt mit Anbieter*innen in Verbindung setzen. Im zweiten Schritt muss die Stadt festlegen, in welchen Bereichen die E-Scooter parken und fahren dürfen.	

Projektname	
Erreichbarkeit der Verwaltung und Digitale Lotsen	
Kurzbeschreibung	
Die Erreichbarkeit der Dienste und Angebote der Verwaltung werden vereinheitlicht, vereinfacht und durch Digitale Lotsen ergänzt. Digitale Lotsen sind per Videoanruf erreichbar und helfen Bürgerinnen und Bürgern, Formulare und Ansprechpartner zu finden. Darüber hinaus wird die digitale Terminvergabe dahingehend überarbeitet, dass auch spontane Besuche (mit Wartezeit) wieder möglich sind.	
Thematische Verortung	
Handlungsfeld	<ul style="list-style-type: none"> • E-Government und bürgerorientierte Verwaltung
Projektstatus	<ul style="list-style-type: none"> • Projektidee
Zeitraumen	<ul style="list-style-type: none"> • Mittelfristig
Impuls	<ul style="list-style-type: none"> • Politik/Bürgerschaft <p>Sonstige: Die digitale Terminvergabe in den Bürgerbüros hat zu langen Wartezeiten geführt (aktuell ca. 4 Wochen). An dieser Stelle hat die "smarte Lösung" nicht das erhoffte Ziel erreicht.</p>
Angestrebter Vorteil / Nutzen des Vorhabens	
Die Verwaltung dient den Bürgerinnen und Bürgern. Digitale Lotsen entlasten die einzelnen Sachbearbeiter und das Bürgerbüro, indem sie viele Anliegen vorab klären. Eine Überarbeitung der Erreichbarkeit der Bürgerbüros führt zu weniger Frustration seitens der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere bei dringenden Anliegen.	
Ziel auf der strategischen Ebene	
<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der digitalen Dienstleistungen und Prozesse in der Verwaltung • Mehr Lebensqualität und Erleichterungen im Alltag 	
Mögliche Vorgehensweise	

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 2
Bereich: Institut Stadtarchiv
Bearbeitet von: Dr. Patrick Sturm

Siegen, 11.05.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Kulturausschuss	25.05.2022
Haupt- und Finanzausschuss	08.06.2022
Rat	15.06.2022
Rat	19.10.2022

Kurzbezeichnung:

Abschlussbericht des Arbeitskreises "Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen"

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt den Abschlussbericht des Arbeitskreises „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen“ zur Kenntnis und entscheidet über das weitere Vorgehen gemäß den Empfehlungen des Abschlussberichts (S. 10).

Sachverhalt / Begründung:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat in seiner Sitzung vom 24.06.2020 die Einsetzung eines Arbeitskreises zur „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen“ beschlossen, nachdem bereits 2008/2009 ein solcher Arbeitskreis wirkte, allerdings ohne ein Ergebnis vorzulegen. Der neu eingesetzte Arbeitskreis sollte sich mit Straßennamen auseinandersetzen, die kritische Hintergründe mit Bezug zur Zeit des Nationalsozialismus aufweisen, wie auch der Erinnerungskultur im Allgemeinen. Des Weiteren verwies der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung vom 17.03.2021 einen BürgerInnenantrag zur Sichtbarmachung von Frauen im Stadtbild an den Arbeitskreis.

Ausgehend von diesen Grundlagen widmete sich der Arbeitskreis folgenden Aufgaben:

1. Identifizierung und Auseinandersetzung mit kritischen Namensgebungen
2. Entwicklung von Leitlinien zur Erinnerungskultur
3. Erarbeitung von Empfehlungen zum Umgang mit kritischen Straßennamen
4. Erstellung einer Vorschlagliste für Straßenbenennungen nach Frauen

Im Anhang legt der Arbeitskreis seinen Abschlussbericht vor mit Empfehlungen zum weiteren Umgang mit NS-belasteten Straßennamen vor. Diskussionswürdige Straßennamen wurden ermittelt und in Anlehnung an die Verfahrensweise in anderen Kommunen einer kritischen Betrachtung unterzogen. Im Ergebnis folgte eine Kategorisierung nach A, B und C, woraus sich entsprechende Handlungsempfehlungen ableiten. Das sind A = Umbenennung, B = Kommentierung, C = kein Handlungsbedarf.

Darüber hinaus hat der Arbeitskreis Kriterien für zukünftige Straßennamenbenennungen erarbeitet (Anlage 1 zum Abschlussbericht), die als Grundlage für die empfohlene Erstellung eines Leitfadens zur Straßenbenennung eingereicht werden. Die Kriterien verstehen sich als Beitrag für Leitlinien zur Erinnerungskultur.

Schließlich legt der Arbeitskreis eine Liste verdienter Sieger Frauen vor, deren Hintergrund auf Belastung geprüft wurde und die in der Folge als ehrungswürdig eingestuft wurden. Die Benennung von Straßen in Siegen nach den angeführten Frauen wird empfohlen.

Der BürgerInnenantrag wurde in Bezug auf Straßennamen, die Zweckbestimmung des Arbeitskreises, bearbeitet. Allerdings geht der Antrag über den Gegenstand der Straßennamen/Straßenbenennung hinaus und zielt auf eine umfassende, dauerhafte Stärkung der Präsenz von Frauen im öffentlichen Raum ab. Daher kann der BürgerInnenantrag noch nicht als abschließend bearbeitet angesehen werden. Über die Empfehlungen des Arbeitskreises hinaus sind Frauen und deren Belange perspektivisch dauerhaft deutlicher und wahrnehmbarer in Projekte und Entscheidungen/Entscheidungsprozesse einzubeziehen, die den öffentlichen Raum und dessen Gestaltung betreffen.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
---	--	---	--

Erläuterung Klimarelevanz
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)

i. V.

gez.

Arne Fries
Stadtrat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Abschlussbericht AK Straßennamen](#)
2. [Anlage 1 - Kriterien zukünftige Straßenbenennungen](#)

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26

Abschlussbericht des

**Arbeitskreises Aufarbeitung der historischen
Hintergründe von Straßennamen**

des Rates der Stadt Siegen

27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59

Inhalt

Einleitende Betrachtung.....	3
Kategorisierung von Straßennamen.....	4
Ergebnis der Kategorisierung	6
Kategorie A	6
Kategorie B	6
Kategorie C	7
Hinweise und Vorschläge zur Wahrnehmbarkeit von Frauen im Stadtbild	7
Empfehlungen des AK Straßennamen.....	10
Erläuterungen zu den Empfehlungen.....	10
Weitere Problematiken im Zusammenhang mit Straßenumbenennungen.....	11
Beteiligung der Öffentlichkeit	11
Anhang	12
Kategorie A	12
Kategorie B	22

60

61 Einleitende Betrachtung

62 Im Jahr 2008 befasste sich ein Arbeitskreis „Straßennamen“ mit der Aufarbeitung historischer
63 Straßenbezeichnungen und deren Kommentierung durch Zusatzschilder und eine Publikation,
64 wobei die Ergebnisse nicht zur Beschlussfassung gebracht wurden. In seiner Sitzung vom
65 24.06.2020 hat der Rat der Stadt Siegen die Wiedereinsetzung eines Arbeitskreises
66 „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen“ zur Auseinandersetzung mit
67 kritischen Straßenbezeichnungen beschlossen. Der Haupt- und Finanzausschuss hat am
68 17.03.2021 darüber hinaus einen BürgerInnenantrag, Frauen im Stadtbild sichtbarer zu
69 machen, an den Arbeitskreis „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von
70 Straßennamen“ verwiesen.

71

72 Der Arbeitskreis „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen“ kommt mit
73 diesem Abschlussbericht seinem Auftrag nach, die politischen Gremien bei ihren Beratungen
74 und Entscheidungsfindung mit Hintergrundinformationen und Handlungsempfehlungen zu
75 unterstützen.

76 Der Arbeitskreis hat sich ganz zu Beginn mit dem aktuellen Stand der Forschung und der
77 wissenschaftlichen Fachliteratur zum Thema Straßenbenennung im öffentlichen Raum und
78 dem Erinnerungs- und Ehrungscharakter von solchen Benennungen beschäftigt. Dabei stand
79 die bestehende Praxis in Städten wie beispielsweise Augsburg, Karlsruhe, Freiburg, Kiel,
80 Darmstadt und anderen im Vordergrund. Er hat sich auch mit der Frage beschäftigt, welche
81 Funktion die Benennung einer Straße nach einer Person erfüllt. Dabei ist festzuhalten, dass
82 Straßenbenennungen immer vor dem Hintergrund des Zeitgeistes entstanden und damit auch
83 ein Stück historische Realität geworden sind, die man nicht aus der Geschichte ausradieren
84 darf. Aus heutiger Sicht werden Aspekte in den Biographien der Straßennamensgeber aber oft
85 anders bzw. erstmals bewertet, nachdem der Zeitgeist des Benennungszeitpunktes die
86 Biographien anders beurteilte.

87 Solche Aspekte hat der Arbeitskreis geprüft und im Einzelfall auch als unterschiedlich
88 belastend gewertet.

89 Mit den Empfehlungen des Arbeitskreises ist ausdrücklich keine Bewertung der
90 Gesamtlebensleistung der diskutierten Persönlichkeiten verbunden. Es ist aber unverzichtbar,
91 als problematisch anzusehende Aspekte in einzelnen Biographien kritisch zu prüfen und zu
92 bewerten. Die Benennung einer Straße nach einer Person ist nämlich eine der höchsten
93 Ehrungen, die eine Stadt einem Bürger oder einer Bürgerin gewähren kann. Ziel der Arbeit des
94 AK ist daher die Einordnung, ob die Ehrung einer Person nach heutigen gesellschaftlich,
95 freiheitlich-demokratischen Wertmaßstäben auf Grund einer Belastung aus der NS-Zeit noch
96 angemessen ist oder ein Handlungsbedarf seitens der Stadt Siegen besteht.

97 Der Arbeitskreis „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen“ hat in
98 insgesamt zehn Sitzungen – trotz sehr unterschiedlicher politischer Grundhaltungen –
99 konstruktiv diskutiert und sämtliche Beschlüsse weitgehend einvernehmlich und überwiegend
100 einstimmig gefasst.

101

102

Kategorisierung von Straßennamen

Dem Arbeitskreis war von vorneherein klar, dass seine Empfehlungen im Rat und in der Öffentlichkeit, insbesondere aber auch bei den Nachkommen der diskutierten Straßennamensgeber teils auch emotional diskutiert werden. Es bestand deshalb von vorneherein Einigkeit im AK, dass seine Empfehlungen fachlich und logisch begründbar sein müssen und dass die angelegten Kriterien rational und unabhängig von individuellen Einschätzungen nachvollzogen werden können.

Zunächst hat sich der Arbeitskreis einvernehmlich darauf geeinigt, bei der Bewertung von Straßennamen den Fokus auf NS-Belastungen im weitesten Sinne zu richten. Dies betrifft in der NS-Zeit auffällig gewordene Personen wie auch Vorreiter des Nationalsozialismus seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Damit kommt der Arbeitskreis der allgemeinen Einschätzung nach, dass gerade NS-belastete Straßennamen und die Information über die Hintergründe der Benennungspraxis von besonderer gesellschaftlicher Bedeutung sind.

Nicht zum Arbeitsprogramm gehörten Personen, die nach Sachlage durch ihr Handeln diskussionswürdig erscheinen, aber nicht im Kontext des Nationalsozialismus und dessen Vorläufern standen. Ebenfalls ausgeklammert wurden Persönlichkeiten etwa bis zur Reichsgründung 1871, obwohl deren Verhalten ebenfalls aus heutiger Sicht hinterfragbar und kritikwürdig war. Nach diesem Raster wurde zum Beispiel der Dichter Ernst Moritz Arndt als Straßennamensgeber nicht diskutiert, obwohl es dazu Anlass gäbe. Dasselbe gilt für den ehemaligen Siegener Oberbürgermeister Ernst Bach als Exponent Siegener Geschichte im 20. Jahrhundert, der aber nach allen vorliegenden Erkenntnissen nicht Mitglied der NSDAP war und als politisch tätiger Mensch zwischen 1933 und 1945 nicht in Erscheinung trat.

Die schließlich diskutierte Personenliste wurde vom Vorsitzenden des AK erstellt und von den Mitgliedern sowie dem Stadtarchiv gemäß der genannten Kriterien ergänzt. Insgesamt handelte es sich um 23 Personen.

Der AK hat dem entsprechend nach längerer Diskussion und in Anlehnung an das Vorgehen anderer Städte ein System der Kategorisierung von Straßennamensgebern entwickelt, das die Namensgeber in die Kategorien A, B und C einteilt. Die Kategorien bedeuten:

Kategorie A: schwere Belastung, Umbenennung empfohlen

Kategorie B: Belastung, Kommentierung (am Straßenschild und online)

Kategorie C: keine oder marginale Belastung, kein Handlungsbedarf

Um eine begründete, nachvollziehbare und transparente Kategorisierung durchzuführen, wurden alle betreffenden Personen nach einem speziellen Kriterienkatalog geprüft. Diese orientierten sich an den Prüfkriterien anderer Kommunen (Augsburg, Darmstadt, Freiburg, Hamburg, Mainz). Dies waren:

- Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer anderen NS-Organisation

- Inhaber eines hohen Amtes in der NS-Zeit, Führungsposition oder Aktivität (über reine Mitgliedschaft hinaus) in NSDAP, öffentlicher Verwaltung oder NS-Organisationen
 - Aktive Unterstützung und Förderung des Nationalsozialismus und des NS-Staates und direkte Beteiligung an Verbrechen in diesem Kontext
 - Aktive Verbreitung von NS-Ideologie (Antisemitismus, Rassismus, Führerkult, Militarismus) und / oder propagandistisches Wirken
 - Vertreter eines extremen Militarismus / Kriegsverherrlichung
 - extreme gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Theorie und Praxis (insbesondere Antisemitismus und Rassismus, auch Frauenfeindlichkeit)
 - persönlicher, beruflicher, wirtschaftlicher Profit durch den Nationalsozialismus bzw. dessen gezielte Ausnutzung zum eigenen Profit
 - gezielte Schädigung von Personen im Kontext der NS-Politik, die insbesondere aus heutiger Sicht moralisch oder strafrechtlich zu verurteilen sind (Denunziation, Mitwirkung an Verbrechen, Verantwortung am Einsatz von Zwangsarbeitern, Schädigung von Juden und Oppositionellen)
- Als erschwerend wurde es zudem gewertet, wenn eine Person nach dem Ende der NS-Diktatur keine Reue zeigte, später Falschaussagen über die NS-Zeit tätigte oder keine Abkehr von der NS-Ideologie zeigte.

Der AK prüfte, ob eines oder mehrere Kriterien auf die diskussionswürdigen Personen zutrafen. Dabei wurde die Intensität der individuellen Belastung durch Handlungen während der NS-Zeit bzw. bei deren Vorläufern eingestuft. Im Ergebnis kommt der Arbeitskreis zur Einordnung der Personen in die oben angeführten Kategorien A, B und C. Dabei ist dem Arbeitskreis sehr bewusst, dass jede Person in ihrer Verstrickung individuell zu bewerten ist und das Raster der Kategorisierung Fragen von tatsächlicher Belastung oder kritischer Aspekte in einer Biographie manchmal nur schematisch abbilden kann.

Tatsache ist auch, dass das historische Umfeld einiger zu untersuchender Personen in manchen Fällen nur unzureichend erforscht sind.

Ebenso stand der Arbeitskreis vor der Frage, ob es möglich ist, in einer Art moralischer Bilanz schlechte Taten aus der Zeit des Dritten Reiches mit guten Taten vor der NS-Zeit oder in der Nachkriegszeit aufzurechnen. Der Arbeitskreis hat die Möglichkeit einer solchen Aufrechnung des Verhaltens im Dritten Reich mit der Gesamtlebensleistung ausdrücklich verneint.

177 Ergebnis der Kategorisierung

178

179 Kategorie A

180

181 In die Kategorie A hat der Arbeitskreis die Adolf-Wagner-Straße, die Bergfriederstraße, die
182 Hindenburgstraße, die Diemstraße, die Lothar-Irle-Straße, die Porschestraße und die
183 Stoeckerstraße eingestuft.

184 Wird eine der nachfolgenden Straßen umbenannt, so wird die Anbringung eines kleinen
185 Erläuterungsschildes empfohlen, auf dem der alte Straßename, der Zeitpunkt der
186 Umbenennung und der Hintergrund kurz dargestellt werden. Auf diese Weise wird eine
187 Umbenennung kein Vergessen oder Tilgen von Geschichte. Das ist auch nicht beabsichtigt.
188 Vielmehr wird auf das Handeln der Stadt zur Stärkung wie auch Festigung zeitgemäßer,
189 demokratischer Werte aufmerksam gemacht und die Umbenennung bleibt langfristig im
190 kollektiven Gedächtnis der Bürgerschaft erhalten. Die in die Kategorie A eingestuften
191 Straßennamen werden zur Umbenennung empfohlen.

192

193 Kategorie B

194

195 Die in die Kategorie B eingestuften Straßennamen sollten nach Ansicht des Arbeitskreises
196 nicht geändert werden. Die Belastungen der hier eingestuften Personen ist gegenüber denen
197 aus der Kategorie A weniger gravierend. Allerdings sind sie kritisch zu kommentieren, um die
198 Zusammenhänge um die NS-Belastung der betreffenden Straßennamensgeber zu erläutern
199 und sichtbar zu machen. Hierzu sollten die Straßennamen mit erklärenden Schildern und QR-
200 Codes mit Verweis auf weitergehende Informationen und Literaturhinweise im Internet
201 versehen werden. Nach heutigen Maßstäben würde eine Benennung der Straßen nach den im
202 Folgenden genannten Personen und Ereignissen nicht mehr erfolgen.

203 Der Arbeitskreis hat die Adolf-Saenger-Straße, die Carl-Dresler-Straße, die Dr. h.c.Karl-
204 Barichstraße, die Hans-Kruse-Straße, den Otto-Krasa-Weg, die Ostlandstraße und die
205 Tannenbergstraße in die Kategorie B eingeordnet.

206 Die Straßennamensgeber der Kategorie B sind unabhängig vom Grad ihrer Belastung
207 erklärungsbedürftig. Dies sollte mit erklärenden Zusatzschildern und / oder über einen
208 biographischen Eintrag im Internet stattfinden.

209 Die Belastungen der in die Kategorie B eingestuften Persönlichkeiten ist gegenüber denen aus
210 der Kategorie A nicht so gravierend, dass man ihre Gesamtlebensleistung nicht in einen
211 Kontext mit ihrer Belastung stellen kann.

212 Ein Biographieteil mit weiteren Details zu den Persönlichkeiten der Kategorien A und B findet
213 sich im Anhang.

214

Kategorie C

Als unbelastet oder nur minderschwer belastet wurden in die Kategorie C eingestuft:

Adolf-Wurmbachstraße Freystraße, Hermann-Böttger-Weg, Virchowstraße, Gorch-Fock-Straße, Graf-Luckner-Straße, Hermann-Löns-Weg, Paul-Bonatz-Straße, Walter-Flex-Straße, Gerhart-Hauptmann-Weg.

In diesen Fällen besteht kein Handlungsbedarf. Die Straßennamen können beibehalten werden und eine Kommentierung ist aus Sicht des Arbeitskreises nicht erforderlich. Im Falle von Adolf Wurmbach regt der Arbeitskreis an, diese für die Siegener Geschichte wichtige Persönlichkeit an einem geeigneten Ort in Geisweid besonders differenziert darzustellen. Als Präsentationsform könnte eine größere Texttafel in Frage kommen.

Hinweise und Vorschläge zur Wahrnehmbarkeit von Frauen im Stadtbild

Der Rat hat den Arbeitskreis mit der Bearbeitung des Bürger/innenantrages „Präsenz von Frauen im Siegener Stadtgebiet“ beauftragt. Er legt mit diesem Abschlussbericht eine Liste von Frauen aus den verschiedensten Gruppen vor, die für eine Ehrung durch eine Straßenbenennung in Frage kommen. Es ist dennoch unverzichtbar, auch die Rolle von Frauengruppen in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Siegen näher zu beleuchten.

Zu diesen Gruppen gehören die „Erzengel“, die Frauen, die in den Eisenerzgruben die Erzbrocken sortierten. Der Begriff „Erzengel“ ist in verschiedenen Regionen für dieselbe Personengruppe gut dokumentiert. Ebenso sollten die Frauen, die im Zweiten Weltkrieg als Arbeiterinnen für die Rüstungsindustrie verpflichtet wurden und die Frauen, die als Helferinnen im Zentralen Durchgangslager auf dem Wellersberg arbeiteten berücksichtigt werden. Dabei dürfen auch die Zwangsarbeiterinnen aus der Tschechoslowakei, Russland, der Ukraine und anderen besetzten Staaten nicht ausgeklammert werden. Dies kann sowohl über die Ehrung durch einen Straßennamen bzw. durch eine Gedenktafel erfolgen, aber auch durch historische Forschungen.

Um eine Belastung möglicher Namenspatinnen für Siegener Straßen auszuschließen erfolgte eine Prüfung potenzieller Straßennamensgeberinnen anhand von Kriterien für Straßenbenennungen nach Personen, die der Arbeitskreis erarbeitet hat. (vgl. Anlage 1)

Der Arbeitskreis hat folgende Frauen als Straßennamensgeberinnen positiv diskutiert:

Braun, Emmi (1887-1967)	Als eine der ersten Frauen überhaupt als Mitglied des Stadtverordnetenversammlung gewählt und in der Kommunalpolitik aktiv.
Dresler, Charlotte (1784-1853)	Mit Gründung des Evangelischen Frauenvereins in Siegen wirkte Charlotte Dresler maßgeblich bei der Gründung einer wichtigen Institution mit, die sich der Unterstützung armer Frauen im Verlauf der Industrialisierung widmete.

Dresler, Frieda (1814-1866)	In der Nachfolge ihrer Mutter Charlotte konnte Frieda Dresler durch ihre Position als Präsidentin des Evangelischen Frauenvereins u.a. die Gründung einer Nähsschule sowie Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder umsetzen. Genau wie ihre Vorgängerin wirkte sie damit zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen im Verlauf der Industriellen Revolution.
Fiedler, Hilde (1919-2011)	Die Wahl Hilde Fiedlers zur ersten Bürgermeisterin Siegens stellt einen Meilenstein der Stadtgeschichte dar. Sie wird daher nicht in erster Linie für ihre Amtsführung oder sonstige Leistungen geehrt, sondern als erste Frau in der Position gewürdigt.
Giehse, Therese (1898-1975)	Vor dem Hintergrund ihres Engagements gegen die Nationalsozialisten und ihrer ersten Auftritte als Schauspielerin in Siegen wird Therese Giehse in die Liste aufgenommen.
Heinzerling, Hedwig (1882-1973)	Als langjährige Stadtverordnete und Gründungsmitglied der hiesigen FDP gehörte Hedwig Heinzerling zu den ersten weiblichen Mandatsträgerinnen überhaupt und erwarb sich zudem große Verdienste im Bereich des Schul- und Bildungswesens.
Hellmann, Anna Cäcilia Wilhelmine (1869-1957)	Als Abgeordnete der Zentrumspartei in der Stadtverordnetenversammlung zählt sie zu den ersten weiblichen Mandatsträgerinnen überhaupt. Darüber hinaus war sie in vielen katholischen Vereinen teils an verantwortlicher Stelle tätig.
Herter, Dina (1883-1969)	Als Begründerin der gleichnamigen Stiftung schuf sie ein bedeutendes Sozialwerk für ältere Menschen in Siegen.
Köhne, Elisabeth (1895-1985)	Sie wird insbesondere wegen ihrer Verdienste im Bereich der Kultur in Siegen in die Liste aufgenommen.
Lenz, Margarethe (1899-1986)	Aus Niederschelden stammend, zeigte Lenz stets großes Engagement für Frauenrechte. Vor den Nationalsozialisten ins Ausland geflohen, wurde ihr in den 1950er-Jahren, als erst dritte Frau überhaupt, der Rang einer Konsulin in Linz verliehen.
Petersen, Charlotte (1904-1994)	Insbesondere als Gegnerin des Nationalsozialismus in Erscheinung

	getreten, ist ihr Einsatz für die Opfer des Konzentrationslagers Wapniarka besonders hervorzuheben. In Dillenburg wird sie durch die Charlotte-Petersen-Medaille geehrt.
Pross, Helge (1927-1984)	Sie hat sich große Verdienste als Pionierin der Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Siegen erworben, mit der Universität Siegen sollte zwecks einer Ehrung Kontakt aufgenommen werden.
Rubens, Maria (1538-1608)	Als Mutter von Peter Paul Rubens sorgte sie unter schwierigsten Umständen für das Überleben ihrer Familie wie die Freilassung ihres Mannes. Ohne Maria Rubens Einsatz für ihren Ehemann wäre Peter Paul Rubens nicht in Siegen geboren worden.
Stolberg, Wernigerode, Juliane von (1506-1580)	Als historische Figur des Hauses Nassau-Oranien nahm sie großen Einfluss auf die Entwicklung des Territoriums.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Auflistung nicht vollständig und abgeschlossen sein kann. Die Liste versteht sich daher als erste Empfehlung für Straßenbenennungen nach Frauen. Der Auftrag des Rates kann naturgemäß nicht abschließend abgearbeitet werden. Wir empfehlen, die Ziele des Antrages als weiter zu verfolgendes Ansinnen des Bürgerinnenantrags als ständige Aufgabe Siegener Erinnerungskultur zu verstehen.

Empfehlungen des AK Straßennamen

- Der Arbeitskreis empfiehlt die in die Kategorie A aufgenommenen Straßennamen mehrheitlich zur Umbenennung.
- Der Arbeitskreis empfiehlt die Anbringung einer kommentierten Beschilderung mit QR-Code (Verweis auf biographischen Text) an den Straßenschildern bei Kandidaten der Kategorie B.
- Der Arbeitskreis empfiehlt die in der Liste empfohlenen Frauen als Straßennamensgeberinnen für Straßen und Plätze im öffentlichen Raum.
- Der Arbeitskreis empfiehlt der Verwaltung, einen Leitfaden zur Straßen(um)benennung zu erstellen.
- Bei Straßenumbenennungen sollte auf die vom Arbeitskreis erarbeiteten Kriterien zurückgegriffen werden.
- Der Arbeitskreis rät dringend dazu, die Anstrengungen bei der Erforschung der jüngeren Siegener Stadtgeschichte zu intensivieren. Der AK empfiehlt die Ausschreibung eines jährlich zu vergebenden mit einem symbolischen Preisgeld dotierten Studienpreises, der für qualifizierte Studien- und Forschungsarbeiten zu stadthistorischen Fragestellungen ausgeschrieben wird. Diese Studienarbeiten können an Universitäten ebenso entstehen wie auf der Basis privater Forschungen. Kriterium für die Preisvergabe sollte die wissenschaftliche Belastbarkeit sein. Der Arbeitskreis nennt hier beispielhaft die Forschungslücken bei stadthistorisch bedeutsamen Personen insbesondere bei Frauen und Frauengruppen.
- Der Arbeitskreis regt an, ein städtisches Geschichtsportal zu erstellen. In diesem Geschichtsportal könnte ein regionales Personen-Wiki enthalten sein, das sich besonders mit den Namenspatengebern der Kategorien A und B auseinandersetzt und die Entscheidungsprozesse und Beschlüsse zu Straßennamen transparent und öffentlich nachvollziehbar macht.

Erläuterungen zu den Empfehlungen

Im Rahmen des Ratsauftrages hat sich der Arbeitskreis mit NS-belasteten Straßennamen beschäftigt. Diese Einschränkung führte dazu, dass sich der Arbeitskreis nicht mit (potenziellen) Straßennamen beschäftigt hat, die jenseits des NS-Kontextes diskussionswürdig sind. Auch diese Diskussionen sind jedoch im Sinne der Erinnerungskultur notwendig.

Das angeregte städtische Geschichtsportal könnte auch hier der strittigen Auseinandersetzung um Aspekte der Siegener Erinnerungskultur und die Diskussion über Stadtgeschichte dienen. Hier sollte die Biographieforschung und damit verbunden die Straßennamenspraxis eine zentrale Rolle spielen.

Die Ehrung verdienter Persönlichkeiten durch die Benennung von Straßen, Plätzen und nichtpostalischen Orten nach ihnen ist ein zentraler Baustein städtischer Erinnerungskultur. Noch nicht abgeschlossen ist die Diskussion, wer und welche Gruppen ehrungswürdig sind und ob sich Ungerechtigkeiten aus der bisherigen Nichtberücksichtigung von Personen oder Gruppen ergeben. Insofern ist auch die im Zusammenhang mit dem Bürgerantrag zur Umbenennung der Fissmer-Anlage zugesagte, aber nicht begonnene Auseinandersetzung mit der Siegener Verwaltungsgeschichte am Beispiel des Oberbürgermeisters Alfred Fissmer und

von Personen wie dem Stadtoberinspektor Wilhelm Langenbach notwendig, um auch hier die Grundlagen für eine sachgerechte Auseinandersetzung mit Personen und Themen zu schaffen. Das angeregte städtische Geschichtsportal soll der strittigen Auseinandersetzung um Aspekte der Siegener Erinnerungskultur und der Diskussion über Stadtgeschichte dienen.

Weitere Problematiken im Zusammenhang mit Straßenumbenennungen

Der Arbeitskreis ist sich bewusst, dass Straßenumbenennungen für die Anwohner und Anlieger der betroffenen Straßen erhebliche Probleme mit sich bringen können. Hier ist nach Ansicht des AK durch die Verwaltung frühzeitig ein Servicepaket zu erstellen, das den Betroffenen die bürokratischen Lasten und Kosten soweit wie möglich minimiert. Es sollten den Betroffenen nach Möglichkeit keine Gebühren entstehen.

Beteiligung der Öffentlichkeit

Der weitere Prozess sollte gerade für betroffene Anwohnerinnen und Anwohner transparent und öffentlich verlaufen. Dafür sind bei Bedarf auch Bürgerversammlungen und Informationsveranstaltungen zu organisieren. Eine sachliche, öffentliche und moderierte Diskussionen über Ehrungen im öffentlichen Raum ist aus Sicht des Arbeitskreises ausdrücklich erwünscht.

Anhang

Kategorie A

Adolf-Wagner-Straße

Benannt nach: Adolf Wagner

Jahr der Benennung: 1927

Zur Person: Adolf Wagner, geboren 1935 in Erlangen, war Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen und Heidelberg von 1853-1857 war er zunächst Dozent ab 1858 an der Handelsakademie in Wien und ab 1863 an der kaufmännischen Fortbildungsgesellschaft in Hamburg. 1865 wurde er ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre und Statistik in Dorpat und 1868 in Freiburg. Von 1870-1917 versah er die Professur für Staatswissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Kameralistik in Berlin. Wagner war ein führendes Mitglied des Konservativen Central-Comitees, das sich zur antisemitischen Berliner Bewegung formierte. Hier wirkte er unter anderem mit Adolf Stoecker und Heinrich von Treitschke zusammen. Auch wurde er 1881 Mitglied in Stoeckers Christlich-Sozialen Partei. Von 1882 bis 1885 war Wagner Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses sowie ab 1910 Mitglied des preußischen Herrenhauses. Er starb 1917 in Berlin.

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Wagner war Parteigänger führender Antisemiten im Deutschen Reich, Adolf Stoecker und Heinrich von Treitschke. Er ist als Wegbereiter des Nationalsozialismus anzusehen.

Literatur in Auswahl:

Hansen, Eckhard/Tennstedt, Florian u.a. (Hrsg.): Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1871 bis 1945, Band 1: Sozialpolitiker im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1918, Kassel 2010, in: URL: Microsoft Word - Biolex<http://www.uni-kassel.de/upress/online/frei/978-3-86219-038-6.volltext.frei.pdf>-Titel-Inhalt.doc (uni-kassel.de) [aufgerufen 17.02.2022]

Bergfriederstraße

Benannt nach: Jakob Henrich

Jahr der Benennung: 1957

Zur Person: „Bergfrieder“ ist das Pseudonym des Heimatautors Jakob Henrich (1862-1961). Geboren in Eisern war er von 1889 bis 1924 Volksschullehrer in Krombach. Darüber hinaus trat er als Heimatforscher und Dichter in Erscheinung. Politisch war Henrich zunächst in der christlich-sozialen Partei Adolf Stoeckers, danach seit mindestens 1921 bis 1930 in der deutschnationalen Volkspartei aktiv. 1929 beteiligte er sich an dem Volksbegehren gegen „Young-Plan und Kriegsschuldlüge“ der rechten Parteien. Von 1930 bis 1933 gehörte er dem „Evangelischen Volksdienst“ (EVD), einem antisemitischen Flügel des „Christlich-Sozialen

380 Volksdiensts“, an. Nach 1933 sind weder eine Parteizugehörigkeit noch eine Verbindung zu
381 den Nationalsozialisten nachzuweisen.

382 Jakob Henrich publizierte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts regelmäßig in der
383 Tageszeitung „Das Volk“ (Stoecker-Zeitung), Rubrik „Ausguck“. Dabei vertrat er dezidiert
384 antisemitische Auffassungen im Sinne eines Adolf Stoecker, zum Beispiel:

385 „Für Ahasver (den ewigen Juden!) sind die Rauch- und Rauschgifte nur Mittel zum Zweck, um
386 die feinsten Nerven und den Willen der Wirtsvölker zu töten und die Betäubten ganz zu
387 fesseln.“ (1925)

388 Anlässlich seines 90. Geburtstages (1952) wurde Jakob Henrich zum Ehrenbürger seines
389 Geburtsorts Eisern ernannt und zu seinem 95. Geburtstag (1957) erhielt er das
390 Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

391 Begründung der Einstufung in Kategorie A:

392 Henrich war extremer Antisemit und verbreitete sein aggressiv antisemitisches Gedankengut
393 über Jahre hinweg über Publikationen in der Gesellschaft. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg
394 behielt er diese Ansichten bei, so dass keine Reue oder Selbstreflektion zu erkennen sind.

395 Literatur in Auswahl:

396 Henrich, Jakob, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen
397 Siegen und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL:
398 [http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/)
399 [verzeichnis/](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/) [aufgerufen 21.02.2022]

400

401 **Diemstraße**

402 Benannt nach: Carl Diem

403 Jahr der Benennung: 1975

404 Zur Person: Carl Diem, geb. 1882 in Würzburg, trat seit seiner Gründung des Sportvereins SC
405 Markomannia Berlin im Jahr 1899 in vielfältiger Weise als Sportfunktionär in Erscheinung.
406 1913 rief er die Verleihung „Deutsches Sportabzeichen“ ins Leben und wurde Generalsekretär
407 des „Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen“. Im Jahr 1916 plante er die
408 Olympischen Spiele 1916 in Berlin, die wegen des Ersten Weltkriegs nicht stattfanden. 1920
409 fanden erstmal die von ihm angeregten Reichjugendwettkämpfe, Vorläufer der heutigen
410 Bundesjugendspiele, statt. Auch engagierte er sich maßgeblich an der Gründung der
411 Deutschen Sporthochschule für Leibesübungen in Berlin, der ersten Sporthochschule
412 weltweit, als deren Prorektor er fungierte. Diem wirkte bei den Olympischen Spielen 1928 und
413 1932 als Missionschef der deutschen Olympiamannschaften. 1933 verlor er sein Amt als
414 Generalsekretär des Reichsausschusses für Leibesübungen und musste als Prorektor der
415 Sporthochschule zurücktreten, weil er sich weigerte, in die NSDAP einzutreten. 1934 stuften
416 die Nationalsozialisten ihn als „politisch unzuverlässig“ ein, vermutlich wegen der jüdischen
417 Verwandten seiner Ehefrau. Nichtsdestotrotz wirkte er maßgeblich an der NS-Propaganda
418 mit. So wirkte Diem als Generalsekretär des Organisationskomitees seit 1933 entscheidend an

der Planung und Durchführung der Olympischen Spiele 1936 mit. Auf ihn geht der bis heute praktizierte Fackellauf zu Beginn der Spiele zurück. Von 1936 bis 1945 war er Leiter des Internationalen Olympischen Instituts in Berlin. 1939 erhielt Diem die Leitung der Auslandsabteilung des Nationalsozialistischen Reichsbunds für Leibesübungen. Seine Publikationen und Äußerungen dieser Zeit folgten dem Duktus der NS-Ideologie mit Sätzen wie „Sport ist freiwilliges Soldatentum“. Unter seinen Veröffentlichungen ist das Werk „Olympische Flamme“ (1942) hervorzuheben, das als wichtiges Zeitdokument nationalsozialistischer Sportpropaganda gilt. Militärisch begeistert, wenn auch nie Soldat geworden, meldete sich Diem 1944 mit über 60-jährig freiwillig zum Volkssturm. Kurz vor Kriegsende spornte er Mitglieder der Hitlerjugend auf dem Reichssportfeld in Berlin zu einem „finalen Opfergang für den Führer“ an. In den folgenden Tagen kamen mehrere hundert Jugendliche im aussichtslosen Kampf gegen sowjetische Panzer in der Nähe des Reichssportfelds ums Leben. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Diem 1947 Rektor der von ihm gegründeten Deutschen Sporthochschule in Köln. 1950 bis 1953 war er zudem Sportreferent im Bundesinnenministerium und erhielt 1953 das große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland. 1956 verlieh ihm das Internationale Olympische Komitee den Olympischen Orden. Diem verstarb 1962 in Köln.

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Diem förderte in seiner Funktion als Sportfunktionär den NS-Staat und unterstützte maßgeblich dessen Propaganda. Er wirkte in führender Position an der Gleichschaltung von Verbänden und der Einführung des Führerprinzips mit. Schließlich verklärte er Sport als freiwilliges Soldatentum und mobilisierte zu Kriegsende 1945 Hitlerjungen zu einem finalen Opfergang für den Führer.

Literatur in Auswahl:

Becker, Frank: Den Sport gestalten. Carl Diems Leben (1882–1962), vier Bde., Duisburg 2009–2011.

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Erinnerungspolitik oder kritische Forschung? Der Streit um Carl Diem, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 59 (2011) 3, S. 197-296.

Schäfer, Ralf: Militarismus, Nationalismus, Antisemitismus. Carl Diem und die Politisierung des bürgerlichen Sports im Kaiserreich, Berlin 2011.

Hindenburgstraße

Benannt nach: Paul von Hindenburg

Jahr der Benennung: 1915

Zur Person: Paul von Hindenburg, geb. am 2. Oktober 1847, trat nach dem Besuch des Gymnasiums in die Kadettenanstalt in Wahlstatt ein. Er nahm an den Kriegen 1866 und 1870/71 teil. Am Ende seiner wechselvollen Militärlaufbahn hatte er den Rang eines kommandierenden Generals erreicht und trat 1911 aus dem Militärdienst aus. Wenige Wochen nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs wurde er am 21. August 1914 zurückgeholt.

Er erhielt den Oberbefehl über die 8. Armee mit Erich Ludendorff als Chef des Stabes. In der Schlacht bei Tannenberg (26.-30. August 1914) schlug er die 2. Russische Armee vernichtend, was ihm den nachwirkenden Mythos des „Siegens von Tannenberg“ einbrachte. Die 1. Russische Armee besiegte er wenig später in der Schlacht an den Masurischen Seen (6.-15. September 1914). Erfolgte am 1. November 1914 zunächst seine Ernennung zum Oberkommandanten über alle deutschen Truppen der Ostfront (OberOst), so erhielt Hindenburg am 29. August die Oberste Heeresleitung (OHL). In letzterer Position trug er maßgebliche Verantwortung u. a. für den uneingeschränkten U-Bootkrieg sowie die Ablehnung eines Verständigungsfriedens wie auch eines harten Gewaltfriedens. Nach Kriegsende propagierte Hindenburg im Reichstag die „Dolchstoßlegende“ in den Rücken des „unbesiegten“ Heeres durch links politische Agitation, Streiks und Sabotagen, was zum Zusammenbruch des Deutschen Reichs 1918 führte. Die Dolchstoßlegende sollte während der gesamten Zeit der Weimarer Republik ein wesentlicher Teil rechts-nationaler Propaganda sein. Hindenburg zog sich 1919 in den Ruhestand zurück, bis ihn 1925 rechte Parteien zur Kandidatur bei der Reichspräsidentenwahl 1925 drängten. Er gewann die Wahl und nahm das Amt an, obwohl er grundlegend monarchische und antiparlamentarische Auffassungen vertrat. Seit 1930 setzte Hindenburg mehrere von sich abhängige Reichskanzler ein (Brüning, Papen, Schleicher). Um einen Reichspräsidenten Hitler zu verhindern, wurde Hindenburg 1932 auch von demokratischen Kräften wiedergewählt. Den Reichstag selbst destabilisierte der Reichspräsident allerdings durch mehrfache Auflösungen des Parlaments, in dem sich bei der Wiederwahl 1932 schließlich keine demokratische Mehrheit mehr fand.

Am 30.01.1933 ernannte Hindenburg schließlich Adolf Hitler zum Reichskanzler, im Übrigen bei klarem Verstand und selbstbestimmt. In den kommenden Monaten schuf Hindenburg durch seine Zustimmung zu mehreren Gesetzen und Verordnungen entscheidende Grundlagen zur Etablierung der NS-Diktatur mit ihrer judenfeindlichen Politik. Dies waren: 28.02.1933 Verordnung des Reichspräsidenten „zum Schutz von Volk und Staat“; 24.03.1933 „Ermächtigungsgesetz“, Gesetz „zur Behebung der Not von Volk und Reich“: „Art. 2: Von der Regierung beschlossene Gesetze können von der Reichsverfassung abweichen.“; 01.04.1933 Boykott jüdischer Geschäfte; 07.04.1933 Gesetz „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“: „§ 3: (1) Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen.“ 22.04.1933 Berufsverbot für jüdische Kassenärzte. In seinem „politischen Testament“ vom 11. Mai 1934 zog Hindenburg ein positives Fazit über die damit vollzogene Einrichtung der NS-Diktatur und war sich der Richtigkeit seiner letztendlichen Entscheidung sicher: „Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zu innerer Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan.“ (Pyta 2007, S. 867) Paul von Hindenburg starb am 2. August 1934 und wurde im Denkmal von Tannenberg beigesetzt (seit 1945 Grabstätte in der Marburger Elisabethkirche).

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Hindenburg trat als Angehöriger der obersten Heeresleitung Ende des Ersten Weltkriegs einem vorzeitigen Kriegsende mittels Verständigungsfrieden entgegen. Mit der Förderung der Dolchstoßlegende trug er zur Mobilisierung antidemokratischer Kräfte und damit der

501 Zerstörung der Weimar Republik bei. Mit der Auflösung des Reichstags als Reichspräsident
502 1930 bahnte er entscheidend den Weg für eine politische Radikalisierung und
503 Destabilisierung. Es folgte in der aktiven Mitverantwortung des Entscheiders Hindenburg die
504 Ernennung Hitlers zum Reichskanzler 1933. Er genehmigte schließlich mehrere Gesetze,
505 darunter Ermächtigungsgesetz, die Grundlagen zur Einrichtung der Diktatur schufen. Damit
506 trug er maßgeblich zur Zerstörung der Republik und zur Begründung der NS-Diktatur bei.
507 Wenn er auch nicht alleiniger „Steigbügelhalter“ Hitlers und dessen Parteigänger war, leistete
508 er mit seinem Verhalten, seinen Ansichten und seinen Entscheidungen Grundlagen zum
509 Aufstieg der Nationalsozialisten.

510 Literatur in Auswahl:

511 Pyta, Wolfram: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007.

512 Pyta, Wolfram: „Nicht alternativlos. Wie ein Reichskanzler Hitler hätte verhindert werden
513 können“, in: Historische Zeitschrift 312 (2021) Heft 2, S. 1–51.

514

515 **Lothar-Irle-Straße**

516 Benannt nach: Lothar Irle

517 Jahr der Benennung: 1975

518 Zur Person: Lothar Irle, geboren 1905 in Niedersetzen, besuchte nach der Untersekunda die
519 Präparandie, eine Ausbildungsstätte für Volksschullehrer, in Hilchenbach. Ebendort besuchte
520 er dann im Anschluss von 1922 bis 1925 das Lehrerseminar. In diesen Lehrjahren erfuhr er als
521 Mitglied einer Gruppe radikaler, völkisch gesinnter Seminaristen eine antidemokratische,
522 antisemitische Prägung, die er zeitlebens – auch nach 1945 – beibehalten sollte. Auch
523 engagierte er sich in völkisch-nationalistischen Organisationen, seit 1923 dem Jungwiking des
524 Bundes Wiking und seit 1924 dem Völkisch-Sozialen Block, einer Ersatzorganisation der zu
525 diesem Zeitpunkt verbotenen NSDAP. Konnte Irle auf Grund der Stellenlage den Lehrerberuf
526 nicht antreten, so nahm er im Wintersemester 1925/26 das Studium der Fächer Deutsch und
527 Geschichte in Marburg auf. Nach dem Wintersemester 1927 musste er sein Studium aus
528 finanziellen Gründen abbrechen und konnte es erst zum Wintersemester 1929 wieder
529 fortsetzen, allerdings in Frankfurt am Main. Ende 1931 promovierte er zum Dr. phil. Danach
530 war Irle als Lehrer an verschiedenen Schulen im Kreis Siegen tätig. Nachdem er 1934 seine
531 zweite Staatsprüfung abgelegt hatte, erfolgte im Juni 1934 seine Berufung als Dozent an die
532 Hochschule für Lehrerbildung in Dortmund.

533 1931 war Irle auch in die NSDAP eingetreten und erhielt kurze Zeit später das Amt des
534 Ortsgruppenkulturwarts der Ortsgruppe Geisweid. Im April 1932 wurde er zum
535 Ortsgruppenleiter der neu gegründeten Ortsgruppe Setzen ernannt und versah das Amt bis
536 Anfang 1933. Mitglied des SA-Sturms 130 (Siegen) war Irle seit 1. November 1933 und später
537 Mitglied des SA-Sturms 98 (Dortmund). 1937 zum Oberscharführer befördert, ließ er sich Ende
538 1938 wegen Überlastung beurlauben. Seit August 1932 war Irle Kreisfachberater für
539 Lehrerfragen bei der NSDAP-Kreisleitung Siegen. Nach dem Eintritt in den
540 Nationalsozialistischen Lehrerbund im Oktober 1932 wirkte er als dessen Kreisobmann Siegen-

541 Land. Nach der Machtergreifung 1933 bekleidete Irle vielfältige Positionen im
542 Nationalsozialistischen Lehrerbund. Er war Kreisleiter (1933-1934) sowie Gaufachredner
543 (1933-1937). 1937 trat er in den Gaudozentenbund ein und war seit Oktober 1938 örtlicher
544 Dozentenbundführer an der Hochschule für Lehrerbildung in Dortmund und im Gau
545 Westfalen-Süd. Ebenso hatte er die Leitung der Dozentenschaft und der Gaufachschaft I
546 „Lehrer an Hochschulen“ im Nationalsozialistischen Lehrerbund inne. Gerade durch seine
547 vielfältigen Aktivitäten im Bildungsbereich verbreitete Irle aktiv seine von der
548 nationalsozialistischen Ideologische durchdrungenen Vorstellungen. Des Weiteren war Irle
549 seit 1934 Mitglied des NS-Wohlfahrtsverbands, Gauschulungsredner der NSDAP, Mitglied der
550 Reichslesebuchkommissionen Hessen und Industriegebiet, Reichsfachbearbeiter für
551 Personenkunde in der Parteiämlichen Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Volkskunde und
552 Mitglied des Reichluftschutzbundes. 1941 erhielt er die Dienstauszeichnung der NSDAP in
553 Bronze für zehnjährige Mitgliedschaft in der NSDAP.

554 Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs meldete sich Irle freiwillig zum Kriegsdienst. Im
555 Dezember 1939 wurde er als Kanonier nach Königsberg eingezogen und in der Folge in
556 verschiedenen Einheiten an unterschiedlichen Kriegsschauplätzen eingesetzt. Er fand dabei
557 auch abseits der Front Verwendung, so dass er weiterhin ideologisch wirken konnte. 1944
558 übertrug ihm das Oberkommando der Wehrmacht die literarische Leitung einer neu zu
559 schaffenden kleinen Grabenbibliothek für Frontsoldaten. Im Mai 1945 geriet Irle in
560 Kriegsgefangenschaft, die bis zu seiner Entlassung am 27. März 1947 andauert.

561 Nach Kriegsende war Irle infolge des Entnazifizierungsverfahrens vom Lehrerberuf
562 ausgeschlossen und arbeitete stattdessen bei einer Versicherungsgesellschaft. Daneben
563 zeigte er vielfältiges Engagement im Bereich der Volks- und Heimatkunde, so zum Beispiel im
564 Sauerländischen Gebirgsverein. 1962 erfolgte auf Irle Anregung hin die Gründung einer
565 Familienkundlichen Arbeitsgemeinschaft im Siegerländer Heimat- und Geschichtsverein,
566 dessen Mitglied er seit 1925 war. Im Siegerländer Heimatverein gehörte er zum Vorstand. Die
567 Bemühungen des Sauerländer Gebirgsvereins zur Auszeichnung Irles mit dem Verdienstorden
568 der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1965 scheiterten allerdings. Seine überkommenen
569 Denkmuster hat er nach 1945 nie aufgegeben, so dass sie sich in angepasstem Gewand
570 weiterhin in seinen Schriften und Vorträgen finden. Sein „Siegerländer Persönlichkeiten- und
571 Geschlechter-Lexikon“ spart beispielsweise NS-Hintergründe aus und enthält keine jüdischen
572 Mitbürger oder Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Von persönlicher Reue
573 oder dergleichen ist nichts bekannt. Irle starb 1974.

574 Begründung der Einstufung in Kategorie A:

575 Irle trat bereits vor 1933 der NSDAP bei, was ihn als aus Sicht der NS-Elite politisch als
576 besonders zuverlässig auszeichnete. Er war in mehreren NS-Organisationen in leitender
577 Funktion tätig sowie Mitglied der SA, was einerseits seine besondere Identifikation mit dem
578 NS-Regime herausstellt und andererseits seine dezidierte Unterstützung und Förderung des
579 NS-Regimes aufzeigt. Er ist demnach nicht nur als Mitläufer anzusprechen. Als Lehrender und
580 Schriftsteller wirkte Irle als Propagandist und trug auf unterschiedlichen Wegen aktiv zur
581 Verbreitung von nationalsozialistischem und antisemitischem Gedankengut. Irle erzog junge
582 Menschen gemäß NS-Ideologie und trug zur Gleichschaltung der Lehrerschaft bei.

583 Erschwerend kommt hinzu, dass Irle sich nach 1945 nicht von seinen ideologischen
584 Vorstellungen distanzierte, sondern diesen verhaftet blieb.

585 Literatur in Auswahl:

586 Elkar, Rainer S.: Die Memoria des Dr. Lothar Irle. Ein Beitrag zur Geschichte eines „Ur-
587 Siegerländers“, in: Siegener Beiträge 18 (2013), S. 217-233.

588 Wolf, Thomas: Lothar Irle (1905-1974). Biografische Skizze eines Heimat- und
589 Familienforschers. Oder: warum ehrt(e) die Lothar-Irle-Straße in Siegen einen „bekennden
590 Antisemiten“? <https://www.siwiarchiv.de/thomas-wolf-lothar-irle-1905-1974/> [aufgerufen
591 17.02.2022]

592

593

594 **Porschestraße**

595 Benannt nach: Ferdinand Porsche

596 Jahr der Benennung: 1975

597 Zur Person: Ferdinand Porsche, geb. 1875 in Böhmen, war Automobilkonstrukteur. Er
598 entwickelte zunächst einen elektrischen Radnabenmotor (Patent 1896). Seit 1906 war Porsche
599 als Nachfolger von Paul Daimler Entwicklungs- und Produktionsleiter bei der Österreichischen
600 Daimler-Motoren-Gesellschaft (Austro-Daimler), wo er 1917 zum Generaldirektor aufstieg.
601 Dort arbeitete er an Personenkraftwagen, Flugzeugen und Rennwagen. 1923 wurde Porsche
602 Leiter des Konstruktionsbüros und Vorstandsmitglied der Daimler-Motoren-Gesellschaft in
603 Stuttgart. In dieser Zeit profilierte er sich als erfolgreicher Rennwagenkonstrukteur. Nachdem
604 sein Arbeitsvertrag 1928 nicht verlängert wurde, gründete Porsche am 1. Dezember 1930 sein
605 eigenes Konstruktionsbüro in Stuttgart. 1934 hatte er auf Drängen Hitlers seine
606 tschechoslowakische Staatsangehörigkeit abgelegt und die deutsche angenommen. Seit 1934
607 erfolgte die Konstruktion des deutschen Volkswagens (KdF-Wagen) im Auftrag des
608 Reichsverbands der Automobilindustrie, seit 1937 die Konstruktion eines Volkstraktors durch
609 die Porsche GmbH. 1937 trat er in die NSDAP ein. 1942 erfolgte Porsches Aufnahme
610 ehrenhalber in die Allgemeine SS als SS-Oberführer. Nachdem er 1938 Hauptgeschäftsführer
611 und Mitglied des Aufsichtsrats der Volkswagen GmbH in Berlin-Charlottenburg geworden war,
612 erfolgte 1939 die Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer. Damit war sein intensives
613 Engagement in der Kriegs- und Rüstungsindustrie eingeleitet. 1941 bis 1943 als
614 Vorsitzender der Panzerkommission wirkend, war er in der Folge Rüstungsrat. 1942 übernahm
615 er die Leitung der Prüf- und Versuchsabteilung der kraftfahrtechnischen Lehranstalt der
616 Waffen-SS in Wien-Schönbrunn. Die Produktion des Volkswagenwerks stellte Porsche nach
617 Kriegsbeginn auf Rüstungsgüter, darunter die „Vergeltungswaffe“ V1, um. Für den Ausbau
618 seines Werks forderte er 1941 bei Heinrich Himmler sowjetische Kriegsgefangene als
619 Zwangsarbeiter an und bat Hitler 1942 persönlich um KZ-Häftlinge für ein Bauprojekt bei VW.
620 In diesem Zusammenhang wurde auf dem Gelände des Volkswagenwerks in Wolfsburg
621 (Fallersleben) das KZ Arbeitsdorf eingerichtet, das als erstes selbstständiges
622 Konzentrationslager zur industriellen Verwendung der Häftlingsarbeit diente. Insgesamt

waren während des Zweiten Weltkriegs rund zwei Drittel der Belegschaft des Volkswagenwerks (ca. 20.000 Menschen) Zwangsarbeiter und Häftlinge des KZ Arbeitsdorf, von denen rund 500 ums Leben kamen. Für die Zwangsarbeiterkinder ließ die Betriebsleitung von VW, darunter auch Porsche, eine „Ausländerkinder-Pflegestätte“ in Rügen einrichten. Hier starben mehrere hundert Säuglinge und Kinder, wobei Porsche nach Aussage des SS-Arztes Hans Körbel über die schlechte Situation der Kinder in Kenntnis gesetzt war. Im Zuge seiner Tätigkeiten, gerade während des Zweiten Weltkriegs, schöpfte Porsche die ihm verliehenen Mittel des NS-Regimes aus und pflegte persönliche Kontakte zu Hitler und Himmler. Auch mit Blick auf das eigene Fortkommen stellte er seine genialen Fähigkeiten als Konstrukteur in die Dienste des NS-Regimes. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geriet Porsche in französische Gefangenschaft. 1948 erlangte er einen Freispruch vor einem französischen Gericht. Nachdem sein Spruchkammerverfahren am 30. August 1949 eingestellt worden war, kehrte er nach Stuttgart zurück. Porsche starb im Jahr 1951.

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Porsche war maßgeblich am Aufbau der deutschen Rüstungsindustrie für den und im Zweiten Weltkrieg beteiligt und stand durch die Leitung des VW-Werks im Dienst des NS-Staates, für den er als eine maßgebliche Stütze fungierte. Zu politischen Führern (Hitler, Himmler) besaß er direkten Kontakt, was er zu seinem persönlichen wie beruflichen Fortkommen ausnutzte. Zur Förderung der Rüstungsindustrie setzte er in besonderem Maße Zwangsarbeiter ein, von denen in seiner Verantwortung mehrere hundert Menschen – darunter auch Säuglinge von Zwangsarbeiterinnen – starben. In diesem Zusammenhang war Porsche maßgeblicher Wegbereiter der industriellen Verwendung der KZ-Häftlingsarbeit, so dass er als „Pionier der KZ-Häftlingsarbeit“ anzusprechen ist.

Literatur in Auswahl:

Autengruber, Peter/Nemec, Birgit/Rathkolb, Oliver/Wenninger, Florian: Umstrittene Wiener Straßennamen. Ein kritisches Lesebuch, Wien/Graz/Klagenfurt 2014, S. 239–242, in: URL: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118595881.html#ndb>,

content [aufgerufen 17.02.2022]

Grieger, Manfred: Ferdinand Porsche (1875-1951), publiziert am 19.04.2018 in: Stadtarchiv Stuttgart,

URL: https://www.stadtlexikon-stuttgart.de/article/a82961bb-0266-4fb5-b2ce-61da345c548c/Ferdinand_Porsche_%281875-1951%29.html [aufgerufen 17.02.2022]

Viehöver, Ulrich: Ferdinand Porsche. Hitlers Lieblingskonstrukteur, Wehrwirtschaftsführer und Kriegsgewinnler, in: Hermann G. Abmayr (Hrsg.), Stuttgarter NS-Täter. Vom Mitläufer bis zum Massenmörder, Stuttgart 2009, S. 239-267.

662 Stoeckerstraße

663 Benannt nach: Adolf Stoecker

664 Jahr der Benennung: 1927

665 Zur Person: Adolf Stoecker, geboren 1835 als Sohn eines Wachtmeisters in Halberstadt,
666 studierte von 1854 bis 1857 Theologie in Berlin und Halberstadt. Nach der Anstellung als
667 Hauslehrer bei dem Grafen von Lambsdorff in Rinseln (1857-1862) trat er nach seinem
668 Oberlehrerexamen in den Pfarrdienst ein, den er 1863 zunächst in Seggerde (Altmark), ab
669 1866 in Hamersleben und ab 1871 als Divisionspfarrer in Metz versah. 1874 berief Kaiser
670 Wilhelm I. Stoecker nach Berlin in das Amt des vierten Hof- und Dompredigers (1880 dritter
671 und 1883 zweiter Hof- und Domprediger). Zudem wurde er Mitglied des
672 Generalsynodalvorstands der altpreußischen Landeskirche und übernahm 1877 die Leitung
673 der „Berliner Stadtmission“. 1887 wurde er Herausgeber der „Neuen evangelischen
674 Kirchenzeitung“. Der national-patriotische eingestellte Stoecker vertrat ein volkskirchliches
675 Konzept, das die Rechristianisierung der Gesellschaft zum Ziel hatte. Politisch aktiv wurde
676 Stoecker 1878 mit der Gründung der „Christlichsozialen Arbeiterpartei“. Diese zeichnete sich
677 durch eine christlich-monarchische Sozialpolitik sowie antisemitische Agitation aus, prangerte
678 Missstände des Kapitalismus an und war sozialdemokratiefeindlich eingestellt. Da der Erfolg
679 bei der Reichstagswahl 1878 ausblieb, wurde mit der Umbenennung in „Christlichsoziale
680 Partei“ im Jahr 1881 versucht, Unterstützer aus bürgerlichen Kreisen zu gewinnen. 1881
681 schlossen sich die Christlichsoziale Partei der Deutschkonservativen Partei als selbstständige
682 Gruppe an, woraufhin sich Stoecker bemühte Letztere zu einer Volkspartei zu machen. Er war
683 von 1879 bis 1898 Mitglied im Preußischen Abgeordnetenhaus sowie von 1880 bis 1893
684 Mitglied des Reichstags für die Deutschkonservative Partei als Mandatsträger für das
685 Siegerland. Nachdem Stoecker 1887/88 mit dem rechten Parteiflügel der Konservativen in
686 immer stärkeren Widerspruch zu Bismarck gelangte, versuchte Stoecker, den Prinzen und
687 späteren Kaiser Wilhelm II. gegen den Reichskanzler einzunehmen. 1889 erzwang Bismarck
688 allerdings eine öffentliche Verzichtserklärung Stoeckers auf politische Betätigung. 1890
689 erfolgte die Abberufung als Hofprediger auf Grund seines politischen Engagements und seiner
690 antisemitischen Propaganda durch Wilhelm II. Nach der Abberufung Bismarck erlangte
691 Stoecker wieder Einfluss in der Deutschkonservativen Partei. 1892 bestimmte er mit
692 Unterstützung des rechten Parteiflügels die antisozialdemokratische, antisemitische
693 Neuausrichtung der Partei im sogenannten „Tivoli-Programm“ entscheidend mit. Von 1898
694 bis 1908 war Stoecker wieder Mitglied des Reichstags, blieb jedoch politisch ohne Einfluss.

695 Als Vertreter eines radikalen Antisemitismus in Erscheinung tretend, wurde Stoecker zu einem
696 Wegbereiter des Antisemitismus in Deutschland bzw. im Deutschen Reich. Er hetzte gegen das
697 Judentum, das er als Feind der Gesellschaft und Ursache wirtschaftlicher Depression
698 darstellte. Stoecker stand dabei in Verbindung mit der Antisemitenliga des Wilhelm Mars.
699 Auch war er eine der führenden Köpfe im Berliner Antisemitismusstreit (1879-1881), der 1880
700 zur Gründung der „Berliner Bewegung“ als Zusammenschluss antisemitischer Gruppierungen
701 führte. In diesem Kontext hielt er am 9. September 1879 einen berühmten Vortrag über
702 „Unsere Forderungen an das moderne Judentum“ mit Aufruf: „Wir bieten den Juden den
703 Kampf an bis zum völligen Siege und wollen nicht eher ruhen, als bis sie hier in Berlin von dem
704 hohem Postament, auf das sie sich gestellt haben, herabgestürzt sind in den Staub, wohin sie

gehören.“ (zitiert nach: Walter Frank, Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich- soziale Bewegung, Berlin 1928, S. 106) Mit dieser und weiteren Aussagen sollte er bis in die Zeit des Nationalsozialismus nachwirken. Stoecker war auch an der sogenannten Antisemitenpetition im Jahr 1880 beteiligt, die 1881 dem Reichskanzler übergeben wurde. Darin wurden zum Beispiel ein Verbot jüdischer Einwanderung, ein Ausschluss aller Juden von obrigkeitlichen Ämtern und dem Volksschulwesen sowie eine Beschränkung im Justiz- und im höheren Schulwesen gefordert. Stoecker bezeichnete sich später selbst als „Begründer der antisemitischen“ Bewegung und schrieb sich zum Beispiel 1893 im preußischen Abgeordnetenhaus selbst zu, die „Judenfrage“ aus dem literarischen Kontext in die Politik gebracht zu haben. Ungeachtet seiner antisemitischen Agitation war bei Stoecker eine rassistische Einstellung allenfalls geringfügig ausgeprägt. Juden waren ihm keine blutbestimmte Rasse, sondern eine Religion, so dass Konvertiten keine für ihn keine Juden mehr darstellten. Für das Fortwirken seiner antisemitischen Vorstellung und deren Rezeption war dies unerheblich. Die inhaltlichen Verbindungen in „Mein Kampf“ und anderen nationalsozialistischen Publikationen sind evident. Darüber hinaus griffen die Nationalsozialisten Stoeckers Kritik am Kapitalismus sowie die Liberalismus- und Sozialdemokratiefeindlichkeit auf. Stoecker avancierte somit zum Wegbereiter für die Nationalsozialisten. Im Siegerland war Stoecker durch sein Mandat im Reichstag für die Region bekannt und verbreitete durch die Zeitung „Das Volk“ als Presseorgan der Christlichsozialen Partei, seit 1899 in Siegen herausgegeben, sein Gedankengut in der Region.

Stoecker starb 1909 in Bozen.

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Stoecker vertrat einen radikalen Antisemitismus, wobei er entscheidenden Anteil an der Formierung einer organisierten antisemitischen Bewegung besaß und antisemitische Beschuldigungen in breiten Kreisen gesellschaftsfähig machte. Als Begründer der Berliner Bewegung stand er einer antisemitischen, chauvinistischen und das Militär verherrlichenden Bewegung vor. Für die völkische Rechte wie auch die Nationalsozialisten stellte er einen wichtigen Wegbereiter dar. Gerade im Siegerland trug die Stoecker-Bewegung maßgeblich zur Ausbildung einer antisemitischen Grundeinstellung der Bevölkerung bei.

Literatur in Auswahl:

Bennewitz, Joachim: Adolf Stoecker: Theologe, Politiker und Antisemit, in: Berlinische Monatsschrift 3 (1999), S. 11-18.

Engelmann, Hans: Kirche am Abgrund. Adolf Stoecker und seine antijüdische Bewegung (Studien zu jüdischem Volk und christlicher Gemeinde, 5), Berlin 1984.

Frank, Walter: Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich- soziale Bewegung, Berlin 1928.

Opfermann, Ulrich F.: „Im Volksleib schlimmer als der Tuberkulosen-Bazillus“. Zur Verbreitung und Rezeption des christlich-sozialen Antisemitismus, 1881-1914, Teil 1, in: Siegerner Beiträge 11 (2006), S. 109-146; Teil 2: Themen – Forderungen - Antisemitismus und Milieu, in: Siegerner Beiträge 12 (2007), S. 81-114.

745 **Kategorie B**

746

747 **Adolf-Saenger-Straße**

748 Benannt nach: Adolf Saenger

749 Jahr der Benennung: 1961

750 Zur Person: Adolf Saenger, geboren 1884 in Niederdielfen, war Sohn eines Landwirts und
751 absolvierte eine Ausbildung zum Kesselschmied. Als Soldat im Ersten Weltkrieg verwundet,
752 erhielt er im Lazarett in Dortmund Zeichenunterricht. 1917 ging er nach München zum
753 Studium an der dortigen Kunstgewerbeschule. Das Studium der Bildhauerei an der Hochschule
754 der bildenden Künste in Berlin nahm er 1920 auf. 1932 wurde er Mitglied im Verein Berliner
755 Künstler. Inspiration erhielt er auf zwei längeren Italienreisen in den Jahren 1926 und 1939.
756 Im Fokus seines Schaffens stand die Darstellung des menschlichen Körpers in höchster
757 Anspannung, auch beschäftigte er sich wiederholt mit Pferdementen. Nach 1933 gelangte er
758 zu größerer Anerkennung und arbeitete für hochrangige Auftraggeber aus den Reihen des NS-
759 Apparats. Dies waren u. a. das Propagandaministerium, das Erziehungsministerium und die
760 Luftkriegsschule Dresden. Die Reichskammer der bildenden Künste lobte ihn als einen „der
761 hervorragendsten Träger der neuen deutschen Romantik“. Saenger war auch Mitglied der
762 Reichskammer der bildenden Künste. Nachdem sein Atelier durch einen Luftangriff im Jahr
763 1943 zerstört wurde, lebte er noch bis 1947 in Berlin. Danach zog er zurück nach
764 Niederdielfen, wo er sich künstlerisch auf Landschaftsbilder und Gruppenbilder fokussierte.
765 Auch schuf er beispielsweise die Gedenktafel für die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs in
766 Göttingen und gestaltete die erste deutsche Goldmünze der Bundesbank nach 1945. Im Jahr
767 1952 erhielt Saenger den Kritiker-Preis der Stadt Siegen, 1959 das Bundesverdienstkreuz des
768 Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Er starb 1961 in Niederdielfen. Im Mai 1975
769 schenkte seine Witwe Johanna Saenger dem Kreis Siegen-Wittgenstein und der Stadt Siegen
770 jeweils zur Hälfte Ölgemälde, Zeichnungen und Skizzen aus dem Nachlass ihres Ehemannes.

771 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

772 Saenger wurde als Künstler insbesondere in der NS-Zeit wertgeschätzt und war für
773 hochrangige Auftraggeber im NS-Staat, insbesondere das Propagandaministerium, tätig.
774 Dadurch stellte seine Kunst in den Dienst des NS-Regimes und unterstützte deren Propaganda
775 an exponierter Stelle. Diese problematischen Aspekte sind auf einem Zusatzschild zu
776 erläutern.

777 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

- 778 a) *Adolf Saenger (1884-1961), Bildhauer und Maler, Förderer der nationalsozialistischen*
779 *Kulturpolitik*
780 b) *Adolf Saenger (1884-1961), Bildhauer und Maler – bei der Straßenbenennung 1961*
781 *blieb seine Tätigkeit für Auftraggeber im NS-Staat und damit die Vereinnahmung seiner*
782 *Kunst durch die Nationalsozialisten unberücksichtigt.*

783 Literatur in Auswahl:

784 Adolf Saenger. 23. März 1884-7. Mai 1961, hrsg. von der Stadt Siegen, Siegen 1984.
785 Saenger, Adolf S., in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen
786 Siegen und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL:
787 <http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches->
788 [verzeichnis/](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-) [aufgerufen 21.02.2022]

789

790 **Carl-Dresler-Straße**

791 Benannt nach: Carl Wilhelm Dresler

792 Jahr der Benennung: 1975

793 Zur Person: Carl Wilhelm Dresler, geboren 1877 in Kreuztal, erlangte an der Königlichen
794 Bergakademie in Berlin das Bergreferendar-Examen. Seit 1911 (bis 1947) war als Leiter der
795 Gewerkschaft „Eisenzecher Zug“ in Eiserfeld tätig, unterbrochen von der Teilnahme am Ersten
796 Weltkrieg als Rittmeister von 1914 bis 1916. 1930 (bis 1947) wurde Dresler Mitglied im
797 Aufsichtsrat Siegener AG sowie Direktor der Grube „Storch und Schöneberg“ in Gosenbach.
798 Der Industrielle, Grubendirektor und Königlich Preußische Bergassessor Dresler prägte
799 nachhaltig die Industriekultur im Siegerland und gehört zu den einflussreichen Akteuren des
800 regionalen Eisenerzbergbaus. Darüber hinaus war er sozial engagiert. Auf seine Initiative
801 entstanden etwa die Siedlungen für Bergleute am Kaiserschacht in Eiserfeld und in den
802 „Karpaten“ in Brachbach. Auch zeichnete sich Dresler durch vielfältige ehrenamtliche
803 Tätigkeiten aus: Von 1935 bis 1948 war er erster Vorsitzender des Siegerländer Heimat- und
804 Geschichtsvereins, am Ende Ehrenmitglied. Weiterhin war er Ehrenvorsitzender der Freunde
805 und Förderer des Siegerlandmuseums, des Evangelischen Volksvereins, des Kreisverbands
806 Siegen des Kyffhäuserbundes der Sanitätsbereitschaft des DRK Eiserfeld und anderer mehr.
807 1957 ernannte ihn die Gemeinde Eiserfeld zum Ehrenbürger. Er starb 1971.

808 Dreslers Rolle im Dritten Reich beschränkt sich in der öffentlichen Diskussion im Wesentlichen
809 auf einen persönlichen Schicksalsschlag, nämlich den Tod seiner drei Söhne im Zweiten
810 Weltkrieg. Der mit der Person Dreslers in Verbindung stehende Einsatz von Zwangsarbeitern
811 in der Rüstungsindustrie wird hingegen vielfach nicht thematisiert. Dresler war bereits in der
812 „Zerstörungsphase“ der Weimarer Republik durch antidemokratische Kräfte Mitglied der
813 Deutschen Nationalen Volkspartei (DNVP) (1929) und der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“
814 (1933). Nähe zum Nationalsozialismus ist gemäß Aussage des Eiserfelder NSDAP-
815 Ortsgruppenleiters Walter Daub aus dem Jahr 1939 anzunehmen: „Er erkennt die großen
816 Erfolge der nat[ional] soz[ialistischen] Regierung an und spricht mit einer Hochachtung und
817 Bewunderung vom Führer und seinem Werk [...] Finanziell hat Dresler die Bewegung immer
818 unterstützt, selbst zu einer Zeit, als er noch tonangebend in der DNV[P] war“. Die finanzielle
819 Unterstützung bezeichnete Dresler später vor dem Entnazifizierungsausschuss als „privates
820 Darlehen“. Als Direktor der Gewerkschaft Grube Eisenzecher Zug war Dresler auch am
821 Zwangsarbeitereinsatz beteiligt. Bereits 1942 waren hier die ersten sowjetischen
822 Zwangsarbeitskräfte eingesetzt worden; der Anteil der Zwangsarbeiter im Lager Kaiserschacht
823 betrug im Jahre 1944 zum Beispiel 348 von 882 Beschäftigten. Über die Behandlung der
824 Zwangsarbeiter, für die Dresler als Direktor die Verantwortung trug, liegen aus dem

825 Entnazifizierungsverfahren widersprüchliche Zeugenaussagen vor. So beschrieb ein
826 italienischer Kriegsgefangener in einem Bericht vom Juli 1945 katastrophale Zustände auf der
827 Eisenzeche, mit schwerer körperlicher Arbeit, schlechter Ernährung sowie Gewalttaten und
828 Misshandlungen mit Todesfolge. Dagegen gaben zwei junge Frau aus der Sowjetunion im Juni
829 1947 zu Protokoll, dass Dresler alles tat, damit die jungen Frauen gute Lebensumstände
830 besaßen und sie bei Problemen Unterstützung fanden. Insgesamt zogen sie ein positives Fazit
831 vom Lagerleben und über die Person Dreslers. Bei den beiden Aussagen ist zu berücksichtigen,
832 dass die Arbeit der Männer und Frauen sich unterschied, wie auch aus den Berichten zu
833 entnehmen ist, was sich demnach wohl auf die Arbeitssituation und die Unterbringung
834 auswirkte.

835 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

836 Dreslers Vita umfasst problematische Aspekte wie die Mitgliedschaft in rechtsgerichteten
837 Parteien, die mutmaßliche Nähe zum Nationalsozialismus u. a. durch finanzielle Unterstützung
838 sowie die Beschäftigung in Verbindung mit der zuweilen schlechten Behandlung von
839 Zwangsarbeitern, die auf einem Zusatzschild erläutert werden sollten.

840 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

841 *Carl Wilhelm Dresler (1877-1971), Industrieller, Grubendirektor und königlich-preußischer*
842 *Bergassessor, Ehrenbürger von Eiserfeld – bei der Straßenbenennung 1975 blieben seine*
843 *finanzielle Unterstützung der Nationalsozialisten sowie die Beschäftigung von*
844 *Zwangsarbeitern bei mitunter schlechter Behandlung unberücksichtigt.*

845 Literatur und Quellen in Auswahl:

846 Dresler, Carl Wilhelm, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den
847 Altkreisen Siegen und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL:
848 [http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/)
849 [verzeichnis/](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/) [aufgerufen 21.02.2022]

850 Stadtarchiv Siegen, Bestand 1912, Nr. 159

851

852 **Dr.h.c.Karl-Barichstraße**

853 Benannt nach: Dr. Karl Barich

854 Jahr der Benennung: 2008

855 Zur Person: Karl Barich, geboren 1901 in Dortmund, studierte zunächst Lehramt. Nach dem
856 Examen 1922 änderte er seine berufliche Ausrichtung und nahm ein Studium der
857 Betriebswirtschaft in Köln und Mannheim auf. 1923 trat er der Burschenschaft Hansea
858 Mannheim bei. Im Anschluss an sein Studium zunächst als Dozent an Berufs- und
859 Handelsschulen tätig, wirkte er seit 1937 als Preisprüfer und Sachverständiger auf dem Eisen-
860 und Stahlsektor im Regierungsbezirk Arnsberg. Im Jahr 1940 kam er als Prokurist und Leiter
861 der Hauptverwaltung zu den Geisweider Eisenwerken, in denen Zwangsarbeiter beschäftigt
862 wurden; 1944 beispielsweise 1.073 von 2.280 Beschäftigten. Nach der Machtergreifung trat
863 Barich nicht in die NSDAP ein, besaß aber seit 1933 eine Anwartschaft zum Eintritt in die

864 Allgemeine SS, die er finanziell unterstützte. Weiterhin war er Mitglied im
865 Nationalsozialistischen Lehrerbund (1933), Nationalsozialistischen Fliegerkorps (1941),
866 Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik (1941) und im nationalsozialistisch
867 ausgerichteten Verein für das Deutschtum im Ausland (1937). Nach dem Ende des Zweiten
868 Weltkriegs war Barich Mitglied im Vorstand der Geisweider Eisenwerke. Seit 1947 wirkte er
869 im Vorstand der Hüttenwerk Geisweid AG sowie seit 1951 im Vorstand der neu gegründeten
870 Stahlwerke Südwestfalen AG. Letztere leitete er 1954 bis 1970 als Vorstandsvorsitzender,
871 wobei er das Unternehmen von der Massen- auf die Edelstahlerzeugung umstellte und zur
872 Entwicklung der Stahlwerke Südwestfalen AG zu einem der führenden Unternehmen der
873 europäischen Edelstahlindustrie entscheidend beitrug. In der Nachkriegszeit war Barich
874 zudem einer von elf Stahltreuhändern, die Vorschläge zur Neuordnung der Eisen- und
875 Stahlindustrie unterbreiteten. 1957 verlieh ihm die Wirtschaftshochschule Mannheim die
876 Ehrendoktorwürde. 1966 erfolgte die Auszeichnung mit dem Großen Verdienstkreuz der
877 Bundesrepublik Deutschland sowie 1978 mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern der
878 Bundesrepublik Deutschland. 1970 verlieh ihm die Stadt Hüttental das Ehrenbürgerrecht.
879 Barich starb 1995.

880 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

881 Barichs Vita umfasst problematische Aspekte bezüglich seiner Spenden an die SS, der SS-
882 Anwartschaft und der Mitgliedschaft in NS-Organisationen. In den Geisweider Eisenwerken
883 waren während seiner dortigen Tätigkeit zahlreiche Zwangsarbeiter eingesetzt. Diese Aspekte
884 sollten auf einem Zusatzschild erläutert werden sollten.

885 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

886 *Dr. h.c. Karl Barich (1901-1995), Industrieller, Ehrenbürger der Stadt Hüttental – bei der*
887 *Straßenbenennung 2008 blieben seine Nähe zur SS und Mitgliedschaften in NS-Organisationen*
888 *unberücksichtigt.*

889 Literatur und Quellen in Auswahl:

890 Barich, Karl, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen Siegen
891 und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL:
892 [http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/)
893 [verzeichnis/](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/) [aufgerufen 21.02.2022]

894 Stadtarchiv Siegen, Bestand 1912, Nr. 759

895 **Hans-Kruse-Straße**

896 Benannt nach: Dr. Hans Kruse

897 Jahr der Benennung: 1975

898 Zur Person: Dr. Hans Kruse, geboren 1882 in Iserlohn, absolvierte in Berlin, Leipzig und
899 Marburg ein Studium der Geschichte, Germanistik und Theologie. In Marburg trat er 1902 dem
900 antisemitischen Verein Deutscher Studenten bei. Ebendort promovierte er 1906 mit einer
901 Arbeit zur Lederindustrie im Fürstentum Nassau-Siegen zum Dr. phil. Kruse trat daraufhin in
902 den Schuldienst ein und erhielt 1910 eine Anstellung als Studienrat an der höheren

Töchter Schule in Siegen. Im folgenden Jahr wirkte er maßgeblich an der Gründung des Siegerländer Heimat- und Geschichtsvereins („Verein für Heimatkunde und Heimatschutz im Siegerlande samt Nachbargebieten“) mit. Auch trat er in den Verwaltungsrat des Siegerlandmuseums ein. 1915 war Kruse an der Gründung des Westfälischen Heimatbundes beteiligt. Seit 1920 fungierte er als Herausgeber des Siegerländer Heimatkalenders. Er auch verfasste zahlreiche Beiträge zur Geschichte Siegens und des Siegerlandes. 1927 übernahm Kruse die Leitung des Siegerlandmuseums, das er in der Folge entscheidend neu konzipierte und mit größeren Ausstellungen aufblühen ließ. Auch gründete er die Siegener Stadtbibliothek. Mit der Einrichtung eines hauptamtlichen eingerichteten Stadtarchivs im Jahr 1929, fungierte er zudem als dessen Leiter. Kruse war auch politisch aktiv und zwar seit 1917 in der Deutschen Vaterlandspartei und seit etwa 1925 bis 1933 in der nationalliberalen Deutschen Volkspartei. Allerdings näherte sich Kruse gedanklich sukzessive den Nationalsozialisten und deren Vorstellungswelt an. War betreffendes Gedankengut bereits vor der Machtergreifung bei ihm verhaftet, so tritt seit 1933 die Übernahme nationalsozialistischer Ideologie etwa in eigenen Aussagen, seinen Jahresrückblicken im Heimatkalender, in Lobreden und durch die Kooperation mit dem NS-Regime deutlich hervor. Mutmaßlich war Kruse auch Mitglied der NSDAP. Auch in Kruses Museumsarbeit finden sich entsprechende Spuren. Gemäß nationalsozialistischer Anschauung besaßen Museen einen ideologischen Auftrag zur Volksbildung. Kruse versuchte dies bei Bürgermeister und NS-Funktionären auszunutzen, um eine Erweiterung des Museums und seiner Sammlungen zu erreichen. Inhaltlich fanden im Siegerlandmuseum in den 1930er Jahren mehrere Sonderausstellungen mit dezidiertem Bezug zur NS-Ideologie statt, so die militärhistorische Ausstellung 1935, die Wanderausstellung „Rasse-Sippe-Siedlung“ und die 1938 Bergmanns-Sonderausstellung. Zum Publikum zählten in dieser Zeit neben Schulklassen vornehmlich Angehörige von NS-Organisationen. Kruse starb 1941.

Begründung der Einstufung in Kategorie B:

Kruses Vita umfasst problematische Aspekte wie die offene Unterstützung des NS-Regimes und seine mutmaßliche NSDAP-Mitgliedschaft, die auf einem Zusatzschild erläutert werden sollten.

Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

Dr. Hans Kruse (1882-1941), Historiker und Archivar – bei der Straßenbenennung 1975 blieben sein völkischer Hintergrund und die offene Unterstützung des NS-Regimes unberücksichtigt.

Literatur in Auswahl:

Böttger, Hermann: Hans Kruse 1882-1941, in: Nassauische Lebensbilder, Bd. 5 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau 10,5), hrsg. von Karl Wolf, Wiesbaden 1955, S. 275-284.

Kruse, Hans, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen Siegen und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL: <http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/> [aufgerufen 21.02.2022]

943 Wolf, Thomas: Dr. Hans Kruse (1882 – 1941). Politiker, Archivar und Historiker im
944 Nationalsozialismus – drei Aspekte eines rechten Wissenschaftlers, in: URL:
945 <https://de.slideshare.net/siwiarchiv/dr-hans-kruse> [aufgerufen 21.02.2022]

946

947 **Ostlandstraße**

948 Benannt nach: Ostland (s.u.)

949 Jahr der Benennung: 1955

950 Zur Namensgebung: Im ausgehenden 19. Jahrhundert wurde der Begriff „Ostland“ mit der
951 Forderung nationalistisch-völkischer Kreise zur Kolonisierung des osteuropäischen Raums
952 gemäß mittelalterlichen Vorbilds und dessen Annektierung verbunden, um neuen
953 Lebensraum im Osten zu gewinnen. Dabei wurde ein natürliches Herrschaftsrecht eines
954 überlegenden deutschen Kulturvolks gegenüber einer angeblich minderwertigen slawischen
955 Bevölkerung konstruiert, was auch rasseideologische Vorstellungen einfließen ließ. Der Drang
956 nach Osten in das „Ostland“ stellte dabei ein integrales Element des wilhelminischen
957 Antisemitismus dar, verbunden mit der Forderung nach einer „Germanisierung“ weiter Teile
958 des osteuropäischen Raums. In der Weimarer Zeit propagierten die völkischen Rechten wie
959 auch Adolf Hitler die Wiederaufnahme der kaiserzeitlichen „Ostland-Politik“ unter der Parole
960 „Volk ohne Raum“. Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten blühte die
961 geschürte Ostland-Begeisterung weiter auf. Der Begriff „Ostland“ stand dabei sinnbildlich für
962 Hitlers Intention der „Eroberung von Lebensraum im Osten“. Mit Überfall auf die Sowjetunion
963 im Jahr 1941 wurde ein konkreter Schritt zur Umsetzung der Ostlandpolitik vollzogen. Das
964 Ostland selbst erfuhr dabei durch das im Juli 1941 eingerichtete Reichskommissariat Ostland
965 (Lettland, Litauen, Estland, überwiegender Teil des westlichen Weißrusslands) nunmehr als
966 geographischer Raum eine genauere Definition. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs
967 entstanden in den 1950er und 1960er Jahren viele Ostlandstraßen in Westdeutschland. Die
968 Namensgebung lässt überwiegend auf Verbindungen zum „Ostland“ der Kaiserzeit und des
969 Nationalsozialismus schließen. Dies ist auch in Siegen-Eisern der Fall. Es besteht keine
970 Einbettung der Ostlandstraße in ein Viertel mit Straßennamen nach osteuropäischen Städten
971 in Reminiszenz an die „verlorene Heimat“ der Ostvertriebenen wie zum Beispiel in Köln. Auch
972 handelte sich es bei der Ostlandstraße nicht um eine Wohnsiedlung für Heimatvertriebene.

973 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

974 „Ostland“ ist ein überaus belasteter Begriff durch die Einbindung in nationalistisch-völkisch-
975 rassische wie auch in der Folge nationalsozialistische Vorstellungen. Ein dezidiert Bezug zu
976 Ostvertriebenen, der als Anlass der Namensgebung anzuführen wäre, ist hingegen nur schwer
977 darstellbar. Die besondere Problematik und Bedeutung des Begriffs mit seinen negativ
978 konnotierten Bezügen sollte auf einem Zusatzschild erläutert werden.

979 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

980 „Ostland“: in nationalistisch-völkischen Kreisen Begriff zur Propagierung einer
981 Ostkolonisation im Kaiserreich; unter den Nationalsozialisten verbunden mit der

982 *Vorstellung zur Eroberung von Lebensraum im Osten, 1941 namensgebend für die eroberten*
983 *Gebiete des Reichskommissariats Ostland*

984 Literatur in Auswahl:

985 Opfermann, Ulrich Friedrich: „Naer Oostland willen wij rijden“. Von einer Straße [Siegen-
986 Eisern], die ins Ostland weist, in: Siegener Beiträge 15 (2010), S. 259-264.

987

988 **Otto-Krasa-Weg**

989 Benannt nach: Otto Krasa

990 Jahr der Benennung: 1975

991 Zur Person: Otto Krasa, geboren 1890 in Radungen (Radziunz), kam aus beruflichen Gründen
992 ins Siegerland, wo er seit 1911 in Gosenbach zunächst Volksschullehrer, später Hauptlehrer
993 war. Krasa engagierte sich in besonderem Maße für die Heimatkunde und führte vor allem
994 seit den 1930er Jahren Geländegänge, Ausgrabungen und archäologische Experimente durch.
995 Sein vornehmliches Interesse galt der Eisenverhüttung, so dass er zahlreiche
996 Verhüttungsplätze und Schlackenhalde n ergrub. Seine Motivation lag in der Entdeckung und
997 dies nach Möglichkeit als erste Person. Eine Auswertung der Befunde und Funde führte er
998 hingegen kaum durch. Trotzdem erreichten seine Hypothesen und Forschungsergebnisse
999 weite Verbreitung und trugen zu großer Bekanntheit Krasas bei. Bereits frühzeitig war er vom
1000 30. Juni 1927 bis zum 1. Januar 1928 sowie ab dem 18. Januar 1928 Mitglied der NSDAP. Aus
1001 ungeklärten Gründen, vermutlich wegen der Unvereinbarkeit von verbeamteter Tätigkeit im
1002 öffentlichen Dienst einerseits und Mitgliedschaft in der NSDAP und der KPD andererseits, war
1003 er ab einem nicht bekannten Zeitpunkt kein Parteimitglied mehr. Zum 1. Mai 1933 erfolgte
1004 der Wiedereintritt in die NSDAP. Darüber hinaus war Krasa seit dem 1. April 1933 Mitglied im
1005 Nationalsozialistischen Lehrerbund, der ihn in einem Gutachten als „guten
1006 Nationalsozialisten“ beschrieb. Am 1. November 1933 wurde er Funk- und Pressewart der
1007 lokalen SA-Reserve, bei der er zuletzt im Rang eines Truppführers stand. Nach Aussage im
1008 Entnazifizierungsverfahren diente seine Mitgliedschaft in der SA der Stärkung seiner Position
1009 als Lehrer an der Volksschule gegenüber dem Ortsgruppenleiter der NSDAP. Schließlich trat
1010 der 1937 dem Reichsluftschutzbund bei. Seine heimatkundliche Arbeit betreffend, ist eine
1011 inhaltliche Gleichschaltung bzw. ideologische Vereinnahmung im Gegensatz zu anderen
1012 Wissenschaftlern im Siegerland nur bedingt auszumachen. Seine Tätigkeiten während der NS-
1013 Zeit dienten Krasa nach eigener Aussage allein dem eigenen beruflichen Fortkommen und der
1014 ungestörten Weiterarbeit auf dem Gebiet der Heimatkunde – er nutzte das System demnach
1015 für seine eigenen Zwecke aus. Nichtsdestotrotz findet sich auch in seinen Arbeiten aus der NS-
1016 Zeit die Rekonstruktion völkischer Zugehörigkeit prähistorischer Menschen im Siegerland.
1017 Diese Vorstellungen blieben auch in Arbeiten der Nachkriegszeit enthalten, so dass das Ende
1018 der NS-Zeit für Krasa keinen inhaltlichen Neuanfang bedeutete, sondern vielmehr einen
1019 „Neuanfang ohne Vergangenheitsbewältigung“ (Zeiler 2012, S. 261) darstellte.

1020 Nach dem Ende der NS-Zeit wurde Krasa aus dem Schuldienst entlassen. Der Gosenbacher
1021 Gemeinderat verweigerte ihm im Mai 1947 trotz Lehrermangels die Wiedereinstellung, weil
1022 er an der Schule nicht gern gesehen sei. Im August 1947 stufte der Entnazifizierungsausschuss

1023 Krasa in die Kategorie IV „untragbar“ ein, weil „sehr aktiv in der Interessenvertretung der
1024 Partei“ sowie „sehr unsozial und aggressiv“ gewesen sei. Hans Beck, Assistent an der
1025 Vorgeschichtlichen Abteilung des Landesmuseums für Vor- und Frühgeschichte in Münster
1026 und archäologischer Weggefährte Krasas, hatte bereits im Vorfeld in einem Brief an seinen
1027 Vorgesetzten, den Abteilungsleiter August Stieren, Zweifel an einer Rehabilitierung und
1028 Wiedereinsetzung in den Lehrerberuf in Kenntnis der Entnazifizierungsbestimmungen
1029 geäußert, was an einer untergeordneten Rolle Krasas in der NS-Zeit zweifeln lässt. Mit Beck
1030 und Stieren als Fürsprechern erreichte Krasa jedoch die Wiedereinsetzung als Hauptlehrer im
1031 Dezember 1947. Danach setzte er sich für seine politische Rehabilitierung ein und erreichte
1032 die Wiederaufnahme seines Entnazifizierungsverfahrens. 1949 erfolgte die Einstufung in die
1033 Kategorie V „tragbar“.

1034 In der Folge widmete sich Krasa weiterhin seinen Ausgrabungen. Auf seine Initiative hin wurde
1035 am 13. Oktober 1958 der Heimatverein Gosenbach gegründet, als dessen erster Vorsitzender
1036 er fungierte. 1970 wurde er zum Ehrenbürger der Stadt Eiserfeld ernannt. Krasa starb 1972.
1037 Damit endete eine Ära der archäologischen Arbeit im Siegerland. Nachfolgende Forschungen
1038 basieren noch heute auf seiner Tätigkeit, so dass er noch immer die Archäologie zum
1039 eisenzeitlichen Siegerland beeinflusst.

1040 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

1041 Krasa schloss sich bereits vor 1930 der NSDAP an (sogenannter „Alter Kämpfer“) und zeichnete
1042 sich somit aus Sicht der NS-Elite durch besondere politische Zuverlässigkeit aus. Als
1043 weitergehender Schritt der Anbiederung und Identifizierung mit dem NS-Regime und dem
1044 Nationalsozialismus ist seine Mitgliedschaft in der SA anzusehen. Dabei nutzte er das System
1045 zu seinem persönlichen Vorteil aus. Besondere Belastung der Person deutet sich im
1046 Entnazifizierungsverfahren an, wobei konkrete Taten im Dunkeln bleiben. Nach dem Ende
1047 Nationalsozialismus blieb bei Krasa ein inhaltlicher Neuanfang aus. Seine archäologischen
1048 Arbeiten waren weiterhin von überkommenem, völkischem Gedankengut geprägt. Die
1049 Biographie Krasas ist aus Sicht des Arbeitskreises nicht ausreichend erforscht, um eine
1050 Umbenennung inhaltlich zu rechtfertigen. Insofern war Krasa in die Kategorie B einzustufen.

1051 *Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:*

1052 *Otto Krasa (1890 – 1972), war einer der Begründer der Siegerländer Frühgeschichtsforschung.*
1053 *Er erwarb sich insbesondere durch Ausgrabungen früher Verhüttungsplätze große*
1054 *Bekanntheit. Seit den zwanziger Jahren war er aktiver Nationalsozialist und eine der*
1055 *treibenden Kräfte der NS-Bewegung in Gosenbach. 1970 wurde er zum Eiserfelder Ehrenbürger*
1056 *ernannt.*

1057 Literatur in Auswahl:

1058 Zeiler, Manuel: Otto Krasa. Ein Heimatforscher in der Pionierphase der prähistorischen
1059 Archäologie, in: Siegener Beiträge 17 (2012), S. 247-270.

1060

1061

1062

1063 **Tannenbergstraße**

1064 Benannt nach: Schlacht bei Tannenberg

1065 Jahr der Benennung: 1915

1066 Zur Namensgebung: Vom 26. bis zum 30.08.1914 fand im Ersten Weltkrieg die sogenannte
1067 Schlacht bei Tannenberg statt, in der die 8. Armee unter Hindenburg und Ludendorff die
1068 zahlenmäßig überlegene russische Narev-Armee besiegte. Erst nach der Schlacht wurde der
1069 Ort des Geschehens aus propagandistischen Gründen nach Tannenberg verlegt, um dem im
1070 19. Jahrhundert wachsenden polnischen Grunwaldmythos (Schlacht bei Tannenberg 1410)
1071 einen deutschen Sieg entgegenzusetzen. Der militärische Erfolg begründete den Personenkult
1072 um Paul von Hindenburg als „Held von Tannenberg“ und „Befreier Ostpreußens“. Gerade in
1073 rechtsnational gesinnten Kreisen wurde in der Folge wiederholt auf Tannenberg Bezug
1074 genommen, was einen Höhepunkt im Bau des Tannenberg-Denkmal 1924-1927 fand. Unter
1075 den Nationalsozialisten wurde Tannenberg als Symbol für bedingungslose Aufopferung und
1076 zur Förderung des Hindenburg-Mythos instrumentalisiert, um auf diese Weise die eigene
1077 Propaganda zu befördern.

1078 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

1079 Der Straßenname besitzt einen eindeutigen Bezug zur Schlacht bei Tannenberg, die von den
1080 Nationalsozialisten in besonderem Maße ideologisch und propagandistisch herangezogen
1081 wurde (Tannenbergmythos). Dieser Bezug sollte auf einem Zusatzschild erläutert werden.

1082 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

1083 *Schlacht bei Tannenberg 1914 – der Tannenbergmythos begründete den Personenkult um Paul*
1084 *von Hindenburg, vereinnahmt von der nationalsozialistischen Propaganda*

1085 Literatur in Auswahl:

1086 von Hoegen, Jesko: Der Held von Tannenberg. Genese und Funktion des Hindenburg-Mythos
1087 (1914–1934), Köln 2007.

Anlage 1: Kriterien für zukünftige Straßenbenennungen – Empfehlungen des AK Straßennamen

Allgemeine Regelungen

Jeder Straßenname kommt im ganzen Stadtgebiet nur einmal vor.

Straßennamen sollen einprägsam sein, gleichlautende oder ähnliche, verwechslungsfähige Namen sind zu vermeiden.

Die Straßenbezeichnung sollte eine Länge von 25 Zeichen inklusive Leerzeichen nicht überschreiten. Es gelten die Regeln der deutschen Rechtschreibung zum Zeitpunkt der Benennung.

Die Straßennamen sollen lokalen und regionalen Bezug haben.

Historische Flur- und Gewannnamen, die infolge einer Überbauung wegfallen, sollen nach Möglichkeit erhalten bleiben und sind daher bevorzugt zu vergeben.

Eine Benennung nach aktuellen Firmennamen erfolgt grundsätzlich nicht.

Anlage 1: Kriterien für zukünftige Straßenbenennungen – Empfehlungen des AK Straßennamen

Straßenbenennung nach Personen

Die Einschätzung einer Person kann sich im Laufe der Zeit ändern. Daher ist bei der Benennung von Straßen nach Personen Zurückhaltung geboten.

Die Straßenbenennung dient der Ehrung und Erinnerung an eine verdiente Persönlichkeit.

Eine Person muss herausragende individuelle Leistungen und Verdienste aufzeigen, deren Bedeutung nach Gemeinsinn, Sachkenntnis, Tatkraft und Tragweite für das Gemeinwohl zu bemessen ist. Kriterien stellen zum Beispiel der Einsatz für Gemeinwohl, Demokratie und Rechtsstaat, besondere Leistungen in Wissenschaft, Kultur, Sport etc. oder Opfer von Gewalt und Vertreibung dar.

In der gleichen Weise muss der Hintergrund einer Person abgeklärt sein, so dass sie nicht gegen die Prinzipien der Humanität und der Menschenrechte gehandelt hat beziehungsweise ihr Handlungen mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder die Propaganda dafür nachgewiesen werden können.

Eine Verbindung der Persönlichkeit zur Stadt Siegen muss bestehen (Geburtsort, Wirkungsstätte).

Straßen werden nur nach bereits verstorbenen Personen benannt und zwar frühestens zehn Jahre nach deren Ableben.

Bei der Benennung nach Personen aus neuer Zeit sind die nächsten noch lebenden Angehörigen vor einer Entscheidung zu hören, soweit dies mit vertretbarem Aufwand möglich ist.

Frauen sind bei Straßenbenennungen verstärkt zu berücksichtigen, weil sie im Straßenbild unterrepräsentiert sind.

Bei der Benennung werden stets Vorname und Nachname verwendet, um die eindeutige Identifizierung zu gewährleisten. Auf die Nennung von Titeln ist zu verzichten. Die Schreibweise folgt den Angaben der amtlichen Dokumente.

Anlage 1: Kriterien für zukünftige Straßenbenennungen – Empfehlungen des AK Straßennamen

Umbenennung und Kommentierung

Ergeben sich zu einer Person im Nachhinein Erkenntnisse über deren Wertvorstellungen, die im Widerspruch zu den Grundsätzen der Verfassung oder der Menschenrechte stehen, oder über deren aktive Beteiligung an Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder gruppenbezogenem menschenfeindlichen Handeln, insbesondere Antisemitismus, Rassismus, Homophobie oder wenn diese Person durch eine rassistische oder militant-autoritäre Haltung zu Volksverhetzung und Gewalt beigetragen hat, werden die Optionen zur Straßenumbenennung wie auch zur Kommentierung verfolgt. Dies gilt auch für die Benennungen nach historischen Anlässen und Objekten.

Betrifft die Umbenennung den Namen einer Persönlichkeit, so sollten vor einer Entscheidung die nächsten noch lebenden Angehörigen gehört werden.

Die Kommentierung soll gegenüber einer Umbenennung der historischen Auseinandersetzung und der Aufklärung über Personen und Ereignisse dienen und die Distanzierung nach den Maßstäben der Demokratie und Achtung der Menschenrechte sichtbar machen.

Schilder zur Kommentierung von Personen haben folgende Struktur:
Benennung, Geburts- und Sterbejahr, Beruf, kritische Kommentierung, QR-Code.

Ergänzend zum Zusatzschild ist ein ausführlicheres Biogramm zu erstellen, das über QR-Code aufgerufen werden kann.

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

19.10.2022

Kurzbezeichnung:

Abschlussbericht des Arbeitskreises "Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen"

Antrag der Fraktionen SPD und Volt

s. Anlage



An die Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister
Steffen Mues
Rathaus Siegen
Markt 2

57072 Siegen

Siegen, den 19.10.2022

**Antrag zum Tagesordnungspunkt 5 „Abschlussbericht des Arbeitskreises
"Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen"" der Sitzung des
Rates am 19.10.2022**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

die unterzeichnenden Fraktionen im Rat der Universitätsstadt Siegen bitten, folgenden Antrag in der o. g. Sitzung des Rates der Universitätsstadt Siegen unter Tagesordnungspunkt 5 „Abschlussbericht des Arbeitskreises "Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen"" zur Abstimmung zu stellen. Die einzelnen Punkte bitten wir, getrennt abzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt:

1. Die Hindenburgstraße wird umbenannt.
2. Die Lothar-Irle-Straße wird umbenannt.
3. Die Stöckerstraße wird mit dem Verweis auf Helene Stöcker umgewidmet.
4. Die Bergfriederstraße wird umbenannt.
5. Die Adolf-Wagner-Straße, Porschestraße und Diemstraße werden aktuell nicht umbenannt und zur weiteren Behandlung zurück in den Arbeitskreis verwiesen.
6. Die Graf-Luckner-Straße wird aufgrund nicht berücksichtigter Fakten erneut in den Arbeitskreis zur Beratung überwiesen.
7. Darüber hinaus soll den Empfehlungen des Arbeitskreises gefolgt werden.

Begründung:

Zu 1.:

Der Empfehlung des Arbeitskreises wird gefolgt.

Zu 2.:

Der Empfehlung des Arbeitskreises wird gefolgt.

Zu 3.:

Die Empfehlung des Arbeitskreises lautete, die Straße umzubenennen. Die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner haben dazu den konstruktiven Vorschlag gemacht, die Straße nach Helene Stöcker, einer deutschen Frauenrechtlerin, Sexualreformerin, Pazifistin und Publizistin, die 1905 den Bund für Mutterschutz gründete, umzuwidmen. Dem Vorschlag der Anwohnerinnen und Anwohner soll gefolgt werden.

Zu 4.:

Der Empfehlung des Arbeitskreises wird gefolgt.

Zu 5.:

Abweichend von der Empfehlung des Arbeitskreises werden die Straßen Adolf-Wagner-Straße, Porschestraße und Diemstraße aktuell nicht umbenannt. Die Biografien der betroffenen Personen sollen durch den Arbeitskreis noch tiefgreifender untersucht werden.

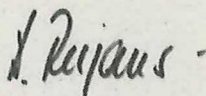
Zu 6.:

Es gibt neue Hinweise, dass Graf Luckner pädophile Neigungen gehabt haben soll und diese auch ausgelebt habe, die noch nicht in den Abschlussbericht des Arbeitskreises eingeflossen sind. Diese Hinweise sollen auf ihre Belastbarkeit hin vom Arbeitskreis untersucht werden und aufgrund dieser Erkenntnisse eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen abgegeben werden.

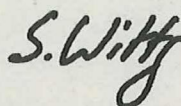
Zu 7.:

Die weiteren Empfehlungen des Arbeitskreises sollen aufgegriffen und umgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Detlef Rujanski
Vorsitzender der
SPD-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen



Samuel Wittenburg
Vorsitzender der
Volt-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 2
Bereich: Kulturförderungen und -veranstaltungen
Bearbeitet von: Sarah Wissenbach

Siegen, 30.09.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Rat **19.10.2022**

Kurzbezeichnung:

Projekt "Zeit Raum Region. Das neue Siegerlandmuseum"
Eckpunkte für die Verhandlungen zur privatwirtschaftliche Umsetzung durch den Förderverein des Siegerlandmuseums

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung in den aufzunehmenden Verhandlungen mit dem Förderverein des Siegerlandmuseums und des Oberen Schlosses e.V. zur Umsetzung des Projektes Erweiterung des Siegerlandmuseums verbindlich einen einmaligen städtischen Investitionszuschuss von 3 Mio. Euro einzuplanen.

Die jährlichen Folgekosten für Betriebskosten von bis zu 600.000 Euro, eine eventuell erforderliche Miete von bis zu 120.000 Euro sowie die für den Investitionszuschuss zu tragenden Finanzierungskosten von mindestens rd. 150.000 € (Summe: mind. rd. 870.000 €) sind in den Haushalten der Folgejahre einzuplanen.

Sachverhalt / Begründung:

Der Rat fasste kürzlich in seiner Sitzung am 14.09.2022 folgenden Beschluss (VL 1018/2022):

„Der Rat der Universitätsstadt Siegen begrüßt die privatwirtschaftliche Umsetzung des Projektes durch den Förderverein (des Siegerlandmuseums und des Oberen Schlosses e. V.) Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der dargestellten Alternativplanung die Umsetzung und insbesondere die rechtlichen und finanziellen Auswirkungen wie auch die künftigen Nutzungsbedingungen einschließlich der Betriebskosten zu prüfen und dem Rat vorzulegen.“

Im Nachgang zur Sitzung formulierte der Förderverein gegenüber der Verwaltung, dass es zur Aufrechterhaltung der zugesagten Spenden insbesondere aus steuerrechtlicher Sicht einer konkreteren Absichtserklärung bedürfe um das Gebot einer zeitnahen Mittelverwen-

derung nach der Abgabenordnung gegenüber der Finanzverwaltung mit fester Absicht darzulegen. Sollte dieser Nachweis nicht erfolgen, so müssen möglicherweise Spendengelder zurückgegeben werden. Im schlimmsten Fall droht auch der Verlust der Anerkennung der Gemeinnützigkeit. Dieser Argumentation kann nach Prüfung und aus Sicht der Verwaltung gefolgt werden.

Die im Beschluss genannten Eckpunkte sind diejenigen, welche im gesamten Projektprozess beraten und mitgetragen wurden.

Der einmalige Investitionszuschuss zur Umsetzung der Maßnahme wurde vom Rat bereits im Zusammenhang der vergangenen Förderanträge auf 3 Mio. Euro gesetzt und begrenzt.

Die Aufstellung der Betriebskosten (Gesamt, einschl. Personal) wurde im ersten Förderantrag seitens der Verwaltung auf ca. 900.000 Euro kalkuliert. Der Rat wies darauf hin, dass die Betriebskosten um mindestens ein Drittel zu reduzieren seien. Daher wird hier eine Obergrenze von 600.000€ dargestellt. Diese Obergrenze ist nach zwischenzeitlich erfolgter Neukalkulierung auch realistisch einzuhalten.

Im kommunizierten Konzept der Alternativplanung des Fördervereins (Anlage zur VL 1018/22) wird dargestellt, dass möglicherweise nach Übergabe des fertiggestellten Museums eine Miet- oder Pachtzahlung durch die Stadt an den Verein erfolgen muss. Die Höhe ist abhängig von vom Verein zu bewältigenden Darlehen, sofern Zuschüsse und Spenden nicht ausreichen. Dass diese nicht komplett ausreichen werden erscheint wahrscheinlich. In den ersten Berechnungen wurden diese mit bis zu 100.000 – 120.000 Euro/anno kalkuliert. Daher soll auch hier die Grenze zunächst bei 120.000 Euro festgelegt sein.

Die Eckpunkte sind tauglich, die feste Absicht der Universitätsstadt Siegen zur Maßnahme gegenüber dem Verein und mittelbar gegenüber der Steuerbehörde zu dokumentieren.

Die Eckpunkte bilden ebenfalls einen vom Rat vorab festgelegten Rahmen für die anstehenden detaillierten rechtlichen und finanziellen Prüfungen und Verhandlungen von Verwaltung und Förderverein.

Zu berücksichtigen ist, dass sich die Finanzierungskosten aufgrund der deutlich gestiegenen Zinssituation in den letzten Monaten erhöht haben. Insofern muss aus jetziger Sicht mit höheren Finanzierungskosten gerechnet werden, die hier mit rund 150.000 € kalkuliert werden. Die Kalkulation mit höheren Finanzierungskosten gilt indes für sämtliche städtische Vorhaben, sofern die Wahrscheinlichkeit unterstellt wird, dass das Zinsniveau nicht wieder sinkt.“

Es erscheint für die Zukunft nicht ausgeschlossen, dass sich Fördermöglichkeiten von Bund oder Land ergeben. Sofern die jeweilige Förderkulisse geeignet erscheint das Projekt zu fördern und somit die Stadt (oder mittelbar den Förderverein) finanziell zu entlasten, so sollte die Verwaltung die entsprechenden Anträge stellen.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme 3 Mio. Investitionszuschuss 870.000 € Betriebskosten p.a.	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---	-----------------------	--------------------------	--	---

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
---	---	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

i.V.

gez.

Arne Fries

Beigeordneter

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bearbeitet von: Wolfgang Cavelius

Siegen, 17.10.2022

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

19.10.2022

Kurzbezeichnung:

Projekt "Zeit Raum Region. Das neue Siegerlandmuseum"
Eckpunkte für die Verhandlungen zur privatwirtschaftliche Umsetzung durch den
Förderverein des Siegerlandmuseums – Abweichende Stellungnahme -

Sachverhalt / Begründung:

Verwiesen wird zunächst auf meine abweichenden Stellungnahmen zu den Vorlagen Nr. 559/2021, 3084/2020 und 3086/2020.

Im Beschlussvorschlag der aktuellen Verwaltungsvorlage werden die jährlichen Folgekosten auf **870 T€** beziffert, die in den Haushalten der Folgejahre einzuplanen sind. Die „Abstimmung mit dem Stadtkämmerer“ ist zwar erfolgt, allerdings dergestalt, dass aus finanzwirtschaftlichen Gründen die Vorlage nicht mitgetragen wird.

Die jährliche zusätzliche Haushaltsbelastung von annähernd 900 T€ (mit steigender Tendenz!) ist vor dem Hintergrund weiterer Großprojekte mit erheblichen Folgekosten (z. B. Hallenbad Weidenau!) und vor dem Hintergrund der derzeitigen wirtschaftlichen Gesamtsituation finanzwirtschaftlich nicht zu verantworten.

Der Haushalt der Stadt wird in den kommenden Jahren durch voraussichtliche Steuerausfälle (Rezession), höhere Personalkosten sowie höhere Kosten für Energie, Zinsen und Sozialtransfers in hohem Maße negativ beeinflusst. Wenn dann noch selbst verursachte erhebliche Mehraufwendungen hinzukommen, wird sich die Schuldenspirale immer weiter drehen.

Von daher ist es aus meiner Sicht angezeigt, sich gerade im investiven Bereich Zurückhaltung bei der Realisierung von neuen Projekten in nicht-pflichtigen Aufgabenbereichen aufzuerlegen. Mindestens sollten klar Prioritäten gesetzt werden.

Der Beschlussvorschlag kann daher nicht mitgetragen werden.

i.V.

gez.

Wolfgang Cavelius
I Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Rathaus Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
18. Okt. 2022	
GB 2	PR
Abt. 214	INSTITUTE

Ø 311

Ø 414

Siegen, 17. Oktober 2021

Antrag gemäß §9 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 22.09.2021

Betreff: Änderungsantrag zu VL 1070/2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit bitten wir darum, den folgenden Änderungsantrag den Ratskolleg*innen als Tischvorlage zur Verfügung zu stellen.

Beschlussvorschlag:

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag bleibt bestehen, Punkt 2 wird ergänzt.

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung in den aufzunehmenden Verhandlungen mit dem Förderverein des Siegerlandmuseums und des Oberen Schlosses e.V. zur Umsetzung des Projektes Erweiterung des Siegerlandmuseums verbindlich einen einmaligen städtischen Investitionszuschuss von 3 Mio. Euro einzuplanen. Die jährlichen Folgekosten für Betriebskosten von bis zu 600.000 Euro, eine eventuell erforderliche Miete von bis zu 120.000 Euro sowie die für den Investitionszuschuss zu tragenden Finanzierungskosten von mindestens rd. 150.000 € (Summe: mind. rd. 870.000 €) sind in den Haushalten der Folgejahre einzuplanen.
2. *Bei der Prüfung der Nutzungsmöglichkeiten für den zweiten (kleineren) Bunker werden die Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen priorisiert berücksichtigt.*

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

S. Wittenburg

Samuel Wittenburg
Fraktionsvorsitzender

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: ESi

Siegen, 29.08.2022

Bearbeitet von: Herrn Quandel

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss

16.09.2022

Rat

19.10.2022

Kurzbezeichnung:

Betriebsabrechnung Abwasserbeseitigung 2021 und Grundlage der Gebührenkalkulation

Beschlussvorschlag:

1. Der Erläuterungsbericht zur Betriebsabrechnung Abwasserbeseitigung 2021 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsabrechnungsbogen (BAB) 2021 wird festgestellt und den Gebührenkalkulationen 2023 – 2025 zugrunde gelegt.

Sachverhalt / Begründung:

Weiterer Vortrag erfolgt bei Bedarf mündlich in der Sitzung.

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

gez.	gez.
Stephan Roth	Christof Quandel
Betriebsleitung	

Anlagen:

1. [Betriebsabrechnung Abwasserbeseitigung 2021](#)

**Betriebsabrechnung
Abwasserbeseitigung
2021**

**FÜNF
UND
ZWANZIG
JAHRE**



Erfolgreich für den Umweltschutz

mit

Erläuterungsbericht



Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. 25. Jahr Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi)	4
1. Betriebsbeschreibung, Organisation und Grundlagen des Betriebes	4
1.1 Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen	4
1.2 Betriebsbeschreibung	5
1.3 Aufbau und Struktur des Betriebes	6
1.4 Kaufmännisches Rechnungswesen	7
1.5 Betriebsgröße und technische Struktur	8
1.6 Besonderheiten	8
2. Jahresergebnis	11
2.1 Analyse des Jahresergebnisses	11
II. Kostenrechnung	12
1. Gebührenrelevante Kosten und Erträge	12
1.1 Betriebsabschluss – Abwasserbeseitigung	12
1.2 Erläuterung des Abrechnungssystems	15
1.2.1 Abrechnungsspezifische Ziele	15
1.2.2 Erläuterung der Kostenarten und Kostenstellenrechnung	15
1.2.3 Grundsätze der Kostenermittlung und -verteilung	15
2. Erläuterung der Abgrenzungsrechnung	16
2.1 Abstimmung des Jahresergebnisses mit der Wirtschaftsrechnung	16
2.2 Ausgliederung in der neutralen Rechnung	16

3. Kostenstrukturanalyse	17
3.1 Zeitvergleich der Kostenartenanteile	17
3.2 Fremdkapitalzinsen	19
4. Einnahmen	20
4.1 Abgrenzung der Einnahmen	20
4.2 Haupteinnahmen – Kanalbenutzungsgebühren	20
4.3 Entwicklung der Kanalbenutzungsgebühren	21
5. Ergebnis der Kostenrechnung	22
5.1 Ergebnisrechnung – Erfolgsplan	22
5.2 Jahresergebnis – Gewinn- und Verlustrechnung	22
5.3 Gebührenrechnung	22
5.4 Kostendeckung Nebenkostenstellen	23

III. Betriebsabrechnungsbogen	24/25
--------------------------------------	-------

I. 25. Jahr Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi)

1. Betriebsbeschreibung, Organisation und Grundlagen des Betriebes

1.1 Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 18.12.1996 die Bildung einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen“ - ESi - (ehemals Amt für Stadtentwässerung/Wasserbau) zum 01.01.1997 beschlossen. Die Betriebssatzung gemäß §§ 7 und 114 GO in Verbindung mit der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) wurde in der Ratssitzung am 12.02.1997 beschlossen und trat am 11.03.1997 in Kraft. Die Betriebssatzung wurde zuletzt durch Beschluss des Rates vom 19.06.2019 mit Wirkung ab 01.01.2020 geändert. Der Sitz des Betriebes ist Siegen. Die Abteilungen des ESi sind auf dem Gelände der Kläranlage Siegen im Goldammerweg 30 untergebracht, der Einsatzbereich Kläranlage Weidenau liegt in der Bismarckstraße 85 in Weidenau.

Betriebsleitung

Technischer Betriebsleiter

Stephan Roth

Dipl.-Ing.

Kaufmännischer Betriebsleiter

Christof Quandel

Bilanzbuchhalter / Steuerfachwirt

Betriebsausschuss

Bestehend aus 13 Mitgliedern, vom Rat gewählt am 04.11.2020

(Stand: 31.12.2021)

Vorsitzender:

Maik Harnacke (Stv.)

Stellv. Vorsitzender:

Torsten Schoew (Stv.)

CDU-Fraktion:

Ordentliche Mitglieder

Olaf Jagielski (s.B.)

Jürgen Stinner (Stv.)

Christa Schlenther (Stv.)

Maik Harnacke (Stv.)

Stellvertreter

Bernd-Dieter Ferger (s.B.)

Sonja-Melanie Koch (s.B.)

Ingo Janson (s.B.)

Rüdiger Heupel (Stv.)

SPD-Fraktion:

Ordentliche Mitglieder

Klaus Eckhardt (Stv.)

Verena Böcking (Stv.)

Karl-Wilhelm Kirchhöfer (s.B.)

Stellvertreter

Felix Hof (Stv.)

Harold Solms (s.B.)

Karl-Adolf Fries (s.B.)

Fraktion BÜNDNIS 90

/ DIE GRÜNEN:

Joachim Boller (Stv.)

Bernd Mäckeler (s.B.)

Ansgar Cziba (Stv.)

Eckard Wüst (s.B.)

UWG-Fraktion:

Franz Englert (Stv.)

Robert Grisse (Stv.)

FDP-Fraktion:

Torsten Schoew (Stv.)

Markus Nüchtern (Stv.)

DIE LINKE - Fraktion

Yilmaz Dil (Stv.)

Runu Frank Knips (s.B.)

AfD-Fraktion

Michael Schwarzer (Stv.)

Oswald Schulz (s.B.)

1.2 Betriebsbeschreibung

Aufgrund des § 53 LWG obliegt der Stadt Siegen die Abwasserbeseitigung. Zu diesem Zweck betreibt und unterhält die Stadt Siegen öffentliche Abwasseranlagen.

Für alle Aufgaben der öffentlichen Abwasserbeseitigung und -reinigung wurde das gesamte Vermögen zum 01.01.1997 auf den Eigenbetrieb zum Teilwert (Wiederbeschaffungs-Restbuchwert) übertragen.

Die hoheitliche Aufgabe der Abwasserbeseitigung wird seit dem 01.01.1997 vom ESi für die Stadt Siegen als eigenbetriebsähnliche Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit in Form eines Sondervermögens durchgeführt.

Zielsetzung der Gründung des ESi war, neben der wirtschaftlichen und ökologischen Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes, eine größere Kostentransparenz zu erzielen. Maßgeblich sind laut Betriebssatzung die Interessen der Gebührenzahlerinnen und -zahler zu berücksichtigen, und zwar ohne Gewinnerzielungsabsicht.

1.3 Aufbau und Struktur des Betriebes

Aufgaben des ESi im Einzelnen:

1. Abwasserableitung; Planung, Bau, Unterhaltung, Betrieb und Verwaltung von Anlagen zum Erfassen und Ableiten von Abwässern
2. Abwasserreinigung; Planung, Bau, Unterhaltung, Betrieb und Verwaltung von Anlagen zur Abwasserreinigung sowie Klärschlammverwertung
3. Mitwirkung bei der Bauleitplanung sowie sonstigen Planungen, soweit Belange der Stadtentwässerung berührt werden
4. Mitwirkung bei Baugenehmigungen
5. Technische und kaufmännische Betreuung des Abwasserverbandes Siegen-Kirchen
6. Technische Beratung von abwasserrelevanten Industrie- und Gewerbebetrieben bei Planung und Betrieb von Abwasserbehandlungsanlagen
7. Service und Beratung für die Bürginnen und Bürger der Stadt Siegen in allen Fragen der Abwasserbeseitigung

Zusätzlich zu der gesetzlichen Verpflichtung nach § 53 LWG (Landeswassergesetz) werden in Geschäftsbesorgung für die Stadt Siegen folgende Aufgaben wahrgenommen:

1. Wasserbau; Planung, Bau, Unterhaltung, Betrieb und Verwaltung von Anlagen des Wasserbaus und der Wasserwirtschaft
2. Reinigung der Regeneinlässe in den öffentlichen Straßen der Stadt Siegen

1.4 Kaufmännisches Rechnungswesen

Der Entsorgungsbetrieb erstellt nach den Maßgaben der Eigenbetriebsverordnung und des Handelsgesetzbuches einen Jahresabschluss mit Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht. Dem internen Rechnungswesen liegen die Werte des externen Rechnungswesens zugrunde. Das kaufmännische Rechnungswesen mit dem Prinzip der periodengerechten Abgrenzung der Aufwendungen und Erträge führt intern zu bestmöglicher Transparenz von Mittelherkunft und -verwendung. Die im Rahmen der Innenfinanzierung erwirtschafteten Abschreibungen können so zweckentsprechend für Investitionen im Rahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes verwendet werden.

Neben der autonomen Finanz- und Betriebsbuchhaltung lässt ESi den Gebühreneinzug für die Niederschlagswassergebühr und die Personalverwaltung als Dienstleistung von der Stadtverwaltung Siegen erbringen. Die Kanalbenutzungsgebühren (Schmutzwasser) werden nach den Frischwasser-verbrauchsdaten im Namen von ESi durch die SVB (Siegener Versorgungsbetriebe GmbH) veranlagt und von den Nutzern eingezogen.

Die kaufmännische und technische Verwaltung des Abwasserverbandes Siegen-Kirchen wird durch den ESi wahrgenommen.

Der Jahresabschluss wird von der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen nach den üblichen internen Modalitäten erstellt. Die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung ist gewährleistet und wird von der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „8P Treuhand GmbH, Siegen“ testiert. Die Abschreibungen der Betriebsabrechnung entsprechen den Abschreibungen der Finanzbuchhaltung und werden nach handelsrechtlichen Grundsätzen ermittelt. Die Restbuchwerte des Anlagevermögens (nach Anschaffungs- und Herstellungskosten) abzüglich des Abzugskapitals (Zuschüsse) werden kalkulatorisch mit 2,0% verzinst.

1.5 Betriebsgröße und technische Struktur

Gesamt

Beschäftigte 2021

ESi Ø	79
beim Abwasserverband Siegen-Kirchen Ø	6

Alle Arbeitsplätze sind leistungsfähig und zeitgemäß ausgestattet. Der Betrieb verfügt über eine virtualisierte Serverstruktur und virtualisierte EDV-Arbeitsplätze. Über die Südwestfalen-IT (SIT) werden verschiedene Onlineverfahren der Stadtverwaltung genutzt.

	<u>2021</u>	<u>2021 geplant</u>	<u>Differenz</u>	<u>in %</u>
<u>Gesamtinvestitionen</u>	14.484.636,89 €	19.157.000,00 €		
<u>Sonstige Investitionen</u>	540.995,32 €	1.245.000,00 €	- 704.004,68 €	-56,55%

Ableitung

	<u>2021</u>	<u>2020</u>	<u>Differenz</u>	<u>in %</u>
Mischwasserkanäle	516,0 km	515,0 km	1,0 km	0,19%
Schmutzwasserkanäle - Trennsystem	38,5 km	38,5 km	0,0 km	0,00%
Regenwasserkanäle - Trennsystem	58,8 km	59,1 km	-0,3 km	-0,51%
Kanäle gesamt	613,3 km	612,6 km	0,7 km	0,11%

Regenüberläufe	49	49	0
Regenüberlaufbecken	19	19	0
Pumpwerke	14	14	0
Stauraumkanäle	12	12	0
Regenklärbecken	2	2	0
Regenrückhaltebecken	2	2	0
Schächte	ca. 20.400	ca. 20.400	0
Betriebshof	1	1	0
Wasserläufe	ca. 155 km	ca. 155 km	0 km

	<u>2021</u>	<u>2021 geplant</u>	<u>Differenz</u>	<u>in %</u>
Investitionen (Ableitung)	3.405.400,02 €	9.305.000,00 €	- 5.899.599,98 €	-63,40%

Reinigung

Kläranlage Siegen

Investitionen

	2021	2021 geplant	Differenz	in %
	10.138.938,21 €	7.505.000,00 €	2.633.938,21 €	35,10%

Bereits seit 1908 besteht an dieser Stelle eine Kläranlage. Die Kläranlage wurde zuletzt in den Jahren 1992 bis 1996 grundlegend saniert, dabei wurde die 3. Reinigungsstufe installiert. Die Kläranlage entspricht dem derzeit vorgeschriebenen Stand der Technik. Im Zuge der Überleitung der Kläranlage Weidenau wird die Kläranlage Siegen erweitert und teilsaniert.

Kläranlage Weidenau

Investitionen

	2021	2021 geplant	Differenz	in %
	109.351,16 €	390.000,00 €	- 280.648,84 €	

Die letzte grundlegende Sanierung der Kläranlage wurde in 1996 abgeschlossen, durch diese Sanierung und dem damit verbundenen Einbau der 3. Reinigungsstufe werden die bestehenden gesetzlichen Vorschriften erfüllt. Die Kläranlage Weidenau wurde durch Übernahme des Zweckverbandes Klärwerk Hüttental-Netphen zum 01.01.2004 in den ESi eingegliedert. An den Kosten der Kläranlage Weidenau ist die Stadt Netphen mit 13 % beteiligt. In den nächsten Jahren wird die Überleitung der Abwässer zur Kläranlage Siegen realisiert, anschließend wird die Kläranlage Weidenau, nach einem Um- und Rückbau, zu einem Regenüberlaufbecken und Zwischenspeicher umgewidmet.

Kläranlage Büdenholz

des Abwasserverbandes Siegen-Kirchen

Mitglieder

Stadt Siegen (ESi) (Anteil an den ungedeckten Ausgaben)

63,6%

63,6%

Verbandsgemeinde Kirchen (Anteil an den ungedeckten Ausgaben)

36,4%

36,4%

Investitionen (Anteil ESi)

	2021	2021 geplant	Differenz	in %
	289.952,18 €	712.000,00 €	- 422.047,82 €	-59,28%

Seit 01.01.2002 wird die gesamte Verwaltung durch ESi vorgenommen. Die letzte grundlegende Sanierung der Kläranlage wurde in 2001 abgeschlossen, durch diese Sanierung und dem damit verbundenen Einbau der 3. Reinigungsstufe, werden die bestehenden gesetzlichen Vorschriften erfüllt.

Kläranlage Kreuztal-Buschhütten der Stadt Kreuztal

Die Kläranlage wird von der Stadt Kreuztal betrieben. An die Kläranlage sind die Siegener Stadtteile Nieder- und Obersetzen angeschlossen. Diese Stadtteile werden ausschließlich im Trennsystem entwässert. Die Kostenverteilung ist basierend auf dem Einwohner-Anschlussverhältnis vertraglich geregelt. Die Vorauszahlungen auf das Benutzungsentgelt für die städtischen Anschlussnehmer betrugen 240.000,-- € im Jahr 2021. Die Endabrechnung steht noch aus. Für das Jahr 2020 hat die Endabrechnung eine Nachzahlung in Höhe von 8.152,00 € ergeben, die Gesamtkosten für das Jahr 2020 beliefen sich damit auf 248.152,00 €.

1.6 Besonderheiten

1. Durch die Corona-Pandemie, welche sich im gesamten Jahr 2021 auswirkte, wurden die Betriebsabläufe erschwert. Aus Coronaschutzgründen wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen (Homeoffice, versetzte Schichten, Schichtbetrieb usw.), welche zu einem effektiven Schutz der Mitarbeiter und einer unterbrechungsfreien Fortführung des Betriebes geführt haben. Insgesamt ist festzustellen, dass die Auswirkungen der Pandemie auf den Betrieb verkraftbar erscheinen. Insbesondere für die EDV waren höhere Aufwendungen zu tätigen, die den Zugriff auf die EDV aus dem Homeoffice möglich gemacht haben bzw. verbessert haben.
2. Die im Vorjahr in Betrieb genommene Klärschlamm-trocknungsanlage hat den gesamten Anfall von Klärschlamm der 3 Kläranlagen zuverlässig getrocknet.

2. Jahresergebnis 2021

2.1 Analyse des Jahresergebnisses 2021

Das geplante Jahresergebnis war ein Gewinn von 1.200.371 €

Aufwand

Kosten lt. Erfolgsplanung	24.979.712 €	
Kosten lt. Jahresergebnis	- 23.785.959 €	
Minderaufwand (+) / Mehraufwand (-)	1.193.753 €	1.193.753 €
<u>davon</u> Geplanter neutraler Aufwand	260.000 €	
Neutraler Aufwand lt. Jahresergebnis	- 174.787 €	
Neutraler Minderaufwand (+) / Mehraufwand (-)	<u>85.213 €</u>	

Erlöse

Erträge lt. Erfolgsplanung	- 26.180.083 €	
Erträge lt. Jahresergebnis	26.979.570 €	
Mehrerträge (+) / Mindererträge (-)	<u>799.487 €</u>	
<u>davon</u> Geplante neutrale Erträge	- 2.500 €	
Neutrale Erträge lt. Jahresergebnis	354.514 €	
Neutrale Mehrerträge (+) / Mindererträge (-)	<u>352.014 €</u>	
Gebührenausgleichsverbindlichkeit	- 641.324 €	
Mehrerträge (+) / Mindererträge (-)	158.163 €	158.163 €

Erwirtschaftetes Jahresergebnis (Gewinn)

2.552.287 €

Zusammensetzung des Gesamtergebnisses lt. BAB

Neutrales Ergebnis	657.782 €
Eingliederung (Differenz kalkulatorische Zinsen zu IST-Zinsen)	1.894.574 €
Überdeckung Schmutzwasser	164.099 €
Überdeckung Niederschlagswasser	477.225 €
Verrechnung Unterdeckung aus Vorjahren	0 €
Nebenkostenstelle Entsorgung privater Kleinkläranlagen	- 69 €
Unterdeckung Nebenkostenstelle Hausanschlüsse	0 €
Verbindlichkeiten für Gebührenüberdeckungen	- 641.324 €
Gesamtergebnis	2.552.287 €

II. Kostenrechnung

1. Gebührenrelevante Kosten und Erträge

1.1 Betriebsabschluss – Abwasserbeseitigung – in €

a) Kosten- und Ertragsarten – Übersicht mit Vorjahresvergleich

Kosten	Wirtschaftsrechnung 2021 gebührenpflichtig		Wirtschaftsrechnung 2020 gebührenpflichtig		Differenz	
	Schmutz- wasser	Nieder- schlags- wasser	Schmutz- wasser	Nieder- schlags- wasser	Schmutz- wasser	Nieder- schlags- wasser
Spalten des BAB	19	20	19	20	19	20
Personalkosten	1.564.904	1.147.470	1.548.472	1.150.521	16.432	-3.051
Unterhaltungen	767.334	464.660	1.231.453	670.489	-464.119	-205.829
Betriebskosten	1.240.394	325.345	1.718.150	416.846	-477.756	-91.501
Erfassung Kanalzustand/Planungsk. Zentralabwasserplan	0	0	424	868	-424	-868
Abwasserabgabe nach Landeswassergesetz	320.179	15.000	320.000	179	179	14.821
Geschäftsausgaben/Rechts- und Beratungskosten	116.834	52.654	92.963	50.455	23.871	2.199
Abschreibungen	4.450.814	4.555.089	4.140.969	4.387.552	309.845	167.537
Zinsen	1.485.206	1.951.631	1.560.230	2.007.932	-75.024	-56.301
Benutzungsgebühr für Kläranlage Kreuztal	240.000	0	240.000	0	0	0
Umlage Abwasserverband Siegen-Kirchen	822.035	287.324	687.021	240.133	135.014	47.191
Anteilskosten für Leistungen der Stadt Siegen	0	0	0	0	0	0
Neutrale Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
Aufgelöste Vorkostenstellen/innere Verrechnung	1.320.661	1.052.933	1.193.219	986.794	127.442	66.139
Umgliederung Klärschlamm-trocknung	829.021	163.819	108.622	21.464	720.399	142.355
Umgliederung Stadt Netphen	-283.227	-52.320	-315.404	-58.678	32.177	6.358
Endsumme Kosten	12.874.155	9.963.605	12.526.119	9.874.555	348.036	89.050

Erträge	Wirtschaftsrechnung 2021		Wirtschaftsrechnung 2020		Differenz	
	Schmutz- wasser	Nieder- schlags- wasser	Schmutz- wasser	Nieder- schlags- wasser	Schmutz- wasser	Nieder- schlags- wasser
Spalten des BAB	19	20	19	20	19	20
Kanalbenutzungsgebühren (Schmutzwasser)	11.540.967	0	11.399.270	0	141.697	0
Kanalbenutzungsgebühren (Niederschlagswasser)	0	6.505.699	0	6.239.881	0	265.818
Erstattung Straßenentwässerungsanteil	0	3.342.242	0	3.177.413	0	164.829
Bestandsveränderung Gebührenaussgleich.	1.121.671	451.925	1.116.040	396.501	5.631	55.424
Kostenanteil anderer Gemeinden	175.304	32.896	187.278	35.142	-11.974	-2.246
Verwaltungskostenbeiträge	112.813	59.158	111.432	58.434	1.381	724
Sonstige Erträge	59.781	43.826	32.487	22.483	27.294	21.343
Innerstädt. Einnahmen	27.718	5.084	29.575	5.425	-1.857	-341
Auflösung von Ertragszuschüssen	0	0	0	0	0	0
Aktivierte Eigenleistung	0	0	0	0	0	0
Neutrale Erträge	0	0	0	0	0	0
Endsumme Erträge	13.038.254	10.440.830	12.876.082	9.935.279	162.172	505.551

Kosten:	12.874.155	9.963.605	12.526.119	9.874.555	348.036	89.050
Erträge:	13.038.254	10.440.830	12.876.082	9.935.279	162.172	505.551
Über-/Unterdeckung:	+ 164.099	+ 477.225	+ 349.963	+ 60.724	- 185.864	+ 416.501
Verrechnungen Vorjahre:	+ 0	+ 0	+ 0	+ 0	+ 0	+ 0
Über-/Unterdeckung nach Verrechnung:	+ 164.099	+ 477.225	+ 349.963	+ 60.724	- 185.864	+ 416.501
Verbindlichkeiten für Überdeckungen:	+ 164.099	+ 477.225	+ 349.963	+ 60.724	- 185.864	+ 416.501
Über-/Unterdeckung n. Verrechnung u. Verbindlichkeiten:	+ 0	+ 0	+ 0	+ 0	+ 0	+ 0

b) Analyse der Über- und Unterdeckung - Zeitvergleich der Kosten und Erträge

Der gebührenpflichtige Teil der Wirtschaftsrechnung weist im Bereich der Abwasserbeseitigung für das Jahr 2021 eine 101,3 %-ige Kostendeckung im Bereich Schmutzwasser und eine 104,8 %-ige Kostendeckung im Bereich Niederschlagswasser aus. Aus Vorjahren waren keine Unterdeckungen zu verrechnen.

Wirtschaftsjahr		Kosten €	Erträge €	Unter-/Überdeckung € %	
2017	SW	10.929.909	11.796.017	+ 866.108	+7,92%
2017	NW	8.690.475	9.169.467	+ 478.992	+5,51%
2018	SW	11.040.783	11.943.171	+ 902.388	+8,17%
2018	NW	8.920.116	9.485.919	+ 565.803	+6,34%
2019	SW	10.925.975	12.480.800	+ 1.554.825	+14,23%
2019	NW	9.346.055	9.648.501	+ 302.446	+3,24%
2020	SW	12.526.119	12.876.082	+ 349.963	+2,79%
2020	NW	9.874.555	9.935.279	+ 60.724	+0,61%
2021	SW	12.874.155	13.038.254	+ 164.099	+1,27%
2021	NW	9.963.605	10.440.830	+ 477.225	+4,79%

Jahresergebnis 2021 der gebührenpflichtigen Kosten

	Schmutzwasser		Niederschlagswasser		Gesamt €
	€	%	€	%	
Kosten	12.874.155	56,37%	9.963.605	43,63%	22.837.760

1.2 Erläuterung des Abrechnungssystems

1.2.1 Abrechnungsspezifische Ziele

Ziele der Betriebsabrechnung sind:

- Vollständige Erfassung und verursachungsgerechte Zuordnung der Kosten/Erträge auf Kostenstellen
- Ermittlung der zur Kostendeckung notwendigen Gebühren
- Überprüfung der Wirtschaftlichkeit durch interne Kosten-/Leistungsvergleiche

1.2.2 Erläuterung der Kostenarten und Kostenstellenrechnung

Die einzelnen Kostenarten sind weiter nach Kostenartengruppen in Personal- und Betriebskosten, sowie Zinsen und Abschreibungen gegliedert.

Die Hauptkostenstellen 11 - 18 sind die Einrichtungen, die unmittelbar bei der Ableitung und Klärung mitwirken.

Die Nebenkostenstellen 21 - 26 sind aus organisatorischen bzw. fachtechnischen Gründen im Entsorgungsbetrieb eingegliedert. Die hier zugeordneten Kosten sind dem Gebührenzahler als gebührenrelevante Kosten nicht anzulasten.

Die Vorkostenstellen 27 - 33 geben Auskunft, in welchen spezifischen Bereichen entsprechende Kosten angefallen sind.

1.2.3 Grundsätze der Kostenermittlung und -verteilung

Die Kosten werden verursachungsgerecht auf die Kostenstellen 11 - 18 und 21 - 33 verteilt. Alle Rechnungen werden von den veranlassenden Sachbearbeitern kontiert, damit die korrekte Zuordnung auf die kostenverursachende Kostenstelle gewährleistet ist. Die Kosten der Hauptkostenstellen werden den Endkostenstellen 19 und 20 direkt zugeordnet.

Mit Hilfe von Verteilungsschlüsseln werden die Kosten von den Spalten 27 - 33 auf die Haupt- und Nebenkostenstellen in den Spalten 11 - 18 und 21 - 26 verteilt.

2. Erläuterung der Abgrenzungsrechnung

2.1 Abstimmung des Jahresergebnisses mit der Wirtschaftsrechnung – siehe Betriebsabrechnungsbogen

Erfolgsrechnung (GuV) und Betriebs- bzw. Wirtschaftsrechnung können voneinander abweichen. Nicht richtig gebuchte Ausgaben und Einnahmen sind korrekt zuzuordnen. Besondere Sachverhalte sind entsprechend ein- oder auszugliedern. Von den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung sind folgende Posten zur Betriebsrechnung ein- und ausgegliedert worden:

Kosten (GuV) (Spalte 4)				23.785.959 €	
Eingliederung	Zeile 5	1.753 €	(Sandwäsche Kläranl. Weid., Hausanschl.)	Ein-, Aus-, Umgliederungen (Spalte 5)	1.805.446 €
	Zeile 10	1.894.574 €	(Zusätzliche kalkulatorische Zinsen)		
Ausgliederung	Zeile 4	- €	(Hausanschlüsse)		
	Zeile 5	- 35.077 €	(Sachaufwand Personal Kraftstoffe)		
	Zeile 8	- 715 €	(Sachaufwand Personal Telefon, Bürobedarf)		
	Zeile 9	- 55.089 €	(Zuschüsse für Fahrzeuge)		
Betriebsrechnung (Spalte 6)				25.591.405 €	

2.2 Ausgliederung in der neutralen Rechnung

Bei den zu neutralisierenden Ausgaben und Einnahmen kann es sich um betriebsfremde oder außerordentliche Kosten und Erlöse handeln. Betriebsfremde Kosten und Erlöse sind Aufwendungen und Leistungen, die nicht durch den eigentlichen Betriebszweck entstanden sind. Neutrale Aufwendungen sind periodisch abgegrenzte Kosten, die das aktuelle Wirtschaftsjahr nicht betreffen. Insbesondere sind hier Kosten und Erlöse neutralisiert worden, die nicht gebührenwirksam werden dürfen oder sollen.

Neutrale Rechnung (Spalte 7)

Neutrale Aufwendungen (Zeile 14)	-	174.787 €
Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse		478.055 €
Neutrale Erträge		354.514 €
Neutrales Ergebnis		657.782 €

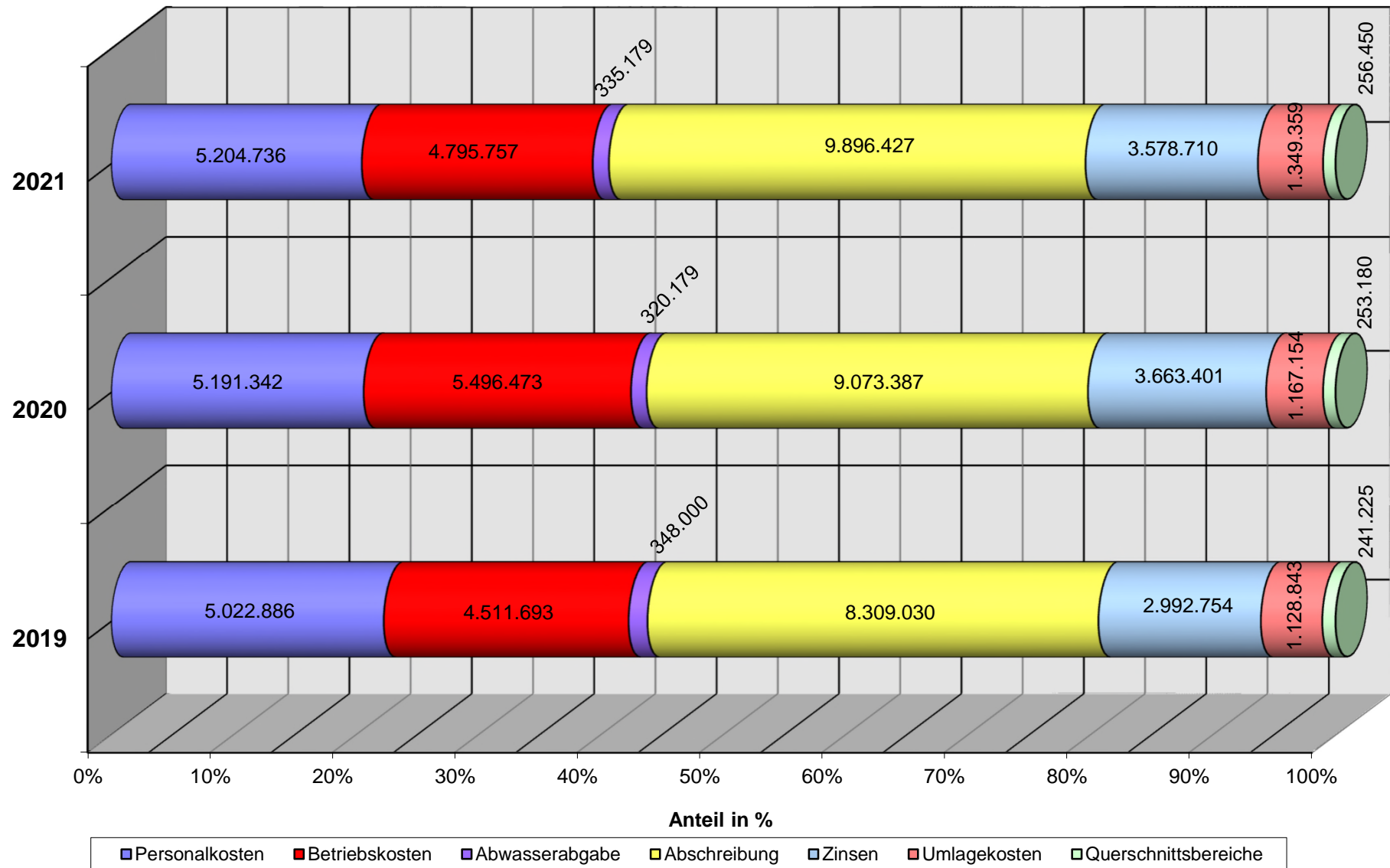
3. Kostenstrukturanalyse

3.1 Zeitvergleich der Kostenartenanteile

Jahr	Personalkosten		Betriebskosten		Abwasserabgabe		Abschreibungen		Zinsen		Umlagekosten		Anteilskosten Querschnitts- bereiche Stadt Siegen		Gesamt	
	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%
2017	4.599.180	21,2%	4.548.565	21,0%	402.000	1,9%	8.597.367	39,6%	2.391.987	11,0%	936.493	4,3%	229.944	1,0%	21.705.536	100%
2018	4.860.809	22,0%	4.503.119	20,3%	402.000	1,8%	8.429.733	38,1%	2.664.125	12,0%	1.039.030	4,7%	233.632	1,1%	22.132.448	100%
2019	5.022.886	22,3%	4.511.693	20,0%	348.000	1,5%	8.309.030	36,8%	2.992.754	13,3%	1.128.843	5,0%	241.225	1,1%	22.554.431	100%
2020	5.191.342	20,6%	5.496.473	21,8%	320.179	1,3%	9.073.387	36,1%	3.663.401	14,6%	1.167.154	4,6%	253.180	1,0%	25.165.116	100%
2021	5.204.736	20,5%	4.795.757	18,9%	335.179	1,3%	9.896.427	38,9%	3.578.710	14,1%	1.349.359	5,3%	256.450	1,0%	25.416.618	100%

Die aufgeführten Kostenartenanteile wurden an den Gesamtkosten der Wirtschaftsrechnung gemessen.

Kostenartenanteile 2019 bis 2021



3.2 Entwicklung der Fremdkapitalzinsen

3.578.710 €

(3.663.401 € Vorjahr)

Im Jahr 2018 wurde die kalkulatorische Verzinsung des Anlagevermögens eingeführt. Grundsätzlich werden die Restbuchwerte zum 31.12.2021 auf Basis der historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten reduziert um die nicht zu verzinsenden Anlagenteile und das Abzugskapital (fortgeschriebene Zuschüsse und Beiträge fremder Dritter) mit 2,0% verzinst. Die Differenz zwischen kalkulatorischen und tatsächlichen Zinsen beträgt 1.894.574 €. Dieser Betrag dient dem realen Substanzerhalt des Betriebes (Inflationsausgleich).

Verteilung des Zinsaufwandes 2021 (alle Werte in €)	hist. Ansch. RBW 31.12.2021	nicht zu verzinsen	Summe	Abzugskapital	zu verzinsen- des Kapital	Fremdkapitalzinsen	
Kanäle/Schächte	157.020.340		157.020.340	21.935.364	135.084.976	75,83%	2.713.907
Anlagen in Bau/Anzahlungen	23.022.595	23.022.595	0		0	0,00%	0
Baukostenzuschüsse	5.457.471		5.457.471	184.240	5.273.231	2,96%	105.941
Baukostenzuschüsse für AIB	8.406	8.406	0		0	0,00%	0
Kläranlage Siegen	26.943.016		26.943.016	1.250.197	25.692.819	14,42%	516.178
Verwaltungsgebäude/Dienstwohnung	924.803		924.803		924.803	0,52%	18.580
Technische Verwaltung	49.834		49.834		49.834	0,03%	1.001
Geräte/Werkzeuge	34.546		34.546		34.546	0,02%	694
Verwaltungseinrichtung	676.250		676.250		676.250	0,38%	13.586
Regeneinlassreinigung	0		0		0	0,00%	0
Kfz	1.243.156		1.243.156	190.395	1.052.761	0,59%	21.150
Klärschlamm-trocknung AIB/Anzahlung	0	0	0		0	0,00%	0
Klärschlamm-trocknung	7.906.048		7.906.048		7.906.048	2,43%	86.862
Kläranlage Weidenau	2.539.762		2.539.762	299.552	2.240.210	2,82%	100.809
Summe	225.826.227	23.031.001	202.795.226	23.859.748	178.935.478	100,00%	3.578.710

4. Einnahmen

4.1 Abgrenzung der Einnahmen

Erträge und Einnahmen lt. GuV	26.979.570 €
-------------------------------	--------------

Umgliederungen (Spalte 5)

Sandwäsche Kläranlage Weidenau, Sonstiges	1.753 €	
Erstattung Sachaufwand Personal (Telefon, Büromaterial, Kraftstoffe, usw.)	-35.792 €	
Auflösung von Ertragszuschüssen (Fahrzeuge)	-55.089 €	
	<hr/>	
	-89.128 €	-89.128 €

Neutrale Rechnung (Spalte 7)

Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse	478.055 €	
Neutrale Erträge	354.514 €	
	<hr/>	
	832.569 €	-832.569 €

Vermögensveränderungsrechnung (Spalte 8)

Aktiviert Eigenleistung		<hr/>
		-861.000 €

Wirtschaftsrechnung (Spalte 9)	25.196.873 €
--------------------------------	--------------

4.2 Haupteinnahmen – Kanalbenutzungsgebühren (Schmutz- und Niederschlagswasser)

Seit dem 01. Januar 1996 wird die Abwassergebühr als Niederschlagswasser- und Schmutzwassergebühr (differenzierter Gebührenmaßstab) getrennt erhoben. Grundlage für die Berechnung des Niederschlagswassers (Regenwasser) ist die angeschlossene versiegelte Fläche (m²) der Grundstücke. Grundlage für die Berechnung des Schmutzwassers ist der Frischwasserbezug (m³).

4.3 Entwicklung der Kanalbenutzungsgebühren (Schmutz- und Niederschlagswasser) seit 1976

Einheitliche Gebühr bis 31.12.1995			Einheitliche Gebühr	(Ø pro Haushalt)	
1976		bis 1982	von 0,82 €/m³		(164,00 €)
1983	Gebührenerhöhung	ab 1983	auf 1,02 €/m³		(204,00 €)
1984	Gebührenerhöhung	ab 1984	auf 1,07 €/m³		(214,00 €)
1987	Gebührenerhöhung	ab 1987	auf 1,33 €/m³		(266,00 €)
1988	Gebührenerhöhung	ab 1988	auf 1,43 €/m³		(286,00 €)
1989	Gebührenerhöhung	ab 1989	auf 1,48 €/m³		(296,00 €)
1990	Gebührenerhöhung	ab 1990	auf 1,71 €/m³		(342,00 €)
1991	Gebührenerhöhung	ab 1991	auf 2,06 €/m³		(412,00 €)
1992	Gebührenerhöhung	ab 1992	auf 2,36 €/m³		(472,00 €)
1993	Gebührenerhöhung	ab 1993	auf 2,62 €/m³		(524,00 €)
1994	Gebührenerhöhung	ab 1994	auf 2,91 €/m³		(582,00 €)
Gebührentrennung ab 01.01.1996			Schmutzwasser	Regenwasser	(Ø pro Haushalt)
1996	Trennung	ab 01.01.1996	auf 1,76 €/m³	auf 1,06 €/m² und Jahr	(489,80 €)
1998	Änderung	ab 01.01.1998	auf 2,12 €/m³	auf 0,95 €/m² und Jahr	(547,50 €)
1999	Änderung	ab 01.01.1999	auf 2,02 €/m³	auf 0,89 €/m² und Jahr	(519,70 €)
2002	Änderung	ab 01.01.2002	weiter 2,02 €/m³	auf 0,88 €/m² und Jahr	(518,40 €)
2005	Änderung	ab 01.01.2005	weiter 2,02 €/m³	auf 0,90 €/m² und Jahr	(521,00 €)
2008	Änderung	ab 01.01.2008	auf 1,98 €/m³	weiter 0,90 €/m² und Jahr	(513,00 €)
2009	Änderung	ab 01.01.2009	weiter 1,98 €/m³	auf 0,88 €/m² und Jahr	(510,40 €)
2011	Änderung	ab 01.01.2011	weiter 1,98 €/m³	auf 0,94 €/m² und Jahr	(518,20 €)
2012	Änderung	ab 01.01.2012	auf 2,06 €/m³	auf 1,02 €/m² und Jahr	(544,60 €)
2013	Änderung	ab 01.01.2013	weiter 2,06 €/m³	auf 0,96 €/m² und Jahr	(536,80 €)
2014	Änderung	ab 01.01.2014	auf 2,12 €/m³	auf 0,88 €/m² und Jahr	(538,40 €)
2015	Änderung	ab 01.01.2015	weiter 2,12 €/m³	auf 0,80 €/m² und Jahr	(528,00 €)
2016	Änderung	ab 01.01.2016	auf 2,10 €/m³	auf 0,76 €/m² und Jahr	(518,80 €)
2018	Änderung	ab 01.01.2018	auf 2,00 €/m³	auf 0,82 €/m² und Jahr	(506,60 €)
2019	Änderung	ab 01.01.2019	auf 1,98 €/m³	auf 0,82 €/m² und Jahr	(502,60 €)
2020	Änderung	ab 01.01.2020	auf 2,06 €/m³	auf 0,84 €/m² und Jahr	(521,20 €)
2021	Änderung	ab 01.01.2021	auf 2,10 €/m³	auf 0,88 €/m² und Jahr	(534,40 €)
2022	Änderung	ab 01.01.2022	auf 2,20 €/m³	auf 0,84 €/m² und Jahr	(549,20 €)

(nachrichtlich)

(Pro Haushalt werden durchschnittlich 200 m³ Frischwasserverbrauch und 130 m² versiegelte Fläche angenommen)

5. Ergebnis der Kostenrechnung

5.1 Ergebnisrechnung – Wirtschaftsplan

Kosten	24.979.712 €
Erträge	26.180.083 €
Überdeckung	1.200.371 €
Kostendeckungsgrad	104,81%

5.2 Jahresergebnis – Gewinn- und Verlustrechnung

Kosten	23.785.959 €
Verbindlichkeiten für Überdeckungen	641.324 €
Erträge	26.979.570 €
Überdeckung	2.552.287 €
Kostendeckungsgrad	110,73%

5.3 Gebührenrechnung

		Schmutzwasser	Kosten- deckungsgrad	Niederschlags- wasser	Kosten- deckungsgrad
Gebührenpflichtige Ausgaben		12.874.155 €		9.963.605 €	
Gebührenpflichtige Einnahmen (netto)		11.916.583 €		9.988.905 €	
Auflösung Gebührenausgleichsverbindlichkeiten	2019	216.527 €		119.748 €	
	2018	360.955 €		226.321 €	
	2017	544.189 €		105.856 €	
Gebührenpflichtige Einnahmen		13.038.254 €		10.440.830 €	
Überdeckung/Unterdeckung		164.099 €	101,27%	477.225 €	104,79%
Verrechnungen aus Vorjahren (Unterdeckungen)	2019	0 €		0 €	
	2018	0 €		0 €	
	2017	0 €		0 €	
Überdeckung/Unterdeckung nach Verrechnungen		164.099 €	101,27%	477.225 €	104,79%
Verbindlichkeiten für Gebührenüberdeckungen		164.099 €		477.225 €	
Gesamtergebnis		0 €		0 €	

5.4 Kostendeckung Nebenkostenstellen

Neben der Hauptaufgabe der Abwasserbeseitigung obliegen dem ESi noch Nebenaufgaben, z. T. gegen Entgelt, die zu folgendem Ergebnis führten:

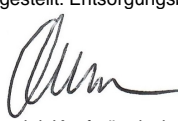


Nebenkostenstelle	Ausgaben	Einnahmen	Unterdeckung(-) / Überdeckung (+)	Kostendeckungsgrad
Entsorgung privater Kleinkläranlagen	16.095 €	16.026 €	-69 €	99,57%
Hausanschlüsse	287.056 €	287.056 €	0 €	100,00%
Gewässerunterhaltung	532.465 €	532.465 €	0 €	100,00%
Regeneinlassreinigung	368.751 €	368.751 €	0 €	100,00%
Klärschlamm Trocknung -	169.652 €	169.652 €	0 €	100,00%
Stadt Netphen	343.839 €	343.839 €	0 €	100,00%

Über- (+) und Unterdeckungen (-) der Nebenkostenstellen Gewässerunterhaltung, der Regeneinlassreinigung und Stadt Netphen werden zwischen Stadt Siegen bzw. Stadt Netphen und ESi ausgeglichen und sind in der Bilanz als Verbindlichkeiten oder Forderungen enthalten.

Die Kosten der Klärschlamm Trocknung werden zunächst verursachungsgemäß auf die Hauptkostenstellen verteilt, die übrigen Kosten werden durch Erlöse ausgeglichen.

III. Betriebs- abrechnungsbogen 2021

Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen

Betriebsabrechnungsbogen 2021		Plan-/Ist-Werte		Zahlen der Betriebsbuchhaltung						Hauptkostenstellen								Beseitigung und Klärung gesamt		Nebenkostenstellen								Vorkostenstellen																																																																																																																																																																																																																																																																																												
Kosten- und Erlösarten	Zahlen des Erfolgsplanes	Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung	Abgrenzungsrechnung				Wirtschaftsrechnung	in %	Kläranlage Siegen		Kläranlage Weidenau		Verbände/andere Kläranlagen		Kanäle und Sonderbauwerke		Schmutzwasser			Niederschlagswasser	Entsorgung privater Kleinkläranlagen	Hausanschlüsse	Gewässerunterhaltung Stadt Siegen	Regeneinflüsse und Reinigung	Klärschlamm-trocknung	Stadt Netphen	Geräte, Werkzeuge, Transportmittel, Werkstatt	Neubauplanung und Bauleitung	Fuhrpark	Technische Verwaltung	Kaufmänn. Verwaltung	Verwaltungsgebäude	Geschäftsausgaben, Querschnittsbereiche																																																																																																																																																																																																																																																																																							
			Ein-, Aus- und Umgliederung	Betriebsrechnung	Neutrale Rechnung	Vermögensveränd.-rechnung			Schmutzwasser	Niederschlagswasser	Schmutzwasser	Niederschlagswasser	Schmutzwasser	Niederschlagswasser	Schmutzwasser	Niederschlagswasser		Schmutzwasser	Niederschlagswasser															21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33																																																																																																																																																																																																																																																																										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33																																																																																																																																																																																																																																																																																								
2	Kosten / Aufwendungen																																2																																																																																																																																																																																																																																																																																							
3	Personalkosten	5.515.650	5.204.736	0	5.204.736	0	0	5.204.736	21,2%	663.736	131.157	447.216	88.372	0	0	453.952	927.941	1.564.904	1.147.470	0	0	400.705	212.383	39.958	8.292	67.083	781.163	7.200	396.178	574.600	4.800	0	3																																																																																																																																																																																																																																																																																							
4	Unterhaltungen	1.808.400	1.380.299	0	1.380.299	0	0	1.380.299	5,6%	412.491	81.510	185.319	36.620	0	0	169.524	346.530	767.334	464.660	0	0	0	11.121	66.121	0	15.428	0	21.291	3.470	583	30.291	0	4																																																																																																																																																																																																																																																																																							
5	Betriebskosten	2.731.700	2.697.663	-33.324	2.664.339	0	0	2.664.339	10,9%	761.296	150.436	435.646	86.086	0	0	43.452	88.823	1.240.394	325.345	14.990	287.056	288	30.543	474.339	0	379	0	226.167	1.718	38.390	24.730	0	5																																																																																																																																																																																																																																																																																							
6	Erf. d. Kanalzustandes/Kosten Zentralabwasserpl.	50.000	0	0	0	0	0	0	0,0%	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0																																																																																																																																																																																																																																																																																							
7	Abwasserabgabe nach Landeswassergesetz	320.000	335.179	0	335.179	0	0	335.179	1,4%	178.179	0	142.000	0	0	0	0	15.000	320.179	15.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7																																																																																																																																																																																																																																																																																						
8	Geschäftsausgaben/Rechts- und Beratungskosten	715.700	751.834	-715	751.119	0	0	751.119	3,1%	86.774	17.147	14.048	2.776	0	0	16.012	32.731	116.834	52.654	0	0	557	0	12.618	0	0	0	183	36.158	531.002	1.113	0	8																																																																																																																																																																																																																																																																																							
9	Abschreibungen	10.210.915	9.951.516	-55.089	9.896.427	0	0	9.896.427	40,3%	1.649.587	325.966	420.526	83.098	425.147	148.600	1.955.554	3.997.425	4.450.814	4.555.089	0	0	0	0	425.039	0	2.741	0	294.203	8.207	95.869	64.465	0	9																																																																																																																																																																																																																																																																																							
10	Zinsen	1.753.874	1.684.136	1.894.574	3.578.710	0	0	3.578.710	14,6%	431.009	85.169	84.176	16.633	78.502	27.439	891.519	1.822.390	1.485.206	1.951.631	0	0	0	0	86.862	0	694	0	21.150	1.001	13.586	18.580	0	10																																																																																																																																																																																																																																																																																							
11	Benutzungsgebühr für Kläranlage Kreuztal	240.000	240.000	0	240.000	0	0	240.000	1,0%	0	0	0	0	240.000	0	0	240.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	11																																																																																																																																																																																																																																																																																							
12	Umlage Abwasserverband SK	1.116.212	1.109.359	0	1.109.359	0	0	1.109.359	4,5%	0	0	0	0	822.035	287.324	0	0	822.035	287.324	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	12																																																																																																																																																																																																																																																																																							
13	Anteilskosten für Leistungen der Stadt Siegen	257.261	256.450	0	256.450	0	0	256.450	1,0%	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	256.450	13																																																																																																																																																																																																																																																																																							
14	Neutrale Aufwendungen	260.000	174.787	0	174.787	174.787	0	0	0,0%	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	14																																																																																																																																																																																																																																																																																							
15	Zwischensumme	24.979.712	23.785.959	1.805.446	25.591.405	174.787	0	25.416.618	103,5%	4.183.072	791.385	1.728.931	313.585	1.565.684	463.363	3.530.013	7.230.840	11.007.700	8.799.173	14.990	287.056	401.550	254.047	1.104.937	8.292	86.325	781.163	570.194	446.732	1.254.030	143.979	256.450	15																																																																																																																																																																																																																																																																																							
16	Vorkosten:																																16																																																																																																																																																																																																																																																																																							
17	Geschäftsausgaben/Querschnittsbereiche									32.764	6.474	22.077	4.363	0	0	22.728	45.462	77.569	56.299	0	0	19.772	10.489	1.975	0	3.308	38.544	359	19.541	28.363	231	-256.450	17																																																																																																																																																																																																																																																																																							
18	Verwaltungsgebäude									18.532	3.662	12.415	2.453	0	0	12.780	25.565	43.727	31.680	0	0	11.119	5.898	1.110	0	1.860	21.675	202	10.989	15.950	-144.210	0	18																																																																																																																																																																																																																																																																																							
19	Kaufmännische Verwaltung									365.239	72.173	105.918	20.930	0	0	193.867	387.791	665.024	480.894	779	0	21.682	13.762	14.931	0	3.635	43.235	2.597	51.804	-1.298.343	0		19																																																																																																																																																																																																																																																																																							
20	Technische Verwaltung									166.460	32.893	43.161	8.529	0	0	78.999	158.023	288.620	199.445	317	0	8.835	5.608	6.084	0	1.481	17.618	1.058	-529.066	0			20																																																																																																																																																																																																																																																																																							
21	Fuhrpark									36.788	7.269	8.681	1.716	0	0	102.541	205.113	148.010	214.098	0	0	68.470	78.924	0	0	0	64.908	-574.410	0				21																																																																																																																																																																																																																																																																																							
22	Neubauplanung und Bauleitung						861.000	-861.000	-3,5%	26.819	5.300	4.821	953	0	0	22.420	45.830	54.060	52.083	0	0	0	0	0	0	0	-967.143	0					22																																																																																																																																																																																																																																																																																							
23	Geräte, Werkzeuge, Transportmittel, Werkstatt									36.577	7.228	1.634	323	0	0	5.440	10.883	43.651	18.434	9	0	1.037	23	33.455	0	-96.609	0						23																																																																																																																																																																																																																																																																																							
24	Zwischensumme	24.979.712	23.785.959	1.805.446	25.591.405	174.787	861.000	24.555.618	100,0%	4.866.251	926.384	1.927.638	352.852	1.565.684	463.363	3.968.788	8.109.507	12.328.361	9.852.106	16.095	287.056	532.465	368.751	1.162.492	8.292	0							24																																																																																																																																																																																																																																																																																							
25	Umgliederung Klärschlamm-trocknung									575.816	113.784	253.205	50.035											-992.840									25																																																																																																																																																																																																																																																																																							
26	Berechnung Zurechnungen Kläranlage Weidenau Abrechnungen Kläranlage Weidenau Zwischensumme											16.700	3.300																				26																																																																																																																																																																																																																																																																																							
27												-18.870	-3.729																				27																																																																																																																																																																																																																																																																																							
28													2.178.673	402.458																				28																																																																																																																																																																																																																																																																																						
29	Umgliederung Stadt Netphen											-283.227	-52.320											335.547									29																																																																																																																																																																																																																																																																																							
30	Endsumme: Kosten und Aufwendungen	24.979.712	23.785.959	1.805.446	25.591.405	174.787	861.000	24.555.618	100,0%	5.442.067	1.040.168	1.644.411	300.532	1.565.684	463.363	3.968.788	8.109.507	12.874.155	9.963.605	16.095	287.056	532.465	368.751	169.652	343.839								30																																																																																																																																																																																																																																																																																							
31																																		31																																																																																																																																																																																																																																																																																						
32	Erträge / Einnahmen																																	32																																																																																																																																																																																																																																																																																						
33	Kanalbenutzungsgebühren (Schmutzwasser)	11.039.700	11.540.967	0	11.540.967	0	0	11.540.967	45,8%									11.540.967	0	0	0	0	0	0	0									33																																																																																																																																																																																																																																																																																						
34	Kanalbenutzungsgebühren (Regenwasser)	6.489.864	6.505.699	0	6.505.699	0	0	6.505.699	25,8%									0	6.505.699	0	0	0	0	0	0									34																																																																																																																																																																																																																																																																																						
35	Erstattung Straßenentwässerungsanteil	3.342.242	3.342.242	0	3.342.242	0	0	3.342.242	13,3%									0	3.342.242	0	0	0	0	0	0									35																																																																																																																																																																																																																																																																																						
36	Bestandsveränderung Gebührenaussgleich.	1.573.596	1.573.596	0	1.573.596	0	0	1.573.596	6,2%									1.121.671	451.925	0	0	0	0	0	0									36																																																																																																																																																																																																																																																																																						
37	Kostenanteil anderer Gemeinden	630.681	552.039	0	552.039	0	0	552.039	2,2%									175.304	32.896	0	0	0	0	0	0	343.839								37																																																																																																																																																																																																																																																																																						
38	Verwaltungskosten- Kostenbeiträge	389.200	341.623	0	341.623	0	0	341.623	1,4%									112.813	59.158	0	0	0	0	169.652	0									38																																																																																																																																																																																																																																																																																						
39	Sonstige Erträge	307.300	440.728	-34.039	406.689	0	0	406.689	1,6%									59.781	43.826	16.026	287.056	0	0	0	0									39																																																																																																																																																																																																																																																																																						
40	Innerstädtische Einnahmen	907.000	934.018	0	934.018	0	0	934.018	3,7%									27.718	5.084	0	0	532.465	368.751	0	0									40																																																																																																																																																																																																																																																																																						
41	Fiktive Erträge Aufl. v. Sonderpo. f. Investitionszusch. Aktivierte Eigenleistung	538.000	533.144	-55.089	478.055	478.055	0	0	0,0%									0	0	0	0	0	0	0	0		Siegen, 23.05.2022 Aufgestellt: Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen  Quandel, Kaufmännischer Betriebsleiter  Roth, Technischer Betriebsleiter 																																																																																																																																																																																																																																																																																													

Alle Beträge in €

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: ESi

Siegen, 29.08.2022

Bearbeitet von: Herrn Quandel

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss

16.09.2022

Rat

19.10.2022

Kurzbezeichnung:

Jahresabschluss 2021

Beschlussvorschlag:

1. Der Betriebsausschuss empfiehlt, der Rat beschließt den Jahresabschluss zum 31.12.2021 mit Anhang und Lagebericht (Anlage1, incl. Bestätigungsvermerk), festzustellen, den Jahresüberschuss in Höhe von 2.552.286,62 € zu 52.286,62 € auf neue Rechnung vorzutragen und 2.500.000 € in die zweckgebundene Rücklage zur realen Kapitalerhaltung einzustellen.
2. Der Betriebsausschuss beschließt, der Betriebsleitung Entlastung zu erteilen (§ 5 Abs. 5 EigVO NRW).
3. Der Rat beschließt, dem Betriebsausschuss Entlastung zu erteilen (§ 4, S. 1 c EigVO NRW).

Sachverhalt / Begründung:

Das Prüfungsjahr 2021 ist nach neuer Rechtslage das erste Jahr, in dem die GPA NRW für die Prüfung des Jahresabschlusses nicht mehr zuständig ist.
Weiterer Vortrag erfolgt bei Bedarf mündlich in der Sitzung.

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

gez. gez.
 Stephan Roth Christof Quandel
 Betriebsleitung

Anlagen:

1. [Bericht über die Prüfung des Jahresabschluss 2021](#)

**Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi)
Siegen**

**Bericht über die Prüfung des
Jahresabschlusses und des Lageberichts**

zum: 31. Dezember 2021

INHALTSVERZEICHNIS

A. Prüfungsauftrag	3
B. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Betriebsleitung	5
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	7
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	10
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	10
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	10
2. Jahresabschluss	11
3. Lagebericht	12
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	12
1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	12
2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen	13
E. Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrags nach § 53 HGrG	14
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung	15

A. Prüfungsauftrag

Aufgrund unserer Wahl zum Abschlussprüfer durch den Betriebsausschuss erteilte uns der

**Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi),
Siegen,**

- im Folgenden auch kurz "ESi" oder "Betrieb" genannt -

den Auftrag, den Jahresabschluss des ESi für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2021 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für dieses Wirtschaftsjahr zu prüfen.

Der Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen wird als eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Sinne von § 107 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) geführt. Der Betrieb ist in entsprechender Anwendung der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) verpflichtet, einen Jahresabschluss sowie einen Lagebericht aufzustellen, prüfen zu lassen und dem Rat der Stadt Siegen zur Feststellung vorzulegen. Die Prüfungspflicht gründet sich auf § 103 GO NRW.

Gemäß § 103 Abs. 3 GO NRW hatte sich unsere Prüfung auch auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlich bedeutsamen Sachverhalte im Sinne von § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) zu erstrecken.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den nachfolgenden Bericht, der in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450 n. F.) erstellt wurde.

Der Bericht enthält in Abschnitt B. vorweg unsere Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Betriebsleitung.

Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten C. bis E. im Einzelnen dargestellt. Der aufgrund der Prüfung erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wird in Abschnitt F. wiedergegeben.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss - bestehend aus der Bilanz (**Anlage 3**), der Gewinn- und Verlustrechnung (**Anlage 4**) und dem Anhang (**Anlage 5**) - sowie den geprüften Lagebericht (**Anlage 6**) beigefügt.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit auch im Verhältnis zu Dritten, liegen die vereinbarten und diesem Bericht als **Anlage 8** beigefügten "Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 01. Januar 2017" zugrunde.

B. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Betriebsleitung

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung Stellung.

Die Betriebsleitung hat insbesondere im Lagebericht (**Anlage 6**) und daneben im Jahresabschluss (**Anlagen 3 - 4**) und im Anhang (**Anlage 5**) die **wirtschaftliche Lage des Betriebes** beurteilt. Folgende Kernaussagen der Betriebsleitung sind hervorzuheben:

- (a) Der Betrieb verfolgt nach § 1 Abs. 2 der Betriebssatzung keine Gewinnerzielungsabsicht. Durch die Bildung von Gebührenausgleichsverbindlichkeiten ist dem Rechnung getragen. Mehrerlöse und Kosteneinsparungen fließen den Gebührenzahlern durch die Gebührenaussgleiche in späteren Jahren wieder zu.
- (b) Die Betriebsleitung sieht die Erwartungen an den Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2021 übererfüllt. Es wurde ein über dem Planergebnis von TEUR 1.200 liegender Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 2.552 (Vorjahr: TEUR 1.474) erwirtschaftet.
- (c) Es wurden TEUR 14.484 für Investitionen aufgewendet. Die Abweichung zur geplanten Investitionssumme von TEUR 19.157 ist im Wesentlichen durch geringere Investitionen im Kanalbereich bedingt.
- (d) Die Nettokreditaufnahme bei Kreditinstituten (abzüglich Tilgungen) fiel im Wirtschaftsjahr mit TEUR 6.153 statt der geplanten TEUR 7.174 entsprechend niedriger aus.
- (e) Die Liquidität des Betriebes war zu jeder Zeit ausreichend. Zum Ausgleich von Liquiditätslücken wurden Kassenkredite beschafft.
- (f) Für die zukünftige Entwicklung des Betriebes sieht die Betriebsleitung Chancen in ausreichenden regelmäßigen Investitionen in das Kanalnetz und in die Kläranlagen sowie in vorausschauender Unterhaltung der Anlagen, um eine dauerhaft niedrige Abwasserabgabe und die Vermeidung von größeren Einmalinvestitionen zu erreichen. Als Risiko werden hauptsächlich neue gesetzliche Vorgaben eingestuft, die kurzfristige Investitionen erfordern können.

- (g) Das bis 2026 geplante jährliche Investitionsvolumen liegt zwischen EUR 13,5 Mio. und EUR 22,3 Mio. Es soll - wie bisher - weitgehend durch Darlehen finanziert werden.
- (h) Für die folgenden Wirtschaftsjahre sind weiterhin positive Jahresergebnisse geplant; für das Wirtschaftsjahr 2022 ein Jahresüberschuss von TEUR 1.544.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage des Betriebes einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Fortbestand des Unternehmens gefährdet wäre.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand unserer Prüfung waren die **Buchführung**, der nach den für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242 bis 256a HGB), den ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften (§§ 264 bis 288 HGB), den rechtsformspezifischen Vorschriften der EigVO NRW, den weiteren landesspezifischen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebsatzung aufgestellte **Jahresabschluss** für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2021, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, und der **Lagebericht** für das Wirtschaftsjahr 2021.

Die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht tragen die gesetzlichen Vertreter des Betriebes.

Unsere Aufgabe war es, die uns zur Verfügung gestellten Unterlagen einer Prüfung dahingehend zu unterziehen, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und die sie ergänzenden Bestimmungen der Betriebsatzung beachtet worden sind. Den Lagebericht haben wir daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Betriebes vermittelt. Dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

Unsere Jahresabschlussprüfung war auftragsgemäß gemäß **§ 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG** erweitert. Wir haben hierzu den vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten Prüfungsstandard "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) beachtet.

Unsere Prüfung hatte sich nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Betriebes oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung zugesichert werden kann (§ 317 Abs. 4a HGB). Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war ebenfalls nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrags.

Unsere **Prüfung** haben wir im Juni 2022 im Verwaltungsgebäude des Betriebes und in unserem Büro durchgeführt.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 20. Juli 2021 versehene **Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2020**.

Die GPA NRW hatte unseren Bestätigungsvermerk am 19. November 2021 vollinhaltlich und ohne Ergänzungen übernommen.

Bei **Durchführung der Prüfung** haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB, § 103 GO NRW und die in den Prüfungsstandards des IDW niedergelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung so angelegt, dass wir Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Betriebes wesentlich auswirken, erkennen konnten.

Gegenstand unseres Auftrags waren nicht die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. Unterschlagungen oder sonstige Untreuehandlungen, und außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung haben wir jedoch so angelegt, dass diejenigen Unregelmäßigkeiten, die für die Rechnungslegung wesentlich sind, mit hinreichender Sicherheit aufgedeckt werden.

Die gesetzlichen Vertreter des Betriebes sind für die Einrichtung und Durchsetzung geeigneter Maßnahmen zur Verhinderung bzw. Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten verantwortlich; die Überwachung obliegt dem Betriebsausschuss und dem Rat der Stadt Siegen, die dabei auch das Risiko der Umgehung von Kontrollmaßnahmen berücksichtigen.

Der Prüfung lag eine Planung der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung des Betriebes und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde (risikoorientierter Prüfungsansatz). Auf Basis der von uns festgestellten und beurteilten Fehlriskiken haben wir ein Risikoprofil für die Angaben in der Rechnungslegung erstellt. Zu diesem Zweck haben wir Prüfungshandlungen zur Risiko-beurteilung durchgeführt und uns zunächst ein Verständnis vom Betrieb und dessen rechtlichen und wirtschaftlichen Umfeld verschafft, um die Geschäftsrisiken zu bestimmen, die zu wesentlichen Fehlern in der Rechnungslegung führen können. Unter Berücksichtigung des Risikoprofils haben wir, soweit wir es für erforderlich hielten, Funktionsprüfungen zur Wirksamkeit des auf die Rechnungslegung bezogenen internen Kontrollsystems sowie aussagebezogene Prüfungshandlungen in Form von analytischen Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen durchgeführt.

Aufgrund der bei der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereiche haben wir folgende **Prüfungsschwerpunkte** gesetzt:

- periodengerechte Erfassung der Umsatzerlöse,
- Kreditwesen/Finanzwirtschaft einschließlich Bilanzierung derivativer Finanzgeschäfte,
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen,
- Bewertung der Gebührenausschleichsverpflichtungen,
- Ansatz und Bewertung des Anlagevermögens.

Ausgehend von einer vorläufigen Beurteilung des IKS haben wir bei der **Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen** die Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit beachtet. Die Kenntnisse über die Betriebstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Betriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler wurden berücksichtigt. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Zur **Prüfung des Nachweises** der Vermögens- und Schuldposten des Betriebes haben wir u. a. Liefer- und Leistungsverträge, Darlehensverträge und Eingangsrechnungen, Bestandsverzeichnisse sowie sonstige Geschäftsunterlagen eingesehen. Bankbestätigungen und Rechtsanwaltsbestätigungen wurden vollständig und Saldenbestätigungen für Forderungen und Verbindlichkeiten in bewusst ausgewählten Stichproben eingeholt.

An der Inventur der Vorräte haben wir im Hinblick auf die Geringfügigkeit der Bestände nicht teilgenommen. Die Bestände wurden uns durch geeignete Aufzeichnungen nachgewiesen.

Zur Prüfung der Pensionsrückstellungen haben uns versicherungsmathematische Berechnungen der Heubeck AG für die Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe, Münster, vorgelegen, deren Ergebnisse wir verwerten konnten.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren **Arbeitspapieren** festgehalten.

Alle von uns erbetenen **Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise** sind uns von der Betriebsleitung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.

Ergänzend hierzu hat uns die Betriebsleitung in der berufsüblichen **Vollständigkeitserklärung** schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage des Betriebes wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das Rechnungswesen (**Finanz- und Anlagenbuchhaltung**) des Betriebes erfolgt unter Verwendung des Programms Rechnungswesen kommunal pro der DATEV eG, Nürnberg.

Das vom Betrieb im Rahmen der Buchführung eingerichtete rechnungslegungsbezogene **interne Kontrollsystem (IKS)** sieht dem Betriebszweck und -umfang angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Arbeitsabläufe vor.

Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtszeitraum keine nennenswerten organisatorischen Veränderungen erfahren.

Die **Organisation der Buchführung**, das rechnungslegungsbezogene IKS und der Datenfluss ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der **Kontenplan** ist ausreichend gegliedert, das **Belegwesen** ist klar und übersichtlich geordnet.

Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der (von uns geprüften) Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt ordnungsgemäß geführt. Die Belegfunktion ist erfüllt. Die Organisation des Rechnungswesens ist den Verhältnissen des Betriebes angemessen.

Die Informationen, die aus den **weiteren geprüften Unterlagen** entnommen wurden, führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen (einschließlich Belegwesen, internes Kontrollsystem, Kostenrechnung und Planungsrechnungen) nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung entsprechen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

2. Jahresabschluss

Der Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - wurde gemäß §§ 21 bis 24 EigVO NRW i. V. m. den Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften aufgestellt.

Zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögens- und Finanzlage hat der Betrieb das Gliederungsschema nach § 266 HGB zulässigerweise und stetig um folgende Posten erweitert:

- Unter den Immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens werden geleistete "Baukostenzuschüsse" und "Baukostenzuschüsse für Anlagen im Bau" gesondert aufgeführt.
- Die Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Siegen / anderen Eigenbetrieben, gegenüber der städtischen Eigengesellschaft Siegener Versorgungsbetrieb GmbH (SVB), gegenüber dem Tochterunternehmen ESi GmbH sowie gegenüber dem Abwasserverband Siegen-Kirchen werden jeweils gesondert ausgewiesen.
- Im Eigenkapital sind die Rücklagen kommunalspezifisch weiter untergliedert in "Allgemeine Rücklage" und "Zweckgebundene Rücklagen". "Kapitalzuschüsse und andere Zuwendungen Dritter" werden daneben in einem gesonderten Posten dargestellt.
- Nach dem Eigenkapital ist ein Sonderposten für die empfangenen Investitionszuschüsse zur Finanzierung des Anlagevermögens eingefügt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet.

Die Angaben im Anhang sind vollständig und zutreffend.

Der Jahresabschluss entspricht den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften, den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung.

3. Lagebericht

Der Lagebericht entspricht § 25 EigVO NRW i. V. m. § 289 HGB. Er steht mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang. Der Lagebericht vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Betriebes. Nach unserer Auffassung sind im Lagebericht die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass der Lagebericht die vorgeschriebenen Angaben enthält und die gesetzlichen Vorschriften zur Aufstellung des Lageberichts beachtet worden sind.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss insgesamt, d. h. als **Gesamtaussage des Jahresabschlusses** - wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang ergibt - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Betriebes vermittelt.

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen

In dem Jahresabschluss der ESi wurden folgende **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden** zugrundegelegt:

- Es erfolgten lineare Abschreibungen über die geschätzte betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, sofern deren Nutzung zeitlich begrenzt ist.
- Empfangene Zuschüsse für Investitionen in das Anlagevermögen wurden in einem Sonderposten für Investitionszuschüsse passiviert und über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögens ertragswirksam aufgelöst. Die Auflösungserträge für Kanalanschlussbeiträge wurden in Posten "Umsatzerlöse" ausgewiesen. Für die anderen Zuschüsse erfolgte der Ausweis der Auflösungserträge im Posten "sonstige betriebliche Erträge".
- Der Posten "Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen" beinhaltet dienstzeitanteilig dem Betrieb zugeordnete Versorgungs- und Beihilfeverpflichtungen gegenüber Beamten und Pensionären. Sie wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen auf Basis der "Richttafeln 2018 G" von Klaus Heubeck gemäß § 22 Abs. 3 EigVO NRW nach der Teilwertmethode unter Anwendung eines Rechnungszinssatzes von 5 % bewertet. Mit der Stadt Siegen wurde am 14. Juli 2017 eine Freistellung des ESi von der Verpflichtung zur Zahlung von Beihilfen an Pensionäre vereinbart. Die Inanspruchnahme der Beihilfen-Rückstellungen des ESi erfolgt im Zeitpunkt der Pensionierung durch eine einmalige Ausgleichszahlung an die Stadt.
- Alle zum 31. Dezember 2021 bestehenden Zinsswapverträge wurden mit variabel verzinslichen Darlehen gegenüber Kreditinstituten zu Bewertungseinheiten im Sinne von § 254 HGB zusammengefasst. Die gegenläufigen Wertänderungen des Grund- und Sicherungsgeschäfts werden im Jahresabschluss durch Anwendung der „Einfrierungsmethode“ nicht ausgewiesen.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden **unverändert** zum Vorjahr angewendet.

Im Übrigen verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang (**Anlage 5**).

E. Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrags nach § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir gemäß § 103 Abs. 3 GO NRW die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG sowie IDW PS 720 (Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handels- und landesrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betriebssatzung, geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht in Abschnitt B. (Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Betriebsleitung) und in Anlage 2 (Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG) dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Vorjahresbeanstandungen waren nicht zu berücksichtigen.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 (**Anlagen 3 bis 5**) und dem Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2021 (**Anlage 6**) des Entsorgungsbetriebes der Stadt Siegen (ESi) unter dem Datum vom 20. Juli 2022 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi)

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Entsorgungsbetriebes der Stadt Siegen (ESi), Siegen, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Entsorgungsbetriebes der Stadt Siegen (ESi) für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) i.V.m. den einschlägigen deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Betriebs zum 31. Dezember 2021 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Betriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht § 25 EigVO NRW i.V.m. § 289 HGB und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 103 der Gemeindeordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Betrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Betriebsausschusses für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften EigVO NRW i. V. m. den einschlägigen deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Betriebs vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Betriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Betriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, dem § 25 EigVO NRW i. V. m. § 289 HGB entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit § 25 EigVO NRW i. V. m. § 289 HGB zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Betriebsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Betriebs zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Betriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, dem § 25 EigVO NRW i. V. m. § 289 HGB entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 103 GO NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Betriebs abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Betriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Betrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Betriebs vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Betriebs.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450 n. F.).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichtes bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in fremde Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird. Auf § 328 HGB wird verwiesen.

Siegen, 20. Juli 2022



8P Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Dipl.-Kfm. U. Koch
Vereidigter Buchprüfer


Dipl.-Bw. M. Künzel
Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

Anlagen:

Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse	1
Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720)	2
Bilanz zum 31. Dezember 2021	3
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2021	4
Anhang zum Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2021	5
Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2021	6
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017	7

Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse

Name:	Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi).
Sitz:	Siegen.
Rechtsform, Aufgaben:	<p>Eigenbetriebsähnliche Einrichtung (gemäß § 107 Abs. 2 GO NRW) der Stadt Siegen für die Abwasserbeseitigung und damit in Zusammenhang stehende Aufgaben.</p> <p>Der Betrieb wurde zum 1. Januar 1997 durch Ausgliederung des Amtes für Stadtentwässerung und Wasserbau aus dem allgemeinen städtischen Haushalt gebildet.</p> <p>Der Betrieb verfolgt nach § 1 Abs. 2 der Betriebssatzung keine Gewinnerzielungsabsicht.</p>
Wesentliche Satzungen:	<ul style="list-style-type: none">• Betriebssatzung für den Eigenbetrieb der Stadt Siegen für Entwässerung vom 7. März 1997 in der Fassung der 4. Änderungssatzung gemäß Ratsbeschluss vom 19. Juni 2019 gilt seit dem 01. Januar 2020 unverändert.• Im Berichtsjahr galt die Satzung der Stadt Siegen über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen vom 21. Dezember 2016 (Abwassersatzung). Zum 01. Januar 2022 trat die am 24. November 2021 beschlossene Neufassung der Abwassersatzung in Kraft.• Satzung über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren und Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren vom 13. Dezember 2013 (Gebührensatzung) galt im Berichtsjahr in der Fassung der 6. Änderungssatzung vom 15. Dezember 2020. Zum 01. Januar 2022 trat die am 24. November 2021 beschlossene Neufassung der Gebührensatzung in Kraft.

- Allgemeine Regelungen der Stadt:
- Hauptsatzung der Stadt Siegen.
 - Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Siegen und seine Ausschüsse.
 - Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates.
 - Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Siegen.
 - Richtlinien der Stadtverwaltung Siegen zur Verhinderung von Manipulation und Korruption.
 - Dienstanweisung der Stadt Siegen über das Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen.
 - Dienstanweisung zum Datenschutz in der Stadtverwaltung Siegen.

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr.

Stammkapital: EUR 2.000.000,00
(gemäß § 11 der Betriebssatzung).

Rat der Stadt Siegen: Oberstes Organ des Betriebes.

Zuständigkeit gemäß GO NRW, § 4 EigVO NRW und § 5 der Betriebssatzung.

Bürgermeister der Stadt Siegen: Der Bürgermeister ist Dienstvorgesetzter der Mitarbeiter des Betriebes.

Betriebsausschuss: Zuständigkeit gemäß § 5 EigVO NRW und § 4 der Betriebssatzung.

Bestehend aus 13 Mitgliedern, die im Anhang namentlich benannt werden.

Wichtige Beschlüsse:

Der Betriebsausschuss hat der Betriebsleitung mit Beschluss vom 10. September 2021 für das Wirtschaftsjahr 2020 Entlastung erteilt.

Mit Beschluss des Rates der Universitätsstadt Siegen vom 22. September 2021 wurde

- der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2020 festgestellt,
- der Jahresüberschuss 2020 in Höhe von EUR 1.473.808,66 zu EUR 73.808,66 auf neue Rechnung vorgetragen und EUR 1.400.000,00 in eine zweckgebundene Rücklage zur realen Kapitalerhaltung eingestellt,
- dem Betriebsausschuss für das Wirtschaftsjahr 2020 Entlastung erteilt.

Am 24. November 2021 hat der Rat der Universitätsstadt Siegen

- den Wirtschaftsplan 2022,
- die Gebührenkalkulation 2022
- die Neufassung der Gebührensatzung sowie
- die Neufassung der Abwassersatzung

beschlossen.

Wirtschaftsplan:

Der Wirtschaftsplan besteht gemäß §§ 14 - 18 EigVO NRW aus Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenübersicht und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung.

Die Abweichungen zwischen den für das Berichtsjahr geplanten und den getätigten Investitionen sowie dem Erfolgsplan und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr werden im Lagebericht (Anlage 6) im Abschnitt "Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage" dargestellt.

Der **Wirtschaftsplan 2022** sieht im Erfolgsplan einen Jahresüberschuss von TEUR 1.544 vor. Investitionen sind für das Jahr 2022 mit TEUR 22.302 veranschlagt. Die Finanzierung soll im Wesentlichen mittels Kreditaufnahmen und aus Mittelzuflüssen der laufenden Geschäftstätigkeit erfolgen. Neben der Vereinnahmung von Zuschüssen in Höhe von TEUR 100 ist eine Nettokreditaufnahme bei Banken in Höhe von TEUR 9.674 geplant.

Die **Gebührensätze** wurden mit Wirkung ab 2022 angepasst:

- Schmutzwassergebühr: EUR/m³ 2,20 (bisher: 2,10)
- Niederschlagswassergebühr: EUR/m² 0,84 (bisher: 0,88)

Betriebsleitung/Vertretung:

Gemäß § 9 Abs. 1 der Betriebssatzung wird die Stadt Siegen unbeschadet der anderen Organen zustehende Entscheidungsbefugnisse in den Angelegenheiten des Betriebes durch die Betriebsleitung vertreten.

Technischer Betriebsleiter ist Herr Stephan Roth.

Kaufmännischer Betriebsleiter ist Herr Christof Quandel.

Stellvertreter der Betriebsleiter ist Herr Daniel Scheidt.

Abwasserverband

Siegen-Kirchen:

Wasser- und Bodenverband gemäß des Wasserverbandsgesetzes (Körperschaft des öffentlichen Rechts) der Stadt Siegen und der Verbandsgemeinde Kirchen mit Sitz in Siegen, 1972 gegründet.

Verbandsgegenstand:

Insbesondere Reinigung der Abwässer aus dem Verbandsgebiet einschließlich Zuleitung der Abwässer zu der Verbandskläranlage Büdenholz, wobei die Abwassersammlung Aufgabe der Verbandsmitglieder ist.

Mitglieder und Verbandsgebiet:

- Stadt Siegen hinsichtlich Eiserfeld, Eisern, Niederschelden, Gosenbach und Oberschelden (rd. 22.000 angeschlossene Einwohnerwerte),
- Verbandsgemeinde Kirchen hinsichtlich Niederschelderhütte, Birken, Mudersbach und Brachbach (rd. 16.000 angeschlossene Einwohnerwerte).

Verbandssatzung vom 18. September 2007, in Kraft getreten zum 1. Januar 2008.

Geschäftsführung: Gemäß § 20 der Verbandssatzung in Verbindung mit § 1 Abs. 3 der ESi-Betriebssatzung obliegt ESi die kaufmännische und technische Geschäftsführung des Abwasserverbandes.

Verbandsfinanzierung: Vollständig im Umlageverfahren.

Wichtige Verträge:

Vertrag der Stadt Siegen mit der Siegenger Versorgungsbetriebe GmbH (SVB) vom 28. Dezember 1987 über die **Erhebung und den Einzug der Schmutzwassergebühren** im Namen und auf Rechnung der Stadt Siegen. Mit Änderungsvereinbarung vom 11. Juli 2017 wurde eine am Verbraucherpreisindex orientierte jährliche Vergütungsfortschreibung vereinbart.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein vom 14./15. Dezember 1995 über die **Mitbehandlung des Sickerwassers aus der Abfalldéponie Fludersbach** in der Kläranlage Siegen.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Freudenberg, neu gefasst am 14. Juni 2016, über die **Ableitung und Reinigung von Abwässern aus den Freudenger Stadtteilen Alchen, Bühl, Nieder- und Oberholzklau** durch das Kanalnetz der Stadt Siegen bzw. in der Kläranlage Siegen.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die **Abwasserbeseitigung des Stadtteils Netphen-Dreis-Tiefenbach** mit der Stadt Netphen vom 10./17. November 2003 .

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Mitbenutzung der Kläranlage der Stadt Kreuztal für Abwässer aus den Siegenger Stadtteilen Niedersetzen und Obersetzen mit der Stadt Kreuztal vom 2./28. April 1971 (2. Änderungsvereinbarung vom 13. Oktober/3. November 1989).

Die **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der Abwasserbeseitigung** mit der Stadt Kreuztal vom 01. Dezember 2021 trat am 01. Januar 2022 in Kraft und hat eine Mindestlaufzeit bis zum 31. Dezember 2027. Geregelt ist

- a) eine Mitbenutzung der Kläranlage Buschhütten der Stadt Kreuztal für Abwässer aus den Siegenger Stadtteilen Niedersetzen und Obersetzen und
- b) eine Übernahme der in den Kreuztaler Klärwerken anfallenden Klärschlämme durch ESi zur weiteren Entwässerung.

Nach der Mindestlaufzeit verlängert sich die Vereinbarung um jeweils 5 Jahre. Die Kündigungsfrist beträgt 5 Jahre für a) und 1 Jahr für b) zum jeweiligen Laufzeitende.

Die vorgenannte Vereinbarung wird ergänzt durch eine **Ausführungsvereinbarung** dem 25. November 2021, in der die Einzelheiten gesondert geregelt sind.

Vertrag mit der Fa. Knettenbrech + Gurdulic Mittelhessen GmbH, Solms, vom 11.05.2020 über die **Reststoffentsorgung aus Kläranlagen und Kanalbetrieb** für den Zeitraum vom 01. Januar 2020 bis 30. Juni 2022.

Erdgaslieferungsvertrag mit der Stadtwerke Gießen AG; neu vergeben im Dezember 2019 für den Zeitraum 2020 bis 2022.

Stromlieferungsvertrag mit der Stadtwerke Solingen GmbH; neu vergeben im Dezember 2019 für den Zeitraum 2020 bis 2021; verlängert im Dezember 2021 für das Jahr 2022.

Abwasserbeseitigungskonzept:

Nach § 53 LWG NRW besteht die Verpflichtung zur Aufstellung eines ABK, zu seiner Vorlage bei der oberen Wasserbehörde und zu seiner Umsetzung in Abstimmung mit dieser.

Jeweils im Abstand von sechs Jahren ist das ABK erneut vorzulegen (Fortschreibung). Die 7. Fortschreibung für den Zeitraum 2018 bis 2023 wurde vom Rat der Stadt Siegen am 20. Dezember 2017 beschlossen.

Steuerliche Verhältnisse:

Der Betrieb unterliegt mit seiner Haupttätigkeit keiner Steuerpflicht, da die Abwasserbeseitigung nach derzeitiger Rechtslage keinen Betrieb gewerblicher Art darstellt, sondern aufgrund ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgabenstellung ein Hoheitsbetrieb (insbesondere auf den Gebieten des Gesundheitswesens, des Umweltschutzes und der öffentlichen Sicherheit und Ordnung) ist.

Satzungsmäßige Entgelte:

Kanalbenutzungsgebühren

Seit dem 1. Januar 2021 galten folgende Gebührensätze:

EUR 2,10 je m³ Schmutzwasser,

EUR 0,88 je m² bebauter/befestigter Fläche.

Kanalanschlussbeitrag

EUR 2,50 je m² Veranlagungsfläche

(davon 60 % bei einem Anschluss nur für Schmutzwasser und 40 % bei einem Anschluss nur für Niederschlagswasser).

Gebühr für die Entleerung von Kleinkläranlagen

Seit 1. Januar 2020 EUR 71,31 je m³ abgefahrenen Klärschlammes.

Kostenersatz für Anschlusskanäle

Abrechnung des Aufwands für die Herstellung, Erneuerung, Beseitigung, Veränderung und Unterhaltung auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten.

Betriebsanlagen:

Eine Übersicht über die wichtigsten Betriebsanlagen enthält der Anhang (Anlage 5).

FRAGENKATALOG ZUR PRÜFUNG NACH § 53 HGrG (IDW PS 720)

1. Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Entsprechende Regelungen sind in der Betriebssatzung, im Organisationsplan und in der "Konzeption des Finanzmanagements im ESi" (vgl. Fragenkreis 5) enthalten und stellen in Bezug auf die Betriebsgröße ein Mindestmaß dar.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Berichtsjahr 2021 haben vier Sitzungen des Betriebsausschusses stattgefunden. Die Sitzungsniederschriften haben wir eingesehen und zu den Akten genommen.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Die Betriebsleiter sind angabegemäß in keinem Kontrollgremium tätig.

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Ja. Die Gesamtbezüge jedes Betriebsleiters werden im Anhang angegeben. Es handelt sich um fest vereinbarte Bezüge, so dass eine Aufteilung nach den genannten Komponenten nicht erforderlich war.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses haben vom Betrieb Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen gemäß Entschädigungsverordnung erhalten. Die Gesamtbeträge werden je Mitglied bzw. stellvertretendem Mitglied im Anhang angegeben.

2. Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind, wird danach verfahren und erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Ja. Der Betrieb hat seinen Organisationsplan zuletzt an die zum 1. Januar 2020 geänderte Satzung angepasst.

Der kaufmännische Betriebsleiter ist für den Bereich Finanz- und Rechnungswesen sowie für den Bereich Verwaltung und Bürgerservice zuständig.

Der technische Betriebsleiter ist für die Bereiche Kanalbetrieb, Kläranlagen, Planung und Bauleitung zuständig.

Der Organisationsplan wird bei Bedarf aktualisiert.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Im Rahmen unserer Abschlussprüfung ergaben sich keine Hinweise auf eine Nichtbeachtung des Organisationsplans.

- c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Allgemein gelten für den Betrieb die kommunalrechtlich vorgegebenen Regelungen/Vorkehrungen und die speziellen Bestimmungen der Stadt Siegen zur Korruptionsprävention.

Neben dem Korruptionsbekämpfungsgesetz (KorruptionsbG) des Landes NRW vom 16. Dezember 2004 und dem hierzu - für den kommunalen Bereich mit Anwendungsempfehlung - ergangenen Runderlass des Innenministeriums vom 26. April 2005 sind hier insbesondere der Runderlass "Verhütung und Bekämpfung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung" des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 20. August 2014 sowie die "Dienstweisung über das Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen" der Stadt Siegen zu nennen.

Gemäß Organisationsverfügung des Bürgermeisters vom 2. November 2006 besteht seit 1. Dezember 2006 bei ESi eine Sondervergabestelle "für alle förmlichen sowie die nicht-förmlichen (freihändigen) Vergaben aus dem Zuständigkeitsbereich des Entsorgungsbetriebes" unter der unmittelbaren Dienst- und Fachaufsicht der Betriebsleitung, so dass seit diesem Zeitpunkt die bei der Stadt Siegen eingerichtete "Zentrale Vergabestelle" nicht für den Betrieb zuständig ist.

Die Betriebsleitung sieht ein reduziertes Risiko für Korruption bei ESi auch durch folgende Maßnahmen:

Die Sondervergabestelle ist dem kaufmännischen Betriebsleiter unterstellt. Dies sichert eine gewisse Unabhängigkeit; denn die Vergaben betreffen weitestgehend den technischen Bereich.

Bei 90% der Aufträge sind Ingenieurbüros als unabhängige Dritte mit der Rechnungsprüfung betraut.

- d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Es bestehen für den Betrieb allgemeine kommunale und branchenmäßige Verordnungen und Vorgaben sowie Dienstanweisungen der Stadt Siegen im obigen Sinne.

Zu Vergaben vergleiche Antwort c).

Für das Personalwesen ist das Tarifvertragsrecht des öffentlichen Dienstes und das Beamtenrecht anzuwenden, wobei die Personalverwaltung im Wesentlichen zentral von der Stadt Siegen durchgeführt wird, die sich für die Lohn- und Gehaltsabrechnungen des Kommunalen Rechenzentrums Minden-Ravensberg/Lippe in Lemgo bedient.

Des Weiteren ist auf die Vorgaben des Wirtschaftsplanes und durch Rats- und Betriebsausschussbeschlüsse zu verweisen.

Im Rahmen unserer Abschlussprüfung haben sich keine Anhaltspunkte auf abweichende Verfahrensweisen ergeben.

- e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Die Verwaltung und Aufbewahrung der Verträge erfolgt nach den üblichkeiten in der Kommunalverwaltung. Darüber hinaus wird derzeit ein elektronisches Dokumenten-Managementsystem aufgebaut, in dem alle Verträge abgelegt sind und eine automatische Fristen- und Zahlungsüberwachung erfolgt.

Für jedes an die Kanalisation angeschlossene Grundstück wird beim Betrieb eine separate Akte geführt.

3. Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?

Ja. Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen des Betriebes. Es werden jährlich Wirtschaftspläne samt mittelfristiger Investitions- und Finanzplanung gemäß §§ 14 - 18 EigVO NRW erstellt. Des Weiteren erfolgt eine wöchentliche Liquiditätsplanung sowie eine jährliche Gebührenbedarfsberechnung. Ein aktuelles Abwasserbeseitigungskonzept gemäß § 53 LWG NRW liegt vor. Die sachlichen und zeitlichen Zusammenhänge von Projekten sind bei den Investitionsplanungen erkennbar.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Ja. Es erfolgt eine laufende Projektüberwachung bei Baumaßnahmen. In den Quartalsberichten und im jährlichen Lagebericht werden die Planabweichungen dargestellt und deren Ursachen erläutert.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Ja. Es liegt eine DATEV-Finanzbuchhaltung mit integrierter Kostenstellenrechnung und Anlagenbuchhaltung vor. Die einzelnen Zweige des Rechnungswesens entsprechen der Größe und den besonderen Anforderungen des Betriebes.

Gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3 KAG NRW erfolgt jährlich eine Gebührenergachkalkulation. Die betriebswirtschaftlich ansatzfähigen Kosten werden dazu strukturiert den Gebührenarten zugerechnet. Die dabei festgestellten Kostenüberdeckungen durch Gebühren werden periodengerecht zu Lasten der Gebührenerträge des Wirtschaftsjahres (Umsatzerlöse) verbucht und in der Bilanz als sonstige Verbindlichkeit (gegenüber den Gebührenzahlern) ausgewiesen.

Die Nachkalkulationen für das Wirtschaftsjahr 2021 ergaben folgende Beträge: EUR

Schmutzwassergebühr	Überdeckung	164.099,00
---------------------	-------------	------------

Niederschlagswassergebühr	Überdeckung	477.225,00
---------------------------	-------------	------------

Die sonstigen Verbindlichkeiten aus Gebührenüberdeckungen betragen zum 31. Dezember 2021: EUR

Schmutzwassergebühr	1.750.295,00
---------------------	--------------

Niederschlagswassergebühr	875.990,00
---------------------------	------------

- d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Ja. Das Finanzmanagement erfolgt durch die kaufmännische Abteilung.

- e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Seit dem 01. Januar 2020 gilt eine Cash-Pooling-Vereinbarung zwischen dem Betrieb, der Tochtergesellschaft ESi GmbH und dem Abwasserverband Siegen-Kirchen.

Da die Buchhaltung für alle Vertragsbeteiligten zentral von ESi erledigt wird, ist die einheitliche Einhaltung der Regelungen (insbesondere zur Verzinsung) sichergestellt.

- f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Ja. Der Betrieb erhebt im Wesentlichen Gebühren und Beiträge auf Grundlage des Kommunalabgabengesetzes (KAG NRW). Die Schmutzwassergebühren werden aufgrund eines entsprechenden Vertrages von der SVB GmbH, der die Trinkwasserversorgung im Gebiet der Stadt Siegen obliegt, im Namen und für Rechnung der Stadt erhoben. Die Niederschlagswassergebühr wird von der Stadt Siegen zusammen mit den übrigen Grundbesitzabgaben erhoben. Das Mahnwesen obliegt bei diesen Gebühren bei der SVB GmbH bzw. der Stadt. Es werden angemessene Abschlagszahlungen eingefordert und an den Betrieb weitergeleitet.

Im Übrigen werden Kanalanschlussbeiträge, Gebühren für die Entleerung von Kleinkläranlagen, Genehmigungsgebühren, Kostenerstattungen von der Stadt Siegen und den Städten Freudenberg und Netphen vom Betrieb selbst abgerechnet und zeitnah und effektiv abgewickelt.

- g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?

Ja. Das Controlling entspricht den Anforderungen des Unternehmens und umfasst alle wesentlichen Unternehmensbereiche.

- h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Ja. Die Geschäftsführung und seit dem 10. September 2021 auch die Liquidation der einzigen Tochtergesellschaft des Betriebes, der ESi GmbH, wird durch den kaufmännischen Betriebsleiter wahrgenommen. Die Finanzbuchhaltung der ESi GmbH erfolgt beim Entsorgungsbetrieb.

4. Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?
- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?
- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?
- d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Zu a) bis d) insgesamt

Der Betrieb hat ein Risikofrüherkennungssystem im Sinne von § 10 Abs. 1 EigVO NRW eingerichtet und dies mit den vier Quartalsberichten des Risikomanagements dokumentiert. Bei dem Risikofrüherkennungssystem wurde auf zahlreiche bereits in diesem Sinne vorhandene und angewendete Organisationsregeln und -strukturen und Maßnahmen-Vorgaben aufgebaut.

Die Risikoarten wurden von der Betriebsleitung und dem Controller identifiziert und in Zusammenarbeit mit den Abteilungsleitern und Fachverantwortlichen kommuniziert, diskutiert und bewertet. Insbesondere wurden die fünf Punkte des § 10 Abs. 1 EigVO NRW, Risikoidentifikation, Risikobewertung, Risikobewältigung einschließlich Risikokommunikation, Risikoüberwachung/Risikofortschreibung und Risikodokumentation herausgearbeitet. Da es sich bei ESi um eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung handelt, die die hoheitliche Aufgabe der Abwasserbeseitigung erfüllt, liegen bestandsgefährdende Risiken der für die Marktwirtschaft typischen Arten nicht vor. Insgesamt wurden unterhalb der Ebene der bestandsgefährdenden Risiken vier - ihrer Einflussnahme zugängliche - Haupt-Risikoarten identifiziert und bewertet. Sofern möglich wurden Maßnahmen entwickelt, um diese Risiken zu vermeiden oder zu verringern. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird kontinuierlich überprüft.

Die Berichterstattung und Beurteilung der Risiken erfolgt derzeit im Rahmen des Risikomanagements bei den langfristig eintretenden Risiken jährlich, bei denen die kurzfristig eintreten können, quartalsweise.

5. Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:
- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
 - Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
 - Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
 - Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?
- b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?
- c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf
- Erfassung der Geschäfte
 - Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse
 - Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
 - Kontrolle der Geschäfte?
- d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?
- e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?
- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Zu Fragen a) bis f) insgesamt:

Die Geschäfte dienen ausschließlich der Zinsaufwandsoptimierung. Zur Anzahl und zum Umfang der Geschäfte sowie zu deren bilanzieller Behandlung verweisen wir auf den Abschnitt "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" im Anhang (Anlage 5).

Die derivativen Finanzgeschäfte werden durch den kaufmännischen Betriebsleiter vorbereitet und dann gemeinsam mit dem technischen Betriebsleiter abgeschlossen. Im letzten Jahr wurden keine derartigen Geschäfte abgeschlossen.

Für die einzelnen Geschäfte werden grundsätzlich Angebote von mehreren Kreditinstituten eingeholt.

Der Betriebsausschuss wird in seiner jeweils nächsten Sitzung über die abgeschlossenen Derivatgeschäfte informiert (mit Protokollierung in der Sitzungsniederschrift) und erhält viermal jährlich eine tabellarische Übersicht über sämtliche schwebende Derivatgeschäfte und deren Wertentwicklung und Risikoeinschätzung.

Die Verantwortlichen der Stadtverwaltung Siegen werden durch die Beschlussvorlagen und die Niederschriften über die Sitzungen des Betriebsausschusses über die derivativen Finanzgeschäfte informiert.

Die abgeschlossenen Verträge werden laufend auf ihre Marktwertentwicklung hin überwacht.

6. Interne Revision

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?
- b) Wie ist die Anbindung der internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?
- c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?
- d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?
- e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?
- f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Zu a) bis f) insgesamt:

Eine eigene interne Revision besteht aufgrund der Betriebsgröße nicht.

Es erfolgen stattdessen Prüfungen des Betriebes durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Siegen und durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen.

Im Rahmen unserer Prüfungsplanung haben wir uns über die Prüfungen im Berichtsjahr informieren lassen. Eine vorherige Abstimmung war nicht erforderlich.

Das Rechnungsprüfungsamt hat nach eigenen Angaben im Berichtsjahr für ESi 97 Vergaben nach VOL, VOB, VgV, UVgO und ohne Vergabeordnung im Gesamtauftragswert von EUR 20,2 Mio. vor der jeweiligen Auftragsvergabe geprüft. Auftragsvergaben unter EUR 2.500 wurden gemäß "Dienstabweisung über das Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen" nicht geprüft.

Beanstandungen wurden auskunftsgemäß im Einzelfall unmittelbar ausgeräumt und uns nicht berichtet.

7. **Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans**

- a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Bei unserer Prüfung haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Den oben genannten Personen sind keine Kredite gewährt worden.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Bei unserer Prüfung haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

- d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Verstöße gegen Gesetz, Betriebssatzung und Beschlüsse des Rates der Stadt Siegen und des Betriebsausschusses sind uns nicht bekannt geworden.

8. **Durchführung von Investitionen**

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Unter Berücksichtigung des Betriebszieles einer flächendeckenden Abwasserentsorgung ergaben sich nach unseren Erkenntnissen keine Anhaltspunkte dafür, dass die Planung und Abwägung der Investitionsvorhaben nicht sachgerecht erfolgt sind.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Nein. Bei unserer Prüfung haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Ja. Es erfolgten derartige Projektüberwachungen und Meldungen an die Betriebsleitung.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Nein. Für das Wirtschaftsjahr 2021 waren laut Wirtschaftsplan Investitionen in Höhe von TEUR 19.157 geplant. Tatsächlich investiert wurden TEUR 14.485. Auch in der Einzelbetrachtung liegen auskunftsgemäß keine wesentlichen Überschreitungen von Einzelbudgets vor. In den von uns geprüften Einzelmaßnahmen im Bau wurden absehbare Planüberschreitungen von den Projektleitern rechtzeitig der Betriebsleitung und ggf. dem Betriebsausschuss zur Genehmigung vorgelegt.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Bei unserer Abschlussprüfung haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

9. Vergaberegelnungen

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelnungen (z.B. VOB, EU-Regelnungen) ergeben?

Auftragsvergaben bis TEUR 150 (netto) erfolgten durch die Betriebsleitung.

Ein großer Teil der Auftragsvergaben über TEUR 150 (netto) erfolgten aufgrund von Dringlichkeitsentscheidungen mit anschließender Genehmigung durch den Betriebsausschuss.

Das Vergabewesen ist regelmäßig Gegenstand von Prüfungen durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Siegen; vgl. Fragenkreis 6.

Andere offenkundige Verstöße gegen Vergaberegelegungen haben wir im Zuge unserer Prüfung nicht festgestellt.

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelnungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Das Auftragsvergabewesen des Betriebes entspricht den Üblichkeiten in der Kommunalverwaltung auf der Grundlage der entsprechenden Verdingungsordnungen.

Für Kreditaufnahmen auf dem Kapitalmarkt werden in angemessenem Umfang Konditionsangebote eingeholt.

10. Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Ja. Es wurden vierteljährliche Zwischenberichte gemäß § 20 EigVO NRW erstellt und auskunftsgemäß an die Mitglieder des Betriebsausschusses verschickt.

Der Betriebsausschuss wird zudem in jeder Sitzung über die wesentlichen Betriebsangelegenheiten informiert. Weitere Berichterstattungen erfolgen im Zuge der Beratungen von Wirtschafts- und Finanzplanung, Entgeltskalkulationen, Jahresabschluss und Auftragsvergaben und durch fallweise Sachstandsberichte, Auskünfte oder Mitteilungen aufgrund von Anfragen der Gremiumsmitglieder oder ausgehend von der Betriebsleitung sowie im Rahmen von Besichtigungen von Betriebsanlagen und Baumaßnahmen.

- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Soweit aus den Zwischenberichten, Sitzungsvorlagen und -niederschriften des Betriebsausschusses ersichtlich, ist ein zutreffender Eindruck gemäß der Fragestellung vermittelt worden.

- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Nach den Sitzungsniederschriften des Betriebsausschusses erfolgte die Berichterstattung über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah. Im Rahmen unserer Abschlussprüfung haben wir keine nicht ordnungsgemäß abgewickelten Geschäftsvorfälle, erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen festgestellt. Ungewöhnliche oder risikoreiche Geschäfte lagen im Wirtschaftsjahr nicht vor.

- d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Wesentlicher Themenschwerpunkt war im Berichtsjahr die neue Klärschlamm-trocknungsanlage. Die Betriebsleitung informierte mehrfach über ihre Suche nach einem Kooperationspartner, alternative Vertragsgestaltungen, die Kostensituation und die Risiken und Chancen für ESi.

Besondere Berichtswünsche des Betriebsausschusses gab es im Berichtsjahr nicht.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Nein.

- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Nein. Eine Directors&Officers-Versicherung (Organ- oder Managerhaftpflichtversicherung) ist nicht abgeschlossen.

- g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Uns sind keine Meldungen von Interessenkonflikten bekannt geworden.

11. Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Nein.

- b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Nein.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Nein. Ermittlungen zum Zeitwert bzw. Verkehrswert insbesondere des Anlagevermögens liegen nicht vor.

12. Finanzierung

- a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Die Bilanz zum 31. Dezember 2021 weist rund 48 % Eigenkapital, 2 % Sonderposten für Investitionszuschüsse und 50 % Fremdkapital aus.

Die zukünftigen Investitionen müssen wie bisher in hohem Maße aus Kreditaufnahmen finanziert werden, da die verdienten Abschreibungen zum weitaus größten Teil für Darlehenstilgungen benötigt werden.

- b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Entfällt, weil uns diese Informationen im Rahmen der beauftragten Einzelabschlussprüfung nicht zugänglich sind. Wir verweisen auf den Gesamtabschluss der Stadt Siegen.

- c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Im Berichtsjahr hat der Betrieb zinsverbilligte Förderdarlehen in Höhe von TEUR 10.528 erhalten.

Anhaltspunkten für eine Nicht-Beachtung der Verpflichtungen und Auflagen der Mittelgeber haben sich im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung nicht ergeben.

13. Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Nein. Die Eigenkapitalquote des Betriebes beträgt rund 48 % der Bilanzsumme und liegt damit deutlich über der Größenordnung von 30 bis 40 %, die bei derartigen öffentlichen Betrieben allgemein als wünschenswert angesehen wird.

- b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der Vorschlag der Betriebsleitung lautet, aus dem Jahresüberschuss in Höhe von EUR 2.552.286,62 einen Teilbetrag von EUR 2.500.000,00 in die zweckgebundene Rücklage zur realen Kapitalerhaltung einzustellen und den Rest auf neue Rechnung vorzutragen. Dies ist mit der wirtschaftlichen Lage des Betriebes vereinbar.

14. Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Entfällt, da es sich um einen reinen Abwasserentsorgungsbetrieb handelt.

- b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Nein. Die Struktur der Komponenten des Jahresüberschusses stellt sich wie folgt dar:

	2021	2020
	TEUR	TEUR
Erlöse zur Abdeckung kalkulatorischer (Mehr-)zinsen	1.895	1.676
Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen	478	477
Schadenersatz (insbesondere Vergleich Faulturm)	184	0
Gewinne aus Anlagenabgängen	56	14
Erträge aus der Aufzinsung von Rückstellungen	2	8
Erträge aus Verwarentgelten	5	0
Sonstige neutrale Erträge (periodenfremde Erträge inkl. Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen auf Forderungen)	108	31
Verluste aus Anlagenabgängen	-63	-276
Anlaufverluste Klärschlamm-trocknungsanlage (Probebetrieb in 2020)	0	-233
Abschreibungen auf Anteile an verbundener ESi GmbH	-8	-7
Sonstige neutrale Aufwendungen (periodenfremde Aufwendungen und Forderungsverluste)	-105	-216
Jahresüberschuss	2.552	1.474

Kalkulatorische Zinsen wurden in 2021 mit 2,0 % (Vorjahr: 2,0 %) des eingesetzten Anlagevermögens abzüglich Abzugskapital angesetzt bei der Gebührenkalkulation. Die Steigerung der kalkulatorischen Mehrzinsen ergibt sich aus dem Anstieg des eingesetzten Anlagevermögens und tatsächlichen Zinsaufwandseinsparungen durch Umschuldung von Darlehen.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Nein. Anhaltspunkte für eindeutig unangemessene Konditionen bei den Leistungsbeziehungen zur Stadt Siegen, zu der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH und zur ESi GmbH haben sich nicht ergeben. Alle Vergütungen werden jährlich überprüft und ggf. anhand nachvollziehbarer Größen oder Indizes an die aktuelle Kostenentwicklung angepasst.

- d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Entfällt, da keine konzessionsabgabepflichtigen Geschäfte getätigt wurden.

15. Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Nein.

- b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Ja. Auf Grundlage der inzwischen erteilten abwasserrechtlichen Betriebsgenehmigung für die Klärschlamm-trocknungsanlage wurde eine dauerhafte Zusammenarbeit und Kostenteilung mit der Stadt Kreuztal ab dem 01. Januar 2022 vereinbart.

16. Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Entfällt, weil ein Jahresüberschuss erzielt wurde.

- b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Entfällt, weil ein Jahresüberschuss erzielt wurde.

Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi), 57080 Siegen

B I L A N Z zum 31. Dezember 2021

A K T I V A

	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	46.570,00	62.141,00
2. Baukostenzuschüsse	5.802.642,60	6.125.726,26
3. Baukostenzuschüsse für Anlagen im Bau	<u>8.406,32</u>	<u>3.109,64</u>
	5.857.618,92	6.190.976,90
II. <u>Sachanlagen</u>		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	29.748.387,59	31.631.863,59
2. Technische Anlagen und Maschinen	183.774.912,00	188.372.392,70
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.976.837,00	1.854.036,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>23.022.594,77</u>	<u>11.860.636,41</u>
	238.522.731,36	233.718.928,70
III. <u>Finanzanlagen</u>		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	238.228,13	245.917,75
2. Sonstige Ausleihungen	<u>300,00</u>	<u>300,00</u>
	<u>238.528,13</u>	<u>246.217,75</u>
	<u>244.618.878,41</u>	<u>240.156.123,35</u>
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. <u>Vorräte</u>		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	623.646,65	685.787,18
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.952.823,58	1.230.078,75
2. Forderungen gegen den Abwasserverband Siegen-Kirchen	74.066,37	0,00
3. Forderungen gegen die Stadt Siegen / andere Eigenbetriebe	486.401,98	0,00
4. Forderungen gegen das verbundene Unternehmen ESi GmbH	2.044,72	0,00
5. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>159.258,97</u>	<u>321.606,75</u>
	2.674.595,62	1.551.685,50
III. <u>Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	<u>625.162,57</u>	<u>227.222,57</u>
	<u>3.923.404,84</u>	<u>2.464.695,25</u>
	<u>64.778,85</u>	<u>41.276,45</u>
	<u>248.607.062,10</u>	<u>242.662.095,05</u>
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		

P A S S I V A

	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. <u>Stammkapital</u>	2.000.000,00	2.000.000,00
II. <u>Rücklagen</u>		
1. Allgemeine Rücklage	56.402.847,39	56.402.847,39
2. Zweckgebundene Rücklagen	<u>5.650.000,00</u>	<u>4.250.000,00</u>
	62.052.847,39	60.652.847,39
III. <u>Kapitalzuschüsse und andere Zuwendungen Dritter</u>	50.330.101,68	50.230.087,03
IV. <u>Gewinnvortrag</u>	1.551.781,07	1.477.972,41
V. <u>Jahresüberschuss</u>	<u>2.552.286,62</u>	<u>1.473.808,66</u>
	<u>118.487.016,76</u>	<u>115.834.715,49</u>
	<u>5.524.614,00</u>	<u>5.950.729,00</u>
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE		
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.437.731,00	1.359.860,00
2. Sonstige Rückstellungen	<u>3.183.505,00</u>	<u>2.912.491,06</u>
	<u>4.621.236,00</u>	<u>4.272.351,06</u>
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	112.559.867,32	106.434.389,08
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.101.102,76	5.043.350,64
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH	1.186.026,65	516.939,37
4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Abwasserverband Siegen-Kirchen	0,00	166.634,43
5. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Siegen /anderen Eigenbetrieben	0,00	10.728,66
6. Verbindlichkeiten gegenüber dem verbundenen Unternehmen ESi GmbH	0,00	242.620,24
7. Sonstige Verbindlichkeiten	2.984.536,11	4.036.874,58
- davon aus Steuern: EUR 38.042,94 (Vorjahr: EUR 40.975,50)		
	<u>119.831.532,84</u>	<u>116.451.537,00</u>
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>142.662,50</u>	<u>152.762,50</u>
	<u>248.607.062,10</u>	<u>242.662.095,05</u>

	2021 EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	25.012.176,68	24.368.891,62
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	861.000,00	994.000,00
3. Sonstige betriebliche Erträge	457.447,34	155.299,75
4. Materialaufwand		
a. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-3.105.733,02	-3.497.278,03
b. Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-2.000.078,70</u>	<u>-2.204.981,28</u>
	-5.105.811,72	-5.702.259,31
5. Personalaufwand		
a. Löhne und Gehälter	-4.076.859,65	-4.058.037,33
b. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-1.127.877,35	-1.133.305,34
- davon für Altersversorgung: EUR 381.057,52 (Vorjahr: EUR 392.748,73)	<u> </u>	<u> </u>
	-5.204.737,00	-5.191.342,67
6. Abschreibungen		
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-9.951.515,71	-9.123.232,66
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.832.069,94	-2.040.118,95
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.622,35	7.866,63
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	-7.689,62	-7.597,27
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-1.684.135,76</u>	<u>-1.987.698,48</u>
11. Jahresüberschuss	<u>2.552.286,62</u>	<u>1.473.808,66</u>

Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi), Siegen

Anhang zum Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2021

I. Allgemeine Angaben

Der Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi) ist eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Siegen gemäß § 107 Abs. 2 GO NRW mit Sitz in Siegen.

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß §§ 21 bis 24 EigVO NRW i. V. m. den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Gemäß § 265 Abs. 5 und 6 HGB wurden Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung an die Besonderheiten des Betriebes angepasst.

Die Angaben und Erläuterungen im Anhang erfolgen in der Reihenfolge der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Das **Sachanlagevermögen** und die entgeltlich erworbenen **immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens** (einschließlich der Baukostenzuschüsse) sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und werden, soweit abnutzbar, entsprechend ihrer Nutzungsdauer um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode vermindert. Zugänge und Abgänge des Wirtschaftsjahres werden grundsätzlich zeitanteilig abgeschrieben.

Abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten (vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag) 250,00 € nicht übersteigen, werden im Anschaffungsjahr voll abgesetzt. Für abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 250,00 €, aber nicht 1.000,00 € übersteigen, wird ein Sammelposten gebildet, der im Wirtschaftsjahr der Bildung und den folgenden vier Wirtschaftsjahren mit jeweils einem Fünftel abgeschrieben wird.

Fremdkapitalzinsen sind nicht aktiviert.

Die Nutzungsdauer der aktivierten Baukostenzuschüsse an den Abwasserverband Siegen-Kirchen richtet sich nach der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagen. Sie liegt wie bei ESi zwischen 5 und 60 Jahren.

Für die wesentlichen Sachanlagen sind die aus der nachfolgenden Tabelle hervorgehenden betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern festgesetzt.

	Nutzungsdauer in Jahren	
	Zugang ab 01.01.2007	Altbestand
Kanalleitungen		
Steinzeug	60	80
Guss, Stahl, Duktulguss	40	67
Beton, Fertigbeton, Stahlbeton	40	56
Kunststoff, Asbestzement	40	48
Sonderbauwerke		
Baulicher Teil	40	56
Maschinentechnik	12,5	14
Elektrotechnik	8	14
Arbeitsmaschinen	5 - 8	8
Kläranlagen		
Gebäude	40	40
Sonstige Bauwerke	40	40
Maschinentechnik	8 - 12,5	8 - 12,5
Elektrotechnik	8	8

Die **Finanzanlagen** sind mit den Nennwerten bzw. zu Anschaffungskosten angesetzt.

Die Bewertung der **Vorräte** erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. zu niedrigeren beizulegenden Werten.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** wurden unter Berücksichtigung des Ausfallrisikos zum Nennwert angesetzt. Uneinbringliche Forderungen wurden abgeschrieben. Für das generelle Ausfallrisiko wurde eine Pauschalwertberichtigung von 2 % auf den nicht einzelwertberichtigten Forderungsbestand gebildet.

Die **flüssigen Mittel** sind zu Nennwerten bewertet.

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** werden vorausgezahlte Beamtenbezüge, Software- und andere Wartungsvertragsaufwendungen und Kraftfahrzeugsteuer ausgewiesen.

Das **Eigenkapital** ist zum Nennbetrag angesetzt. Das Stammkapital entspricht der Betriebssatzung.

Der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** enthält die passivierten Kanalanschlussbeiträge (Baukostenzuschüsse) und wird mit 3,0 % p.a. ertragswirksam über den Posten Umsatzerlöse aufgelöst, dann enthält der Sonderposten die passivierten Verrechnungen mit der Abwasserabgabe gemäß § 10 Abs. 3 Abwasserabgabengesetz (AbwAG), welche je nach Laufzeit des bezuschussten Anlagevermögens mit 5,56 % p.a. für die Kläranlagen und mit 1,82 % p.a. für das Kanalvermögen ertragswirksam über den Posten sonstige betriebliche Erträge aufgelöst wird. Der Sonderposten enthält Zuschüsse des Landes und des Bundes für die Beschaffung von Elektro- und Wasserstofffahrzeugen, welche nach der Nutzungsdauer der Fahrzeuge mit 12,5% bis 20% erfolgswirksam über den Posten sonstige betriebliche Erträge aufgelöst wird. Den Bilanzansätzen liegen die Nominalwerte zugrunde.

Die **Pensionsrückstellungen** beinhalten dem Betrieb dienstzeitanteilig zugeordnete Versorgungsansprüche von Beamten und Pensionären sowie die Verpflichtung zur Gewährung von Beihilfen an Pensionäre. Bei Eintritt in den Ruhestand werden gemäß der Vereinbarung mit der Universitätsstadt Siegen die Beihilferückstellung zur Ablösung der Verpflichtung an die Universitätsstadt Siegen gezahlt, welche die Verpflichtung zur Gewährung von Beihilfen übernimmt. Sie sind entsprechend § 22 Abs. 3 Eig-VO NRW nach der Teilwertmethode unter Zugrundelegung der "Richttafeln 2018 G" von Klaus Heubeck unter Anwendung eines Rechnungszinssatzes von 5,0 % gebildet worden. Die Bewertung der Beihilferückstellungen erfolgte auf Basis der Wahrscheinlichkeitstafeln 2018 mit Einschluss der Pflegestatistiken und anteiliger Berücksichtigung von Angehörigen und Hinterbliebenen. Besoldungstrends und zukünftige Kostensteigerungen wurden nicht berücksichtigt.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Bewertung erfolgt jeweils in Höhe des Erfüllungsbetrags, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist, um zukünftige Zahlungsverpflichtungen abzudecken. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente

Der Betrieb sichert Zinsrisiken aus variabel verzinsten Darlehen mit geeigneten Zinsswapgeschäften ab. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 bestanden folgende Derivatgeschäfte:

	Nominal- volumen	Marktwert/ beizulegender Zeitwert	
		positiv	negativ
	T€	T€	T€
Zinsbezogene Geschäfte	14.088	0	-4.156

Die folgenden zinsbezogenen Geschäfte in Euro bilden zusammen mit dem Grundgeschäft jeweils eine Bewertungseinheit:

Art des Geschäftes	Vertrags- abschluss	Laufzeit	Volumen 31.12.2021	Marktwert 31.12.2021
			T€	T€
Zinsbezogene Geschäfte				
a) Zinssatz-Swap	21.11.2001	2001 - 2023	799	-39
b) Zinssatz-Swap	02.07.2009	2010 - 2040	1.289	-389
c) Zinssatz-Swap	15.02.2006	2016 - 2036	12.000	-3.728
			14.088	-4.156

Die gegenläufigen Wertänderungen des Grund- und Sicherungsgeschäfts werden im Jahresabschluss durch Anwendung der „Einfrierungsmethode“ nicht ausgewiesen.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Zur Entwicklung des **Anlagevermögens** wird auf die Anlage 1 zum Anhang verwiesen.

Die unter den Immateriellen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Baukostenzuschüsse sind an den Abwasserverband Siegen-Kirchen zur Mitfinanzierung von dessen Investitionen gezahlt worden, vgl. Abschnitt V.

Das Grundvermögen und der Bestand und die Leistungsfähigkeit der wichtigsten Anlagen des Betriebes zeigen folgende Entwicklung:

	Stand 01.01.2021	Zugang Abgang	Stand 31.12.2021
Grundstücke und Bauten (zu Anschaffungs- und Herstellungskosten)	67.960 T€	5 T€ -14 T€	67.951 T€
Kläranlagen (EW = Einwohnerwerte)			
Kläranlage Siegen	175.000 EW		175.000 EW
Kläranlage Weidenau	75.000 EW		75.000 EW
	250.000 EW		250.000 EW
Kanäle			
Mischwasserkanäle	515,0 km	1,0 km	516,0 km
Schmutzwasserkanäle	38,5 km	0,0 km	38,5 km
Regenwasserkanäle	59,1 km	-0,3 km	58,8 km
	612,6 km	+0,7 km	613,3 km
Sonderbauwerke			
Regenrückhaltevolumen gesamt	43.280 m³		43.280 m³
Regenüberlaufbecken	31 St.		31 St.
Regenüberläufe	49 St.		49 St.
Regenklärbecken	2 St.		2 St.
Regenrückhaltebecken	2 St.		2 St.
Pumpwerke	14 St.		14 St.

Zur Ausnutzung der Betriebsanlagen vgl. die Mengenangaben zu den Umsatzerlösen unter Abschnitt V.

Die **Anlagen im Bau** setzen sich zum 31.12.2021 wie folgt zusammen:

	gesamt	davon größte Einzelposten
	T€	T€
Kanäle und Sonderbauwerke (Neubau und Sanierung)	5.068	
Kanal Memeler Str.		3195
Kanal Gärtnerstr. – Austr.		382
Kanal Bergstraße		380
Kläranlagen	17.924	
Kläranlage Siegen		17.789
Kläranlage Weidenau		135
Sonstiges	31	
	23.023	

Die **Investitionsplanung** für den Zeitraum 2022 bis 2026 stellt sich wie folgt dar:

	2022	2023-2026	gesamt
	T€	T€	T€
Sonderbauwerke / Kanäle / Erschließungen	6.691	37.795	44.486
Kläranlage / Baukostenzuschüsse Abwasserverb.SK	14.281	22.760	37.041
Sonstige / Fuhrpark	1.330	7.676	9.006
gesamt	22.302	68.231	90.533

Alle **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Auf ausfallgefährdete Forderungen wurden angemessene Einzelwertberichtigungen und im Übrigen eine Pauschalwertberichtigung von 2% vorgenommen.

Die **Forderungen an die Universitätsstadt Siegen / andere Eigenbetriebe** von 486 T€ (Vorjahr Verbindlichkeit 11 T€) ergeben sich als Saldo aus jeweils kurzfristigen Forderungen von 633 T€ und Verbindlichkeiten von 147 T€.

Die **Forderungen an den Abwasserverband Siegen-Kirchen** in Höhe von 74 T€ (Vorjahr Verbindlichkeit 167 T€) setzen sich im Wesentlichen aus den Forderungen für die Umlagerückerstattung und Klärschlamm-trocknung von 48 T€, einem gewährten Kassenkredit in Höhe von 300 T€ und den Verbindlichkeiten für die zu leistenden Baukostenzuschüsse in Höhe von 291 T€ zusammen.

Die **flüssigen Mittel** betreffen im Wesentlichen frei verfügbare Guthaben bei mehreren Kreditinstituten und den Kassenbestand.

Das **Eigenkapital** hat sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2020	Zu-/Abgang	31.12.2021
	€	€	€
Stammkapital	2.000.000,00	0,00	2.000.000,00
Rücklagen			
Allgemeine Rücklage	56.402.847,39	0,00	56.402.847,39
Kapitalzuschüsse und andere Zuwendungen Dritter (Erschließungen)	50.230.087,03	100.014,65	50.330.101,68
Zweckgebundene Rücklage (zur realen Kapitalerhaltung)	4.250.000,00	1.400.000,00	5.650.000,00
Gewinnvortrag	1.477.972,41	73.808,66	1.551.781,07
Jahresüberschuss	1.473.808,66	1.078.477,96	2.552.286,62
	115.834.715,49	2.652.301,27	118.487.016,76

Der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** erhöhte sich um Zugänge in Höhe von 107 T€ und verminderten sich durch die ertragswirksamen Auflösungen in Höhe von 533 T€ von insgesamt 5.951 T€ zum 01.01.2021 auf 5.525 T€ zum Bilanzstichtag 31.12.2021.

Die Zusammensetzung und Entwicklung der **Rückstellungen** ist in der Anlage 2 zum Anhang dargestellt.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** beinhalten Darlehen in Höhe von 111.299 T€ (Vorjahr 105.046 T€), Tilgungs- und Zinsverbindlichkeiten in Höhe von 361 T€ (Vorjahr 388 T€) und einen Kassenkredit in Höhe von 900 T€ (Vorjahr 1.000 T€).

Die **Verbindlichkeiten gegenüber der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH (SVB)** betreffen weitestgehend die zum Stichtag bestehende Überzahlung durch erhaltene Abschläge auf Schmutzwassergebühren, die die SVB im Namen und auf Rechnung der Stadt Siegen (ESi) erhebt und einzieht.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** beinhalten mit 2.626 T€ (Vorjahr 3.559 T€) im Wesentlichen Gebührenausschleissverpflichtungen nach § 6 Abs. 2 KAG NRW; vgl. auch Erläuterungen zum Posten Umsatzerlöse. Überzahlungen von Kunden sind in dem Posten mit 185 T€ (Vorjahr 318 T€) enthalten.

Zu den Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten siehe nachfolgenden **Verbindlichkeitspiegel**:

	Gesamt- betrag	Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr	davon über 5 Jahre
	€	€	€	€
Stand 31.12.2020				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	106.434.389,08	19.751.879,17	86.682.509,91	69.141.002,46
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.043.350,64	5.043.350,64	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber SVB	516.939,37	516.939,37	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber dem Abwasserverband Siegen-Kirchen	166.634,43	166.634,43	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber der ESi GmbH	242.620,24	242.620,24	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber der Universitätsstadt Siegen	10.728,66	10.728,66	0,00	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	4.036.874,58	2.051.913,58	1.984.961,00	0,00
	116.451.537,00	27.784.066,09	88.667.470,91	69.141.002,46
Stand 31.12.2021				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	112.559.867,32	19.256.775,59	93.303.091,73	74.758.927,48
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.101.102,76	3.101.102,76	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber SVB	1.186.026,65	1.186.026,65	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber dem Abwasserverband Siegen-Kirchen	0,00	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber ESi GmbH	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	2.984.536,11	1.478.016,11	1.506.520,00	0,00
	119.831.532,84	25.021.921,11	94.809.611,73	74.758.927,48

Mit Ausnahme des üblichen Eigentumsvorbehalts liegen keine Sicherheitsgewährungen für Verbindlichkeiten vor.

Der passive **Rechnungsabgrenzungsposten** beinhaltet im Wesentlichen eine Optionsprämie auf Abschluss eines Zins-Swaps von ursprünglich 202 T€, die nach Ausübung der Option im Jahr 2016 ertragswirksam über die 20-jährige Laufzeit des Swaps aufgelöst wird.

IV. Sonstige - nicht bilanzierte - finanzielle Verpflichtungen

Zur Erfüllung der tarifvertraglichen Versorgungspflichten gegenüber den Beschäftigten hat der Betrieb Umlagen von 4,5 % des umlagepflichtigen Bruttoarbeitsentgeltes (3.792 T€) zuzüglich 3,25 % Sanierungsgeld an die Kommunale Versorgungskassen Westfalen-Lippe - Zusatzversorgung (kvw) in Münster abgeführt. Sollten die Deckungsmittel der kvw für die Erfüllung der Versorgungsverpflichtungen nicht ausreichen, besteht eine Einstandspflicht des Betriebes. Dabei handelt es sich um eine **mittelbare Pensionsverpflichtung**, die zurzeit betragsmäßig nicht ermittelbar ist.

Es besteht eine Vielzahl von Gestattungsverträgen für Kanalleitungsverlegungen sowie Verträge mit Straßenbaulastträgern, die jeweils zu finanziellen Folgepflichten des Betriebes führen können, wofür jedoch eine Bezifferung nicht möglich ist.

Weitere sonstige finanzielle Verpflichtungen (sofern bedeutend)	< 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre
	€	€	€
aus Lieferungen und Leistungen	2.311T€	1.003 T€	0 T€
aus Miet- und Leasingverträgen	44 T€	0 T€	0 T€
aus Wartungsverträgen	132 T€	20 T€	0 T€
aus Versicherungsverträgen	106 T€	0 T€	0 T€
aus begonnenen Investitionsvorhaben	24.450 T€	10.311 T€	0 T€
aus sonstigen Verpflichtungen	58 T€	0 T€	0 T€
Gesamt	27.101 T€	11.334 T€	0 T€

Das Bestellobligo liegt im betriebsüblichen Rahmen.

Die Stadt Siegen betreibt zusammen mit der Verbandsgemeinde Kirchen (Rheinland-Pfalz) den **Abwasserverband Siegen-Kirchen**, der insbesondere Abwasserreinigungsaufgaben (Kläranlage Büdenholz) für die beiden Verbandsmitglieder erfüllt. Die Finanzierung des Verbandes erfolgt vollständig im Umlageverfahren, indem sowohl die nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen durch Beiträge/Umlagen erhoben werden, als auch die nicht durch öffentliche Zuschüsse finanzierten Investitionen des Verbandes in voller Höhe durch Baukostenzuschusszahlungen der beiden Verbandsmitglieder bzw. ihrer Abwasserwerke aufgebracht werden.

V. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Nähere Einzelheiten zu den **Umsatzerlösen** zeigt die nachfolgende Aufstellung:

	Tarif / Grundlage	Menge	Erlöse T€ 2021	Erlöse T€ 2020
Schmutzwassergebühren	2,10 €/m³	5.496 Tm³	T€ 11.541	T€
	2,06 €/m³	5.534 Tm³		11.399
Niederschlagswassergebühren	0,88 €/m²	7.428 Tm²	6.506	
	0,84 €/m²	7.428 Tm²		6.240
Straßenentwässerung	Kostenanteil		3.342	3.177
Gebührenausgleichsverbindlichkeiten	§ 6 (2) KAG NRW			
Verbrauch			1.574	1.513
Zuführung			-641	-411
Erlöse Klärschlamm-trocknung			170	0
Erlöse von der Stadt Netphen	Vereinbarung		344	382
Erlöse von der Stadt Freudenberg	Vereinbarung		208	222
Erlöse Hausanschlüsse	Satzung		287	277
Erlöse Abwasserverband Siegen-K.			166	162
Erlöse a.d. Auflösung v. Sonderposten für Investitionszuschüsse			400	400
Erlöse aus früheren Jahren			62	17
Erlöse Wasserbau			532	468
Erlöse Sinkkästenreinigung			369	393
Sonstige Umsatzerlöse			152	130
			25.012	24.369

Die **Gebührennachkalkulation** nach § 6 Abs. 2 KAG NRW schließt bei der Schmutzwasserbeseitigung mit einer Kostenüberdeckung in Höhe von 164 T€ und bei der Niederschlagswasserbeseitigung mit einer Kostenüberdeckung in Höhe von 477 T€, die in den sonstigen Verbindlichkeiten passiviert wurden.

Von den **sonstigen betrieblichen Erträgen** entfallen 43 T€ (Vorjahr 9 T€) auf die Auflösung von Rückstellungen und von Wertberichtigungen zu Forderungen, die früheren Wirtschaftsjahren zuzuordnen sind. Der Posten enthält Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse betreffend verrechneter Abwasserabgaben nach § 10 Abs. 3 AbwAG mit 78 T€ (Vorjahr 78 T€) und betreffend bezuschusster Fahrzeuge mit 55 T€ (Vorjahr 50 T€). Des Weiteren sind Erträge aus Schadensersatzleistungen und Anlagenabgängen enthalten.

Der **Personalaufwand** setzt sich wie folgt zusammen:

	2021 T€	2020 T€
	T€	T€
Löhne und Gehälter		
Vergütungen Arbeitnehmer	3.791	3.790
Beamtenbezüge	286	268
	4.077	4.058
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
Beiträge zur Sozialversicherung	738	738
Beiträge zu Versorgungskassen	340	338
Zuführung zur Pensionsrückstellung	41	55
Beihilfen	8	1
Freiwillige soziale Leistungen	1	1
	1.128	1.133
	5.205	5.191

Die **Belegschaft** entwickelte sich wie folgt:

	Jahres- durchschnitt 2021	Jahres- durchschnitt 2020
Beamte		
Sachbearbeitung	3	3
Arbeitnehmer		
Betriebsleiter	2	2
Sachbearbeitung + Betrieb	71	73
Summe ohne Auszubildende	76	78
Auszubildende	3	3
Summe mit Auszubildenden	79	81

Von den **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind sonstige Posten von 67 T€ (Vorjahr 212 T€) früheren Wirtschaftsjahren zuzuordnen.

Außerdem sind Verluste aus Anlagenabgängen in Höhe von 67 T€ (Vorjahr: 276 T€) sowie Aufwendungen für Softwarenutzung und –wartung in Höhe von 102 T€ (Vorjahr: 98 T€) enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind sonstige Steuern in Höhe von 6 T€ (Vorjahr 6 T€) enthalten.

In den **sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen** sind Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von 2 T€ (Vorjahr 8 T€) und negative Kapitalüberlassungsentgelte in Höhe von 6 T€ (Vorjahr 0 T€) enthalten.

Die **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** enthalten Zinsaufwand in Höhe von 89 T€ (Vorjahr 65 T€) aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

VI. Sonstige Angaben

Rat der Stadt Siegen

Oberstes Organ des Betriebes ist der Rat der Universitätsstadt Siegen unter dem Vorsitz von Bürgermeister Steffen Mues.

Betriebsausschuss im Wirtschaftsjahr 2021

Maik Harnacke, Beamter, Vorsitzender (5.091,50 €)

Torsten Schoew, Maschinenbautechniker, Stellvertretender Vorsitzender (63,80 €)

Verena Böcking, BA Soziale Arbeit (63,80 €)

Joachim Boller, Elektroingenieur (85,10 €)

Yilmaz Dil, Anlagenbediener (63,90 €)

Klaus Eckhardt, Pensionär (42,50 €)

Franz Englert, Kfz-Technikermeister (99,90 €)

Olaf Jagielski, Bauingenieur (129,20 €)

Karl-Wilhelm Kirchhöfer, Industriekaufmann i.R. (129,20 €)

Bernd Mäckeler, Verkäufer (129,20 €)

Christa Schlenther, Sekretärin i.R. (96,90 €)

Michael Schwarzer, Pressesprecher (0,00 €)

Jürgen Stinner, Rentner (74,10 €)

Stellvertretende Mitglieder mit Bezügen

Felix Hof (42,60 €)

Oswald Schulz (32,30 €)

Harold Solms (38,90 €)

Markus Nüchtern (32,30 €)

Der Betriebsausschuss ist im Wirtschaftsjahr 2021 zu vier Sitzungen zusammengetreten.

Die Gesamtbezüge des Betriebsausschusses (Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen) haben im Wirtschaftsjahr 2021 6 T€ betragen. Die einzelnen Bezüge werden in Klammern hinter den einzelnen Mitgliedern des Betriebsausschusses angegeben; die stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses sind angegeben, sofern sie Bezüge erhalten haben. Beratende Mitglieder sind nicht angegeben.

Betriebsleitung

Technischer Betriebsleiter Stephan Roth, Dipl.-Ingenieur

Kaufmännischer Betriebsleiter Christof Quandel, Bilanzbuchhalter und Steuerfachwirt

Die Gesamtbezüge der Betriebsleitung betrugen 191.509,87 €. Davon entfallen auf den Technischen Betriebsleiter 102.721,25 € und auf den Kaufmännischen Betriebsleiter 88.788,62 €.

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder der Betriebsleitung aus dem Anteil ESi (neben dem Anteil der Stadt Siegen) an den Pensionszahlungen durch die Westfälisch-Lippische Versorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände und Beihilfeleistungen betragen 20 T€. Für frühere Mitglieder der Betriebsleitung des ESi sind zum 31. Dezember 2021 Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von 183 T€ gebildet.

Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das für das Wirtschaftsjahr 2021 von dem Abschlussprüfer berechnete oder als Rückstellungszuführung erfasste Gesamthonorar gem. § 285 Nr. 17 HGB beträgt (einschließlich Umsatzsteuer) 32 T€ für Abschlussprüfungsleistungen.

Gewinnverwendung

Die Betriebsleitung schlägt vor, den Jahresüberschuss in Höhe von 2.552.286,62 € zu 52.286,62 € auf neue Rechnung vorzutragen und 2.500.000 € in die zweckgebundene Rücklage zur realen Kapitalerhaltung einzustellen.

Nachtragsbericht

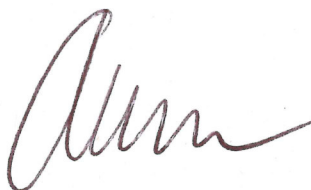
Zwischen Abschlussstichtag und Aufstellung des Jahresabschlusses sind keine wesentlichen Geschäftsvorfälle zu berichten.

Die Pandemie durch den COVID 19 – Virus beeinträchtigt die Geschäftstätigkeit des ESi bisher nur geringfügig. Umsatzeinbrüche sind nicht zu erwarten, durch umfangreiche Infektionsschutzmaßnahmen beim Personal wird die Aufgabenerledigung erschwert. Der Betrieb ist der kritischen Infrastruktur zuzurechnen, dem entsprechend muss der Betrieb arbeitsfähig bleiben, diesem Ziel sind alle anderen Ziele unter zu ordnen. Durch die anhaltend gestörten Lieferketten und ab 24.02.2022 den Krieg in der Ukraine, sowie Sanktionen gegen Russland sind deutliche Preisaufschläge für Energie, Chemikalien und einige Baumaterialien eingetreten, die sich im Jahr 2022 auswirken werden. Durch langfristige Lieferverträge sind die Auswirkungen derzeit noch begrenzt.

Siegen, den 31. März 2022



Stephan Roth
Technischer Betriebsleiter



Christof Quandel
Kaufmännischer Betriebsleiter

Entwicklung des Anlagevermögens im Wirtschaftsjahr 2021

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Restbuchwerte	
	01.01.2021 €	Zugang €	Abgang €	Umbuchungen €	31.12.2021 €	01.01.2021 €	Zugang €	Abgang €	Umbuchungen €	31.12.2021 €	31.12.2021 €	31.12.2020 €
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	497.446,77	16.970,62	-10.779,92	0,00	503.637,47	435.305,77	32.541,62	-10.779,92	0,00	457.067,47	46.570,00	62.141,00
2. Baukostenzuschüsse	15.585.635,32	284.599,21	-182.691,05	56,29	15.687.599,77	9.459.909,06	607.739,16	-182.691,05	0,00	9.884.957,17	5.802.642,60	6.125.726,26
3. Baukostenzuschüsse für Anlagen im Bau	3.109,64	5.352,97	0,00	-56,29	8.406,32	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.406,32	3.109,64
	16.086.191,73	306.922,80	-193.470,97	0,00	16.199.643,56	9.895.214,83	640.280,78	-193.470,97	0,00	10.342.024,64	5.857.618,92	6.190.976,90
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke und Bauten	67.959.641,80	5.387,46	-13.753,89	0,00	67.951.275,37	36.327.778,21	1.888.863,46	-13.753,89	0,00	38.202.887,78	29.748.387,59	31.631.863,59
2. Technische Anlagen und Maschinen	393.464.268,86	731.080,52	-1.709.787,68	1.646.547,31	394.132.109,01	205.091.876,16	6.913.035,03	-1.647.714,18	0,00	210.357.197,01	183.774.912,00	188.372.392,70
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.410.278,51	632.560,71	-353.774,25	179,73	5.689.244,70	3.556.242,51	509.336,44	-353.171,25	0,00	3.712.407,70	1.976.837,00	1.854.036,00
4. Anlagen in Bau	11.860.636,41	12.808.685,40	0,00	-1.646.727,04	23.022.594,77	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	23.022.594,77	11.860.636,41
	478.694.825,58	14.177.714,09	-2.077.315,82	0,00	490.795.223,85	244.975.896,88	9.311.234,93	-2.014.639,32	0,00	252.272.492,49	238.522.731,36	233.718.928,70
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	300.000,00	0,00	0,00	0,00	300.000,00	54.082,25	7.689,62	0,00	0,00	61.771,87	238.228,13	245.917,75
2. Sonstige Ausleihungen	300,00	0,00	0,00	0,00	300,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	300,00	300,00
	300.300,00	0,00	0,00	0,00	300.300,00	54.082,25	7.689,62	0,00	0,00	61.771,87	238.528,13	246.217,75
Insgesamt	495.081.317,31	14.484.636,89	-2.270.786,79	0,00	507.295.167,41	254.925.193,96	9.959.205,33	-2.208.110,29	0,00	262.676.289,00	244.618.878,41	240.156.123,35

Entwicklung der Rückstellungen im Wirtschaftsjahr 2021

Posten der Rückstellungen	Stand ohne Abzinsung 01.01.2021 T€	Stand Abzinsung 01.01.2021 T€	Stand mit Abzinsung 01.01.2021 T€	Verbrauch T€	Auflösung T€	Zuführung T€	Abzinsung Ertrag T€	Aufzinsung Aufwand T€	Stand ohne Abzinsung 31.12.2021 T€	Stand Abzinsung 31.12.2021 T€	Stand mit Abzinsung 31.12.2021 T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen											
Rückstellungen für Pensionen			1.154	-31	0	30		57			1.210
Rückstellungen für Beihilfen			206	0	0	11		10			227
Summe Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			1.360	-31	0	41		67			1.437
Sonstige Rückstellungen											
Abwasserabgabe	488	0	488	-138	-29	335	0	0	656	0	656
Drohende Verluste Derivate	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Personalkosten(Urlaub, Über- stunden, Altersteilzeit)	621	-12	609	-334	0	571	-2	0	858	-14	844
Prozessrisiken	82	0	82	-21	-5	0	0	0	56	0	56
Jahresabschlusserstellung	61	0	61	-61	0	61	0	0	61	0	61
Jahresabschlussprüfung	35	0	35	-30	-4	31	0	0	32	0	32
Aufbewahrungspflichten	20	-2	18	-4	0	4	0	0	20	-2	18
Rückbauverpflichtungen	1.500	-38	1.462	0	0	0	0	20	1.500	-18	1.482
Übrige	157	0	157	-122	0	0	0	0	35	0	35
Summe sonstige Rückstellungen	2.964	-52	2.912	-710	-38	1.002	-2	20	3.218	-34	3.184
Gesamtsumme Rückstellungen			4.272	-741	-38	1.043	-2	87			4.621

Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi), Siegen

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2021

A. Grundlagen des Unternehmens

Der Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen wird als eigenbetriebsähnliche Einrichtung für die Abwasserbeseitigung und damit in Zusammenhang stehende Aufgaben gemäß § 107 Abs 2 GO NRW geführt.

Der Betrieb wurde zum 1. Januar 1997 durch Ausgliederung des Amtes für Stadtentwässerung und Wasserbau aus dem allgemeinen städtischen Haushalt gebildet.

Oberstes Organ des Betriebes ist der Rat der Stadt Siegen (Zuständigkeit gemäß GO NRW, § 4 EigVO NRW und § 5 der Betriebssatzung).

Aufgrund der Betriebsgröße wird keine nennenswerte eigene Forschung und Entwicklung betrieben; mit der Universität Siegen werden sporadisch Forschungsprojekte abgewickelt.

Der Betrieb verfolgt nach § 1 Abs. 2 der Betriebssatzung keine Gewinnerzielungsabsicht. Durch die Bildung von Gebührenausschleichsverbindlichkeiten und die Verrechnungen von Kostenunterdeckungen aus Vorjahren ist dem Rechnung getragen. Mehrerlöse und Kosteneinsparungen fließen den Gebührenzählern durch die Gebührenausschleiche in späteren Jahren wieder zu.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung des Unternehmens

Der Geschäftsverlauf des ESi hat die Erwartungen übertroffen. Der Überschuss des Wirtschaftsjahres 2021 beträgt 2.552.286,62 €.

2. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

Im Wirtschaftsjahr 2021 wurden 14.484 T€ für Investitionen aufgewendet, im Wirtschaftsplan des Jahres war eine Investitionssumme von 19.157 T€ geplant, was eine Plan-Ist-Abweichung von 4.673 T€ ergibt. Diese Abweichung ist im Wesentlichen durch geringere Investitionen im Kanalbereich bedingt. Weitere Angaben zu Investitionen und Anlagen im Bau können dem Anhang entnommen werden.

Die Nettodarlehensaufnahme bei Kreditinstituten (abzüglich Tilgungen) fiel im Wirtschaftsjahr mit 6.153 T€ statt der geplanten 7.174 T€ entsprechend niedriger aus.

Zentraler finanzieller Leistungsindikator ist die Eigenkapitalquote.

Das Eigenkapital stieg in 2021 durch erhaltene Kapitalzuschüsse und den Jahresüberschuss um insgesamt 2.652 T€. Die Eigenkapitalausstattung wird mit einer Eigenkapitalquote von 47,7 % (Vorjahr 47,7 %) als ausreichend angesehen.

Auf der folgenden Seite werden die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung 2021 dem Erfolgsplan 2021 gegenübergestellt. Das im Vergleich zum Wirtschaftsplan abweichende Ergebnis vor Gebührenausgleichsverbindlichkeiten resultiert hauptsächlich aus den folgenden Veränderungen:

Die Sonstigen betrieblichen Erträge sind um ca. 326 T€ höher ausgefallen als geplant, da insbesondere Erträge aus Schadenersatzleistungen erzielt wurden.

Die Materialaufwendungen und bezogenen Leistungen fielen durch niedrigere Unterhaltungsaufwendungen um 573 T€ niedriger aus als geplant.

Die Personalaufwendungen sind im Wirtschaftsjahr um 311 T€ niedriger ausgefallen als geplant, da Mitarbeiterabgänge nicht sofort wieder besetzt werden konnten.

Die Abschreibungen sind im Wirtschaftsjahr um 259 T€ niedriger ausgefallen als geplant.

<u>Ertragslage 2021</u>	GuV	Wirtschaftsplan	Änderung Gewinn
	T€	T€	T€
<u>Erträge</u>			
Schmutzwassergebühr	11.541	11.040	501
Straßenentwässerungsanteil	3.342	3.342	0
Niederschlagswassergebühr	6.506	6.490	16
Sonstige Erlöse	2.691	2.644	47
	24.080	23.516	564
Gebührenausgleichsverbindlichkeit			
Verbrauch (Entnahme)			
Schmutzwasser	1121	1121	0
Niederschlagswasser	452	452	0
Zuführung			
Schmutzwasser	-164	0	-164
Niederschlagswasser	-477	0	-477
Umsatzerlöse	25.012	25.089	-77
Aktivierte Eigenleistungen	861	960	-99
Sonstige betriebliche Erträge	457	131	327
	26.330	26.180	150
<u>Aufwendungen</u>			
Materialaufwand, bezogene Leistungen	-5.106	-5.679	573
Personalaufwand	-5.205	-5.516	311
Abschreibungen	-9.952	-10.210	259
Sonstiger betrieblicher Aufwand	-1.832	-1.811	-21
	-22.094	-23.216	1.122
Finanzergebnis			
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.684	-1.754	70
Abschr. a. Finanzanlagen, verb. Untern.	-8	-10	2
Zinsen und ähnliche Erträge	8	0	8
	-1.684	-1.764	80
	-23.778	-24.980	1.202
Jahresergebnis	2.552	1.200	1.352

C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Prognose

In unserer Ergebnis- und Finanzplanung sind für das Wirtschaftsjahr 2022 ein Jahresüberschuss von 1.544 T€ und mittelfristig für die Wirtschaftsjahre 2023 bis 2026 jeweils positive Jahresergebnisse von durchschnittlich 1.260 T€ veranschlagt. Die jährlichen Investitionen belaufen sich auf einen Betrag von ca. 22,3 Mio. € im Jahr 2022, ca. 19,4 Mio. € im Jahr 2023, ca. 17,9 Mio. € im Jahr 2024, ca. 17,4 Mio. € im Jahr 2025 und ca. 13,5 Mio. € im Jahr 2026. Die planmäßigen Darlehenstilgungen liegen jährlich zwischen 4,5 Mio. € und 5,0 Mio. € und die Darlehensaufnahmen sind zwischen 14,2 Mio. € und 4,4 Mio. € jährlich veranschlagt.

Aufgrund der Planung für 2022 wird sich eine Veränderung der Eigenkapitalquote von 47,7 % auf 46,1% ergeben, wesentlich bedingt durch die temporär erhöhten Investitionen denen geringere Abschreibungen entgegen stehen bei nahezu gleichbleibenden Gewinnen.

2. Chancen und Risiken

Die in 2021 anhaltenden Auswirkungen der weltweiten Finanzmarktkrise berührt ESi hauptsächlich durch die sich abschwächende Niedrigzinsphase. Hieraus ergeben sich weiterhin durch Tilgungen älterer und höher verzinsten Darlehen und die Neuaufnahme neuer niedrig verzinsten Darlehen die Chance weiter sinkender Zinsbelastungen. Die steigende Inflation birgt das Risiko steigender Zinsen und damit steigender Kapitalbeschaffungskosten.

Durch ausreichende regelmäßige Investitionen in das Kanalnetz und die Kläranlagen sowie eine vorausschauende Unterhaltung der Anlagen bietet sich die Chance, die Abwasserabgabe dauerhaft niedrig zu halten und größere Einmalinvestitionen zu vermeiden. Risiken können in diesem Bereich aus neuen gesetzlichen Vorgaben erwachsen, die kurzfristig größere Investitionen erfordern können.

Die Krise auf den Beschaffungsmärkten, insbesondere Energie-, Chemie- und Baustoffmärkten birgt das Risiko dauerhaft erhöhter Beschaffungs- und Baukosten.

Die Klärschlamm-trocknungsanlage konnte im Wirtschaftsjahr stabil betrieben werden, insofern konnte das Betriebsrisiko der Anlage deutlich reduziert werden. Im Wirtschaftsjahr wurde die Anlagengenehmigung ins wasserrechtliche Regime und damit in den hoheitlichen Bereich des Betriebes überführt. Mit einer Nachbarkommune wurde eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung abgeschlossen. Durch die vertragliche Vereinbarung über die Übernahme der Klärschlämme aus der Nachbarkommune besteht die Chance die Anlage ab dem Folgejahr nahezu auszulasten. Es ergeben sich daher voraussichtlich weder Gewinne noch Verluste, da lediglich die Kosten geteilt werden. Insbesondere im volatilen Markt der Klärschlammverwertung ergibt sich durch geringere Transportwege und -mengen die Möglichkeit dauerhaft Kosten einzusparen und auch zu verstetigen.

Die Liquidität des Betriebes war zu jeder Zeit ausreichend. Wenn vereinbart, wurden die Eingangsrechnungen weitgehend unter Abzug von Skonto beglichen. Zum Ausgleich von Liquiditätslücken wurden Kassenkredite beschafft. Kurzfristige Liquiditätsüberschüsse wurden nicht mehr angelegt, da im kurzfristigen Bereich keine Zinserträge zu generieren waren.

Da es sich bei ESi um einen öffentlichen Betrieb handelt, gilt für die gesamte Belegschaft der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) bzw. für die eingesetzten Beamten das Landesbeamtengesetz und die Landesbesoldungsordnung.

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung wird regelmäßig eine Prüfung des Betriebes nach § 53 HGrG durchgeführt. Im Rahmen der Prüfung des Vorjahresabschlusses wurden keine Anmerkungen oder Empfehlungen ausgesprochen bzw. im Prüfungsbericht aufgeführt.

Siegen, den 31. März 2022



Stephan Roth
Technischer Betriebsleiter



Christof Quandt
Kaufmännischer Betriebsleiter

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Stadtplanung
Bearbeitet von: Herrn Stahl, Herrn Schneider

Siegen, 16.08.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Bauausschuss	21.09.2022
Haupt- und Finanzausschuss	28.09.2022
Rat	19.10.2022

Kurzbezeichnung:

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 460 "Neubau Kreispolizeibehörde Siegen-Wittgenstein" im Stadtteil Geisweid (Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB);

hier: Auf § 31 GO NW wird hingewiesen

- **Einleitungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 460 "Neubau Kreispolizeibehörde Siegen-Wittgenstein"**
- **Vorbereitung und Durchführung der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

- die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 460 "Neubau Kreispolizeibehörde Siegen-Wittgenstein" im Stadtteil Geisweid gemäß § 12 Abs. 2 BauGB;

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt

- die Verwaltung die frühzeitige Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB vorzubereiten und durchzuführen.

Das Plangebiet ist ca. 1,16 ha groß, liegt im Stadtteil Geisweid, Flur 16, und umfasst die Flurstücke Nr. 76, 78, 79, 80, 251, 273, 274, 283, 292 (tlw), 340, 391, 393, 394, 395, 397, 398, 399, 400, 411, 412, 415, 416, 417, 476, 477 (siehe Anlage 1).

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt:

- im Norden und Osten von der „Geisweider Straße“ (Landesstraße L 908) sowie weiter östlich von der Hochtrasse der „Hüttental Straße“ (Bundesstraße 54),
- im Süden durch die Flächen des Sohlbaches sowie durch Grundstücke östlich der Geisweiderstraße.
- im Westen durch die Königsstraße sowie im Nordwesten von den östlich der Königsstraße angrenzenden Wohngebäuden.

Vorrangiges Planungsziel ist die Schaffung von Planungsrecht nach § 30 BauGB für den Neubau der Kreispolizeibehörde Siegen-Wittgenstein. Das Bauleitplanverfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB als Bebauungsplan (B-Plan) der Innenentwicklung durchgeführt. Gemäß § 13a Abs. 2 i. V. mit § 13 Abs. 3 Satz 1 BauGB wird bei diesem B-Plan der Innenentwicklung von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

Sachverhalt / Begründung:

Die AREAL Gewerbeentwicklung GmbH & Co. KG, vertreten durch die einzelvertretungsberechtigten Geschäftsführer Herrn Wolfgang Thelen und Herrn Christoph Thelen, Alfredstr. 150, in 45131 Essen hat am 14.07.2022 einen Antrag zur Einleitung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 460 im Stadtteil Siegen-Geisweid gestellt.

Planungsziel, Erfordernis und Beschreibung des Vorhabens

Das Planungsziel des B-Planes ist die Schaffung von Planungsrecht für den Neubau der Kreispolizeibehörde Siegen-Wittgenstein verbunden mit der Revitalisierung einer Innenbereichsbrachfläche. Durch den B-Plan wird die städtebauliche Entwicklung entlang der Geisweider Straße gesichert und die Umsetzung planungsrechtlich vorbereitet. Der vorhabenbezogenen B-Plan umfasst neben dem B-Plan auch einen Vorhaben- und Erschließungsplan sowie einen Durchführungsvertrag, in dem sich der Vorhabenträger zur Umsetzung des Vorhabens und der erforderlichen Erschließungsmaßnahmen innerhalb einer festgelegten Frist verpflichtet. Dadurch werden alle relevanten Belange und Anforderungen eines Bauvorhabens dieser Komplexität und Größenordnung erörtert und der Abwägung unterzogen.

Die Flächen des Plangebietes wurden in der Vergangenheit gewerblich genutzt, liegen jedoch seit einigen Jahren brach. Ehemalige Bestandsgebäude (u.a. das Thyssen-Krupp Hochhaus) wurden abgerissen und das Baufeld geräumt. Eine in den zurückliegenden Jahren durch die Stadt Siegen angestrebte Bauleitplanung zur Baurechtschaffung hinsichtlich der Ansiedlung von Gewerbe und Wohnen auf den Flächen des Plangebietes konnte bisher nicht realisiert werden. Das städtebauliche Ziel bleibt aber, dieses bislang ungenutzte Flächenpotenzial mit guter infrastruktureller Anbindung innerhalb des Stadtteils Geisweids für die Siedlungsentwicklung wieder nutzbar zu machen und baulich zu prägen.

Der Neubau der Kreispolizeibehörde ist erforderlich, da das derzeit genutzte Gebäude der Kreispolizeibehörde an der Weidenauer Straße veraltet ist und insbesondere den derzeitigen und auch den zukünftigen Nutzungsansprüchen und Platzbedarfen der Polizei nicht mehr genügt. Mit dem Neubau soll die Polizei mit neuen dienstadäquaten Räumlichkeiten und Einrichtungen versorgt werden. Das Plangebiet bietet sich aufgrund seiner ausreichenden Flächengröße und seiner zentralen Lage im Siedlungsraum Siegens mit guter infrastruktureller Anbindung für die Nutzung einer Kreispolizeibehörde an.

Das neu zu errichtende Gebäude wird auf Grundlage eines langfristigen Mietvertrages der Kreispolizeibehörde Siegen-Wittgenstein überlassen werden und ist so geplant, dass die speziellen Anforderungen der Polizei berücksichtigt sind. Die AREAL Gewerbeentwicklung GmbH & Co. KG, ein Unternehmen der Thelen Gruppe aus Essen, ging im Zuge eines Ausschreibungsverfahrens als Sieger hervor.

Der Gestaltungsbeirat begrüßt die Revitalisierung der lange Zeit brachliegenden Fläche im Stadtteil Geisweid sowie die symbolische Wirkung der Ansiedlung der Polizei an diesem Standort. Das Vorhaben ist grundsätzlich positiv mit folgenden Anregungen bewertet worden: Die Gebäudehöhe mit drei Geschossen entlang der Königstraße passen zur angrenzenden und gegenüberliegenden Bestandsbebauung. Auf Empfehlung des Gestaltungsbeirat wurde die im Juni vorgestellte Planung, die zur Unterbringung des Raumprogramms noch einen weiteren, mit einer Brücke verbunden Gebäudeteil auf der gegenüberliegenden Seite der Fröbelstraße vorsah, weiterentwickelt, so dass auf dieses Gebäude verzichtet werden kann. Dadurch wird der östliche Teil des Hauptbaukörpers entlang der Geisweider Straße auf sechs Geschosse erhöht. Das Polizeigebäude soll eine angemessene Präsenz im öffentlichen Raum haben und als wichtige öffentliche Einrichtung erkennbar sein. Die Eingangssituation mit Vorplatz kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Im weiteren ist die Frei- und Grünflächengestaltung hinsichtlich der Anordnung der Stellplätze und Grünflächen unter freiraumgestalterischen Aspekten noch zu prüfen. Durch die Gestaltung der Fassade soll einem monotonen Erscheinungsbild der langen Fassadenabschnitte entgegen gewirkt werden. Hierbei soll angemessen auf die Kleinteiligkeit der gegenüberliegenden Straßenseite reagiert werden, ähnlich wie durch die bereits verringerte Gebäudehöhe zur Bestandsbebauung.

Städtebauliche Konzeption

Das Vorhaben unterteilt sich in einen nördlichen und einen südlichen Standort, der durch die Fröbelstraße geteilt wird. Auf dem nördlichen Teil ist das kubusartig abgestufte Hauptverwaltungsgebäude sowie Nebenverwaltungsgebäude inklusive notwendiger Nebenanlagen und sonstigen erforderlichen Einrichtungen (u.a. Garagen, Stellflächen für Einsatzfahrzeuge und Einsatzgeräte) geplant. Auf dem südlichen Teil ist ein Parkhaus zur Unterbringung der nachzuweisenden Stellplätze vorgesehen.

Nördlicher Bereich - Hauptgebäude

Das Hauptgebäude wird als rechteckiges Bürogebäude mit Innenhof konzipiert. Es wird zur Königsstraße dreigeschossig und in Richtung Hüttentalstraße (HTS) sechsgeschossig geplant. An der südöstlichen Seite wird sich der Haupteingang mit einem repräsentativen Vorplatz befinden. Alle Dächer sollen als Flachdächer ausgebildet, extensiv begrünt werden und neben technischen Anlagen auch Solaranlagen umfassen. Nördlich schließen sich eingeschossige Nebengebäude, Garagen und sonstige Nebenanlagen sowie Stellplatzflächen für die Einsatzfahrzeuge an. Dieser nördliche Teil dient dem Polizeibetrieb und wird umzäunt, also somit nicht öffentlich zugänglich sein.

Südlicher Bereich - Parkhaus

Südöstlich der Fröbelstraße ist zur Unterbringung sämtlicher Stellplätze für Mitarbeitende und Besuchende der Kreispolizeibehörde ein Splitlevel-Parkhaus vorgesehen. Das Parkhaus soll sich in seiner rechteckigen Kubatur an dem Hauptgebäude orientieren.

Geschossigkeit

Als maßgebende Bezugspunkte für die Höhenentwicklung der geplanten Kreispolizeibehörde dienen entlang der Königstraße die bestehenden zwei- bis dreigeschossigen Wohngebäude. Zur Abschirmung gegenüber der östlich verlaufenden HTS soll eine höhere Geschossigkeit erfolgen. Somit wird das Hauptgebäude zur Königsstraße hin dreigeschossig und in Richtung HTS sechsgeschossig geplant. Das Parkhaus im südlichen Bereich soll sich in seiner rechteckigen Kubatur und kompakten Grundfläche an der Höhe des fünften Geschosses des Hauptverwaltungsgebäudes orientieren. Die Kubatur folgt der polizeispezifischen Raumkonzeption zur Unterbringung aller erforderlichen Nutzungen.

Freiflächengestaltung

Ein freiraumplanerisches Konzept mit Bepflanzungsvorschlägen für die verbleibenden Flächen - mit Fokussierung auf den Vorplatz vor dem Haupteingang - wird durch das beauftragte Planungsbüro „SWUP“ (Essen) in Abstimmung mit dem Architekturbüro „kza.plant“ (Essen) erarbeitet. Die nördliche Fläche abgesehen von dem Vorplatz wird insgesamt eingezäunt sein.

Gewässer Sohlbach

Das Gewässer Sohlbach fließt derzeit verrohrt unterhalb des nördlichen Grundstücksbereichs. Südlich der Fröbelstraße verläuft der Sohlbach als offenes Gewässer. Der Sohlbach muss im nördlichen Bereich verlegt werden, da das Kastenprofil, in dem das Gewässer derzeit verläuft, grundsätzlich nicht überbaut werden darf. Der wasserrechtliche Umgang mit dem Gewässer wird mit der Unteren Wasserbehörde aktuell abgestimmt. Die sich daraus ergebenden Erforderlichkeiten werden mit dem ESI abgestimmt und, sofern erforderlich, in die Bebauungsplanung aufgenommen.

Erschließung

Zur Geisweider Straße hin werden zwei Zufahrten (Ein- und Ausfahrten) erforderlich. Die nördliche Zufahrt dient als Notausfahrt (nur Rechtsabbieger) im Falle einer Blockade der Fröbelstraße sowie als optionale Einfahrt z.B. für Großeinsatzfahrzeuge. Die südliche Zufahrt dient als Einfahrt für Einsatzfahrzeuge für den Polizeigewahrsam („Polizeigewahrsam-Zulieferung“) sowie als Alarm-Ausfahrt für die Einsatzfahrzeuge. Die Zufahrt zum Parkhaus erfolgt über die Fröbelstraße. Der Haupteingang der Kreispolizeibehörde befindet sich im südöstlichen Ecke des Hauptgebäudes an der Fröbelstraße.

Gutachten

Es sind verschiedene Gutachten im Zuge der Bauleitplanung erforderlich:

- Artenschutzrechtliche Prüfung I (bereits durchgeführt):
Ergebnis: Eine artenschutzrechtliche Betroffenheit gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG der häufigen und verbreiteten Vogelarten wird unter Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen ausgeschlossen. Der Neubau der Kreispolizeibehörde Siegen-Wittgenstein in der Stadt Siegen hat unter Berücksichtigung der allgemeinen Vermeidungsmaßnahmen keine artenschutzrechtlichen Auswirkungen auf die genannten planungsrelevanten Arten.
- Verkehrsgutachten (derzeit in Bearbeitung, um zu prüfen, ob die oben skizzierten Ein- und Ausfahrten auch im Hinblick auf die nachgelagerten Knotenpunkte verkehrstechnisch funktionieren und ob ggf technische und/oder bauliche Maßnahmen erforderlich werden);
- Schallgutachten (derzeit in Bearbeitung);
- Gewässergutachten/-planung (derzeit in Bearbeitung):
Die Gewässerplanung des Sohlbaches im Geltungsbereich befindet sich derzeit in Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde und der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein.

Das städtebauliche Konzept wurde im Gestaltungsbeirat der Stadt Siegen am 09.06.2022 vorgestellt und grundsätzlich positiv bewertet.

Planungsrecht und Verfahren

Das Plangebiet ist durch den ‚einfachen‘ B-Plan Nr. 399 „Steuerung Einzelhandel Geisweid-Süd“ überplant, lediglich mit Festsetzungen nach § 9 Abs. 2a BauGB zur Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche. Innerhalb des Plangebietes sind Einzelhandelsbetriebe mit den zentrenrelevanten und zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimenten gemäß der "Siegener Liste" unzulässig sind. Es bestehen keine städtebaulich relevanten Festsetzungen, wie der Baugebietstyp nach BauNVO oder Art und Maß der baulichen Nutzung. Die städtebauliche Entwicklung ist daher nach § 34 BauGB (Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile) zu bewerten, d.h. ergibt sich aus der näheren Umgebung. Hiernach wäre grundsätzlich eine städtebauliche Entwicklung des Areals ohne B-Plan möglich. Jedoch erfordern die

möglichen Auswirkungen dieses Vorhaben (Verkehr, Gewässer, städtebauliche Wirkung, etc.) eine qualifizierte Behandlung dieser Belange und daher die Aufstellung eines B-Plans. Dadurch kann die städtebauliche Entwicklung aktiv gestaltet werden und in dem transparenten B-Plan-Verfahren werden sämtliche Belange in die Abwägung eingestellt.

Das Plangebiet ist im Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Siegen als Kerngebiet (MK) ausgewiesen. Der voraussichtlich geplante Sondergebiet (SO) kann daher aus dem FNP nicht entwickelt werden, so dass der FNP auf dem Wege der Berichtigung gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB angepasst wird. Der B-Plan dient der Wiedernutzbarmachung von Flächen auf bereits versiegelten, ehemals gewerblich genutzten Flächen. Es handelt sich somit um einen B-Plan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB, der im beschleunigten Verfahren nach den Vorschriften des § 13 BauGB (vereinfachtes Verfahren) aufgestellt werden soll. Die zulässige Grundfläche im Sinne des § 19 Abs. 2 der BauNVO beträgt weniger als 20.000 m². Des Weiteren ist aufgrund von nicht berührten Schwellenwerten keine Vorprüfung nach Umweltverträglichkeitsgesetz (UVPG) erforderlich. Das Planverfahren wird als externes Verfahren mit einem Planungsbüro durchgeführt. Der Vorhabenträger trägt die Kosten des Verfahrens. Hierzu wurde eine Planungsvereinbarung zwischen der Stadt Siegen und dem Vorhabenträger geschlossen.

Eingriffe in Boden, Natur und Landschaft gelten entsprechend § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB als im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 6 BauGB vor der planerischen Entscheidung erfolgt. D. h. ein Ausgleich ist nicht erforderlich. Nichtsdestotrotz erfolgt eine Aufnahme der relevanten Umweltbelange inklusive der Prüfung artenschutzrechtlich relevanter Fragestellungen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input checked="" type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Der Einleitungsbeschluss als solches weist keine Klimarelevanz auf. Mit der Fassung des Beschlusses wird die Umnutzung einer gewerblich-industriell genutzten Brachfläche vorbereitet.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) Mit der Wiederentwicklung/Revitalisierung des Geländes wird eine derzeit untergenutzte bzw. einer Brachfläche einer neuen Nutzung zugeführt. Im Zuge des Vorhabens soll auf eine ökologisch angepasste Bauweise und energieeffizientes			

Bauen Wert gelegt werden (Dachbegrünung, PV-Anlage). Das Grundstück ist des Weiteren sehr gut an den über- und innerörtlichen Verkehr angeschlossen.

In Vertretung

gez.

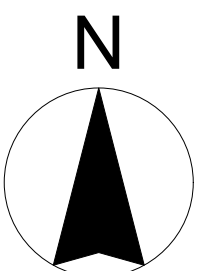
Henrik Schumann
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [BPlan Nr. 460 - Geltungsbereich](#)
2. [BPlan Nr. 460 - städtebaulicher Entwurf](#)
3. [BPlan Nr. 460 - Visualisierung](#)

Anlage 1



Maßstab 1:1.000



Bebauungsplan Nr. 460
"Neubau Kreispolizeibehörde
Siegen-Wittgenstein"

Maßstab 1:1.000

Anlage 2





VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Stabsstelle Klimaschutz
Bearbeitet von: Daub, Lars Ole

Siegen, 30.08.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie	20.09.2022
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften	20.09.2022
Haupt- und Finanzausschuss	28.09.2022
Rat	19.10.2022

Kurzbezeichnung:

Potentialanalyse für eine klimapositive Energieversorgung des Gewerbegebiets MH II, Bebauungsplan Nr. 406

Beschlussvorschlag:

1. Die Fachausschüsse nehmen die Ergebnisse der Potentialanalyse für eine klimapositive Energieversorgung des Gewerbegebietes „Martinshardt II“ zur Kenntnis und empfehlen dem Rat der Stadt Siegen das ein Förderantrag beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie von Seiten der Verwaltung gestellt werden soll.
2. Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Ergebnisse der Potentialanalyse zur Kenntnis.
3. Der Rat der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung einen Förderantrag beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für eine klimafreundliche Energieversorgung des Gewerbegebietes „Martinshardt II“ zu stellen und stellt die nötigen Mittel in Höhe von (Eigenanteil) 250.000 € zur Verfügung (im Rahmen des HH Aufstellungsverfahrens 2023)..

Sachverhalt / Begründung:

Mit dem Konzeptionsbeschluss vom 14.04.2021 (siehe Vorlage 228/2021) zum Bebauungsplan Nr. 406 "Martinshardt II" wurden Festsetzungen und weitere Maßnahmen zum Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung beschlossen. Ziel ist es das Gewerbegebiet MH II zu einem klimapositiven Gewerbegebiet zu entwickeln. Ein wesentlicher Inhalt war dabei die Erstellung einer Potentialanalyse

für eine klimapositive Energieversorgung. Die Analyse wurde durch das Ingenieurbüro „Schäffler Sinnogy“ aus Freiburg erstellt und mit der Verwaltung abgestimmt.

Verfahren und Ergebnisse der Potentialanalyse

Die Analyse untersucht, ob das Gewerbegebiet potentiell klimaneutral/klimapositiv mit Wärme und Strom versorgt werden kann. Hierbei wird speziell die Betriebsphase mit der benötigten Energieversorgung mit Strom und Wärme betrachtet und die „graue Energie“ der Bauphase und des Rückbaus vernachlässigt. Dazu umfasst die Studie fünf Arbeitsschritte:

1. Ermittlung der Energiebedarfe der Gebäude sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen und Ziele des Projekts
2. Erörterung der örtlichen Potentiale für eine (autarke) Wärme- und Stromerzeugung
3. Untersuchung von verschiedenen Versorgungsvarianten (VV 1 - 3)
4. Darlegung der Klimabilanz und der Investitionskosten für die VV 1 und VV 2 sowie Identifikation möglicher Förderprogramme
5. Bewertung der VV 1 und VV 2 und Empfehlungen für das weitere Vorgehen

Folgende Versorgungsvarianten (VV) wurden konkret für eine klimaneutrale Wärme- bzw. Stromversorgung des ca. 26 ha großen Projektgebiets in Betracht gezogen:

- VV 1: eine **individuelle Wärmeversorgung** mit Luft-Wasser Wärmepumpen (WP)
- VV 2: eine **gemeinschaftliche Wärmeversorgung** auf Basis von Erdwärmesonden in Kombination mit einem **kalten Nahwärmenetz** und gebäudeindividuellen Wärmepumpen (WP)
- VV 3 (nur konzeptionell): eine **gemeinschaftliche Wärmeversorgung** auf Basis von Solarthermie (100%) und saisonalen Speichern in Kombination mit einem **heißen Nahwärmenetz**

Die VV 1 und VV 2 wurden umfassend mit einer Wirtschaftlichkeitsanalyse und Emissionsberechnung untersucht. Die VV 3 wurde nur konzeptionell betrachtet, da dies multiphysikalisch simuliert werden müsste und erst im Rahmen einer Machbarkeitsstudie durchgeführt werden kann. Für die Stromversorgung wurden ein minimales und ein maximales Ausbauszenario für PV-Anlagen betrachtet. Eine Übersicht der wichtigsten Ergebnisse der Szenarien ist Anlage 1 dargelegt.

Wärmeversorgung

Insgesamt ist bei den VV 1 und 2 eine **klimaneutrale Wärmeversorgung möglich**. Die individuelle Wärmelösung VV 1 kann dabei von den einzelnen Vorhabenträgern umgesetzt, ohne dass die Stadt Siegen weitere Impulse setzen müsste. Die VV 2 und 3 bieten aber technische, wirtschaftliche und klimabilanzierende Vorteile, so dass grundsätzlich eine **gemeinschaftliche klimaneutrale Wärmeversorgung empfohlen** wird.

Bei der VV 2 kann dies anhand von Erdwärmesonden (EWS) und einem kalten Nahwärmenetz sowie Wärmepumpen erfolgen. Die VV 3 (Solarthermie) kann erst im weiteren Verfahren genauer betrachtet werden, wobei durch den Einsatz von Solarthermie-Anlagen eine nahezu unabhängige und emissionsneutrale Wärmeversorgung aufgebaut werden könnte. Die lange Lebensdauer der Anlagenteile kann dabei erfahrungsgemäß zu sehr geringen Vollwärmekosten führen. Für die Wärmeversorgung der VV 2 kann die Bundesförderung „Effiziente Wärmenetze“ (BEW) in Anspruch genommen werden. Durch dieses Programm können 50 % der Planungskosten sowie 40 % der Investitionskosten gefördert werden. In der Summe sind dies ca. 8,2 Mio. € Fördermittel.

Stromversorgung

Eine **klimaneutrale Stromversorgung** wird in Abhängigkeit der betrachteten VV und des Ausbaugrads von Photovoltaik **nur zum Teil erreicht**. Bei einem maximalen PV-Ausbau kann zumindest der Strombedarf der VV 2 des Wärmestroms und des geschätzten Bedarfes für die Elektromobilität bilanziell gedeckt werden. Der Gewerbestrom muss zusätzlich extern eingebracht werden.

Vergleich der Versorgungsvarianten 1 und 2

Klimabilanz:

Insgesamt ist eine klimaneutrale Wärmeversorgung mit einem minimalen PV-Ausbau bei beiden VV möglich. Die spezifische Klimabilanz zeigt jedoch, dass der Strombedarf der VV 2 durch den Einsatz von Sole-Wasser-Wärmepumpen geringer ist als bei der VV 1. Dadurch lässt sich die Klimaneutralität des Gebietes mit der VV 2 leichter erreichen. Durch den Einsatz von Wärmepumpen als Anlage zur Wärmeversorgung können nach Gebäudeenergiegesetz (GEG) zur Versorgung mit Gas und Solarthermie mindestens 50 % der entstehenden Emissionen eingespart werden. Bei Einsatz von PV-Strom oder Bezug von echtem Grünstrom können nahezu 100 % der CO₂-Emissionen im Betrieb der Wärmeversorgung inkl. Ladestrom verhindert werden.

Wirtschaftlichkeit:

Die Investitionskosten sind bei der VV 2 mit ca. 13,8 Mio. € im Vergleich zur VV1 mit ca. 12,2 Mio. € etwas höher. Unter Heranziehung einer Förderung nach BEW verringern sich die Investitionskosten der VV 2 auf ca. 8,2 Mio. Euro. Die Einsparungen durch die Förderung zeigen sich auch beim spezifischen Vollwärmepreis. Die Kosten der VV 2 fallen dort deutlich geringer aus. Insgesamt sind die spezifischen Vollwärmekosten deutlich unter 1 €/m² pro Monat. Gemäß der Kostenschätzung ist die gemeinschaftliche VV 2 voraussichtlich deutlich wirtschaftlicher im Vergleich zur individuellen VV 1. Zu beachten ist hierbei, dass die Kostenschätzung auf Literaturwerten zur Wärmeleitfähigkeit des Bodens, auf aktuellen Marktpreisen und auf Daten aus Referenzprojekten basiert. Die tatsächlichen Kosten werden wesentlich von der tatsächlichen Ergiebigkeit der EWS, von der weiteren Kostenentwicklung sowie von den Ergebnissen der Ausschreibung der Anlagenkomponenten bestimmt.

Technische Unterschiede:

Ebenfalls wichtig ist der technischen Unterschiede der VV. Bei der VV 1 mit individuellen Luft-Wasser-WP sind bei jedem Gebäude Abluftventilatoren notwendig. Bei einem üblichen Gewerbebau sind 24 Abluftgeräte notwendig, die erfahrungsgemäß auf den Dächern aufgestellt werden. Dadurch wird die zur Verfügung stehende PV-Fläche auf den Dächern verringert. Hinzu kommen zusätzlich mögliche Lärmemissionen der Abluftventilatoren, welche jedoch durch Schalldämmgehäuse verringert, aber nicht vollkommen eliminiert werden und sich negativ auf die Kontingentierung der Schallleistungspegel auswirken. Ein Vorteil der VV 2 ist zudem die zusätzliche Kühlfunktion durch die EWS bei Hitzeperioden.

Zusammenfassung

1. Eine klimaneutrale/positive Wärmeversorgung auf Basis von individuellen Luft-Wasser-WP (VV 1) sowie EWS als Wärmequelle mit einem Kalten Nahwärmenetz und WP (VV 2) ist technisch machbar.
2. Eine klimaneutrale Wärmeversorgung auf Basis von Solarthermie als Wärmequelle, saisonalen Speichern und einem heißen Netz ist konzeptionell machbar und sollte weiter untersucht werden.
3. Eine klimaneutrale Stromversorgung der Wärme- und Mobilitätsbedarfe ist in Abhängigkeit des Ausbaugrads und der betrachteten Wärmeversorgungsart vollständig machbar. Die Bedarfe an Gewerbestrom sind nur zum Teil lokal abzudecken.
4. Die klimaneutrale Wärmeversorgung der VV2 und VV3 kann umfangreiche Fördermittel des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) Förderprogramm „Wärmenetzsysteme 4.0 bzw. BEW“ in Anspruch nehmen. Dadurch ist die Versorgung nicht nur wirtschaftlich sondern aufgrund des hohen Anteils von lokal genutzten Erneuerbaren Energien auch dauerhaft kostenstabil, unabhängig und versorgungssicher sein.

Empfehlung

Es wird empfohlen bei der BAFA die **Förderung einer Machbarkeitsstudie zu beantragen**. Die Studie wird zu 50 % gefördert, was bei einer Summe von ca. 500.000 €, einen Eigenanteil von 250.000 € ausmacht. Eine Machbarkeitsstudie ist Voraussetzung für die Beantragung von BAFA-Fördermitteln für die Umsetzung eines Projekts. Die Machbarkeitsstudie umfasst dabei zwei Teile:

- Grundlagenermittlung und Analyse und Bewertung der Versorgungsvarianten im Detail, u.a. mit Pilotsonde inkl. einem Thermal Response Test (TRT) und einer Simulation der zu erwartenden Wärmeträger
- Fachliche Planung der nach der Prüfung präferierten Versorgungsvariante und Kostenermittlung (u.a. mit Angebotseinholung, Erörterung mit Wärmeversorgern).

Die Durchführungszeit der Machbarkeitsstudie beträgt in der Regel ca. 12 Monate, kann aber auch bis auf 24 Monate verlängert werden.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
500.000€		250.000€		

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	--	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input checked="" type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja

Erläuterung Klimarelevanz

Die Errichtung des Gewerbegebietes „Martinshardt II“ führt zu großen Eingriffen in die natürlichen Kohlenstoffspeicher. Der Verlust an Wald- und unversiegelter Bodenfläche vermindert die CO₂-Senkenfunktion des betroffenen Bereiches und wird im Zuge der Umwandlung der Flächen zu einer Freisetzung von CO₂-Emissionen führen. Weiter entstehen auch durch die Errichtung von Infrastruktur und Gebäuden sowie in der Folge durch den Betrieb des Gewerbegebietes (z.B. durch Verkehrsaufkommen, Energieerzeugung und Produktion). Da jedoch die Entwicklung des Gewerbegebietes grundsätzlich beschlossen ist, bietet eine Klimaneutrale Wärmeversorgung erhebliche positive Effekte gegenüber einem Gewerbegebiet nach bisheriger Art und Weise. Daher wird die Machbarkeitsstudie in Einheit mit der späteren Umsetzung zu positiven Effekten führen.

Übereinstimmung Zielkonzept: Teilziel Gewerbeflächenmanagement, Teilziel Energie- und Ressourceneinsatz, Leitziele Emissionsärmere Mobilität, Teilziel Regenerative Energien (REG)

Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)

Die Entwicklung des Gewerbegebietes „Martinshardt II“ führt zwangsläufig zu erheblichen zusätzlichen CO₂-Emissionen. Durch die angestrebte regenerative Strom- und Wärmeerzeugung und die zu erwartenden gesetzlichen Vorgaben auch für den Bau von Nichtwohngebäuden (nachhaltige Gebäudestandard und einen nachhaltigen Mobilitätsansatz (ÖPNV, Radverkehr, zentrales Parkhaus, etc.)) können die Auswirkungen minimiert werden.

Im Hinblick auf Klimaschutz und im Zuge der geopolitischen Entwicklungen wäre ein auf fossile Energie basierendes Konzept nicht zielführend.

In Vertretung

gez.

Henrik Schumann
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5

Siegen, 21.09.2022

Bereich: Fachberatung / Verw. Kindertagesstätten

Bearbeitet von: Isabella Klempau

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

28.09.2022

Rat

19.10.2022

Kurzbezeichnung:

Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Umbau des Objektes Hüttenstraße 16 c / Durchführung des Brückenprojektes "Kinderbetreuung in besonderen Fällen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und vergleichbaren Lebenslagen"

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 83 Abs. 2 GO NRW die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 70.000,00 € auf H060201116 – Hüttenstraße, Brückenprojekt Kinderbetreuung – für die investiven Umbaukosten des Gebäudes. Die Deckung erfolgt aus H060201106 – Kita Breitscheidstraße, Umbau ehem. Hüttentalschule -.

Sachverhalt / Begründung:

Wie bereits in der Vorlage VL 247/2021 und VL 955/2022 dargestellt, haben auch im Kindergartenjahr 2022/2023 im Stadtteil Geisweid insbesondere Flüchtlingskinder und Kinder aus osteuropäischen Ländern noch keinen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung.

Seit Anfang des Jahres wurden bis Juli 2022 insgesamt 15 Kinder im Gebäude Hüttenstraße 16 c betreut. Wie in Vorlage VL 955/2022 erläutert, wurde bereits zu Beginn des Brückenprojektes im Jahr 2021 die Notwendigkeit von Umbaumaßnahmen festgestellt. Zudem wurden grundlegende Sanierungsmaßnahmen an dem in die Jahre gekommenen Gebäude nötig. Die Bauarbeiten haben im Juli dieses Jahres begonnen und sollen bis Dezember andauern.

Die ursprünglichen Kosten wurden auf 344.000,00 € geschätzt und im Haushalt 2021 veranschlagt. Nach Ausschreibung und Angebotsabgabe der Hauptgewerke musste die Kostenkal-

kulation auf rd. 400.000,00 € angepasst werden, sodass im Mai 2022 weitere Mittel in Höhe von 56.000,00 € erforderlich waren.

Nach aktueller Mitteilung durch die Arbeitsgruppe Bauunterhaltung und Umbaumaßnahmen haben sich die Kosten aufgrund der aktuellen Ausschreibungsergebnisse und der Entwicklung des Bauablaufs um 70.000,00 € erhöht. Demnach fehlen aktuell 70.000,00 € für die weitere Vergabe der Aufträge, um die Baumaßnahme fortzuführen bzw. zu beenden.

Da sich die bereits veranschlagte Maßnahme H060201106 – Kita Breitscheidstraße, Umbau ehem. Hüttentalschule – z.T. auf 2023 verschieben wird, können die für die Hüttenstraße in 2022 benötigten investiven Mittel von dieser Maßnahme umgeplant werden.

Für die weitere Nutzung des Gebäudes im Rahmen des Brückenprojektes sowie für die zukünftige Nutzung des Gebäudes, z.B. im Rahmen des Projektes „Kinderstark NRW“, ist die Beendigung der grundlegenden Umbaumaßnahme (kindgerechte Toilettenanlagen, Brandschutzmaßnahmen, Erneuerung der Elektroinstallation) unerlässlich.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
470.000,00 €				

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 133.000 € (2021) 211.000 € (2022) 56.000 € (2022) 70.000 € überplanmäßig	Kostenträger/ Investitionscode 06020100/H060201116 Sachkonto 7851000
---	--	-------------------------------	---	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz <div style="height: 80px;"></div>			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) <div style="height: 40px;"></div>			

--

i.A.

gez.

Andree Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1
Bereich: Sitzungsdienst
Bearbeitet von: Julia Pfeifer

Siegen, 04.10.2022

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

19.10.2022

Kurzbezeichnung:

Neufassung der Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden in der Universitätsstadt Siegen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die „Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden in der Universitätsstadt Siegen“ gemäß Anlage zur Vorlage.

Sachverhalt / Begründung:

Mit Datum vom 20.06.2022 wurde bei der Stadt Siegen die Durchführung eines Bürgerbegehrens gemäß § 26 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) angezeigt. Im Rahmen der Vorbereitung auf einen eventuellen Bürgerentscheid ist aufgefallen, dass die derzeit gültige Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden der Stadt Siegen einige Passagen enthält, die einer Überarbeitung bedürfen. Sowohl im § 26 GO NRW als auch in den kommunalwahlrechtlichen Vorschriften – an denen sich die Durchführung von Bürgerentscheiden zu großen Teilen orientiert - haben sich Änderungen ergeben, die bisher noch keine Berücksichtigung in der Bürgerentscheid-Satzung gefunden haben.

Im Kommunalwahlrecht ist hier beispielsweise die Änderung des Stichtages für den Aufbau des Wählerverzeichnisses oder der Wegfall des Ausschlussgrundes vom aktiven Wahlrecht für Menschen, für die ein Betreuer in allen Angelegenheiten bestellt ist, zu nennen. Auch die mittlerweile in der Gemeindeordnung festgeschriebene Möglichkeit des Stichentscheids findet in der derzeitigen Satzung noch keine Erwähnung.

Bei der Anpassung der Satzung wurde die Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes NRW zu Rate gezogen, welche alle derzeit geltenden rechtlichen Vorgaben sowie Vorgehensweisen aus der bewährten Praxis berücksichtigt. Da der Aufbau dieser Mustersatzung

sich in vielen Punkten von unserer derzeit gültigen Satzung unterscheidet, soll eine Neufassung anstelle einer Ergänzungssatzung beschlossen werden. Die wesentlichen inhaltlichen Punkte bleiben erhalten.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

gez.

Steffen Mues
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Siegen vom XX.XX.2022

Aufgrund von § 7 Absatz 1 Satz 1 i.V.m. § 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeinde-ordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666) zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.09.2021 (GV.NRW, S. 1072) und § 1 der Verordnung über die Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden vom 10. Juli 2004 (GV.NRW., S. 383) zuletzt geändert durch Verordnung vom 30.06.2020 (GV.NRW, S. 702) hat der Rat der Universitätsstadt Siegen am _____ folgende Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden beschlossen:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für die Durchführung von Bürgerentscheiden ausschließlich per Briefabstimmung im Gebiet der Universitätsstadt Siegen (Abstimmungsgebiet).

§ 2

Zuständigkeiten

- (1) Der Rat legt den Tag des Bürgerentscheids fest.
- (2) Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin leitet die Abstimmung. Er/Sie ist für die ordnungsmäßige Vorbereitung und Durchführung des Bürgerentscheids verantwortlich, soweit die Gemeindeordnung oder diese Satzung nichts anderes bestimmen.
- (3) Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin obliegt die Aufgabe die Zahl der Abstimmungsvorstände zu bestimmen. Der Abstimmungsvorstand besteht aus dem Vorsteher/der Vorsteherin, dem stellvertretenden Vorsteher/der Vorsteherin und drei bis sechs Beisitzern. Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin bestimmt die Zahl der Mitglieder des Abstimmungsvorstandes und beruft die Mitglieder des Abstimmungsvorstandes. Die Beisitzer des Abstimmungsvorstandes können im Auftrage des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin auch vom Vorsteher berufen werden. Der Abstimmungsvorstand entscheidet mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorstehers/der Vorsteherin den Ausschlag.
- (4) Die Mitglieder im Abstimmungsvorstand üben eine ehrenamtliche Tätigkeit aus, auf die sinngemäß die allgemeinen Vorschriften des kommunalen Verfassungsrechts mit Ausnahme des § 31 der Gemeindeordnung Anwendung finden.

§ 3

Stimmbezirk

Stimmbezirk ist das Gebiet der Universitätsstadt Siegen.

§ 4

Abstimmberechtigung

- (1) Abstimmberechtigt ist, wer am Tag des Bürgerentscheids Deutsche/r im Sinne von Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist oder die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Gemeinschaft besitzt, das 16. Lebensjahr vollendet hat und mindestens seit dem 16. Tag vor der Abstimmung im Gemeindegebiet seine Wohnung, bei mehreren Wohnungen seine/ihre Hauptwohnung hat oder sich sonst gewöhnlich aufhält und keine Wohnung außerhalb des Abstimmungsgebietes hat.
- (2) Von der Abstimmberechtigung ausgeschlossen ist, wer infolge Richterspruchs in der Bundesrepublik Deutschland das Wahlrecht nicht besitzt.

§ 5

Stimmschein

- (1) Abstimmen kann nur, wer in ein Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist und einen Stimmschein hat.

§ 6

Abstimmungsverzeichnis

- (1) In jedem Stimmbezirk wird ein Abstimmungsverzeichnis geführt. In das Abstimmungsverzeichnis werden alle Personen eingetragen, bei denen am 42. Tage vor dem Bürgerentscheid (Stichtag) feststeht, dass sie abstimmberechtigt und nicht von der Abstimmung ausgeschlossen sind. Von Amts wegen in das Abstimmungsverzeichnis einzutragen sind auch die nach dem Stichtag bis zum 16. Tag vor dem Bürgerentscheid zugezogenen und bei der Meldebehörde gemeldeten Wahlberechtigten.
- (2) Jede/r Wahlberechtigte hat das Recht, an den Werktagen vom 20. bis zum 16. Tag vor dem Bürgerentscheid während der allgemeinen Öffnungszeiten der Gemeindebehörde die Richtigkeit oder Vollständigkeit der zu seiner Person im Abstimmungsverzeichnis eingetragenen Daten zu prüfen.

§ 7

Benachrichtigung der Abstimmungsberechtigten/Bekanntmachung

- (1) Spätestens am Tage vor Beginn der Einsichtsfrist in das Abstimmungsverzeichnis benachrichtigt der Bürgermeister/die Bürgermeisterin jeden Abstimmberechtigten, der in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist.
- (2) Die Benachrichtigung enthält folgende Angaben:
 1. den Familiennamen, den Vornamen und die Wohnung des Abstimmberechtigten,
 2. ein Abstimmungsheft/Informationsblatt gem. § 8 dieser Satzung

3. die Nummer, unter der der Abstimmungsberechtigte in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist,
 4. der Abstimmzettel mit Umschlag sowie der Stimmschein mit Stimmbriefumschlag
- (3) Spätestens am Tage vor Beginn der Einsichtsfrist in das Abstimmungsverzeichnis macht der Bürgermeister/die Bürgermeisterin öffentlich bekannt
1. Den Tag des Bürgerentscheids und den Text der zur Entscheidung stehenden Frage, beim Stichentscheid auch den Text der vom Rat beschlossenen Stichfrage;
 2. Wo, wie lange und zu welchen Tagesstunden das Abstimmungsverzeichnis eingesehen werden kann;
 3. dass innerhalb der Einsichtsfrist beim Bürgermeister/bei der Bürgermeisterin Einspruch gegen das Abstimmungsverzeichnis eingelegt werden kann.

§ 8

Abstimmungsheft/Informationsblatt

- (1) Die Titelseite enthält die Überschrift Abstimmungsheft/Informationsblatt der Universitätsstadt Siegen zum Bürgerentscheid und den Text der zu entscheidenden Frage sowie Tag und Uhrzeit, bis zu denen der Stimmbrief beim Bürgermeister/der Bürgermeisterin eingegangen sein muss. Im Falle eines Stichentscheids enthält die Titelseite die Texte der zu entscheidenden Fragen sowie den der Stichfrage.
- (2) Das Abstimmungsheft/Informationsblatt enthält
 1. Die Unterrichtung durch den Bürgermeister/die Bürgermeisterin über den Ablauf der Abstimmung und eine Erläuterung des Verfahrens der Stimmabgabe durch Brief
 2. die Kostenschätzung der Verwaltung und eine kurze sachliche Begründung der Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens. Legen die Vertretungsberechtigten keine eigene Begründung vor, so ist diese dem Text des Bürgerbegehrens zu entnehmen.
 3. Eine kurze gegebenenfalls gemeinsame sachliche Begründung der im Rat vertretenen Fraktionen, die das Bürgerbegehren abgelehnt haben.
 4. Eine kurze gegebenenfalls gemeinsame sachliche Begründung der im Rat vertretenen Fraktionen, die dem Bürgerbegehren zugestimmt haben.
 5. Eine Übersicht über die Stimmempfehlungen der im Rat vertretenen Fraktionen samt Angabe ihrer Fraktionsstärke. Sondervoten einzelner Ratsmitglieder und die Stimmempfehlung des Bürgermeisters sind auf deren Wunsch wiederzugeben.
- (3) Die Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens sowie jeweils ein Mitglied der im Rat vertretenen Fraktionen verständigen sich unter Beteiligung des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin über eine Obergrenze für die Länge der Texte und eine angemessene, sachliche Darstellung der Inhalte (Abs. 2 Ziff. 2 bis 4). Wird eine einvernehmliche Verständigung nicht erzielt, ist die Darstellung im Abstimmungsheft auf die Unterrichtung über den Ablauf der Abstimmung, eine Erläuterung des Verfahrens der Stimmabgabe durch Brief und den Begründungstext des Bürgerbegehrens sowie die Übersicht über die Stimmempfehlungen der im Rat vertretenen Fraktionen, des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin und eventueller Sondervoten einzelner Ratsmitglieder zu beschränken. Der Bürgermeister kann für die im Abstimmungsheft/Informationsblatt gem. Abs. 2 Nr. 2 Satz 2 i.V.m. Abs. 3 Satz 2 darzustellende Begründung des Bürgerbegehrens ehrverletzende oder eindeutig wahrheitswidrige Behauptungen des Begründungstextes streichen sowie zu lange Äußerungen ändern und kürzen.

- (4) Das Abstimmungsheft wird auch im Internet auf der Homepage der Universitätsstadt Siegen veröffentlicht.
- (5) Beim Ratsbürgerentscheid enthält das Abstimmungsheft abweichend von Abs. 2 Nr. 2 bis 4. und Abs. 3 eine kurze Begründung des Rates. Die Begründung muss die wesentlichen für die Entscheidung durch den Bürger erheblichen Tatsachen enthalten. Kurze sachliche Stellungnahmen der im Rat vertretenen Fraktionen sind auf ihren Wunsch aufzunehmen.

§ 9

Stimmzettel

Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt. Sie müssen die zu entscheidende Frage enthalten und auf „ja“ und „nein“ lauten. Zusätze sind unzulässig. Im Falle des Stichentscheids enthalten die Stimmzettel die gleichzeitig zur Abstimmung gestellten Fragen sowie darunter die Stichfrage. Bei der Stichfrage macht die abstimmende Person kenntlich, welchen der Bürgerentscheide sie vorzieht für den Fall, dass die gleichzeitig zur Abstimmung gestellten Fragen in einer miteinander nicht zu vereinbarenden Weise beantwortet werden.

§ 10

Öffentlichkeit

- (1) Die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses ist öffentlich. Der Abstimmungsvorstand kann aber im Interesse der Abstimmungsermittlung die Zahl der Anwesenden beschränken.
- (2) Den Anwesenden ist bei der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses jede Einflussnahme untersagt.
- (3) Die Veröffentlichung von Ergebnissen von Abstimmungsbefragungen nach der Stimmabgabe über den Inhalt der Abstimmungsentscheidung ist vor Ablauf der Abstimmungszeit unzulässig.

§ 11

Stimmabgabe

- (1) Der/Die Abstimmende gibt für jede zu entscheidende Frage seine/ihre Stimme in der Weise ab, dass er/sie durch ein auf dem Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welche Antwort gelten soll.
- (2) Der Abstimmende hat dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin in dem verschlossenen Stimmbrief
 - a) seinen Stimmschein,
 - b) in einem besonderen verschlossenen Stimmumschlag seinen Stimmzettelso rechtzeitig zu übersenden, dass der Stimmbrief am Tag des Bürgerentscheids bis 16:00 Uhr bei ihm eingeht. Der Stimmbrief kann auch persönlich im Rathaus abgegeben werden.
- (3) Auf dem Stimmschein hat der/die Abstimmende oder die Hilfsperson dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin an Eides Statt zu versichern, dass der Stimmzettel persönlich oder gemäß dem erklärten Willen des/der Abstimmenden gekennzeichnet worden ist.

§ 12

Vorstand für die Stimmabgabe per Brief

- (1) Der Vorstand für die Stimmabgabe per Brief (Abstimmungsvorstand) öffnet den Stimmbrief, prüft die Gültigkeit der Stimmabgabe und legt den Stimmumschlag im Falle der Gültigkeit der Stimmabgabe ungeöffnet in die Abstimmungsurne.
- (2) Bei der Stimmabgabe per Brief sind Stimmbriefe zurückzuweisen, wenn
 1. der Stimmbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
 2. dem Stimmbriefumschlag kein oder kein gültiger Stimmschein beiliegt,
 3. dem Stimmbriefumschlag kein Stimmumschlag beigelegt ist,
 4. weder der Stimmbriefumschlag noch der Stimmumschlag verschlossen ist,
 5. der Stimmbriefumschlag mehrere Stimmumschläge, aber nicht eine gleiche Anzahl gültiger und mit der vorgeschriebenen Versicherung an Eides Statt versehener Stimmscheine enthält.
 6. der Abstimmende oder die Person seines Vertrauens die vorgeschriebene Versicherung an Eides Statt zur Briefabstimmung auf dem Stimmschein nicht unterschrieben hat,
 7. kein amtlicher Stimmumschlag benutzt worden ist,
 8. ein Stimmumschlag benutzt worden ist, der offensichtlich in einer das Abstimmungsgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht.

Die Einsender zurückgewiesener Stimmbriefe werden nicht als Abstimmende gezählt; ihre Stimmen gelten als nicht abgegeben.

- (3) Die Stimme eines/r Abstimmberechtigten, der/die an der Abstimmung per Brief teilgenommen hat, wird nicht dadurch ungültig, dass er/sie vor dem oder am Tag des Bürgerentscheids stirbt, oder sonst sein/ihr Stimmrecht verliert. Vor einem Fortzug aus dem Wahlgebiet abgegebene Stimmen werden ungültig.

§ 13

Stimmenzählung

- (1) Die Stimmenzählung erfolgt unmittelbar im Anschluss an die Abstimmhandlung durch den Abstimmungsvorstand.
- (2) Bei der Stimmenzählung ist zunächst die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen an Hand der eingenommenen Stimmscheine festzustellen und mit der Zahl der in den Urnen befindlichen Stimmumschläge zu vergleichen. Danach wird die Zahl der gültigen Stimmen und der auf jede Antwort entfallenen Stimmen ermittelt.
- (3) Über die Gültigkeit der Stimmen entscheidet der Abstimmungsvorstand.

§ 14

Ungültige Stimmen

Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel

1. nicht amtlich hergestellt ist,
2. keine Kennzeichnung enthält,

3. den Willen des/der Abstimmenden nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
4. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält,
5. der Stimmumschlag keinen Stimmzettel enthält.

§ 15

Feststellung des Ergebnisses

- (1) Der Rat stellt das Ergebnis des Bürgerentscheids/Stichentscheids fest. Im Falle von Zweifeln an dem Abstimmungsergebnis kann er eine erneute Zählung verlangen.
- (2) Die Frage ist in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit mindestens zehn von Hundert der Bürger beträgt. Bei Stimmengleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet. Stehen mehrere Fragen gleichzeitig zur Abstimmung und werden diese in einem nicht miteinander zu vereinbarenden Sinne entschieden, so ist das Ergebnis des Stichentscheids maßgeblich. Es gilt die Entscheidung, für die sich im Stichentscheid die Mehrheit der gültigen Stimmen ausspricht. Bei Stimmengleichheit im Stichentscheid gilt der Bürgerentscheid, dessen Frage mit der höchsten Stimmenzahl mehrheitlich beantwortet worden ist.
- (3) Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin macht das festgestellte Ergebnis öffentlich bekannt.

§ 16

Entsprechende Anwendung der Kommunalwahlordnung

Folgende Vorschriften der Kommunalwahlordnung vom 31.08.1993 (GV. NRW., S. 592, ber. S. 567), zuletzt geändert durch Verordnung vom 03.04.2020 (GV.NRW., S. 222) finden entsprechende Anwendung: §§ 4, 7, 8, 11 bis 18, 32 Abs. 6, 56 bis 60, 81 bis 83.

§ 17

Inkrafttreten

Die Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Siegen tritt zum XX.XX.2022 in Kraft.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: I
Bereich: Sitzungsdienst
Bearbeitet von: Frau Meier

Siegen, 05.10.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Rat **19.10.2022**

Kurzbezeichnung:

Nachbesetzung in Ausschüssen, Arbeitskreisen und Kommissionen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt / benennt

1. **Frau Barbara Dylong** als **ordentliches Mitglied** in folgende Arbeitskreise:
 - AK Aufarbeitung historischer Namen
 - AK Klimaschutz
 - AK Schulentwicklung
 - AK Abfallwirtschaft
 - AK Märkte
 - Spielplatzkommission
2. **Herrn Roland Steffe** als **ordentliches Mitglied** in folgende Arbeitskreise:
 - AK Stadtgestaltung / Stadtentwicklungsplanung
 - AK Verkehrsausschuss
 - AK Wohnbaulandentwicklung
 - AK Bäder und Sportstätten Entwicklung
 - AK Rad- und Fußverkehr
3. **Frau Isabelle Schmidt** als **stellvertretendes Mitglied** in den
 - Haupt- und Finanzausschuss
4. **Herrn Benjamin Grimm** als **stellvertretendes Mitglied** in den
 - Haupt- und Finanzausschuss
 - ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss
 - Sport- und Bäderausschuss

5. **Herrn Martin Helm als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Haupt- und Finanzausschuss
6. **Herrn Hartmut Steuber als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Haupt- und Finanzausschuss
7. **Herrn Dr. Christian Zybill als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Haupt- und Finanzausschuss
8. **Herrn Hartmut Krämer (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit, und Ordnung
 - Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegen-schaften
 - ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss
9. **Herrn Jürgen Rompf als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit, und Ordnung
 - Bauausschuss
 - ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss
 - Kulturausschuss
 - Vergabeausschuss
10. **Herrn Peter Stahl als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit, und Ordnung
 - Kulturausschuss
11. **Herrn Andreas Weißelberg (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit, und Ordnung
12. **Frau Julia Lixfeld (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Schule und Bildung
13. **Herrn Karl-Heinz Dittrich (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Schule und Bildung
 - Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
 - Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
 - Rechnungsprüfungsausschuss
14. **Frau Kathrin Hähner (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Schule und Bildung
15. **Frau Claudia Helm (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
16. **Herrn Ute Weißelberg (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren

17. **Herrn David Ernst Weißelberg (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
 - Rechnungsprüfungsausschuss
 - Vergabeausschuss
 - Verkehrsausschuss
18. **Herrn Jens Uhlendorf (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
19. **Frau Eva Hagen (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
 - Kulturausschuss
 - Vergabeausschuss
 - Verkehrsausschuss
20. **Herrn Olaf Jagielski (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
 - Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
 - Bauausschuss
 - Sport- und Bäderausschuss
21. **Herrn Frank Weber als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
 - Sport- und Bäderausschuss
 - Verkehrsausschuss
22. **Frau Reinhilde Katz (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
 - ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss
23. **Herrn Henner Klaas (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Bauausschuss
 - Kulturausschuss
24. **Herrn Christian Doppler (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Bauausschuss
25. **Herrn Achim Bohn (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - Bauausschuss
26. **Herrn Daniel Weber (s.B.) als stellvertretendes Mitglied** in den
 - ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss
 - Rechnungsprüfungsausschuss

27. **Herrn Philip De Knudyt (s.B.)** als **stellvertretendes Mitglied** in den
- Kulturausschuss
 - Sport- und Bäderausschuss
28. **Herrn Johannes Tigges** als **stellvertretendes Mitglied** in den
- Rechnungsprüfungsausschuss
29. **Herrn Robin Beitzel (s.B.)** als **stellvertretendes Mitglied** in den
- Sport- und Bäderausschuss
30. **Herrn Marc Klein** als **stellvertretendes Mitglied** in den
- Verkehrsausschuss
31. **Herrn Lothar Becker (s. B.)** als **beratendes Mitglied** (Inklusionsbeirat) in den
- Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit, und Ordnung
 - Jugendhilfeausschuss
 - Kulturausschuss
 - Verkehrsausschuss
 - Bezirksausschuss III – Siegen-Ost
32. **Frau Heike Katz (s. B.)** als **beratendes Mitglied** (Inklusionsbeirat) in den
- Ausschuss für Schule- und Bildung
 - Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
 - Bauausschuss
 - Bezirksausschuss II – Siegen-Weidenau
33. **Frau Nicole Scherzberg (s. B.)** als
- a) **beratendes Mitglied** (Inklusionsbeirat) in den
- Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren
 - Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
 - Bezirksausschuss V – Siegen-West
- b) **beratende persönliche Stellvertreterin** (Inklusionsbeirat) von Stina Röcher in den
- Bezirksausschuss VI – Siegen-Eiserfeld
34. **Herrn Ulrich Neus (s. B.)** als **beratendes Mitglied** (Inklusionsbeirat) in den
- Sport- und Bäderausschuss
 - Bezirksausschuss I – Siegen-Geisweid
35. **Herrn Frank Moschner (s. B.)** als **beratendes Mitglied** (Inklusionsbeirat) in den
- Bezirksausschuss IV – Siegen-Mitte
36. **Frau Stina Röcher (s. B.)** als
- a) **beratendes Mitglied** (Inklusionsbeirat) in den
- Bezirksausschuss VI – Siegen-Eiserfeld

- b) **beratende persönliche Stellvertreterin** (Inklusionsbeirat) von Heike Katz in den
- Ausschuss für Schule und Bildung
- 37. Frau Jutta Urbatzka (s. B.) als beratende persönliche Stellvertreterin** (Inklusionsbeirat)
- von Nicole Scherzberg in den Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
 - von Ulrich Neus in den Sport- und Bäderausschuss
 - von Nicole Scherzberg in den Bezirksausschuss V – Siegen-West
- 38. Frau Elke Schweißfurth (s. B.) als beratende persönliche Stellvertreterin** (Inklusionsbeirat)
- von Nicole Scherzberg in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
 - von Heike Katz in den Bauausschuss
- 39. Frau Barbara Plümer (s. B.) als beratende persönliche Stellvertreterin** (Inklusionsbeirat)
- von Heike Katz in den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
 - von Lothar Becker in den Kulturausschuss
 - von Frank Moschner in den Bezirksausschuss IV – Siegen-Mitte
- 40. Herrn Harald Pascheke (s. B.) als beratende persönliche Stellvertreterin** (Inklusionsbeirat) von Heike Katz in den
- Bezirksausschuss II – Siegen-Weidenau
- 41. Herrn Michael Schwarzer als**
- a) **ordentliches Mitglied** in den
- AK Abfallwirtschaft
- b) **persönlicher Stellvertreter**
- von Annette Six in den AK Stadtentwicklung
 - von Sabrina Schmidt in den Bezirksausschuss V - Siegen-West
- 42. Frau Annette Six als persönliche Stellvertreterin** von Michael Schwarzer in den
- Bauausschuss
 - ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss
 - AK Wohnbaulandentwicklung
- 43. Frau Eva-Marie Bialowons-Sting als**
- a) **persönliche Stellvertreterin** von Julia Sting in den
- AK Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen
- b) **stellvertretendes Mitglied** in den
- Haupt- und Finanzausschuss
 - Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
 - Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
 - Bauausschuss

- Rechnungsprüfungsausschuss
- Sport- und Bäderausschuss
- Vergabeausschuss
- Verkehrsausschuss

44. Herrn Rüdiger Heupel als

a) **persönlicher Stellvertreter** von Christian Jüngst in den

- AK Bäder- und Sportstättenentwicklung

b) **stellvertretendes Mitglied** in den

- Haupt- und Finanzausschuss
- Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
- Ausschuss für Schule und Bildung
- Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
- Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
- Kulturausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Sport- und Bäderausschuss
- Vergabeausschuss

45. Herrn Christian Sondermann als stellvertretendes Mitglied in den

- Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
- Ausschuss für Schule und Bildung
- Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
- Bauausschuss
- Kulturausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Sport- und Bäderausschuss
- Vergabeausschuss
- Verkehrsausschuss

46. Herrn Thomas Köckritz (s. B.) als

a) **persönlicher Stellvertreter** von Christian Jüngst in den

- Sport- und Bäderausschuss

b) **ordentliches Mitglied** in den

- AK des Verkehrsausschusses

c) **stellvertretendes Mitglied** in den

- Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
- Ausschuss für Schule und Bildung
- Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
- Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
- Bauausschuss

- Kulturausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Vergabeausschuss

47. Frau Julia Sting (s. B.) als

a) ordentliches Mitglied in den

- AK Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen

b) stellvertretendes Mitglied in den

- Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
- Ausschuss für Schule und Bildung
- Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
- Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
- Bauausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Sport- und Bäderausschuss
- Vergabeausschuss
- Verkehrsausschuss

48. Herrn Salih Güner (s. B.) als stellvertretendes Mitglied in den

- Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
- Ausschuss für Schule und Bildung
- Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
- Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
- Bauausschuss
- Kulturausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Sport- und Bäderausschuss
- Vergabeausschuss
- Verkehrsausschuss

49. Frau Katja Sondermann (s. B.) als stellvertretendes Mitglied in den

- Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
- Ausschuss für Schule und Bildung
- Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
- Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
- Bauausschuss
- Kulturausschuss
- Sport- und Bäderausschuss
- Vergabeausschuss
- Verkehrsausschuss

50. Frau Silvia Keßler als stellvertretendes Mitglied in den

- Ausschuss für Schule und Bildung

- Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
- Kulturausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Sport- und Bäderausschuss
- Verkehrsausschuss

51. Herrn Christian Jüngst (s. B.) als

a) ordentliches Mitglied in den

- AK Bäder- und Sportstättenentwicklung

b) persönlicher Stellvertreter von Thomas Köckritz in den

- AK des Verkehrsausschusses

c) stellvertretendes Mitglied in den

- Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften
- Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
- Bauausschuss
- Kulturausschuss
- Verkehrsausschuss

52. Frau Daniela Stoker (s. B.) als ordentliches Mitglied in den

- Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

53. Herr Thomas Pepper (s. B.) als ordentliches Mitglied in den

- Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung

54. Herrn Sören Krombach (s. B.) als ordentliches Mitglied in den

- Vergabeausschuss

55. Herrn Sören Krombach (s. B.) als persönlicher Stellvertreter von Daniel Neumann in den

- Bezirksausschuss II – Siegen-Weidenau

56. Herrn Maik Waidmann (s. B.) als persönlicher Stellvertreter von Jürgen Schulz in den

- AK Abfallwirtschaft

Sachverhalt / Begründung:

1. Die AfS Fraktion bittet um Besetzung für ihre Fraktion in den jeweiligen Arbeitskreisen bzw. Kommission.
2. Die AfS Fraktion bittet um Besetzung für ihre Fraktion in den jeweiligen Arbeitskreisen.

- 3.-30. Die CDU-Fraktion bittet jeweils um die Besetzung von stellvertretenden Sitzen.
- 31.-40. Der Inklusionsbeirat bittet um entsprechende Bestellung von beratenden Mitgliedern in den jeweiligen Gremien.
- 41.-42. Die AfD-Fraktion bittet um Nachbesetzung für Herrn Oswald Schulz (s. B.)
43. a) Die GfS-Fraktion bittet um Umbesetzung aufgrund des geänderten ordentlichen Sitzes.
b) Die GfS-Fraktion bittet jeweils um die Besetzung von stellvertretenden Sitzen.
44. a) Die GfS-Fraktion bittet um Nachbesetzung für Christian Jüngst.
b) Die GfS-Fraktion bittet jeweils um die Besetzung von stellvertretenden Sitzen.
45. Die GfS-Fraktion bittet jeweils um die Besetzung von stellvertretenden Sitzen.
46. a) Die GfS-Fraktion bittet um Nachbesetzung für Christian Sondermann.
b) Die GfS-Fraktion bittet um Ersatzbesetzung für Rüdiger Heupel.
c) Die GfS-Fraktion bittet jeweils um die Besetzung von stellvertretenden Sitzen.
47. a) Die GfS-Fraktion bittet um Ersatz für Christian Sondermann.
b) Die GfS-Fraktion bittet jeweils um die Besetzung von stellvertretenden Sitzen.
48. Die GfS-Fraktion bittet jeweils um die Besetzung von stellvertretenden Sitzen.
49. Die GfS-Fraktion bittet jeweils um die Besetzung von stellvertretenden Sitzen.
50. Die GfS-Fraktion bittet jeweils um die Besetzung von stellvertretenden Sitzen.
51. a) Die GfS-Fraktion bittet um Nachbesetzung für Rüdiger Heupel.
b) Die GfS-Fraktion bittet um Umbesetzung aufgrund des geänderten ordentlichen Sitzes.
b) Die GfS-Fraktion bittet jeweils um die Besetzung von stellvertretenden Sitzen.
- 52.-53. Die B'90/Grünen-Fraktion bittet um Nachbesetzung für Julia Shirley.
54. Die B'90/Grünen-Fraktion bittet um Nachbesetzung für Daniel Neumann.
55. Die B'90/Grünen-Fraktion bittet um Besetzung des unbesetzten Sitzes.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

gez.

Mues
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.